

## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Beginn: 15.50 Uhr - Ende: 00.15 Uhr

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher sowie alle Mitglieder des Rates sehr herzlich zu der 7. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Ratsperiode 2004 bis 2009 begrüßen und eröffne hiermit die Sitzung.

Ich möchte ausdrücklich Herrn Professor Quander, unseren Kandidaten für die heutige Wahl zum Kulturdezernenten, auf der Zuschauertribüne begrüßen. Ein herzliches Willkommen im Rat der Stadt Köln.

(Beifall)

Ebenso möchte ich die etwa 60 jungen Damen herzlich willkommen heißen, die anlässlich des heutigen Mädchen-Zukunftstages den Beginn unserer Ratssitzung mit verfolgen. Ein Teil von euch hatte ja im Laufe des heutigen Tages schon Gelegenheit, hier im Rathaus die Entscheidungsprozesse in einer Stadtverwaltung ein bisschen mitzuerleben. Dabei habt ihr auch die Arbeit einer Bürgermeisterin und einer Bezirksvorsteherin kennen lernen dürfen.

Der Rat, der hier vor euch sitzt, ist das entscheidende Organ der Stadt. Als Vorsitzender dieses Rates heiße ich euch am heutigen Girls' Day ganz besonders herzlich willkommen.

Zwei von euch sollen jetzt hier nach vorn kommen und gemeinsam mit unserer Gleichstellungsbeauftragten Frau Kronenberg die Gelegenheit bekommen, das Wort zu ergreifen. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein.

**Gleichstellungsbeauftragte Christine Kronenberg:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schramma hat es gesagt: Heute ist weltweiter Girls' Day. Wir von der Stadt Köln beteiligen uns zum dritten Mal daran.

Heute haben 61 Mädchen daran teilgenommen. 59 sitzen oben auf der Zuschauertribüne und die beiden anderen sehen Sie hier. Als Gleichstellungsbeauftragte kann ich nur sagen, dass ich es toll finde, dass die Stadt sich an diesem Girls' Day beteiligt mit Unterstützung des Oberbürgermeisters, aber auch mit Unterstützung vieler anderer Mitarbeiter in der Verwaltung.

Wie Sie wissen, hat der Girls' Day zwei Ziele. Im Vordergrund steht die Berufsorientierung für die Mädchen. Er soll aber auch dazu beitragen, dass diese Mädchen Dinge ausprobieren, wozu sie sonst keine Gelegenheit haben. Das haben heute viele gemacht. 17 Mädchen sind bei der Feuerwehr die klassische acht Meter lange Stange mit Bravour heruntergerutscht. Zwei Mädchen haben die Bürgermeisterin Frau Schöntwerpes und Frau Roß-Belkner begleitet. Einige waren im Opernhaus und haben dort eine Oper inszeniert. Ein Mädchen war Regisseurin und die anderen haben „Jetzt, Schätzchen, jetzt sind wir allein“ von Beethoven gesungen.

Der Abschluss und die Krönung dieses Tages ist, dass zwei Mädchen jetzt von Herrn Oberbürgermeister das Rederecht eingeräumt bekommen. Die beiden wollen Politikerinnen werden.

(Beifall)

- Sie sollten sie erst einmal anhören. - Die Mädchen müssen sich natürlich noch entscheiden, in welcher Farbe sie Politik machen wollen. Jedenfalls wird Ihnen Aylin - da bin ich mir ziemlich sicher - überzeugend begründen, warum. Sandra, die schon einmal in der Kirche gepredigt hat, möchte auch darstellen, was sie als Politikerin alles bewegen möchte. - Danke schön.

(Beifall)

**Aylin Soénus:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin Aylin, 12 Jahre alt und besuche die 6. Klasse der Gesamtschule Hennef. Ich möchte Politikerin werden, weil ich mich für andere Menschen einsetzen möchte. Ich rede und diskutiere gern vor ihnen und schaffe es deshalb fast immer, mich durchzusetzen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich finde, dass zu wenige Frauen in der Politik sind.

(Beifall)

Deshalb möchte ich später Politikwissenschaften studieren. Ich finde, dass Frauen in manchen Dingen flexibler sind als Männer.

(Beifall - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: In vielen!)

Männer beharren meistens auf manchen Dingen und sehen die Fehler nicht.

## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig!)

Zum Beispiel sagen sie, sie hätten eine Wahl gewonnen, obwohl sie sie verloren haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Oder sie trauen sich nicht, falsche Entscheidungen zurückzunehmen.

Meine Bitte an Sie ist, dass Sie sich dafür einsetzen, dass mehr Frauen und Mädchen Zugang zur Politik bekommen. Es ist an der Zeit, dass eine Frau Bundeskanzlerin oder Bundespräsidentin wird.

(Beifall - Jochen Ott [SPD]: Nur nicht jetzt!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Sandra Schulz:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Sandra Schulz. Ich bin 16 Jahre alt und besuche die 11. Klasse des Lessing-Gymnasiums in Köln.

Ich habe schon im letzten Jahr am Girls' Day teilgenommen und war total begeistert. Da wir selbst unmittelbar am Rhein wohnen, galt mein Interesse der Arbeit des Hochwasserschutzes. Es war ein toller Tag mit sehr interessanten Veranstaltungen. Zum Schluss durften wir sogar mit einem Rettungsboot über den Rhein brettern. Das war ein echtes Highlight.

Als ich in diesem Jahr festgestellt habe, dass der Bereich Politik angeboten wird, fand ich das super. Ich bin politisch sehr interessiert und möchte später Politikerin werden. Ich habe festgestellt, dass viele Jungs - auch in meinem Alter - eine aus meiner Sicht überkommene Welt- und Familienanschauung haben.

(Beifall bei einem Teil des Rates)

Sie vertreten die Meinung, dass Mädchen nicht zwingend Abitur machen sollten und Frauen hinter den Herd gehören.

(Zurufe)

Diese durchaus ernst gemeinten Sprüche enthalten jeglicher sachlichen Grundlage und gewinnen weder durch ständiges noch durch gemeinschaftliches Wiederholen an Wahrheit.

(Beifall)

Die sich hieraus ergebenden Wortgefechte sind oft mühsam und anstrengend, fördern und schulen jedoch frühzeitig das Durchhaltevermögen von Mädchen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist richtig!)

Bei der Bekämpfung der beschriebenen Vorurteile sehe ich noch Handlungsbedarf und erhoffe mir in diesem Punkt mehr Unterstützung durch die Politik.

Als Politikerin würde ich mich für die Gleichberechtigung von Mädchen einsetzen, zum Beispiel für Mädchenräume in Schulen, wo Mädchen Musik hören, tanzen und quatschen können. Ich würde auch versuchen, mehr Selbstverteidigungskurse für Mädchen anzubieten,

(Jörg Detjen [PDS]: Jawohl!)

damit diese in gefährlichen Situationen eine Chance haben, sich zu wehren.

Ich würde weniger Wahlplakate aufhängen und mehr Schulen besuchen. Denn durch den Kontakt an der Basis kann man viel mehr Politikinteresse bei den Schülerinnen und Schülern wecken und erfahren, was politisch gewünscht ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich möchte mich noch einmal ganz ausdrücklich bedanken, liebe Aylin und liebe Sandra. Sie haben bei Ihren Bemerkungen sicherlich festgestellt, dass Sie genau richtig liegen mit dem, was Sie sagen. Der beste Beweis dafür ist, dass Sie ein sehr differenziertes Feedback aus dieser Versammlung bekommen haben. Ich habe sehr genau hingeschaut, wo es Applaus, wo es kräftigen Applaus und wo es nur zurückhaltendes Nicken gegeben hat.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wer das war!)

Das Thema ist also nach wie vor höchstaktuell. Ich denke, wir sollten das Angebot dieser beiden jungen Damen annehmen, die ja auch für die 60 Mädchen auf der Zuschauertribüne sprechen.

Nehmen Sie sich ein Herz und setzen Sie das, was Sie hier als Wunsch geäußert haben, in die



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Wirklichkeit um! Wir können solche frischen Elemente, die Sie in die Politik hineinbringen, auch in dieser Stadt in Zukunft sicherlich sehr gut gebrauchen. Danke schön für Ihren Beitrag.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soweit mir bekannt ist, fehlt heute das Ratsmitglied Frau Grah. Wir wünschen ihr von hier aus beste Genesung.

(Beifall)

Ich hoffe, dass sie bald wieder gesund bei uns ist. Ich muss noch aufseiten der Verwaltung Herrn Stadtdirektor Winkelhog entschuldigen, der heute aus anderen Gründen nicht hier sein kann.

Ich möchte als Stimmzähler Frau Gärtner, Frau Frebel und Frau Thelen benennen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben ja auch Girls' Day!)

- Das ist ein schöner Hinweis. Aber es ist Zufall, dass es heute nur Damen sind. Das war kein Tribut an den Girls' Day. Manchmal ergibt es sich so.

Der Entwurf der Tagesordnung liegt Ihnen vor und zeigt Ihnen in den entsprechenden Spalten, wie immer fett gedruckt, die nachträglichen Zu- und Absetzungen. Die nachträglich noch eingegangenen Änderungsanträge liegen Ihnen auf gelbem Papier umgedruckt vor und werden bei den jeweiligen Punkten in der Tagesordnung mit behandelt.

Unter Tagesordnungspunkt 2.13 haben die Fraktionen von CDU und SPD einen Antrag vorgelegt, der ebenso wie der dazu von den Grünen eingereichte Änderungsantrag einen Prüfauftrag an die Verwaltung zum Thema „Stadtweite Einführung von blauer und gelber Tonne“ enthält. Diese Prüfanträge stehen in einem engen Zusammenhang mit der Dringlichkeitsentscheidung vom 23.03. Die Genehmigung dieser Dringlichkeitsentscheidung steht als Tagesordnungspunkt 17.1 auf der Tagesordnung. Ich schlage daher vor, die beiden Tagesordnungspunkte miteinander zu verbinden und sie gemeinsam unter 2.13 zu beraten. Ich denke, das ist in Ordnung. - Ich sehe Zustimmung. Dann machen wir das auch so.

Dann haben die Fraktionen von CDU und SPD gestern Abend einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Weltjugendtag und der Besuch des Papstes Benedikt

XVI. in Köln“ eingereicht. Ich würde vorschlagen, in Abweichung von § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Aktuelle Stunde nicht gleich zu Beginn, sondern nach der unter Tagesordnungspunkt A anstehenden Wahl des Kulturdezernenten durchzuführen. Ich denke, auch das findet Einvernehmen. Ich hatte eben schon Herrn Professor Quander begrüßen dürfen.

Ratsmitglied Ludwig von „Gemeinsam gegen Sozialraub“ hat am 24.04. noch einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Der Antrag ist als Tagesordnungspunkt 2.14 mit der Drucksachennummer 0589/005 gekennzeichnet. Der Antragsteller hat seine Auffassung der Dringlichkeit im Antrag mitgeteilt.

Ich darf den Herrn Stadtkämmerer hierzu um eine Wortmeldung bitten.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich halte diesen Antrag für unzulässig. Er greift in die Personalhoheit und Disziplinargewalt eines anderen öffentlichen Dienstherrn ein. Außerdem kann ich in keiner Weise erkennen, dass die Dringlichkeit überhaupt ausreichend begründet ist. Sie alle kennen den Fall aus der Zeitung. Sie wissen, welche Verfahren da anstehen. Der Antrag ist nicht dringlich.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank. Ich darf dann noch Bürgermeister Müller das Wort geben.

**Josef Müller (CDU):** Herr Oberbürgermeister! In Anbetracht der Ausführungen des Herrn Stadtkämmerers beantrage ich für die Koalitionsfraktionen, den Antrag unter 2.14 aus den eben genannten Gründen - wir sind nämlich nicht zuständig - heute nicht auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ich möchte zudem beantragen, auch den Antrag zum Straßenstrich unter Tagesordnungspunkt 2.15 nicht auf die Tagesordnung zu nehmen, weil er nicht dringlich ist.

Weiterhin möchte ich beantragen, dass der Tagesordnungspunkt 9.2 - da geht es um Flora und Botanischen Garten - in die Haushaltsplanberatungen verwiesen wird.

Das wären unsere Wünsche zur Tagesordnung.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Bürgermeister Müller.

Ich darf zunächst einmal über den ersten Dringlichkeitsantrag - das ist Tagesordnungspunkt 2.14 - abstimmen lassen. Die Begründung der Dringlichkeit ist im Antrag enthalten. Wer gegen die Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die weitaus große Mehrheit. - Gegenstimmen dazu? - Das sind die Stimme des Antragstellers und Stimmen von pro Köln. Enthaltungen gibt es bei der PDS. Damit ist der Antrag nicht auf die Tagesordnung genommen worden.

Ich darf weitergehen zu Punkt 2.15. Wir müssen auch hier abstimmen, ob der Antrag als Dringlichkeitsantrag aufgenommen wird. Herr Bürgermeister Müller hat hier schon für die Nichtdringlichkeit plädiert. Der Antrag enthält eine Begründung der Dringlichkeit, sodass ich direkt abstimmen lassen kann. Wer ist gegen die Dringlichkeit dieses Antrags? - Auch das ist eine überaus große Mehrheit. Gegenstimmen? - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Beim Republikaner. Damit ist auch dieser Antrag nicht aufgenommen worden.

Schließlich haben noch die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen gemeinsamen Antrag vorgelegt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Ihnen!)

- Richtig, gemeinsam mit mir. Das hätte ich jetzt fast vergessen. Aber das sollte man nicht tun.

(Heiterkeit)

Wir haben also alle gemeinsam einen Antrag vorgelegt. Zur Sicherheit aller Mandatsträger ist ein erneuter Beschluss über den Leitfaden in dieser Wahlperiode erforderlich. Ich rufe auch diesen neuen Rat auf, ein breites Votum für den Leitfaden und den Ältestenrat abzugeben. Wird hierzu noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Behandlung als dringlich auf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Enthaltung von Herrn Ludwig. Damit ist dieser Antrag einstimmig als dringlich unter TOP 2.16 auf die Tagesordnung genommen.

Mit dem heutigen Datum legt die SPD-Fraktion einen Antrag zur Umsetzung einer Position im Kuratorium Krankenhausstiftung Porz vor, der als Tagesordnungspunkt 16.8 mit der Drucksachennummer 0624/005 nummeriert ist. Gibt es hier noch Wortmeldungen für oder gegen die Dring-

lichkeit? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Dringlichkeit dieses Punktes? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist der Antrag unter Punkt 16.8 auf die Tagesordnung genommen.

Ich muss nun Folgendes nacheinander abfragen. Unter 9.20 und 9.21 stehen zwei Vorlagen der Verwaltung zum Thema „Offene Ganztagschule im Schuljahr 2005/2006“ auf der Tagesordnung. Die Notwendigkeit einer Beratung in der heutigen Sitzung wird in beiden Vorlagen begründet. Die Förderanträge müssen spätestens am 30. dieses Monats gestellt werden. Obschon die Vorlage nicht gemäß §12 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung vorgelegt werden konnte, sollten wir beide dennoch nach § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung ausnahmsweise - das sage ich, weil wir uns hier ein wenig gegen unsere Gepflogenheiten verhalten - als dringlich auf die Tagesordnung nehmen. Die Verwaltung hat hier die aktuellen Diskussionen der Politik im Schulausschuss einmal aufgegriffen.

Ich darf den Beigeordneten Herrn Dr. Schulte bitten, noch kurz etwas zur Dringlichkeit zu sagen.

**Beigeordneter Dr. Franz-Josef Schulte:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Wesentliche ist ja schon einleitend gesagt worden. Wir stehen vor einem Stichtag, den wir einhalten müssen. Dieser Stichtag ist Samstag dieser Woche. Bis zu diesem Tag müssen wir die Anträge bei der Bezirksregierung eingereicht haben, damit wir die Genehmigung für die offene Ganztagschule bekommen und damit auch die Finanzierung für die offenen Ganztagschulen sichergestellt ist. Denn ohne Genehmigung bekommen wir auch keine Finanzierung. Aus diesem Grunde ergibt sich schon die Dringlichkeit.

Die zweite Vorlage unter 9.21, die die Finanzierung beinhaltet, korrespondiert mit der ersten Vorlage und soll die Finanzierung dieser offenen Ganztagschulgruppen sicherstellen. Daran haben insbesondere die Träger, aber auch die Eltern ein Interesse. Denn die Eltern möchten natürlich wissen, wie viel Elternbeitrag sie für ihre Kinder bezahlen müssen. Die freien Träger, die ja Verträge mit den Schulen abschließen müssen, möchten natürlich auch wissen, wie viel Geld sie von den Schulen über die Stadt zur Verfügung gestellt bekommen. Denn es müssen Verträge mit Mitarbeitern geschlossen werden. Das alles kann man nicht in einem Tag oder in



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

zwei Tagen machen. Deswegen ist Dringlichkeit geboten.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir das im Unterausschuss Ganztagschule erörtert haben. Wir haben von dort auch die Empfehlung bekommen, wegen der Dringlichkeit das als Tischvorlage in den Rat einzubringen. Soweit ich mich erinnere, ist das damals auch einstimmig im Unterausschuss Ganztagschule so gesehen und der Verwaltung mit auf den Weg gegeben worden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Schulte. Gibt es noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit? - Herr Ott, bitte.

**Jochen Ott (SPD):** Es ist ja seit Wochen mein Reden, Herr Schulte, dass die Dringlichkeit dringend geboten ist. Ich frage deshalb jetzt: Ist bei den Dringlichkeitsentscheidungen auch der Änderungsantrag, den wir gemeinsam vorgelegt haben, dabei? Denn ich denke, es ist in der Tat notwendig, dass das Hauptthema, nämlich die Verlässlichkeit, geregelt wird. Deshalb bin ich schon verwundert, dass eine solche Vorlage, die von einem anderen Modell ausgeht - auch von einem anderen Modell als das, das wir im Unterausschuss besprochen haben -, vorgelegt worden ist. Das ist an der Stelle wirklich sehr ärgerlich.

Aber wenn der Änderungsantrag jetzt mit auf der Tagesordnung steht, dann kommen wir mit diesem Projekt einen guten Schritt nach vorne.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Es liegt kein anderer Antrag vor!)

- Deshalb frage ich ja nach.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Der Änderungsantrag wird gerade auf gelbem Papier verteilt. Wenn der Punkt 9.21 auf die Tagesordnung kommt, dann ist er auch dabei. Er wird, wie gesagt, gerade verteilt. - Herr Breite hatte sich gemeldet. Bitte schön, Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Die FDP-Fraktion ist sehr verärgert darüber, wie hier eine Begründung für solch ein wichtiges Thema geliefert wird. Die FDP-Fraktion kann es nicht nachvollziehen, dass eine Verwaltungsvorlage, in der es um das

Schuljahr 2007/2008 geht, als dringlich bezeichnet wird.

Sie werden sicherlich mit dem 30.04. als Stichtag Recht haben, aber es gibt auch noch ein anderes Datum, nämlich den 22. Mai. Herr Dezernent, Sie müssen sich da nicht allzu große Sorgen machen, dass das mit dem Stichtag und mit dem, was hier drinsteht, so bleiben wird.

Ich höre, dass Herr Hollstein dazu reden möchte. Er hat vielleicht eine andere Meinung und sieht das weiterhin als dringlich an. Die FDP hat da aber eine ganz andere Vorstellung. Wir können die Dringlichkeit hier nicht erkennen. Hier soll etwas festgezurrert werden, was nachher nicht mehr abzuändern ist.

Wir haben das heute um 11.30 Uhr bekommen und haben noch sehr viele Fragen dazu, die wir auch stellen wollen. Hier stehen sogar Sachen drin, die man nicht nachvollziehen kann. Es ist beispielsweise von Elternbeiträgen die Rede, die noch erhöht werden sollen. Solange die Verwaltung aber nicht sagt, was es ist, können wir dies hier nicht behandeln.

Ich bitte Sie darum, dies zurückzunehmen, so dass wir darüber im Finanzausschuss und in den anderen Ausschüssen richtig diskutieren können. Mit solch einer Vorlage von 14 Seiten kann man mit dem Rat nach meiner Meinung nicht umgehen.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. Ich habe Ihnen die Außergewöhnlichkeit dieser Situation zu erklären versucht. Aber Sie haben Recht, dass Sie Ihren Unmut dazu äußern können. Dazu ist Gelegenheit gegeben. Herr Rouhs hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann nicht nachvollziehen, warum eine so umfangreiche Ausarbeitung nicht wenigstens zwei oder drei Arbeitstage vor der Ratssitzung an die Fraktion eingereicht werden kann. Das hätte für Sie vom zeitlichen Rahmen aus gesehen insgesamt keinen so erheblichen Unterschied gemacht. Es macht aber für die Fraktionen, die das verabschieden sollen, insofern einen großen Unterschied, als ein Einarbeiten in ein solch umfangreiches Papier am Tage der Ratssitzung natürlich völlig ausgeschlossen ist. Hier erleben wir jetzt



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

einen reinen Blindflug, von denen vielleicht einmal abgesehen, die in irgendwelchen Vorgesprächen außerhalb der dafür vorgesehenen Gremien involviert waren.

Derjenige, der jetzt diese Vorlage stante pede auf den Tisch geknallt bekommt, hat überhaupt keine Möglichkeit, sich mit dem Inhalt im Einzelnen vertraut zu machen. Er kann nur blind vertrauen oder es sein lassen. Vertrauen ist aber zumindest nicht die formale Aufgabe des Rates. Die formale Aufgabe des Rates ist vielmehr Kontrolle und das Ausüben einer Kontrollfunktion. Das kann in dieser Form nicht richtig sein, so dringend ansonsten die Angelegenheit in der Sache hier auch sein mag.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen, wenn Sie im Prinzip nichts weiter zu sagen haben, als zu wiederholen, dass Sie darüber erstaunt sind, dann machen Sie es doch bitte kurz, weil wir das im Beitrag von Herrn Breite schon gehört haben.

(Beifall bei der CDU)

**Jörg Detjen (PDS):** Ich habe einfach eine Frage.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Sprechen Sie zur Dringlichkeit. Wir haben jetzt keine Fragestunde.

**Jörg Detjen (PDS):** Wenn das heute erst in die Druckerei gekommen ist, dann wundert es mich, dass es schon einen Änderungsantrag gibt. Ich frage also die Verwaltung, ob die CDU und die SPD diese Vorlage hatten, bevor wir sie hatten. Das vermute ich.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein. Diese Vermutung ist nicht ganz richtig, weil dieser Änderungsantrag schon lange vorbereitet war, aber eigentlich für einen anderen Termin. Er sollte im Schulausschuss vorgelegt werden. Er passt natürlich heute sinnvollerweise in diesen Zusammenhang. Deswegen ist er kurzfristig von beiden Fraktionen für den Rat beantragt worden. Das ist die Erklärung, Herr Detjen. Sie sind also hier nicht benachteiligt worden.

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann werden wir über die Dringlichkeit abstimmen. Wer für die

Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und sonst keiner. Gegen die Dringlichkeit stimmen die FDP, PK, die PDS, KBB, Herr Ludwig und der Republikaner. Das ist aber nicht die Mehrheit, sodass wir das als dringlich ansehen und deswegen auch als Tagesordnungspunkte 9.20 und 9.21 mit dem entsprechenden Zusatzantrag auf die Tagesordnung nehmen.

Vonseiten der CDU-Fraktion wurde mir ein Verweisungsantrag signalisiert. Herr Müller hat vorhin beantragt, Punkt 9.2 in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann machen wir das so. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Verehrte Damen und Herren! Es gibt noch weitere Punkte, bei denen es überlegenswert ist, ob sie tatsächlich auf die Tagesordnung gehören. Bekanntlich ist der Finanzausschuss ausgefallen. Wir möchten beantragen, die Vorlage unter 9.18 „Verlustausgleich KGAB“, die unseres Erachtens beratungsbedürftig ist, in den normalen Beratungslauf zu geben und von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Im normalen Beratungsgang würde sie dann am 24. Mai im Rat sein. Das würde sicherlich nichts verschlagen.

Der zweite Punkt, den wir beantragen möchten, ist Punkt 9.20. Das ist eine Vorlage zum Verkehrsleitsystem.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das haben wir eben beschlossen. Sie vertun sich sicher.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Die ist weg?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein, Sie vertun sich. Sie meinen wahrscheinlich 9.19.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Entschuldigung, ich meine 9.19, nämlich Umsetzung des Verkehrsleitsystems. Sie ist heute auf die Tagesordnung gekommen. Wir kennen alle unsere Geschäftsordnung. Wir müssen sie auch einmal ein bisschen ernst nehmen. Wir vergeben uns nichts, wenn wir diese Vorlage in den normalen Beratungsgang geben.

---

**7. Sitzung vom 28. April 2005**

---

Wir möchten daher beantragen, die zwei Punkte von der Tagesordnung zu nehmen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dann darf ich den Kämmerer bitten, zu den beiden Punkten 9.18. und 9.19 Stellung zu nehmen, die nicht im Finanzausschuss behandelt wurden. Die Frage ist, ob sie heute so dringlich sind, dass wir sie hier behandeln müssen oder ob es etwas verschlägt, wenn wir sie erst noch einmal in die nächste Sitzung des Finanzausschusses verweisen. - Bitte schön, Herr Stadtkämmerer.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Zu dem Tagesordnungspunkt 9.19, Herr Oberbürgermeister, wird der Kollege Streitberger Stellung nehmen.

Zu dem Tagesordnungspunkt 9.18 - ich gehe davon aus, dass die Ratsmitglieder den Punkt gelesen haben, weil er schon für den Finanzausschuss umgedruckt worden ist - ist zu sagen, dass im 1., 2., 3., 4., 5. und 6. Absatz auf der ersten Seite der Anlage im Grunde genommen die Begründung dafür steht, warum er unbedingt heute hier behandelt - mehr noch: beschlossen - werden muss. Wir haben mit der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung - kurz KGAB - derzeit einen Liquiditätsengpass, der durch diese im Beschlussvorschlag ausgewiesene Zahlung überbrückt werden muss. Wenn Sie sich die Vorlage ansehen, dann wird klar, dass es völlig unproblematisch ist, den Verlustausgleich nunmehr hier auch tatsächlich zur Auszahlung zu bringen.

Ich betone nochmals: Sollte der heute nicht beschlossen werden, besteht für die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ernste Gefahr. Er muss tatsächlich heute beschlossen werden, um Schaden abzuwenden. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Also hält die Verwaltung den Punkt 9.18 auf jeden Fall für dringlich. Darüber lasse ich dann gleich abstimmen. Wer dafür ist, dass 9.18 auf der Tagesordnung als dringlich bleibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, PDS und der Republikaner. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Grünen, der FDP und von PK. Enthaltungen gibt es bei Herrn Ludwig und beim KBB. Der Antrag ist also dringlich und bleibt auf der Tagesordnung.

Dann möchte ich Herrn Dezernenten Streitberger bitten, zu Punkt 9.19 das Wort zu ergreifen.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei dieser Angelegenheit ist natürlich keine Gefahr im Verzug. Das ist völlig klar. Andererseits ist es ein Projekt, das wir schon seit sehr langer Zeit behandeln. Wir haben sehr intensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt diskutiert, was wir stufenweise bis zur Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr komplett ausbauen wollen. Dieses wäre die erste Stufe.

Ich denke schon, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben die Erwartung, dass wir jetzt mit der Umsetzung dieses Fußgängerleitsystems in der Innenstadt von Köln beginnen.

(Ralph Sterck [FDP]: So überraschend ist die Fußballweltmeisterschaft aber nicht nach Köln gekommen!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Herr Streitberger. - Ich darf Sie dann fragen, ob Sie nach dieser Begründung für die Dringlichkeit sind. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Keiner.

(Ralph Sterck [FDP]: Was ist denn da drüben mit euch los? Seid ihr am schlafen?)

Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von Grünen, der FDP, PK, PDS, Republikaner, KBB. Gibt es Enthaltungen? - Herr Frank enthält sich. Damit nicht auf der Tagesordnung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich habe ja nicht gepennt!)

- Herr Frank gibt zu Protokoll, dass er nicht gepennt hat. Er hat außerdem das Wort. Bitte schön.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir könnten das ja kürzer fassen, Herr Klipper, wenn Sie auf Ihre Aktuelle Stunde verzichten.

Zum Tagesordnungspunkt 9.16. Unter diesem Punkt ist auf die Tagesordnung des Rates die Bestellung und Anstellung des kaufmännischen Geschäftsführers der Kliniken der Stadt Köln geraten. Auch diese Vorlage konnte nicht im Finanzausschuss beraten werden, weil der Fi-

## 7. Sitzung vom 28. April 2005

nanzausschuss wegen der Personalverhandlungen der großen Koalition leider ausgefallen ist.

Wir beantragen, auch diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und ihn in die normale Beratungsfolge aufzunehmen, also in den Finanzausschuss und dann gegebenenfalls in den Rat. Die Begründung ergibt sich aus den bekannten Tatsachen im Finanzausschuss, aber inzwischen auch aus den bekannten Tatsachen in der Presse. Wenn sich eine der größten städtischen Gesellschaften in einer wirtschaftlich sehr prekären Lage befindet, sollte zuerst über diese wirtschaftlich prekäre Lage gesprochen werden, bevor man sich darüber unterhält, ob der verantwortliche Geschäftsführer einen besser dotierten Vertrag für die nächsten Jahre erhält. Deshalb möchten wir hier beantragen, diesen Punkt abzusetzen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Gegenrede von Herrn Gey, bitte.

**Herbert Gey (CDU):** Herr Frank, ich weiß nicht, ob Sie es richtig gelesen haben. Es geht um die Bestellung. Es geht nicht um die Konzipierung eines Vertrages, sondern es geht hier nur darum, dass wir den Geschäftsführer bestellen. Das ist ein ganz eigener Akt. In dieser Bestellung ist vermerkt, dass es jetzt dazu kommt, mit dem Geschäftsführer einen Arbeitsvertrag zu schließen.

Dieser Arbeitsvertrag wird natürlich nach arbeitsrechtlichen Grundlagen gemacht und es wird über das Gehalt verhandelt. Es gibt im Moment überhaupt noch keine Erkenntnis, dass man das Gehalt von Herrn Hecker erhöht. Hier geht es nur darum, dass der Geschäftsführer vom Rat bestellt wird. Dann muss das Gremium Aufsichtsrat befinden, welchen Arbeitsvertrag dieser Geschäftsführer erhält. Dafür sind wir schon gar nicht mehr zuständig.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Das war die Gegenrede zur Dringlichkeit. Inhaltlich können wir nachher noch einmal darüber reden.

Ich lasse erst einmal abstimmen. Ich plädiere dafür, dass wir diesen Punkt auf der Tagesordnung heute behandeln. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP. Gegenstimmen? - Gegen

die Stimmen der Grünen, der PDS, PK, des KBB, des Republikaners und des Herrn Ludwig. Enthaltungen gibt es dann wohl keine mehr. Somit ist der Punkt 9.16 auf der Tagesordnung.

Gibt es weitere Bemerkungen zur Tagesordnung, meine Damen und Herren? - Bitte schön, Herr Wolf.

**Manfred Wolf (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Die Verwaltung hat unter Punkt 23 die Vorlage 382/005 zurückgezogen. Sie ist in dem Sportausschuss und in dem Liegenschaftsausschuss glatt durchgegangen. Ich hätte gern vom Kämmerer - eventuell erst bei Beginn des nicht öffentlichen Teils - die Begründung dafür, warum diese Vorlage zurückgezogen wurde.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Mir liegt die Information vor, dass aus der BV gewünscht worden ist, das zu vertagen, Herr Wolf. - Herr Lierenfeld dazu bitte.

**Hans Heinrich Lierenfeld (CDU):** Ich kann das bestätigen. Es ist in der BV nicht behandelt worden, sondern vertagt und in die nächste Sitzung verschoben worden, weil noch Klärungsbedarf bestand.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist der Grund. Einverstanden? - Okay.

Gibt es weitere Bemerkungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann wird die geänderte Tagesordnung hiermit festgestellt.

Wir beginnen mit:

### A) Wahl eines Beigeordneten für das Dezeranat VII (Kunst und Kultur) Ds-Nr. 0542/005

Meine Damen und Herren, bevor Sie das Wort zur Sache erhalten, gestatten Sie mir bitte einige Anmerkungen zum Wahlverfahren. Das Wahlverfahren richtet sich nach § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung. Danach ist die Person gewählt, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhält. Neinstimmen zählen dabei gemäß § 50 Abs. 2 Satz 3 der GO als gültige Stimmen. Ungültige Stimmen und Enthaltungen zählen dagegen nach § 50 Abs. 5 der GO bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit. Erreicht bei zwei oder mehr vorgeschlagenen Personen niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit,



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

so findet ein zweiter Wahlgang zwischen den Bewerbern statt, die im ersten Wahlgang die beiden höchsten Stimmenzahlen erhalten haben. Gewählt ist dann, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Ist nur ein Bewerber bzw. eine Bewerberin vorhanden und erreicht diese oder dieser im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit, so findet kein zweiter Wahlgang statt. Es können nur vorgeschlagene Personen gewählt werden.

Vorgeschlagen wird von mir Herr Professor Gerhard Quander. Ich gehe davon aus, dass sich die Fraktionen von CDU und SPD diesen Vorschlag zu Eigen machen. Ich darf das noch einmal nachfragen. - Ich sehe, das ist der Fall.

Wir sollten an dieser Stelle noch einmal die hervorragende Arbeit der von uns eingesetzten Findungskommission hervorheben. Ich denke, auch im Namen des gesamten Rates - dieser Kommission Dank aussprechen, nämlich Frau Isabell Pfeiffer-Poensgen, Dr. Hans-Georg Küppers, Professor Dr. Bernd Meyer, Professor Dr. Christoph Stölzl und Dr. Elmar Weingarten. Von hier aus unseren besonderen Dank für die geleistete Arbeit.

(Beifall)

In den vergangenen Tagen bestand für uns alle die Möglichkeit, sich ein Bild von Herrn Professor Quander, aber auch von den übrigen Bewerbern zu machen. Aus dem Kreis derjenigen, die sich beworben haben, können weitere Kandidaten vorgeschlagen werden. Ich muss hier fragen: Gibt es solche weiteren Vorschläge? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Es geht somit bei der Wahl nur um Herrn Professor Quander.

Ich frage, ob es noch Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall. Es wird offen abgestimmt, es sei denn, ein Ratsmitglied wünscht eine geheime Wahl. Widerspricht hier jemand der offenen Wahl? - Frau Cromme, bitte.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Mir war nicht klar, dass es so schnell geht. Ich hätte eigentlich erwartet, dass sich der Kandidat vorstellt. Es haben nicht alle Gelegenheit gehabt, Herrn Professor Quander kennen zu lernen. Ich selbst gehöre dazu, weil mich die FDP freundlicherweise zu der Vorstellungsrunde eingeladen hat. Aber das betrifft ja nicht alle, die hier anwesend sind.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Cromme, Sie haben aber mit Sicherheit unsere Information am 26. dieses Monats zum Thema Besetzung des Beigeordneten bekommen. Da sind auch Sie angeschrieben worden. Es gab die Möglichkeit, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen. Ich denke, insofern haben auch Sie die Gelegenheit gehabt, sich rechtzeitig zu informieren.

Dann lasse ich jetzt abstimmen. Ich sehe, dass wir ein offenes Verfahren durchführen können. Wer für die Wahl von Herrn Professor Quander ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Das sind die Stimmen von CDU, SPD, FDP, PK, Republikaner, KBB, meine Stimme. Gegenstimmen? - Gibt es keine. Enthaltungen? - Beim Rest des Rates. Das heißt bei den Grünen, bei der PDS und bei Herrn Ludwig.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit ist Herr Professor Quander gewählt. Ich muss ihn fragen, ob er die Wahl annimmt. Das können Sie von dort oben lautstark tun. Ich darf Sie trotzdem bitten, sich gleich noch nach unten zu begeben.

**Prof. Georg Quander:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich nehme die Wahl an und ich danke für das große Vertrauen, das Sie mir damit aussprechen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich darf Sie nun bitten, herunterzukommen. - Herr Professor Quander, herzlichen Glückwunsch, alles Gute und auf eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Herr Professor Quander wird noch einige Sätze zu Ihnen sprechen. Dann gehen wir weiter in der Tagesordnung.

**Prof. Georg Quander:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe es von oben schon gesagt: Ich danke Ihnen ganz herzlich für das große Vertrauen, das Sie mir mit dieser Abstimmung aussprechen. Ich weiß, damit ist eine große Verantwortung und eine große Erwartungshaltung verbunden. Ich hoffe, ich kann ihr genü-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

gen und werde Sie nicht enttäuschen. Sie wissen so gut wie ich, dass es keine leichte Aufgabe ist, der ich mich hier stelle. Aber gerade weil sie kompliziert ist, möchte ich sie gern in Angriff nehmen.

Ich freue mich auf Ihre Unterstützung und auch auf viele Gespräche mit Ihnen. Ich bin bei fast allen im Vorfeld der heutigen Abstimmung gewesen. Ich war sehr glücklich darüber, dass ich eine offene, freundliche und konstruktive Atmosphäre bei den Gesprächen in allen Fraktionen antreffen konnte. Das lässt mich sehr hoffen. Ich habe das Gefühl, dieses hohe Haus liebt und schätzt die Kultur und hat verstanden, wie notwendig die Kultur für eine Kommune, für eine Stadtgemeinschaft ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich bedanke mich noch einmal und beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und der großen Mehrheit. Wir werden die Reihen im Stadtvorstand mit Ihnen schließen. Die Bedeutung der Kultur für diese Stadt haben Sie zum Ausdruck gebracht.

Ich möchte aber an dieser Stelle nicht versäumen, der Mitarbeiterin Dank zu sagen, die nun seit fast einem Jahr die Arbeit, unser Kulturdezernat vertretungsweise zu leiten, kommissarisch übernommen hat. Liebe Frau Dr. Christiansen, auch Ihnen mein aufrichtiges Dankeschön. Ich glaube, ich darf das auch im Namen des Rates sagen.

(Beifall)

Sie haben einen ganz entscheidenden Anteil an der Findung des neuen Dezernenten. Diese Arbeit hatten wir zu leisten bzw. wir haben sie noch zu leisten. Ich denke, das sind gute Ergebnisse. Im Übrigen habe ich aus dem Amt selbst gehört, dass Ihnen hier ein ausdrückliches Dankeschön gesagt werden sollte. Das möchte ich an dieser Stelle auch tun. Vielen Dank. Sie sind sicherlich ein wenig erleichtert und können sich nun den anderen Aufgaben umso intensiver widmen. Noch einmal vielen Dank.

(Beifall)

Damit bin ich jetzt wieder in dem Rhythmus dessen, was Sie beantragt und beschlossen haben, nämlich eine Aktuelle Stunde durchzuführen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Habemus Quander!)

- Nein, „Habemus Dezernentum!“ muss ich sagen.

Wir kommen jetzt zu:

### I. Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 26. April 2005 auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Weltjugendtag und der Besuch des Papstes Benedikt XVI in Köln“ Ds-Nr. 0618/005

Zu dieser beantragten Aktuellen Stunde haben sich als Redner gemeldet: zunächst einmal für die CDU-Fraktion Herr Gey und Herr Granitzka, für die SPD-Fraktion Herr Ott, für die Grünen Herr Wolter und für die FDP Herr Breite. Weitere Wortmeldungen nehme ich natürlich entgegen. - Herr Rouhs und Frau May.

Es ist jetzt schon 16.30 Uhr. Ich sage das nur, weil wir eine Aktuelle Stunde und keinen Aktuellen Abend haben. Deswegen bitte ich um relativ gestraffte Beiträge. - Bitte schön, Herr Gey.

**Herbert Gey (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nicht nur der Tatbestand, dass es eine Aktuelle Stunde ist - die Betonung liegt auf Stunde -, sondern auch die Tatsache, dass wir eine sehr umfangreiche Tagesordnung haben, macht mir die Sache insoweit etwas leichter, als ich mich sehr kurz fassen kann. Nichtsdestotrotz ist der Weltjugendtag für Köln von eminenter Bedeutung. Diese Bedeutung hat durch die Wahl des neuen Papstes Benedikt XVI. zugenommen.

Wir haben seit knapp 500 Jahren zum ersten Mal wieder einen deutschen Papst. Ich denke, diese Tatsache wird dem Weltjugendtag eine neue eigene Dynamik geben. Die Katholiken in aller Welt werden mit wachen Augen das beobachten, was der Papst bei seiner möglicherweise ersten Reise außerhalb des Vatikans in Deutschland tut. Das gilt natürlich auch für andere Glaubensgemeinschaften. Der Weltjugendtag ist ja nicht nur ein katholisches Fest. Ich denke, da werden auch andere Glaubensgemeinschaften beteiligt.

Die CDU möchte, dass sich die Stadt mit ihrem multikulturellen Flair als eine weltoffene, großzügige Metropole darstellt und als Gastgeber repräsentiert. Dazu gehört, dass wir unsere Gäste mit offenen Armen herzlich begrüßen. Meine Damen und Herren, es ist aber leider Gottes auch bekannt, dass noch nicht alle angemeldeten Besucher eine Bleibe haben. Es fehlen noch Unterkünfte. Ich denke, da sollten wir als Politiker



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ansetzen und unter dem Stichwort Herberge alle möglichen Initiativen starten, um dieses Problem zu lösen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich melde mich schon mal!)

- Frau Moritz, ich nehme Sie beim Wort.

Das Ziel muss sein, dass wir alle Bürger und alle Vereinigungen und Vereine dazu auffordern, noch einmal darüber nachzudenken, wie viele Besucher sie aufnehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ziel muss sein, dass die Besucher, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, die Stadt Köln und die Bürger dieser Stadt in guter Erinnerung behalten. Dazu bitte ich Sie als Bürger und als Ratsmitglieder und auch die Presse, uns dabei zu unterstützen, dieses Ziel zu erreichen.

Es ist zwingend, dass der Weltjugendtag für die Stadt Köln ein großer Erfolg wird. Ich gehe davon aus: Wenn der Weltjugendtag beendet ist und dieser Erfolg eintritt, werden alle Menschen Köln mit ganz anderen Augen sehen und die Weltoffenheit, die Großzügigkeit und die Freundlichkeit der Stadt Köln in die Welt tragen.

(Beifall bei der CDU)

Wegen der Kürze der Zeit möchte ich abschließend nur noch die Verwaltung bitten, uns, den Rat, regelmäßig und rechtzeitig über die wichtigsten Ereignisse, Planungen und die entsprechenden Maßnahmen zu informieren. Ich denke, wir werden das, was wir tun können, mit unseren Entschlüssen und Beschlüssen unterstreichen und werden uns mit Ihnen gemeinsam in den Dienst dieses Weltjugendtages stellen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank, Herr Gey. Für die SPD-Fraktion Herr Ott, bitte.

**Jochen Ott (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! „Wir sind Papst“ - sogar Jörg Detjen -, konnten wir alle in einer deutschen Zeitung lesen.

(Josef Müller [CDU]: Der Detjen nicht!)

Ich habe aber festzustellen - das ist allerdings eine ganz wichtige Sache -, dass ich mich als Katholik nicht überlegen fühle, sondern natürlich in christlicher Demut alle Gäste mit Ihnen gemeinsam in dieser Stadt empfangen möchte.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich denke, dass es für eine Stadt wie Köln, was den interreligiösen Dialog angeht, schon wichtig ist, festzuhalten, dass für uns dieser Weltjugendtag eine große Chance ist, mit vielen Menschen, die aus der ganzen Welt zu uns kommen, zu diskutieren, zu reden und gemeinsam Dinge zu erleben.

Wir haben in Köln auf dem Gebiet der Großveranstaltungen viele Erfahrungen. Sei es der Rosenmontagszug, die Kölner Lichter oder der CSD. Daher denke ich, dass wir gut gerüstet sind, hier in dieser Stadt ein tolles Ereignis zu organisieren. Ich bin auch sicher, dass wir als Kölnerinnen und Kölner gemeinsam deutlich machen - das hat Herbert Gey schon herausgestellt -, dass wir eine weltoffene Stadt sind. Das werden wir dann im August auch zeigen.

Viele Kölnerinnen und Kölner haben sich bereits hier engagiert. Viele Kölnerinnen und Kölner haben bereits Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Ich denke, hier ist ein besonderer Dank des Rates der Stadt Köln sicher angebracht.

(Peter Sörries [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie auch welche genommen?)

- Mein Vater hat welche genommen. Er ist Protestant.

Trotzdem ist noch nicht allen klar, was es bedeutet. Köln hat natürlich aufgrund seiner Größe und seines Citybereiches andere Voraussetzungen als die Städte, die vorher den Weltjugendtag beherbergt haben. Deshalb denke ich, dass es schon ganz besonders wichtig ist, eine vernünftige Organisation zu haben und sicher zu sein, dass die verschiedenen Probleme, die sich natürlich auch mit dem Weltjugendtag stellen, gelöst sind.

Da geht es zum Beispiel um die Bewältigung der Besucherströme. Da geht es um die Zusammenarbeit und die Organisation von Ordnungsamt, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Polizei, KVB und Deutscher Bahn. Wir werden wahrscheinlich eine Woche lang über 1 Million Besucher in der Stadt haben. Da muss ein vernünftiges Transportmanagement gewährleistet sein.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Deshalb wollen wir von der Verwaltung immer wieder insbesondere darüber auf dem Laufenden gehalten werden, wie die Verkehrsplanungen - zum Beispiel rund um das RheinEnergie-Stadion und um die Innenstadt - aussehen. Wir wollen wissen, was mit der medizinischen Notfallversorgung ist. Ist wirklich alles, was zum Beispiel die Abfallentsorgung angeht, organisiert? Vor allen Dingen: Ist das Planungskonzept so flexibel, dass es gegebenenfalls auf veränderte Anforderungen kurzfristig reagieren kann, gerade wenn unerwartet noch mehr Leute dazukommen? Vor diesem Hintergrund bitten wir darum, dass dieser Maßnahmenplan möglichst bald hier vorgestellt wird, damit wir ihn in Augenschein nehmen können.

Wir haben am Beispiel der Stadt Rom gesehen, dass ein solcher Besucherandrang sehr wohl von einer Stadt bewältigt werden kann. Deshalb ist es ein wichtiges Ziel, dass auch in Köln sehr souverän und professionell diese Menschen aus der ganzen Welt willkommen geheißen werden. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Ihnen allen zusammen in dieser Woche gute Gastgeber sein. Wir freuen uns auf den Weltjugendtag.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ott. - Für die Grünen Herr Wolter, bitte.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen überrascht über diese Aktuelle Stunde, weil ich die neuen Erkenntnisse, die sich in den letzten Tagen für den Weltjugendtag ergeben haben sollen, nur sehr bedingt erkennen kann. Wir haben natürlich einen neuen Papst. Dadurch hat sich die Situation für die Ausrichter, also für die Weltjugendtag GmbH, entscheidend verbessert, weil sie sich stabilisiert hat. Die WJT GmbH kann jetzt besser planen.

(Josef Müller [CDU]: Das ist doch wunderbar!)

Herr Ott, vieles ist auch hier schon andiskutiert worden. Wir haben im Dezember schon darüber diskutiert. Wir hatten das Thema sehr umfangreich im AVR. Da sind alle Punkte, die Sie hier angesprochen haben, schon diskutiert worden. Die FDP hat in der letzten Sitzung des AVR auch angemahnt, dass das jetzt immer wieder auf die

Tagesordnung kommt. Ich denke, wir tun da unsere Arbeit.

Wir hoffen jetzt auf einen reibungslosen Ablauf. Ich gehe einmal davon aus, dass sich die Pilgerzahlen nicht entscheidend verändern werden. Das ist das, was ich höre.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist falsch!)

Einen Wunsch habe ich dann auch noch. Ich wünsche mir, dass sich die Weltoffenheit der Stadt Köln, die von Ihnen, Herr Gey, angesprochen worden ist, auch auf die katholische Kirche überträgt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Herr Wolter. Herr Breite bitte für die FDP-Fraktion.

**Ulrich Breite** (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Oberbürgermeister! Auch ich war überrascht von der Aktuellen Stunde. Wenn es am Ende der Aktuellen Stunde heißt, dass über die Vorbereitung immer berichtet werden muss, dann ist das geklaut. Die FDP hat schon am 18.04. im AVR dazu eine Initiative gestartet. Da wurde einstimmig beschlossen, dass es dort immer ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt sein sollte. Dann hat man noch gesagt, dass man dieses doch bitte auch in anderen Ausschüssen wie Kunst und Kultur, Bauen und Wohnen machen soll, weil man erkannt hat, dass dieser Weltjugendtag, der ja schon im August stattfindet, unserer besonderen Aufmerksamkeit bedarf.

(Zuruf Martin Börschel [SPD])

- Anscheinend ist der Informationsfluss bei der SPD nicht so gut, sodass wir das Thema im Rat auch noch beraten müssen, Herr Börschel. Das nehmen wir aber gerne in Kauf.

Herr Börschel, es wurde gerade Rom angesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal in Rom waren.

(Martin Börschel [SPD]: Natürlich!)

Ich gehe davon aus.

Wenn man sieht, wie dort mit Menschenmassen, insbesondere auch mit jungen Menschen, umgegangen wird, dann weiß man, dass sie auch noch nach 22 Uhr zusammenkommen. Dann geht man in einen Laden,





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Beifall bei der FDP - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Gotteslästerung!)

kauft sich eine gute Flasche Rotwein und macht auf den Plätzen wunderschöne Partys.

Herr Gey: Prof. Biemann ist bei der Einführung des neuen Papstes gewesen. Er kann Ihnen sicherlich auch berichten, wie nach 22 Uhr dort noch gefeiert worden ist. Dieses ist ja leider in Köln nicht möglich. So weit zur Weltoffenheit, die hier von den Grünen angemahnt worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Herr Oberbürgermeister, wir haben uns einmal den Luxus erlaubt, bei den Vorgängerstädten nachzufragen, wie sie das mit den Öffnungszeiten gehandhabt haben, insbesondere um den Ansturm dieser Massen zu bewerkstelligen. Sie konnten gar nicht verstehen, dass hier die Einkaufsläden um 20 Uhr schließen.

(Jochen Ott [SPD]: Die sollen feiern und nicht einkaufen!)

Ich hoffe, hier gibt es noch eine Änderung; denn wir werden das häufiger noch beraten. Ich gehe davon aus, dass sozusagen die Türen noch geöffnet werden für alle, die kommen, auch um solche Sessions, die wir in Rom erlebt haben, feiern zu können. Es ist nicht nur ein religiöses Fest, sondern es kommen viele Jugendliche zusammen, die auch nach 22 Uhr noch etwas erleben wollen. Hoffentlich sind wir anlässlich des Weltjugendtags so gastfreundlich wie unsere Vorgängerstädte. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Rom ist in der Tat in den letzten Wochen zeitweise in derjenigen Art und Weise gewirtschaftet worden, in der die Kölner FDP das für richtig und gut befindet. Im Rahmen dessen hat eine Flasche Mineralwasser 5 Euro gekostet. So sieht das aus, wenn Angebot und Nachfrage unabhängig von vernünftiger Organisation ungehemmt den Preis bestimmen. Das würde ich mir für den Weltjugendtag hier in Köln so jedenfalls nicht wünschen.

Mit Erstaunen nehme ich auch zur Kenntnis, dass in Deutschland, wie an vielen anderen Ecken in der Welt, die Wahl von Benedikt XVI. zum Papst gerade von denen so lautstark bejubelt worden ist, die vorher die größten Kritiker von Kardinal Ratzinger waren. Ich glaube in der Tat, dass nicht nur Deutschland mit dieser Wahl gewonnen hat, sondern die gesamte Christenheit, weil wir einen sehr verlässlichen Papst im Amt haben, der uns in Köln besuchen wird, einen Papst, der für verbindliche Werte eintritt und der aus unserem politischen Spektrum auch dann schon Zustimmung bekommen hat, als er von manchen noch als Großinquisitor dargestellt worden ist. Ich bin mir ganz sicher, auch diese Kritiker werden von Benedikt XVI. eines Besseren belehrt werden.

Ich würde mir allerdings auch wünschen, dass wir Kölner die Gelegenheit wahrnehmen, uns bei dieser Angelegenheit, die Köln in aller Welt bekannt machen wird, auch insofern von unserer besten Seite zu zeigen, als wir ein doch ganz erhebliches Problem in den Griff bekommen, das in dieser Stadt immer noch herrscht. Das ist das Problem der hohen Kriminalität in Köln, insbesondere einer Kriminalität, die sich im Bereich der Eigentumsdelikte entfaltet hat. Zu dieser Kriminalität gehört auch eine ganz große Zahl von Taschendiebstählen. Wenn anlässlich des Weltjugendtages Menschen, die aus aller Herren Länder nach Köln gekommen sind, hinterher ohne Portemonnaie und Armbanduhr wieder nach Hause fahren müssen, dann wäre das für unsere Stadt keine gute Werbung.

Ich empfehle Ihnen: Sehen Sie zu, dass bei diesem Anlass die innere Sicherheit in Köln gewährleistet ist! Versäumen Sie nicht die Gelegenheit, hier Defizite auszugleichen, die in den letzten Jahren eingerissen sind! Hier ist es wirklich nötig, etwas zu tun. Sonst kann der Weltjugendtag für das Image der Domstadt durchaus auch negative Aspekte mit sich bringen.

Wir können das gut regeln. Wir können das aber auch in den Sand setzen. Unter dieser Stadtspitze - ich muss es leider sagen - sind in der Vergangenheit so viele Dinge in den Sand gesetzt worden, dass ich für den Weltjugendtag wirklich nur das Beste hoffen kann. Meine Fraktion wird diese Entwicklung mit konstruktiven, sachbezogenen Anträgen im Rat begleiten.

(Beifall bei pro Köln - Lachen Karsten Möring [CDU])





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt habe ich noch Frau May auf der Rednerliste. - Bitte.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Ich hatte vorhin gesagt, heute ist Girls' Day. Nun sollte man sich als Frau nicht zu dem päpstlichen Thema äußern, obwohl das ja nicht immer so ganz einfach ist. Der Papst, der kommt, ist nicht der erste Papst, der kommt. Herr Möring wird es sicher bestätigen, dass es in dieser Stadt schon lange Erfahrungen damit gibt. Daher sind meine Sorgen etwas geringer als Ihre. In dieser Stadt hat es auch immer einen regen Devotionalien- und Reliquienhandel gegeben.

Ich habe gedacht, hier werden Probleme angesprochen. Ich weiß, dass Köln eine weltoffene Stadt ist. Aber die Probleme, die auf uns zukommen werden - wer in die Kirche geht, kennt den Aufruf -, sind, dass Herbergen gesucht werden. Ich hätte gern von Herrn Gey und von Herrn Ott gehört: Wir nehmen auf. Das wäre ein positiver Beitrag.

(Zurufe)

Der zweite Punkt. Wenn der Pontifex Maximus kommt - ich nehme das einmal wörtlich: oberster Brückenbauer-, wäre es schön, wenn er von der einen auf die andere Rheinseite käme.

(Martin Börschel [SPD]: Übers Wasser oder was? - Heiterkeit)

- Sie sind nicht informiert, wie es um unsere Brücken bestellt ist. Ich sehe, dass bei diesem Thema Heiterkeit aufkommt, obwohl es Probleme gibt.

Es ist Wahlkampf und man merkt das. Aber ich sage Ihnen eines - deswegen spreche ich hier von den Problemen -: Der Papst ist Wahlkämpfer des Herrn und nicht irgendeiner Partei, die sich vielleicht dieses Thema zunutze machen will.

Ich möchte noch auf ein wichtiges Problem hinweisen. Ich hätte gern über unsere Brücken gesprochen; darüber hätte ich gern etwas gehört. Wie ist das mit der Südbrücke? Können da entsprechende Besucherströme herübergebracht werden? Mich hätte heute interessiert, wie die entsprechende Beschlusslage zur Finanzierung und Beschleunigung ist.

Wenn wir hier keine Beschlusslage haben, dann frage ich mich allen Ernstes: Was soll diese Aktuelle Stunde? Ich kritisiere CDU und SPD und frage mich, was dieser Antrag eigentlich soll. - Danke schön.

(Beifall beim Kölner Bürger-Bündnis und Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. Es liegen mir jetzt noch zwei Wortmeldungen vor, Herr Granitzka und Frau Wilden. - Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Sehr geehrter Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die unerwartet hohe Anteilnahme von Menschen aus aller Welt, die spontan zu Hunderttausenden und in der Spitze zu mehreren Millionen zu den Trauerfeierlichkeiten von Papst Johannes Paul II., zum Konklave und zur Einführung von Papst Benedikt XVI. nach Rom gereist sind, werfen auch für die Planungsverantwortlichen des 20. Weltjugendtages in Köln im August dieses Jahres die Frage auf, ob die bisher angenommenen Pilger- und Besucherzahlen und die bisherigen Programmplanungen den veränderten Bedingungen Rechnung tragen.

Schon unmittelbar nach seiner Wahl hat der neue Papst dem Kölner Erzbischof versichert, dass er nach Köln kommen werde. Kurze Zeit später hat er erklärt, dass er sich auf den Weltjugendtag in Köln und die Begegnung mit Jugendlichen aus aller Welt in Köln sehr freue.

Die Verantwortlichen der Weltjugendtag GmbH und die Planer bei den städtischen Behörden, der Polizei und anderen Organisationen sind deshalb der Frage nachgegangen, ob die zu erwartende Teilnehmerzahl und die Möglichkeiten und Bedingungen einer Erweiterung von Plätzen für die Teilnahme an Großveranstaltungen, insbesondere der Begrüßungsfeier für den Papst, am 18. August dieses Jahres noch valide sind.

Zunächst ist festzustellen, dass das eigentliche Programm der Begrüßungsfeier in Rom vom Papst selbst oder von besonderen Stellen der Kurie entschieden wird. Die Verantwortlichen in Köln unterbreiten dazu Vorschläge, die in Rom auch schon für den Besuch des vorherigen Papstes vorlagen.

Wir müssen nun abwarten, welche neuen Anfragen, Hinweise, Programmwünsche aus Rom zu uns kommen, wobei sicher berücksichtigt wird, dass der neue Papst mobil und in guter gesundheitlicher Verfassung ist. Dazu sind bereits in den zuständigen Gremien des Weltjugendtages, der Polizei und der Stadt Köln Vorüberlegungen angestellt worden, sodass wir schnell und flexi-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

bel auf die neuen Bedingungen reagieren können.

Bezüglich der zu erwartenden Teilnehmerzahlen sind Kriterien für eine drastische Veränderung im Augenblick nicht zu erkennen. Weder die Zahl der angemeldeten Pilger ist bisher in signifikanter Weise angestiegen noch hat es bisher Hinweise aus den deutschen Diözesen und dem Ausland gegeben, die erwarten lassen, dass mit einer drastischen Erhöhung der bisher angenommenen Zahlen zu rechnen ist. Derzeit wird angenommen, dass die hohe Zahl der zu erwartenden Pilger aus den osteuropäischen Bereichen zurückgeht, andererseits die Zahl der deutschen Teilnehmer als Pilger oder Tagestouristen eher steigen könnte.

In der allgemeinen Sicherheitslage für den Weltjugendtag sind nach Meinung der Sicherheitsexperten von Bund und Land derzeit keine Änderungen festzustellen oder zu erwarten. Da die Zusammenarbeit zwischen der Weltjugendtag GmbH, den städtischen Dienststellen, dem Regierungspräsidenten, der Polizei und den Hilfsorganisationen sehr eng, effektiv und kooperativ ist, bin ich sicher, dass wir den Anforderungen des Weltereignisses Weltjugendtag auch unter den neuen Bedingungen gerecht werden.

Herr Ott, in diesem Zusammenhang darf ich Ihnen von Katholik zu Katholik sagen: Demut kann man als Haltung zeigen. Wenn man sie aber als Fahne vorausträgt, ist es vielleicht nicht ganz so demütig.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den Zahlen. Sie haben gesagt, 1 Million Besucher werden in Köln erwartet. Das ist sicherlich nicht richtig. Wir werden insgesamt etwa 500 000 bis 600 000 angemeldete Pilger haben, die sich aber in der gesamten Erzdiözese, zu der - Gott sei es geklagt - auch Düsseldorf und Bergisch Gladbach gehören, verteilen,

(Zurufe - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sollen wir für andere werben? Das ist ja standortfeindlich!)

sodass in Köln nur ein Teil anwesend sein wird.

Sicherlich sind es bei der Domwallfahrt dreimal in der Woche pro Tag 130 000. Aber ich denke, wir müssen hier keine Angst verbreiten. Es werden nicht ständig 1 Million Menschen hier in der Stadt sein. Gleichwohl wird es während des Weltjugendtages enger, als wir das bisher in Köln kannten. Aber genau so sicher werden das friedliche Miteinander der Jugendlichen aus aller Welt

als fröhliche und freundliche Pilger, ihre Improvisationsfreude und ihre Geduld ein Klima in die Stadt tragen, das seine positiven Spuren in Köln hinterlassen wird, wie es in Rom geschehen ist.

Der neue Papst freut sich auf Köln. Wir freuen uns auf Benedikt XVI. und bitten die Verwaltung sehr herzlich, dieses Thema ständig zur Behandlung in den AVR zu überweisen, sodass sich die Fachgremien damit beschäftigen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Granitzka. Ich denke, es ist immer wichtig, an dieser Stelle die realistischen Zahlen zu nennen und nicht immer nur von 1 Million zu sprechen. Da haben Sie völlig Recht. Es ist in der Tat so, dass wir erst einmal einen großen Verteilungsfaktor auf andere Gebiete in der Region rund um Köln haben. Das ist sehr wichtig. Das führt auch ein bisschen von einer eventuell aufkommenden Panikmache weg. Der Weltjugendtag ist handhabbar. Es muss nur das Entsprechende getan werden. Insofern bin ich sehr dankbar für die realistischen Einschätzungen. Wir bekommen von der Polizei manchmal ganz andere Zahlen als die, die über die Medien laufen.

Ich habe noch eine Wortmeldung von Frau Wilden. Bitte schön.

**Regina Wilden (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren und insbesondere liebe Freunde von der FDP!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Liebe Freunde von der FDP, Sie versuchen immer wieder, anlässlich des Weltjugendtages eine verlängerte Ladenöffnungszeit herbeizureden. Ich weiß nicht, was Sie damit verfolgen.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Dass die Läden länger geöffnet werden!)

- Herr Helling, zu Ihnen komme ich später noch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und SPD)

Ich darf aber darauf hinweisen, dass die Jugendlichen angehalten sind, spätestens bis 22 Uhr bei ihren Gastgebern zu erscheinen und das Nachtquartier einzunehmen.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Zurufe)

- Das ist ihnen offiziell so bekannt gegeben worden. Denn die Gastgeber wollen sich ja nicht die Nacht um die Ohren schlagen. Das ist so. Das steht so in den Richtlinien, die der Weltjugendtag erarbeitet hat.

(Zuruf: Ausgangssperre!)

Merkwürdigerweise ist es mir schon wieder gelungen, für Erheiterung zu sorgen. Es ist doch auch etwas Nettes, wenn die Herrschaften hier einmal etwas zu lachen haben. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren, ich sehe, alle Beiträge sind vorgetragen worden.

Ich nehme auf - das ist hier beantragt worden -, die Thematik im Rahmen einer ständigen Berichterstattung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu bringen. Das ist ohnehin auch schon auf der Agenda, Herr Reppen. Völlig zu Recht hat Herr Breite schon darauf hingewiesen.

Ich würde aber darüber hinaus, um eine breitere Informationsbasis zu bekommen, die Sache dahin gehend erweitern, dass ich Ihnen vorschlage, dass wir im Hauptausschuss am 13. Juni vielleicht noch einmal zu einem ausführlicheren Bericht hinsichtlich der Organisation des Weltjugendtages einladen werden, um damit kurz vor dem Ereignis auf den aktuellen Sachstand gebracht zu werden. Denn bis dahin kann sich noch eine Reihe von Dingen ereignen. Ich würde Ihnen also anbieten, dass wir das als einen gesonderten Tagesordnungspunkt in den Hauptausschuss bringen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie damit einverstanden sind, darf ich darüber jetzt abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Wir haben die Aktuelle Stunde auf eine halbe Stunde reduziert. Wir sind also zeitlich gut durchgekommen. Ich darf Ihnen für die konstruktiven Beiträge danken.

Wir kommen jetzt zu:

### 1. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

#### 1.1 Schenkungen

- eines Ratssilberbeckers (im Wert von 450,00 EUR) von Herrn Dr. Jan W. Brügelmann
- einer Besteckgarnitur mit 14 Besteckteilen, Platzteller und Brotteller (im Wert von 3.457,03 EUR) und eines Bechers (im Wert von 450,00 EUR) von Herrn Heinz Christian Esser, ehemaliges Mitglied des Rates der Stadt Köln
- einer Besteckgarnitur mit 14 Besteckteilen, Platzteller und Brotteller (im Wert von 3.457,03 EUR) und eines Bechers (im Wert von 450,00 EUR) von Herrn Michael Garvens, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen Köln Bonn Airport GmbH
- eines Brottellers (im Wert von 499,03 EUR) von Herrn Michael Hoffmann, Präsident des Zentral-Dombau-Verein zu Köln
- von zwei Brottellern (im Wert von 998,06 EUR) von Herrn Stephan Perthel, Perthel-AREAL
- einer Besteckgarnitur mit 14 Besteckteilen, Platzteller und Brotteller (im Wert von 3.457,03 EUR) und eines Bechers (im Wert von 450,00 EUR) von Herrn Robert Rademacher
- eines Brottellers (im Wert von 499,03 EUR) von Herrn Johannes Wrede, Ohh de Cologne

#### als Ergänzungen des Ratssilbers Ds-Nr. 0430/005

Wir sind stolz auf das Ratssilber, das wir bei hochkarätigen Anlässen hin und wieder unseren Gästen präsentieren.

Ich möchte Sie bitten, diese Schenkungen anzunehmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist das erste Mal, seit der neue Rat zusammengetreten ist, dass wir wieder silberne Tellerchen und Becherchen geschenkt bekommen. Oben sitzen jede Menge junge Leute, die das vielleicht nicht wissen. Deshalb möchte ich meine Ablehnung dieser Schenkung gern erklären.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Normalerweise tut man das ja nicht. Aber ich finde, es wäre an der Zeit, wenn dieser Rat den großzügigen Spenderinnen und Spendern doch einmal sagen würde, dass es durchaus sinnvollere Sachen in finanziellen Notzeiten gibt als silbernes Ratsbesteck und silberne Ratsteller.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -  
Zurufe von der CDU)

- Wenn Ihnen dazu nichts einfällt, bin ich schockiert. Etwas Besseres als silberne Ratsteller müsste auch Ihnen einfallen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz, ich darf Sie aber informieren, dass mir aus ganz persönlichen Erfahrungen bekannt ist, dass die Spender, die hier genannt worden sind, dieses zusätzlich tun. Sie tun im Übrigen auch sehr viel in anderen Bereichen dieser Stadt. Insofern wissen sie auch, wo es ansonsten brennt und wo Unterstützung nötig ist. Wir sollten dieses Geschenk dankbar annehmen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich bitte Sie deswegen, zuzustimmen. Ich frage also: Wer dafür ist, diese Schenkungen anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, pro Köln, die FDP, der Republikaner, das KBB und meine Person. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Grünen, wie eben gesagt, des Herrn Ludwig und der PDS.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich enthalte mich!)

- Also nur Frau Moritz allein.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Die Abstimmung ist freigegeben!)

- Die Abstimmung ist also freigegeben. Dann muss ich noch einmal fragen. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von 6 Grünen. Die PDS hat die Abstimmung auch freigegeben? Das gibt es doch nicht bei euch.

(Heiterkeit)

Also gegen alle Stimmen von der PDS und Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der restlichen Mitglieder der Grünen-Fraktion. Dann ist es so mit deutlicher Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich im Namen des Rates der Stadt Köln bei allen Spendern ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir kommen nun zu:

### 2. Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

#### 2.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2005 betreffend „Urbane städtebauliche Entwicklung des Clouth-Geländes“

Ds-Nr. 0334/005

**Änderungsantrag der PDS-Gruppe vom 14. März 2005**

Ds-Nr. 0363/005

**Änderungsantrag des Kölner Bürger Bündnisses vom 8. April 2005**

Ds-Nr. 0496/005

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 20. April 2005**

Ds-Nr. 0590/005

Dazu gibt es einen neuen Änderungsantrag der PDS von heute. Es gibt noch einen weiteren Änderungsantrag der FDP.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Mehr nicht?)

- Mehr ist, glaube ich, kaum möglich.

Es spricht zunächst Herr Sörries für die Antragsteller.

**Peter Sörries** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich sage es direkt am Anfang: Wir stimmen dem Änderungsantrag von SPD und CDU zu, bedeutet er doch endlich das Ende der unendlichen Diskussionsrunden, die wir hier geführt haben, hin zur Umsetzung des gemeinsamen kulturpolitischen Zieles, nämlich dem Erhalt von Atelierräumen auf dem Clouth-Gelände.

Herr Schulze-Olden - viele kennen ihn noch als Amtsleiter im Kulturstadtrat - hat 1979 in „Kunst, Köln und Kultur“ Folgendes berichtet: „Als ein besonders erfolgversprechender Ansatz zur Künstlerförderung erwies sich die Einrichtung von Atelierhäusern. Zwei ehemalige Schulgebäude und die Verwaltungsräume einer stillgelegten Schokoladenfabrik wurden mit geringem Aufwand so hergerichtet, dass Künstler in den Klassenzimmern und Büros ihre Ateliers aufschlagen konnten. Gegen einen symbolischen Mietpreis erhielten 26 Kölner Künstler in einem Ballungsraum mit hohen Mietpreisen eine fun-





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

damentale Hilfe zur Sicherung künstlerischer Existenz. Auf dem zugehörigen Schul- und Fabrikgelände fanden Ausstellungen statt. Es entwickelten sich Kontakte zu den Nachbarn. Die Atelierhäuser hatten eine gute Aussicht - über ihren eigentlichen Zweck hinaus -, kleine Zentren zur Begegnung zwischen Kunst und Öffentlichkeit in verschiedenen Stadtregionen zu werden.“

Obwohl es aber an leerstehenden Schulen, Fabrikgebäuden, Büros und Hofgebäuden nicht fehlte, ist diese Initiative damals vonseiten der Verwaltung abgebrochen worden. Aber im Gegensatz zu der damaligen Verwaltung haben die Künstler diese Ziele nicht aufgegeben, jedenfalls nicht die, die nicht wegen günstigerer Ateliermieten nach Berlin oder ins Umland gezogen sind.

Wo städtische Hilfe versagt bleibt, ist Eigeninitiative gefragt. Das Clouth-Gelände mit den 58 Ateliers des CAPs und anderer ist das beste Beispiel dafür, als wäre der Ansatz fast der gleiche wie bei Schulze-Olden. Die Argumente haben sich jedenfalls nicht geändert.

Heute geht es um die Existenz einer Künstlergemeinschaft, die sich ausschließlich aus Eigeninitiativen gegründet hat. Was Schulze-Olden als Zukunftsprognose der Atelierhäuser sagt, dass sie sich über ihren eigentlichen Zweck hinaus zu kleinen Zentren der Begegnung zwischen Kunst und Öffentlichkeit in den verschiedenen Stadtregionen entwickeln, ist auf dem Clouth-Gelände schon längst Wirklichkeit geworden. Das CAP ist ein Synonym für Eigeninitiative von Künstlern ohne jegliche kommunale Mittel geworden. Hier ist über Jahre ein Projekt gewachsen, welches den Künstlern die Möglichkeit zur Arbeit und Selbstverwirklichung und den Bürgern die Auseinandersetzung mit der Kunst ermöglicht.

Für Köln, insbesondere für Nippes und die Umgebung der Clouth-Werke, ist das CAP ein Glücksfall. Die Künstler und ihre Ateliers als Begegnungsstätte mit der Kunst sind ein fester Bestandteil des kulturellen Lebens geworden und nicht mehr wegzudenken. Es ist eine Aufwertung des Stadtteils und wird auch bei einer zukünftigen Bebauung des Clouth-Geländes die Attraktivität auch für mögliche Investoren steigern. Nippes ist ein Stadtteil, der sich immer mit seinen Künstlern identifiziert hat, ob im Falle des Ausbesserungswerks oder im Falle von Clouth. Dies dokumentiert auch der gemeinsame Beschluss der Bezirksvertretung Nippes, der hier in beiden Anträgen, in unserem und in dem Änderungsan-

trag von CDU und SPD, seinen Niederschlag gefunden hat.

Auch in Zeiten klammer Kassen hat die Stadt eine Verantwortung für ihre Künstler. Man kann nicht bei jeder sich bietenden Möglichkeit nach privatem Engagement rufen oder einen privaten Investor auffordern, Künstlerateliers zu erhalten. Auch die Stadt muss hier Verantwortung zeigen.

Das Kap der Guten Hoffnung prophezeit eine gute Weiterfahrt, wenn alle Widrigkeiten der Stürme und Strömungen, die gegen einen gerichtet sind, gemeistert werden. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg, dass wir das auch hier schaffen werden.

Ich gehe davon aus, dass die anderen Punkte, nämlich die Stadtentwicklungspunkte, die hier noch in den Anträgen enthalten sind, im Rahmen der Verwaltungsvorlage im StEA usw. behandelt werden. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sörries. Dann haben wir für die beiden anderen Antragsteller des von Ihnen erwähnten Änderungsantrages, den Sie auch mit einbinden würden, jetzt Wortbeiträge von Herrn Klipper und dann von Herrn Börschel. Herr Klipper, bitte.

**Karl Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sörries, ich glaube, dass der Tenor Ihrer Ausführungen zwar richtig ist, aber zu kurz gefasst ist. Sie müssen bedenken, wir haben ein sehr großes, an Nippes angegliedertes Gelände, das 1860 gegründet worden ist und bis 1980 erweitert wurde. Das sind 120 Jahre Industriegeschichte auf diesem einzigartigen Areal.

Der ausgeschriebene Wettbewerb, den wir im Sommer letzten Jahres hatten, zeigt, dass dort ungefähr 150 000 m<sup>2</sup> DGF - das entspricht ungefähr 1 300 Wohnungen - bebaut werden können. Davon entfallen 25 Prozent auf Gewerbe. Wir sind der Meinung, dass das zu kurz gegriffen ist und dass wir eigentlich einen Vierklang haben sollten:

Erstens. Wir sollten die Entwicklung als ein hervorragendes Wohngebiet haben. Zweitens. Wir sollten dort Gewerbe ansiedeln. Drittens. Wir sollten dort öffentliche Räume schaffen. Viertens. Wir sollten - was Sie isoliert betrachtet haben -





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

dort auch Kultur unterbringen. Diese Punkte müssen nach meiner Auffassung zusammen angepackt werden, damit ein organisch neues Gebiet geschaffen werden kann.

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben zwei, drei Gebiete in Köln, wo das geklappt hat und wo das nicht geklappt hat. Ich kann Ihnen direkt sagen, wo das nicht geklappt hat. Da brauchen wir uns nur die rechtsrheinische Seite anzusehen. Mitte der 90er-Jahre wurde hier das CFK-Gelände geschaffen. Heute befindet sich dort eine Brache; dieses Gelände wird nicht weiterentwickelt.

Ein Beispiel für einen Bereich, der sich hervorragend entwickelt hat, ist die Schanzenstraße, wo sich alte Substanz mit neuer Substanz verbunden hat. Dort ist ein hervorragendes Gebiet - Schwerpunkt liegt auf dem Gewerbegebiet - entstanden.

Wo es sich meiner Meinung nach herausstellt, dass wir Anfang 2000 richtig gehandelt haben, ist der Bereich des Rheinauhafens. Dort besteht eine Kombination aus Wohnen, Arbeiten, Kultur und öffentlichem Raum. Altes und Neues wird dort miteinander verbunden. Mittlerweile ist es das Vorzeigebjekt für das ganze Gebiet.

Erstens. Ich wünsche mir, dass in diesem Bereich eine ähnliche Entwicklung stattfindet und eine ähnliche Struktur aufgebaut wird, wie sie im Rheinauhafen zu finden ist, nämlich hochwertiges Wohnen, und dass wir dort das Alte mit dem Neuen verbinden, möglichst viel von der alten Substanz erhalten und dann Neues anbieten. Dazu zählen das Wohnen und das Arbeiten in Lofts. Ich kann mir vorstellen, dass das eine hervorragende Anbindung sein wird.

Zweitens. Wir dürfen diesen Standort nicht isoliert betrachten. Er kann nicht - wie es 120 Jahre der Fall war - mit hohen Mauern abgeschottet werden, sondern er muss sich integrieren und sich nach Nippes öffnen. Diesbezüglich glaube ich auch, dass der zweite Entwurf hinsichtlich dieses Bereiches den Punkten, die ich gerade angeführt habe, entgegenwirkt.

(Ralph Sterck [FDP]: Haben Sie gerade „entgegenwirkt“ gesagt?)

Da wir eine Gesamtheitsbetrachtung haben - wie wir eben vom Bürgermeister gehört haben, haben wir insgesamt 15 Anträge -, möchte ich das kurz zusammenfassen.

Drittens. Wir können es uns nicht mehr erlauben, angesichts der heutigen Situation in Köln eine bunt strukturierte Bevölkerung noch unterzubrin-

gen. Die negativen Beispiele aus den 50er- und 60er-Jahren sind Warnung genug.

Deswegen bin ich der Meinung, dass wir richtig handeln, wenn wir einen Mix von unterschiedlichen Leuten dort unterbringen bzw. ihnen Wohnungen anbieten. Deswegen haben wir auch gesagt, 85 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau --

(Ralph Sterck [FDP]: Sind Sie ein Fan des sozialen Wohnungsbaus?)

- Ich habe gesagt, ich bin für 85 entsprechende Wohnungen in diesem Bereich. Denn in einem solchen Gebiet mit 1 200 oder 1 300 Wohnungen können 85 Sozialwohnungen verträglich untergebracht werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich wehre mich nur gegen Monostrukturen in diesem Bereich. Deswegen habe ich auch auf die Begrenzung geachtet.

Herr Sterck, Sie werden auch noch darauf kommen:

(Jörg Detjen [PDS]: Die FDP nie!)

Wir werden in Zukunft Probleme mit der Überalterung unserer Gesellschaft bekommen. Deshalb haben wir 85 Wohnungen im Rahmen eines Projektes für generationenübergreifendes Wohnen vorgesehen. Ich halte das für enorm wichtig.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Deswegen haben wir auch zusammen mit der SPD diesen Mix gefunden. Es gibt drei verschiedene Gruppen: 85 Sozialbauwohnungen, 85 generationenübergreifende Wohnungen und 85 älter- und behindertengerechte Wohnungen. Ich halte das bei einer Gesamtzahl von insgesamt 1 300 Wohnungen vertretbar.

Ich halte deswegen unseren Antrag, der alle diese Punkte zusammenfasst - ich glaube, Sie von den Grünen können darin übereinstimmen -,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir doch schon angestoßen!)

für richtig. Ich würde mich freuen, wenn Sie ihm zustimmen würden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass der Antrag, den CDU und SPD hier vorgelegt haben, zeigt, dass es richtig war, in den letzten Ratssitzungen nicht einseitig nur den Teil, den Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag aufgegriffen haben, zu beleuchten und sich damit zu beschäftigen, sondern die Frage Clouth-Gelände und alle Fragen, die damit zusammenhängen, sehr viel grundsätzlicher und umfassender zu beleuchten. Deswegen ist es zu diesem Antrag gekommen.

Wir sind der Auffassung, dass die Entwicklung des Clouth-Geländes ein exemplarisches Beispiel dafür ist und sein kann, wie sich ein Industriestandort, der in Köln eine unglaublich lange und gute Tradition hat, entwickeln kann. Über 130 Jahre lang haben die Clouth-Werke in Nippes produziert und über 3 000 Kölnerinnen und Kölnern Beschäftigung geboten. Diese Geschichte zeigt, dass man einen Industriestandort in ein neues Stadtquartier umwidmen und in einen kombinierten Gewerbe- und Wohnstandort entwickeln kann. Deshalb muss man über die Frage der Künstlerateliers hinaus, die wir für außerordentlich wichtig halten, diese Frage stadtentwicklungs- und wohnungsbaupolitisch angehen.

Es geht um ein Stück Stadtteilgeschichte in Nippes und es geht um eine durchaus identitätsstiftende Signatur, die man dort an den Industriebauten sehen kann, die wir - deswegen favorisieren wir den Träger des zweiten Preises - möglichst erhalten wissen wollen. Diese identitätsstiftende Signatur muss durch die Industrie bald einer neuen Nutzung zugeführt werden. Insofern ist da die Festlegung und die Beschränkung auf den zweiten Preisträger auch stadtentwicklungs- und Köln-historisch eine richtige Entscheidung.

Trotzdem und gerade deswegen geht der Antrag von CDU und SPD mit all seinen Einzelheiten und Facetten weit über eine reine Bedeutung von Nippes hinaus. Wir können hier an diesem Antrag exemplarisch sehen, dass man dieser Thematik eine sehr grundsätzliche Bedeutung beimessen muss, weil wir bezüglich des Clouth-Geländes sehen, dass man an vielen Stellen umdenken muss, auch in der politischen Prioritätensetzung, die es in Köln in den letzten Jahren gegeben hat.

Ich bringe als erstes Beispiel die Liegenschaftspolitik. Liegenschaftspolitik ist in der Vergangenheit, auch in der jüngsten Vergangenheit, unter dem nachvollziehbaren Diktat knapper Kassen viel zu sehr mit Blick auf die Frage gemacht worden: Kann ich als Liegenschaftsdezernent, also als für die Liegenschaften dieser Stadt Verantwortlicher, möglichst viel Geld herausholen?

(Beifall Jörg Detjen [PDS])

Es ist ein legitimes Anliegen, zu überlegen, wie eine Stadt ihre Grundstücke gut vermarkten kann. Natürlich muss man auch im Rahmen knapper Kassen darauf achten, dass Grundstücke so große Erlöse einbringen, dass am Ende auch dem sehr eng gestrickten Haushalt etwas zugeführt werden kann. Aber Liegenschaftspolitik in einer Stadt wie Köln muss mehr sein als das Scheffeln von Geld. Denn das Geld ist zwar schnell eingenommen, aber auch schnell wieder ausgegeben.

Hier geht es darum, wie man mit Liegenschaftspolitik auch Stadtentwicklungspolitik machen kann, die über die nächsten 50, 60 oder gar 100 Jahre wirkt. Was wir in Nippes auf dem Clouth-Gelände im Zuge einer rein ergebnis- und geldorientierten Entwicklungsplanung falsch machen, wird uns auf Dauer von den Kölnerinnen und Kölnern übel genommen werden. Deswegen müssen wir uns die Frage stellen: Was sind uns stadtentwicklungs- und wohnungsbaupolitische Ziele eigentlich wert?

Da möchte ich hier öffentlich gerne auf den Brief antworten, den der Stadtkämmerer, der gleichzeitig Liegenschaftsdezernent ist, den Ratsfraktionen zur Entwicklung des Clouth-Geländes geschrieben hat. Er war und ist der Auffassung, dass man mit diesem Gelände einen exorbitant höheren Verkaufswert erzielen wollte und will, als die Stadt damals beim Ankauf ausgegeben hatte. Dies ist falsch, weil wir wohnungsbau- und stadtentwicklungspolitisch darauf angewiesen sind, Akzente zu setzen, die weit in die Zukunft reichen. Wir dürfen nicht nur auf den einen Tag achten und darauf, ob jetzt mehr oder weniger Geld in die Kasse kommt. Deswegen ist hier ein Umdenken in der Liegenschaftspolitik zwingend.

Daher ist es auch konsequent, dass die Koalition von CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, die Liegenschaftspolitik künftig an ein Wirtschaftsdezernat zu binden, weil man andere Schwerpunkte setzen muss, nämlich Schwerpunkte genau in dem Sinne, wie ich sie gerade beschrieben habe.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Beifall bei der SPD und Jörg Detjen  
[PDS])

Ein zweiter Punkt wird an dem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD zum Clouth-Gelände exemplarisch deutlich, nämlich die Frage: Welche Wohnungsbaupolitik braucht Köln eigentlich? Allen, die sich einigermaßen mit diesem Thema beschäftigen, ist längst bekannt, dass Köln wächst, nach allen Prognosen über die Entwicklung der Einwohnerzahl etwa bis in das Jahr 2015 hinein. Das heißt, es wird mehr Kölnerinnen und Kölner geben, die Wohnungen suchen.

Diese steigende Zahl von Kölnerinnen und Kölnern braucht daneben mehr Platz. Auch das ist eine Entwicklung, die seit langem erkennbar ist. Der individuelle Wohnflächenbedarf eines Einzelnen steigt kontinuierlich. Selbst wenn der individuelle Wohnflächenbedarf pro Person nur um 0,1 m<sup>2</sup> pro Jahr steigen würde - das ist weniger als der langjährige Durchschnitt der letzten Jahrzehnte -, müssten wir etwa 1 400 Wohnungen pro Jahr bauen, nur um diesen Mehrbedarf auszugleichen. Das zeigt, dass man auch an dieser Stelle dringend gegensteuern muss und dringend eine neue Wohnungsbaupolitik braucht, für die auch dieser Antrag und das Clouth-Gelände ein gutes Beispiel sind.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Wie hat man auf diese Erkenntnisse reagiert, dass Köln wächst und dass es einen höheren individuellen Wohnflächenbedarf gibt? Man hat darauf so reagiert, dass im Jahr 2000 die damals regierende Koalition hier im Rat alle - ich betone: alle - Bebauungspläne, die Geschosswohnungsbau beinhalteten, gestoppt hat. Es war also eine diametral entgegengesetzte und völlig falsche Herangehensweise in Bezug auf einen erhöhten Wohnbedarf der Kölnerinnen und Kölner, indem man sich ausgerechnet einseitig auf den Einfamilienhausbau, den wir ebenfalls brauchen, konzentriert hat und den Geschosswohnungsbau zurückgestellt hat.

(Zuruf Karl Klipper [CDU])

Die zweite Erkenntnis, die sich nicht wegdiskutieren lässt, ist, dass sich die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen - nehmen wir als Beispiel das Jahr 1990 als Referenzjahr mit über 111 000 öffentlich geförderten Wohnungen - bis zum Jahr 2003 mit gut 65 000 Wohnungen fast halbiert hat. Dieser Trend ist noch längst nicht umzukehren, weil sich die Zahl der Bewilligungsbescheide für neue öffentlich geförderte Wohnungen - auch hier bringe ich einen Vergleich mit

dem Spitzenjahr 1997, als immerhin noch über 2 200 Bewilligungen ausgesprochen worden sind - dramatisch auf nur noch knapp 400 im Jahre 2003 reduziert hat. Es zeigt sich also: Der Trend hinsichtlich der sinkenden Zahl von öffentlich geförderten Wohnungen wird sich dramatisch verschärfen, wenn wir nicht schnell gegensteuern.

Man muss damit noch eine weitere Erkenntnis verbinden, nämlich dass das Land Nordrhein-Westfalen Millionen und Abermillionen Euro zur Verfügung stellt, um öffentlich geförderten Wohnungsbau zu finanzieren, aber die Stadt - das zeigen die eben genannten Zahlen - das Geld nicht einmal abrufen. Das heißt, hier wird Geld vom Land Nordrhein-Westfalen verschenkt, weil es die Stadt Köln nicht abrufen. Das ist skandalös und absurd angesichts der Zahlen, die ich eben vorgetragen habe.

(Beifall Jochen Ott [SPD])

Ich will noch einen letzten Punkt nennen, der exemplarisch deutlich macht, wie wichtig - über Nippes und das Clouth-Gelände hinaus - dieser Ansatz, den CDU und SPD gewählt haben, ist. Man muss vor öffentlich gefördertem Wohnungsbau keine Angst haben. Man muss ihn nur richtig machen. Kollege Klipper hat völlig richtig darauf hingewiesen, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen muss. Wir dürfen nicht mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau auf eine Stelle konzentrieren, wie man es fehlerhaft in den 50er- und 60er-Jahren, sogar bis in die 70er-Jahre hinein, und leider Gottes noch bis vor wenigen Jahren gemacht hat. Man muss hier für eine vernünftige Mischung aller Wohnformen und aller Bevölkerungsgruppen sorgen.

Deswegen ist es völlig richtig und konsequent, dass sich CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, bei allen Grundstücksveräußerungen der Stadt Köln einen Anteil von 25 Prozent pro Projekt, was den öffentlich geförderten Wohnungsbau betrifft, festzuschreiben. Das steht so im Koalitionsvertrag. Dies wird in Zukunft verhindern, dass es Monostrukturen gibt. Da hat der Kollege Klipper völlig Recht.

Man muss auch einmal - dann wird erst recht deutlich, dass man keine Angst vor öffentlich gefördertem Wohnungsbau haben muss - in die Förderrichtlinien schauen. Sie zeigen, dass öffentlich geförderter Wohnungsbau mehr ist als nur der berühmte erste oder zweite Förderweg. Wir haben es hier mit generationenübergreifendem Wohnen zu tun. Wir haben es hier mit alten- und behindertengerechtem Wohnen zu tun.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Wenn man sich die demographische Entwicklung ansieht, dann erkennt man, dass es dafür einen Bedarf gibt.

Ich komme zum Schluss. Es hat sich gelohnt, lange um dieses Clouth-Gelände zu ringen, nicht nur um die Künstlerinnen und Künstler. Es geht natürlich auch um sie. Aber es geht um mehr. Es geht über Nippes hinaus. Wir brauchen eine Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik, wir brauchen eine Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik, damit alle in Köln zu vernünftigen Preisen und in einem vernünftigen städtebaulichen Umfeld leben können. Dann werden sich auch die Umfragen bestätigen, dass nämlich die Kölnerinnen und Kölner gern in dieser Stadt leben. Wir müssen dafür sorgen, dass sie es sich auf Dauer weiter leisten können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Börschel. Der Bereich der Liegenschaften ist angesprochen worden. Herr Sterck, wenn Sie gestatten, möchte ich noch eine Zwischenbemerkung aus der Verwaltung zulassen. - Herr Stadtkämmerer, bitte.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Börschel, ich sehe es Ihnen nach: An der Liegenschaftspolitik dieser Stadt waren Sie nur am Rande beteiligt. Wenn Sie eine neue Liegenschaftspolitik fordern, dann müssen Sie sich zunächst einmal mit Ihren Kollegen aus dem Rat auseinandersetzen, die für diese Liegenschaftspolitik, die in den letzten Jahrzehnten in dieser Stadt sehr erfolgreich, geradezu beispielgebend war, verantwortlich sind.

Sie haben dem Stadtkämmerer und amtierenden Liegenschaftsdezernenten attestiert, wenn nicht sogar vorgeworfen, bei seiner Tätigkeit stadtentwicklungspolitische Gesichtspunkte zu vernachlässigen. Daraufhin muss ich Ihnen leider sagen - ich kann Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen -, dass Sie besser die Ratsvorlage „Verkauf des Clouth-Geländes“ bis zum Ende gelesen hätten. Denn diese Ratsvorlage ist im Geiste einer zukunftsweisenden Stadtentwicklungspolitik und auf Grundlage von stadtentwicklungspolitischen Ansätzen geschrieben worden. Sie war vielleicht ein bisschen umfangreich. Das gebe ich heute zu. Aber Ihre Ausführungen können nicht unwidersprochen bleiben.

Wenn Sie sich die Konzeption in dieser Vorlage ansehen, dann stellen Sie fest, dass hier nicht einfach irgendein Krämer gehandelt hat. Ich habe Ihnen vielmehr mit dieser Vorlage etwas vorgelegt, was sehr wohl - ich wiederhole mich da - in beispielgebender Weise stadtentwicklungspolitische Gesichtspunkte berücksichtigt hat.

Man kann natürlich immer schlauer werden. Da gebe ich Ihnen auch Recht. Insofern habe ich als Liegenschaftsdezernent und auch als Stadtkämmerer nichts dagegen, dass sich dieser Rat anders entscheidet. Man muss aber auch darauf hinweisen, Herr Börschel. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel hat noch eine Nachfrage.

**Martin Börschel (SPD):** Ich muss deswegen eine Nachfrage stellen, weil ich nicht ganz sicher bin, ob ich Ihre Ausführungen jetzt richtig verstanden habe, Herr Stadtkämmerer, Liegenschafts-, Wirtschafts-, Ordnungs- und Rechtsdezernent.

Sie haben doch noch vor kurzem den Ratsmitgliedern geschrieben - ich habe das Schreiben leider nicht dabei; aber Sie werden mir sagen, ob ich da falsch liege -, dass den Rat der Stadt Köln - wenn er die Entscheidung trifft, wie sie heute beabsichtigt ist - das Halten der Künstlerinnen und Künstler in den Ateliers auf dem Clouth-Gelände mehrere Millionen Euro kosten wird und dass Sie deswegen davon abraten, das zu machen. Sie haben uns in diesem Schreiben darauf hingewiesen, dass öffentlich geförderter Wohnungsbau aus Ihrer Sicht die Einkommensquelle der Stadt Köln bei der Veräußerung des Grundstücks schmälert und dass Sie deswegen davon abgeraten haben. Das sind doch Punkte, die eine ausschließlich kassenwirksame Liegenschaftspolitik kennzeichnen und nichts anderes.

In der Tat, Sie haben völlig Recht: Der Rat der Stadt Köln entscheidet darüber, welche Liegenschaftspolitik er will. Der Rat der Stadt Köln entscheidet darüber, welche Stadtentwicklungspolitik er haben will. Der Rat der Stadt Köln entscheidet darüber, welche Wohnungsbaupolitik er haben will. Wenn ich mir Ihre Ausführungen anhöre, Herr Stadtkämmerer, dann bin ich auch froh, dass das so ist.

(Beifall bei der SPD)





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Ich möchte nur ganz kurz erwidern.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja bitte.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Sie haben mir da gerade etwas vorgeworfen, was so nicht stimmt. Ich habe Ihnen das tatsächlich geschrieben, weil ich dazu verpflichtet bin, Sie für Ihre Entscheidungen in diesem Rat mit allen zur Verfügung stehenden Entscheidungsgrundlagen zu versorgen. Das werfen Sie mir also besser nicht vor. Ich stehe auch dazu.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch in Ordnung!)

Aber lesen Sie noch einmal die alte Vorlage zum Verkauf des Clouth-Geländes, dem dieser Rat mit breiter Mehrheit zugestimmt hat. Ich war immer in der vielleicht irrigen Annahme, er hätte das auch in Anerkennung des stadtentwicklungspolitischen Konzeptes, das hinter dieser Vorlage steht, getan. Ich habe mich vielleicht geirrt.

(Beifall Jörg Detjen [PDS])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Jetzt sind wir wieder in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Herr Sterck für die FDP-Fraktion und danach Herr Detjen.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hatte schon befürchtet, dass man zwischendurch, bevor dieser Dialog beendet ist, etwas trinken gehen könnte. Wir sehen daran, welche Probleme es gibt, wenn man solche Fachdiskussionen in dieses Gremium trägt. Wir haben für diese Fachdiskussionen Fachausschüsse. Wir haben den Stadtentwicklungsausschuss, wir haben den Kulturausschuss.

(Josef Müller [CDU]: Und den Liegenschaftsausschuss!)

- Und den Liegenschaftsausschuss. Danke, Herr Bürgermeister Müller. - Wir haben diese Fachausschüsse, damit sich die jeweiligen Fachleute damit beschäftigen können und die aktuellen Landtagskandidaten nicht ihre Fensterreden halten müssen. Daher wäre es besser gewesen, wir hätten die Diskussion dort entsprechend geführt.

Zum Beispiel hat Herr Sörries nur den Aspekt der Künstlerateliers angesprochen, was aus seinem Blickwinkel für den Kulturausschuss stimmt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich spreche noch!)

- Frau Moritz kommt dann noch. - Das zeigt aber, dass der Rat möglicherweise das falsche Gremium ist.

Wir haben hier von Seiten der FDP-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt zu dem ersten Punkt des gemeinsamen Antrages von CDU und SPD. Denn wir sind der Meinung, dass die Daten über die Erhaltbarkeit der bestehenden Gebäude bezüglich Altlasten, bezüglich der Kosten einer Sanierung, die uns als Ratsmitglieder vorliegen, noch nicht so sind, dass wir hier eine seriöse Entscheidung treffen können.

Kollege Klipper, Sie haben gesagt - das werden wir im Wortprotokoll nachlesen können -, der Vorschlag, der den zweiten Preis gewonnen hat und den Sie jetzt favorisieren, würde der Anbindung an Nippes entgegenwirken.

(Karl Klipper [CDU]: Nein! Das habe ich nicht gesagt!)

- Das habe ich so verstanden. Möglicherweise haben Sie genau das Gegenteil gesagt oder Sie wollten das Gegenteil sagen.

Aber das ist genau der Unterschied. Angesichts dieser Diskussion muss ich einmal die 90 übrigen Kollegen damit beschäftigen. Es gab einen Wettbewerb. Der Vorschlag, der den ersten Preis gewonnen hat, sah im Grunde vor: Es muss dorthin - das war die Angabe der Verwaltung - das gesamte Gelände abgeräumt werden, ähnlich dem Gelände der CFK in Kalk. Dann nutzen wir die Chance, den Standort Clouth-Gelände optimal an den Stadtteil Nippes anzubinden, indem wir die Straßenachsen aufnehmen, die Blickachsen aufnehmen und möglichst viel Nippes in dem Bereich für den Park zulassen und eine möglichst gute Verbindung der Anwohner zur Neusser Straße ermöglichen. Das war die Ausgangslage für den Wettbewerb, mit der die Architekten geplant haben.

Der zweite Entwurf konnte sich um diese Anbindung an den Stadtteil Nippes nicht so kümmern, weil er so angelegt war, lieber mehr von den alten historischen Hallen zu erhalten. Die Verwaltung hat aber gesagt: Die sind nicht zu erhalten, die sind so kontaminiert, dass sie abgerissen werden müssen.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Daher sehe ich den Rat heute nicht in der Lage - die Unterlagen liegen nach wie vor nicht vor; das wird mir der Kämmerer und der Stadtentwicklungsdezernent bestätigen -, die Entscheidung zwischen dem ersten und dem zweiten Preisträger zu fällen.

Wir brauchen erst die Untersuchungsergebnisse, welche Altlasten vorliegen, wieweit sie zu sanieren sind und welche Kosten damit verbunden sind. Dann wollen wir das Geld entsprechend ausgeben. Erst wenn wir diese Daten haben, können wir uns zwischen den ersten beiden Preisträgern hier entscheiden. Das ist Ziel des FDP-Änderungsantrags.

Neben den zahlreichen Punkten in dem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD, die wir von Seiten der FDP unterstützen, -

(Petra May [Kölner Bürger-Bündnis] meldet sich)

- Frau Kollegin May, möchten Sie eine Zwischenfrage stellen? Herr Oberbürgermeister, wenn ich das einmal einfließen lassen darf: Die Frau Kollegin May möchte noch einen Wortbeitrag in dieser Debatte anmelden! - gibt es natürlich einen Punkt, den man sozusagen als Kollateralschaden der Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD bezeichnen kann. Da hat vielleicht einmal einer bei der CDU einen Moment geschlafen.

(Walter Grau [CDU]: Wir schlafen nie!)

Schon hat die SPD die Quote von 25 Prozent in den Koalitionsvertrag eingeschoben. Herzlichen Glückwunsch.

(Martin Börschel [SPD]: Das war hier einvernehmlich!)

Ich gratuliere Ihnen dazu, Herr Börschel. Das haben Sie geschickt gemacht. Deswegen muss bei diesem Projekt gegen den ursprünglichen Widerstand der CDU der soziale Wohnungsbau untergebracht werden.

Herr Klipper - auch Sie kriegen noch Ihre Streicheleinheiten -, das haben Sie gut gemacht, dass Sie nachher das 85-85-85-Modell erfunden haben und damit der SPD wieder einen drauf gegeben haben. So ist das in einer Koalition. Es ist ein ständiges Geben und Nehmen. Nur erwarten Sie bitte nicht, dass wir als FDP-Fraktion diesem Geschacher zustimmen.

(Josef Müller [CDU]: Nein, das erwarten wir nicht!)

Wir werden den Sozialwohnungen, die Sie hier hineinschreiben, nicht zustimmen. Daher hat der Änderungsantrag des Kölner Bürger-Bündnisses unsere große Sympathie. Wir werden dem entsprechend hier zustimmen.

Ich beantrage für den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD nachher eine abschnittsweise Abstimmung, damit wir bei dem Punkt 4 entsprechend dagegen stimmen können.

In der Konsequenz ist natürlich der ursprüngliche Antrag der Grünen unterstützenswert - das habe ich am Anfang gesagt -, der eigentlich einmal Vorlage für einen gemeinsamen Antrag aller vier demokratischen Fraktionen war, die in diesem Rat gewesen sind. Wenn er nachher noch zur Abstimmung gestellt wird, werden wir auch dem unsere Unterstützung geben.

Ich möchte zusammenfassen. Sie sollten sich als Ratsmitglied überlegen, ob Ihnen heute genug Informationen vorliegen, um diese Entscheidung zwischen dem ersten Preisträger, den die meisten von Ihnen wahrscheinlich gar nicht kennen, und dem zweiten Preisträger, den wahrscheinlich genau so wenige von Ihnen kennen, hier zu fällen, oder ob wir uns nicht doch noch etwas genauer in den Fachausschüssen damit befassen sollten. Denn das Clouth-Gelände, die Entwicklung in Nippes und die Lage der Künstler, die hier angesiedelt sind, sind viel zu wichtig, als dass man darüber auf die Schnelle entscheiden könnte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Eine Nachfrage, Herr Sterck. Sie meinen mit Einzelabstimmung doch sicherlich lediglich den Punkt 1 und dann die Punkte 2 bis 8 en bloc.

(Ralph Sterck [FDP]: Punkte 1 und 4!  
Den Rest en bloc!)

- Danke. Jetzt ist Herr Detjen dran.

**Jörg Detjen (PDS):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal bei den Künstlerinnen und Künstlern für die Tafel Schokolade bedanken. Herr Oberbürgermeister, verstoße ich gegen die Geschäftsordnung, wenn ich jetzt zum Essen dieser Schokolade auffordere?



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Jörg Detjen (PDS) legt eine Schokolade vor dem Rednerpult ab)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wenn Sie die an Ihrem Platz essen wollen, können Sie das machen. Aber bitte nicht hier vorn; hier sollen Sie reden.

**Jörg Detjen (PDS):** Ich kann nur sagen: Essen Sie jetzt! Essen Sie jetzt!

(Zuruf: Diesmal ist es kein Hundefutter)

Wir werden dem vorliegenden Antrag von SPD und CDU zustimmen. Wir haben einen kleinen Änderungsantrag eingebracht. Ich habe mich eben bei Herrn Klipper und bei der SPD erkundigt: Man will unserem Antrag nicht zustimmen. Im Punkt 1 oder 2 ist die Formulierung „adäquat“ in Bezug auf die Miethöhe enthalten.

(Karsten Möring [CDU] geht zum Rednerpult und nimmt die Schokolade an sich)

- Das ist aber meine Schokolade.

(Heiterkeit)

Guten Appetit!

(Karsten Möring [CDU]: Sie haben gesagt: Essen Sie! Essen Sie!)

- Sie haben ja völlig Recht, Herr Möring. Sie haben mich ausgebremst. Sie müssen ja auch mal die Show haben.

Zurück zu dem, was ich sagen wollte. Uns wäre eine Miethöhe über das Atelierförderungskonzept lieber gewesen. Es wäre uns auch lieber gewesen, wenn man die vier Kündigungen, die es ja gegeben hat, zurückgenommen hätte. Aber ich glaube, wir finden einen Weg.

Wir als PDS sind daran interessiert, gemeinsam mit CDU und SPD in dieser Frage ein bisschen gegen die Verwaltung zu steuern, die ja in der ganzen Angelegenheit sowohl beim Clouth-Gelände - Herr Soénius hat es in gewisser Weise demonstriert - als auch in der gesamten Wohnungsbaupolitik mauert.

Ich möchte den Kollegen Börschel unterstützen, was seine Ausführungen bezüglich des Wohnungsbaus betrifft. Ich fordere ein, Herr Streitberger, dass das Wohnungsbauforum, das ja in dem Wohnungsbaugesamtplan vorgesehen ist,

möglichst schnell zusammentritt und die Probleme des Wohnungsbaus diskutiert und erörtert.

Sie wissen alle, meine Damen und Herren, der Plan, 57 000 Wohnungen zu bauen, ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, zu dem im Wohnungsbericht steht, man könne es gar nicht erreichen. Mit dem Problem müssen wir uns befassen. Insofern meinen wir, es ist dringend angesagt, dass das Wohnungsbauforum tagt und sich mit den Problemen beschäftigt.

Wir meinen, dass wir hier in Köln zusammen mit den Wohnungsbaugenossenschaften einen Weg finden müssen, wie Wohnungen gebaut werden.

(Zuruf Karl Klipper [CDU])

- Herr Klipper, die privaten Investoren wollen doch gar keine Wohnungen bauen, von Sozialwohnungen einmal ganz abgesehen.

(Karl Klipper [CDU]: Warum bauen die Genossenschaften denn nicht?)

Deswegen meine ich, sollten wir im Rat der Stadt Köln zusehen, dass wir als Parteien Druck ausüben, dass via Wohnungsbauforum eine Zusammenarbeit mit den Kölner Genossenschaften stattfindet und darüber geredet wird, wo Wohnungen gebaut werden können.

In diesem Zusammenhang muss die Stadt Köln den Genossenschaften preisgünstige Liegenschaften anbieten, damit schnell etwas geschieht. Wenn wir das klug anstellen und gemeinsam an einem Strick ziehen, können wir in Köln über den Wohnungsbau in Sachen Bauindustrie vielleicht einen kleinen Aufschwung bewirken, indem zügig Wohnungen gebaut werden.

Insofern kann ich mich den Äußerungen von Herrn Börschel anschließen. Ich meine, da muss dringend etwas geschehen. - Danke schön und guten Appetit.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, ich möchte Ihnen für Ihre Fraktion noch etwas mitgeben. Ich habe hier noch eine Schokolade in Reserve, die Sie haben können.

(Heiterkeit und Beifall)

Es war ein sehr kommunikativer Beitrag. Ich habe gesehen, wie Ihre Schokolade fraktionsübergreifend verspeist wurde.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Jörg Detjen** (PDS): Haben Sie denn zwei gekriegt?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Machen Sie sich mal keine Sorgen. Was aus der Privatwirtschaft an mich herangetragen wird, gebe ich Ihnen gern weiter. Die Schokolade ist bestimmt lecker. Ich hatte mich schon im Vorfeld versorgt. Guten Appetit, Herr Detjen!

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Die ist bestimmt besser als das Hundefutter, das er das letzte Mal hatte!)

- Wer hatte das Hundefutter mitgebracht?

(Zuruf: Er!)

- Der isst ja auch alles.

(Heiterkeit)

Herr Streitberger ist angesprochen worden. Herr Rouhs, wenn Sie gestatten, dann möchte ich zunächst der Verwaltung Gelegenheit geben, kurz dazu Stellung zu nehmen. Dann würde ich Sie bitten, das Wort zu ergreifen. - Herr Streitberger, bitte.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin angesprochen worden. Ich wollte mich eigentlich zu dem Wohnungsforum jetzt nicht äußern. Herr Detjen, ich schaue mir das noch einmal an. Ich habe gerade mit Frau Bredhorst gesprochen. Ich denke, es wird so bald wie möglich tagen.

Ich will die Gelegenheit nutzen, hier eine Aussage zu der Auswahl der Preisträger zu machen. Ich denke, es ist eine sehr wichtige Frage. Wir haben in der Vorlage, die wir vorbereitet haben, selbstverständlich den ersten Preisträger vorgeschlagen, weil alle Teilnehmer des Wettbewerbes natürlich unter den Bedingungen angetreten sind, die damals für den Wettbewerb formuliert waren. Insofern ist es in Ordnung und richtig, denjenigen, der im Sinne des Preisgerichtes diese Aufgabe am besten gelöst hat, auch mit der weiteren Planung zu beauftragen.

Dass sich der zweite Preisträger an diese Vorgabe nicht in vollem Umfang gehalten hat, hat das Preisgericht auch entsprechend gewürdigt, indem es den zweiten Preis vergeben hat. Aber es wäre im Grunde dem ersten Preisträger gegenüber nicht fair, heute zu argumentieren, dass

er der Einzige ist, der sich mit dieser Veränderung auseinandersetzen kann. Das heißt, jedes von den qualifizierten Büros muss in der Lage sein, die veränderte Zielsetzung, die sich jetzt hier abzeichnet, auch entsprechend umzusetzen. Deswegen denke ich, war es - auch im Sinne eines ordentlichen Umganges mit der Kultur solcher Wettbewerbe - geboten, den ersten Preisträger zu berücksichtigen.

Faktisch ist es aber so, meine Damen und Herren, dass Sie da eine freie Entscheidung haben. Das will ich Ihnen auch deutlich sagen. Sie können also zwischen dem ersten, zweiten und dritten Preisträger dieses Wettbewerbes - der dritte Preisträger kommt aber aus inhaltlichen Erwägungen nicht so sehr infrage - auswählen. Das ist Ihre freie Entscheidung.

Ich wollte nur noch einmal sagen, warum wir uns für den ersten Preisträger aussprechen. Wir meinen, dass dies im Sinne eines sauberen Verfahrens und auch im Sinne der Verlässlichkeit im Rahmen eines solchen Verfahrens geboten zu sein scheint. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Streitberger. Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Börschel erinnert mich an jemanden, der auf dem Promenadendeck der untergehenden Titanic einen Grundsatzvortrag über die Hochseeschifffahrt an und für sich hält. Denn, Herr Börschel, es ist natürlich richtig, dass das, was Ihre Fraktion und die CDU-Fraktion hier intendiert, grundsätzlich in den Gestaltungsrahmen der Kommunalpolitik hineinpasst. Insofern haben Sie den Stadtkämmerer formal zu Recht belehrt.

Das alles steht aber unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit, die Ihnen abhanden gekommen ist. Es ist Ihnen damit auch in Teilen abhanden gekommen, was an und für sich zum Gestaltungsrahmen von Kommunalpolitik gehört. Sie können den Künstlerinnen und Künstlern auf dem Clouth-Gelände allerhand versprechen, aber Sie können es nicht mehr bezahlen und insofern Ihre Versprechen nicht einhalten.

Ihr Änderungsantrag ist schöner, liest sich flüssiger und ist detaillierter als derjenige, den das Kölner Bürger-Bündnis hier eingebracht hat. Aber der KBB-Antrag ist der realistischere, weil



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

er von der tatsächlichen Situation ausgeht. Deswegen werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

Auch ich habe hier eingangs eine Tafel Schokolade geschenkt bekommen. Sie sehen, ich habe sie schon aufgegessen.

(Zurufe: Oh!)

Ich glaube deshalb, dass ich dafür den Künstlerinnen und Künstlern eine Gegenleistung schuldig bin. Meine Gegenleistung an sie ist eine gute Empfehlung und ein ehrliches Wort: Wenn Sie längerfristig ein Dach über dem Kopf haben wollen, dann verlassen Sie sich nicht auf die Versprechen der Kölner Kommunalpolitiker, sondern dann sehen Sie sich auf dem Immobilienmarkt möglichst zeitnah um, wo Sie unterkommen können. Denn diese Versprechen, die Ihnen heute gegeben werden, werden morgen nicht mehr eingehalten. Sie wären nicht die ersten, die von Politikern belogen worden sind.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau May, bitte.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Der Beitrag von Herrn Sterck hat mir sehr gut gefallen. Ich glaube, der FDP-Antrag bringt uns hier qualitativ weiter. Er legt sich nicht auf etwas fest, sondern es sollen erst einmal die Rahmenbedingungen abgecheckt werden.

Was mir bei den Grünen sowie bei der CDU und SPD aufgefallen ist, ist die Eindeutigkeit ihrer Aussagen. Deswegen gehe ich auch noch einmal auf die Anträge ein.

In dem Grünen-Antrag heißt es in Bezug auf die Künstler: „Planung unter Berücksichtigung der vorhandenen Künstler“. Aber unter Punkt 4 heißt es: „Vertretbare Zwischenlösung für die Zeit nach den Kündigungen der Künstler“. Bei der CDU und bei der SPD heißt es: „ansässige Künstler berücksichtigen“.

(Karl Klipper [CDU]: Nein! Vollständig lesen! Sie müssen schon richtig zitieren!)

- Herr Klipper, lassen Sie mich ausreden. Dann können Sie ja eine Frage stellen.

Unter Punkt 7 heißt es: „... die nicht auf dem Gelände verbleiben können, bei der Beschaffung

von neuem Atelierraum oder bei der Umsiedlung aktiv zu unterstützen.“

In dem CDU/SPD-Antrag findet sich das Wort „adäquat“. Aber ich denke, ich habe an diesen vier Sätzen gezeigt, dass das Ganze eher als „ad absurdum“ denn als „adäquat“ bezeichnet werden sollte.

Herr Lemper, der Sie sich so für Kunst und Kultur einsetzen: Ist das Ihre Handschrift? Ich verstehe nicht, dass praktisch im nächsten Satz das wieder ausgehebelt wird, was man davor gesagt hat. Ich hätte erwartet, dass man in diesem Bereich aktiv wird.

Wenn man so Stadtentwicklung betreibt und allen gerecht werden will - den Künstlern, Mietern von Sozialwohnungen, Gewerbetreibenden, Investoren -, dann sage ich Ihnen, was dabei herauskommt: Wenn man nämlich alles fordert, wird es in vielen Bereichen - ich nenne gleich Beispiele - Einfallslosigkeit und Nivellierung nach unten geben.

Wer entscheidet denn hier in dieser Stadt, Herr Lemper? - Der Rat. Der Rat könnte jetzt und hier entscheiden, dass die Künstler bleiben. Aber das will die Mehrheit nicht. Dann soll man doch ehrlich sein und nicht irgendein Wischiwaschi reden.

Jetzt komme ich zu dem, was in der letzten Zeit in der Stadtplanung alles verpatzt worden ist. Gucken wir uns einmal die autofreie Siedlung in Nippes an. Was bleibt davon übrig? - Verpatzt!

(Karl Klipper [CDU]: Wir haben es verpatzt? Sie schummeln sich doch an der Wahrheit vorbei!)

Schauen wir uns das CFK-Gelände und den wunderbaren Wasserturm an. Die Parkhäuser zerstören das Bild. Wo ist hier Urbanität? Wo eröffnen sich die Arkaden hin auf einen Platz, der Lebensqualität ausdrückt? Nein, nichts davon ist zu spüren. - Verpatzt!

Wenn ich schaue, wie die Messehallen, ein Investorenmodell, gebaut worden sind: Das sieht ja aus wie eine Billigarage, nur im größeren Stil. Wo sind denn da Stadtentwicklung und Köln-Architektur? Sie sind nirgendwo zu sehen. - Verpatzt!

Jetzt zu dem anderem Punkt: Der Kämmerer wird in einer größeren Zeitung mit den Worten zitiert: Die Stadt ist pleite. - Da hat der Mann Recht. Aber wie kommen wir zu Einnahmen? Wir können nicht allen gerecht werden, auch nicht im Wahlkampf. Sehr geehrter Herr Börschel, auch



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

die GAG kann nicht erhalten werden, wenn man kein Geld einnimmt.

Wie also finden wir Investoren? - Indem wir ihnen etwas anbieten. Wir müssen Stadtprofile schaffen, einen großen Wurf wagen, anstatt uns mit Halbherzigkeiten zu begnügen. Hier setzen wir mit dem an, was wir wollen. Man muss sich festlegen, was man will. Das muss natürlich nicht heute geschehen; das kann auch ein Prozess sein.

Wir haben uns mit diesem Antrag festgelegt. Wir setzen auf ein Konzept mit Kunst. Da sind wir eindeutig. Denn man kann nicht alles gleichzeitig erreichen. Deswegen ist unser Antrag an die Kunst dieser Stadt gerichtet: Wir wollen einen großen Wurf wagen, eine urbane Ars vivendi. Davon sind wir aber leider noch weit entfernt. Aber ich hoffe, dass das Clouth-Gelände die Grundlage für einen Planungsprozess wird, mit dem diese Stadt eine Chance hat, etwas Besonderes zu machen.

(Beifall bei FDP und Pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. - Mir liegen jetzt für die nächste Runde die Wortmeldungen von Frau Moritz und Herrn Dr. Bögner vor. - Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass Herr Sörries den Aspekt der Kunst hervorgehoben hat, heißt nicht, dass wir nicht wüssten, dass es sich um ein stadtentwicklungspolitisch hoch interessantes, brisantes und lange währendes Thema handelt, das natürlich in den Stadtentwicklungsausschuss gehört.

Ich erinnere aber daran, dass der ursprüngliche Antrag, der ein gemeinsamer Antrag im Kulturausschuss werden sollte, im Kulturausschuss gestellt worden ist. Der gehört natürlich nicht hier in den Rat. Denn die richtige Entwicklung auf diesem Gelände hinzubekommen, das ist ein ganzes Stück Arbeit. Da kann man nicht nur Fensterreden halten.

Noch eine Bemerkung zu Herr Soénius: Damals waren wir alle sehr glücklich - deshalb haben wir dem auch zugestimmt -, dass die Stadt überhaupt einmal eine Industriebrache angekauft hat. Herr Börschel, ich erinnere daran, dass in den Zeiten, als Ihre Vorgänger noch dran waren, solche Gelände stets von Privaten gekauft wurden.

Denken Sie nur an das CFK-Gelände oder an die Deutz AG, wo heute die LEG drin ist.

(Ralph Sterck [FDP]: Alles sehr privat!)

Wir waren sehr zufrieden, dass die Stadt dieses Gelände überhaupt gekauft hat. Denn nirgends hat man so viel Einfluss wie dort, wo man Eigentümer ist; das wird Herr Streitberger bestätigen. Im Bebauungsplan kann man bestimmte Dinge regeln, als Eigentümer aber kann man fast alles regeln.

Ein Zweites will ich zur Liegenschaftspolitik sagen: Liegenschaftspolitik ist Gestaltungspolitik. Man kann sich natürlich auch vorstellen, dass es ein Diktat der Wirtschaft gibt; einen Automatismus, dass sich alles zum Guten wendet, gibt es nicht. Wir sollten uns in diesem Rat einig sein, dass Liegenschaftspolitik Gestaltungspolitik im Sinne dieser Stadt sein muss, und zwar in jeder Beziehung: zugunsten der Kultur, zugunsten der Wirtschaft, aber auch zugunsten der Wohnqualität.

Die Preisträger, deren Entwürfe jetzt zur Disposition stehen, haben natürlich auf der Basis der Auslobung geplant. Insofern haben Sie, Herr Streitberger, systemisch völlig Recht. Wenn ich trotzdem für den Träger des zweiten Preises stimme, hat das einen inhaltlich-politischen Grund. Der zweite Preis zeigt durch die Ausgestaltung seines Konzeptes - ich weiß nicht, ob das jeder hier im Rat weiß -, dass er mehr erhalten will als andere, auch mehr als der Träger des ersten Preises.

Mit Blick auf die Künstler sage ich - weil es hieß, man würde ihnen etwas versprechen -: Wir versprechen ihnen nichts. Wenn man die Formulierungen im Text genau liest, stellt man fest, dass wir viel mehr erhalten wollen. Denn auch wir glauben, dass es sich a) um günstigen Atelierraum handelt, der b) der Identität des Stadtteils Nippes sehr gut tut. Abräumen ist nie gut. Das kann man im Negativen in Kalk besichtigen; auch darauf wurde schon hingewiesen.

Aber wir können ihnen natürlich nicht versprechen, dass wir Ateliers zu überhöhten Preisen herstellen, die dann für ein Zehntel der Kosten weitervermietet werden. Wenn wir das versprechen würden, wäre das unseriös. Das heißt, die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben; sonst gibt es keine Investitionen.

Ich freue mich sehr, dass sich die SPD in Teilen offensichtlich durchgesetzt hat und dass es heute einen Kompromiss zur Bebauung gibt.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Deswegen verzichten wir auch auf unseren Antrag und stimmen mit Erleichterung und einer gewissen Genugtuung dem vorliegenden Antrag zu. Haben Sie gut verhandelt!

Ich denke auch, dass wir besser beraten sind, den sozialen Wohnungsbau in den Bestand einzustreuen, als in bestimmten Stadtteilen Flächen vorzuhalten, die wir dann mit sozialem Wohnungsbau übersäen. Die Mischung bringt es. Das ist fast schon ein grüner Grundsatz. Ich predige das schon so lange, wie ich im Stadtentwicklungsausschuss bin. Herr Klipper, meinem Nachbarn habe ich gerade gesagt: Ich habe das Gefühl, je länger man im Ausschuss zusammensitzt, gewissermaßen wie Hund und Herrchen, desto mehr nähert man sich an. Das freut mich.

(Beifall Ralph Sterck [FDP])

Ich möchte jetzt aber noch einen dritten Punkt ansprechen, der heute noch gar nicht zur Sprache kam. Das größte Problem, das wir mit dem Gelände haben - ich sage das auch, weil die Künstler mit dabei sind -, ist die Frage: Wie soll das Gelände entwickelt werden? Über diese Frage müssten wir uns dringend im Stadtentwicklungsausschuss mit dem Liegenschaftsdezernenten auseinander setzen. Denn ich fand es zwar gut, dass die Stadt das Gelände kauft. Aber gleichzeitig halte ich nichts davon, es in Bausch und Bogen an jemand anderes weiterzugeben. Dann hätten wir es auch sofort so machen können; der Effekt eines Eigenerwerbs ist dann gleich null. Schließlich will ein Zwischenerwerber genauso verdienen. Das heißt, Grund und Boden bzw. die Mieten werden teurer.

Also noch einmal: Auf keinen Fall an einen weiteren Erwerber! Lassen Sie uns als Eigentümer die Hand darauf halten. Dann aber müssen wir uns darüber unterhalten, wie sich das Gebiet entwickelt.

Danke schön.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Um das Bild der allmählichen Annäherung noch einmal aufzugreifen, gestatten Sie mir die Nachfrage: Wer hat die Leine in der Hand? - Das müssen Sie aber jetzt nicht beantworten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das kann nur im Ausschuss beantwortet werden!)

- Gut, im Ausschuss.

Es ist noch eine Wortmeldung offen. Dr. Bögner, bitte schön.

**Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sörries hat mit der Kultur begonnen, ich würde die Diskussion gerne mit der Kultur abschließen.

Zuvor jedoch möchte ich etwas zur Begrifflichkeit beitragen: Wir haben einen Antrag vorgelegt, der überschrieben ist mit „Eine urbane Entwicklung“. Eine Entwicklung ist immer ein Prozess; das hat Frau Moritz schon klar dargestellt. Es geht wirklich darum, in einen Prozess einzutreten, der am Ende zu einer hervorragenden Lösung kommt. Der Antrag legt sich allerdings noch weitergehend fest: Der Träger des zweiten Preises kommt dieser Lösung, die jetzt gefunden worden ist, am nächsten.

Dass wir das nicht schon in der letzten Ratssitzung haben verabschieden können, heißt ja, dass wir im Vorfeld an der Formulierung des Antrages arbeiten müssen. In diese Entwicklung werden die Belange der Künstler einbezogen. Was heißt denn das? Das bedeutet, es gibt ein Dialogverfahren, in dem die Belange der dort ansässigen Künstler berücksichtigt werden. Insofern kann es natürlich sein - auch das hat Frau Moritz richtig gesagt -, dass nicht 100 Prozent der Ateliers erhalten werden können. Trotzdem ist es unser ausdrücklicher Wunsch, dass ein Großteil der Künstler dort verbleiben kann, am liebsten sogar in den Immobilienanteilen, in denen sie jetzt schon sind. Aber das muss mit einem Investor entwickelt werden. Um auch das noch einmal deutlich zu machen: Wahrscheinlich wird es ein Investor sein, der sich nur um diesen Teil des Clouth-Geländes kümmert, nicht um das gesamte Gelände.

Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis, Herr Oberbürgermeister, aus einer Pressenotiz zitieren, die die Künstler gestern Abend an die WDR-Kulturredaktion geschickt haben. Anders als Frau May es dargestellt hat, machen sie darin deutlich, dass sie weiterhin für den Erhalt des Clouth-Geländes kämpfen. Sie bedanken sich dafür, dass CDU und SPD in einer Pressemitteilung angekündigt haben, diesen Antrag im Rat verabschieden zu wollen. Namentlich bedanken sie sich bei den Kulturpolitikern Lemper, Bögner,



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Sörries, Spizig, darüber hinaus noch bei Frau Moritz, Herrn Börschel und Herrn Breuer. Ihnen allen sagen sie herzlichen Dank.

Wir werden dieses Dialogverfahren jetzt einleiten. Der Liegenschaftsdezernent hat zugesagt, dass die Gespräche in der nächsten Zeit geführt werden.

Einen Satz möchte ich aber noch sagen, weil mir das sehr am Herzen liegt: Frau May sprach davon, man solle sich nichts von Politikern versprechen lassen. Es ist natürlich schwer, glaubhaft Politik zu machen, wenn zwei Tage nachdem wir die Beschlussfassung über den Antrag verschieben müssen, weil wir noch Beratungsbedarf haben, Künstler eine fristlose Kündigung der Verwaltung bekommen.

(Beifall bei SPD, Grünen und PDS)

Damit konterkarieren Sie unsere Politik. Ich weiß, dass das alles gesetzliche Hintergründe hat. Es geht um den Brandschutz und alles Mögliche; das ist vollkommen klar. Wir wollen auch in keinem Fall, dass Sie bestehende Gesetze missachten. Aber wir fordern auch in diesem Fall ein Dialogverfahren. Ich glaube, Sie müssen mit den Gefühlen der Künstler, die über viele Jahre viel Herzblut und Engagement in diese Atelierräume hineingelegt haben, anders umgehen. Deshalb möchte ich sie bitten, in einen Dialog einzutreten und zu schauen, wie ein Verbleib möglich werden kann - bis wir zu den Lösungen gekommen sind, die wir heute diskutieren.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, Grünen und PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Bögner. - Ich schaue mal in die Runde, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus - das ist wichtig für das Protokoll -, dass bei der PDS, die zwei Anträge gestellt hat, nur der neue zur Abstimmung steht. Das ist eben auch von Herrn Detjen bestätigt worden; der alte ist damit hinfällig geworden.

Des Weiteren gehe ich davon aus, dass die Grünen ihren Antrag zurückgezogen haben und sich dem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD anschließen. Damit können wir in folgender Reihenfolge abstimmen:

Zunächst stelle ich den KBB-Antrag zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Antrag stellende Gruppe der KBB selbst, darüber hinaus sind das die FDP, pro Köln und Herr Breninek. Gegenstimmen? - Gegen die übrigen Stimmen des Rates, auch die meine. Enthaltungen gibt es keine.

Damit rufe ich den Änderungsantrag der FDP zur Abstimmung auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Antrag stellende Fraktion der FDP selbst, darüber hinaus sind es PK, KBB und Herr Breninek. Gegenstimmen? - Gegen die übrigen Stimmen des Rates. - Enthaltungen gibt es auch hier nicht. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich den Antrag der PDS zur Abstimmung auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die PDS und Herr Ludwig. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von KBB gegen die übrigen Stimmen des Rates ist dieser Antrag so abgelehnt.

Schließlich kommt der gemeinsame Antrag von CDU und SPD zur Abstimmung, dem sich auch die Grünen anschließen. Auf Wunsch der FDP stimmen wir zunächst einmal über die Punkte 1 und 4 ab, danach über die Punkte 2, 3 und 5 bis 8. Wer also für die Punkte 1 und 4 dieses Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne und PDS. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von FDP, PK und KBB. Enthaltungen? - Bei Herrn Ludwig und bei Herrn Breninek.

Nun stelle ich die Punkte 2, 3 und 5 bis 8 zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP, PDS und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PK und KBB. Enthaltungen? - Bei Herrn Ludwig und Herrn Breninek. So ist es beschlossen.

Jetzt noch einmal zum Gesamtpaket des gemeinsamen Antrages von CDU und SPD, dem sich die Grünen anschließen: Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - PK und KBB. Enthaltungen? - Bei der FDP und bei Herrn Ludwig. Mit den übrigen Stimmen ist das mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

**2.2 Antrag der Fraktion pro Köln vom 23. März betreffend „Eine Stunde frei parken in Köln“**



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

### Ds-Nr. 0405/005

Hier hat sich Herr Rouhs zu Wort gemeldet.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist kein Antrag von „PK“, sondern ein Antrag von pro Köln. Aber das lernen Sie noch.

Wir haben zwei Eckpfeiler in der Haushaltslage, die die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Stadt Köln verkleinern.

Der eine Eckpfeiler sind die hohen Sozialausgaben, die die Stadt erbringen muss und bei denen sie keinerlei Handlungsspielraum hat. Ein gehöriger Teil dieser Pflichtausgaben fällt durch die Zuwanderung in die Sozialsysteme an, die Sie politisch so gewollt und auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beschlossen haben. Der andere Eckpfeiler sind die miserablen Steuereinnahmen, die sich auf die schlechte gesamtwirtschaftliche Entwicklung gründen.

Wir werden uns also, wenn wir an beiden Polen ansetzen wollen, nicht nur, aber auch etwas einfallen lassen müssen, wie wir diese Stadt wirtschaftlich attraktiver machen, wie wir insbesondere auch dem Einzelhandel wieder auf die Beine helfen können.

In Langenfeld hat es in diesem Zusammenhang einen Versuch gegeben, der außerordentlich erfolgreich war. Auch in Langenfeld hat man - das gilt für Köln natürlich genauso - auf eine Parkraumbewirtschaftung nicht verzichten können. Wenn wir auf eine solche verzichten würden, dann würde derjenige, der im Innenstadtbereich einen Parkplatz sucht, überhaupt keine Chance mehr haben, sein Fahrzeug irgendwo abstellen zu können. Aber dort hat man gesagt: Wir wollen die erste Stunde Parken kostenfrei machen, und das rigoros im ganzen Stadtgebiet, damit es leicht zu bewerben ist, damit es sich herumpricht.

Die Folge war, dass in einem spürbar höheren Maße Menschen aus dem Umfeld die Einkaufszonen in Langenfeld angesteuert haben, um ihre Einkäufe zu erledigen. Denn eine Stunde reicht dafür im Regelfall aus. Danach, wenn es kostenpflichtig wird, ist der Platz wieder frei. Es gab also eine deutliche Belebung des Einzelhandels.

Wesentliche Ursache dieser Belebung ist nicht etwa irgendeine schwer wiegende ökonomische Veränderung. Die Einbußen im Bereich der Parkraumbewirtschaftung, die dadurch

entstehen, dass die erste Stunde Parken frei ist, sind nicht so gewaltig. Das heißt, es ist auch nicht etwa so, dass die Kaufkraft der Menschen durch die paar Euro, die sie einsparen, gewaltig ansteigt. Nein, das ist nicht der Fall. Aber es tritt eine psychologische Veränderung ein. Denn wenn ich weiß, dass ich in einem bestimmten Gebiet mein Fahrzeug überhaupt nur unter der Voraussetzung abstellen kann, dass ich dafür einen Obolus entrichte, dann stellt dieses Faktum eine kleine psychologische Sperre dafür dar, dieses Zielgebiet anzulaufen und den Geschäften nachzugehen.

Diese psychologische Sperre sollten wir in Köln aufheben. Das wirkt ein bisschen wie die Flatrate im Internet. Wenn im Hinterkopf die Taktung ist, dann ist das Surfverhalten ein völlig anderes. Wenn man die Flatrate hat, dann fällt diese Schranke weg. Die Flatrate können wir beim Parken nicht anbieten, aber wir können etwas unter psychologischen Gesichtspunkten verändern.

Nun weiß ich, dass Sie alle ein großes Problem damit haben, Anträgen der Bürgerbewegung pro Köln zuzustimmen; denn wir sind ja böse und alles, was von uns kommt, muss schlecht sein. Sie tun aber, meine Damen und Herren, dieser Stadt keinen Gefallen, wenn Sie gerade diesen Antrag ablehnen. Denn Sie, die Mehrheitsfraktionen, stehen hier im Besonderen in der Pflicht, etwas dafür zu tun, dass die Wirtschaft angekurbelt wird. Da können Sie sich ruhig einmal einem vernünftigen Vorschlag unserer Fraktion anschließen.

Falls Sie das absolut nicht übers Herz bringen, können Sie einen Änderungsantrag stellen, der nur etwas anders lautet. Vielleicht soll dann nicht eine Stunde freies Parken gewährt werden, sondern 60 Minuten. Das würde eine Tradition fortsetzen, die Sie versucht haben zu etablieren, zum Beispiel als es darum ging, sich in Sürth gegen eine Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit zu stemmen. Damals haben Sie einen Antrag von pro Köln einfach anders formuliert und den dann beschlossen. Machen Sie das meinetwegen, aber lassen Sie sich nicht die Chance entgehen, hier etwas Sinnvolles für die Ankurbelung der Kölner Wirtschaft zu tun.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Moritz, bitte.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Schande, was sich die Leute hier im Rat antun müssen. Man muss sich nur anschauen, welche Mängel diese Anträge haben. Das alles kostet uns allen kostbare Lebenszeit. Besonders müssen wir befürchten, dass sich dieser Unsinn nicht mit dem heutigen Tage erledigt haben wird. Daran, wie viele Leute hier noch sitzen, sieht man ja auch die Wertschätzung dieses Antrages.

Wir müssen fürchten, dass sich dieser Unsinn nicht auf heute beschränkt, sondern dass das in diesem Turnus weitergeht.

(Regina Wilden [pro Köln]: Dafür garantieren wir, Frau Moritz!)

- Ich würde gerne ohne Zwischenrufe weiterreden.

Deswegen möchte ich zu den Tagesordnungspunkten 2.2 und 2.9 für Sie, die Presse, für Sie, die Zuschauer, und für Sie, die Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, etwas zum Verständnis unseres Abstimmungsverhaltens sagen.

Erstens. Wir werden heute und in Zukunft alle Anträge von PK ablehnen. Auch wenn nur festgestellt wird, dass es heute nicht regnet, oder man begrüßt, dass uns der Papst im Sommer besuchen kommt, werden wir den entsprechenden Antrag ablehnen, solange er von PK gestellt wird.

(Beifall Sabine Ulke [Bündnis 90/Die Grünen])

Zweitens. Wenn Anträge gestellt werden, die aus der Mottenkiste stammen, mit denen sich der Rat bereits mehrmals beschäftigt hat, werden wir auch inhaltlich dazu nichts sagen; denn das lohnt sich nicht. Die Themen, die hier vorgebracht werden, sind mehrfach in Ausschüssen und Rat behandelt worden. Die Positionen der einzelnen Fraktionen dazu sind bekannt; das brauchen wir nicht zu wiederholen. Wir brauchen uns hier nicht vorführen zu lassen.

Drittens. Sollte PK irgendwann einmal ein Thema entdecken, mit dem zu beschäftigen sich lohnt und das dieser Rat noch nicht behandelt hat, dann wird dieser Rat in der Lage sein, entsprechende Anträge zu stellen. Dann werden wir diese Themen selber aufgreifen.

Zu den einzelnen Punkten werden wir inhaltlich jetzt nicht Stellung nehmen. Sowohl zu 2.2 als auch zu 2.9 ist bereits alles gesagt.

Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. - Dann können wir über den Antrag abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - -

(Regina Wilden [pro Köln]: Ich wollte noch eine Wortmeldung machen!)

- Wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich hatte von Ihnen keine weitere Wortmeldung vorliegen.

(Weiterer Zuruf Regina Wilden [pro Köln])

- Ich leite die Sitzung und ich bestimme, wann Wortmeldungen aufgerufen werden. Es lag eben keine weitere Wortmeldung mehr vor und jetzt sind wir in der Abstimmung.

Also, wer für diesen Antrag ist, der hebe bitte seine Hand. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist gegen die übrigen Stimmen des Rates abgelehnt; der Antrag hat sich damit erledigt.

Melden Sie sich bitte rechtzeitig, wenn Sie eine Wortmeldung haben. Dann nehmen wir Sie auch auf.

Ich rufe nun auf:

### **2.3 Antrag der PDS-Gruppe und Ratsmitglied Herr Ludwig (GGG) vom 24. März 2005 betreffend „Einführung eines Jobsuchertickets“ Ds-Nr. 0411/005**

Hier liegen mir folgende Wortmeldungen vor - bitte passen Sie auf, wenn sich noch andere melden wollen -: Herr Kellner und Herr Ludwig für die beiden Antragsteller, dann für die CDU-Fraktion Herr Ensmann, für die SPD Herr Kluth, für die Grünen Herr Frank, für die FDP Herr Mendorf. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Bitte schön, Herr Kellner.

**Michael Kellner** (PDS): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst kurz etwas zur Geschichte des Antra-





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ges: Am 16.12.2004 stellte die PDS/Offene Liste im Rat den Antrag zur Weiterführung des Mobilitätstickets für alle Personen, die ab dem 1. Januar 2005 Leistungen nach Sozialgesetzbuch XII und II beziehen. In einem Änderungsantrag erweiterte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Kreis der Bezieher im Sinne einer Fortführung des bisherigen Mobilitätspasses, allerdings nur bis zum 31. März 2005.

Ausgerechnet die Christlichen und Sozialen Demokraten in diesem Hause beantragten - aus, wie sie sagten, finanziellen Gründen - die Weiterführung des Mobilitätspaktes nur für die wenigen, von der alten Sozialhilfe übrig gebliebenen Leistungsbezieherinnen nach dem Sozialgesetzbuch XII. Dieser Antrag wurde denn auch mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und CDU beschlossen. Wir lehnten diesen Antrag ab, weil wir der Meinung waren und noch sind, dass nach den neuen Hartz-Gesetzen die Empfänger und Empfängerinnen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II finanziell praktisch gleichgestellt sind. Warum sollten sie dann nicht auch das gleiche Ticket erhalten? Es geht uns schließlich um soziale Gerechtigkeit.

Inzwischen haben wir mit verschiedenen Initiativen und Vereinen in Köln gesprochen. Das Unverständnis über diesen Beschluss ist überall gleich. Der hier vorliegende Antrag, den die PDS/Offene Liste zusammen mit Gemeinsam gegen Sozialraub verfasst hat, ist aus diesen Gesprächen heraus entstanden und wir sind ermutigt worden, ihn zu stellen.

Mit diesem Antrag haben wir uns etwas Neues einfallen lassen, anders als die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ihr Antrag ist, wie ich finde, kalter Kaffee, noch dazu mit einem Verfallsdatum von März 2005 versehen. Weil für Sie von SPD und CDU die Kosten damals angeblich zu hoch waren, schlagen wir jetzt eine Mischfinanzierung vor, die die Stadt weniger belastet, indem wir eine Kostenbeteiligung der Maßnahmeträger von Integrationsjobs fordern. Wir halten eine solche Forderung für Maßnahmeträger, die ja durchaus von den Integrationsjobs profitieren, für vertretbar und sinnvoll. Übrigens sehen das die Vertreterinnen von Vereinen und Verbänden, mit denen wir gesprochen haben, auch so.

Hinzu kommt, dass einige Wohlfahrtsverbände ihren Beschäftigten schon seit Jahren ein Jobticket ermöglichen. Auch die Stadt ermöglicht Auszubildenden, die an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen, ein Ticket für nur 22,50 Euro. Sollte die Stadt Integrationsjobber anstellen, wie kann sie es dann vertreten, dass

die Auszubildenden ein Jobticket bekommen, die 1-Euro-Jobber aber nicht? Es wäre kleinlich und auch nicht vermittelbar, ausgerechnet denen das Jobticket zu versagen, die unter schlechtesten Umständen diesen Job annehmen mussten.

Ein Jobsucherticket, wie wir es vorschlagen, muss attraktiv genug sein, damit es viele Abnehmer findet. Geht man von einer Eigenleistung von allerhöchstens 20 Euro aus, die im Arbeitslosengeld II für Verkehr enthalten sind, und setzt den Abnahmepreis von 27 Euro für ein XXL-Ticket für das Stadtgebiet Köln zugrunde, so verbleiben 7 Euro, die die Stadt aufbringen bzw. sich mit dem Maßnahmeträger teilen muss.

Nimmt man an, dass von den circa 57 000 Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Beziehern - das ist der Stand von März 2005 - etwa 30 Prozent ein solches Ticket haben wollen, dann kommt man auf die Summe von 119 700 Euro, die die Stadt aufbringen und an die KVB bezahlen muss. Diesen Betrag kann die KVB als städtisches Unternehmen als Gewinn verbuchen. Für 1-Euro-Beschäftigte verringert sich dieser Betrag noch, da die vorgesehenen Mehraufwandsentschädigungen noch höher angesetzt sind als die oben erwähnte Eigenleistung für Arbeitslosengeld-II-Bezieher.

Wichtig ist an dieser Stelle noch, zu erwähnen, dass der Stadt eine Menge Kosten erspart geblieben sind dadurch, dass von den 40 000 Sozialhilfeempfängern nur 11 000 übrig geblieben sind. Demgegenüber macht sich das seinerzeit beschlossene Mobilitätsticket als reines Feigenblatt aus, hinter dem die Stadt ihre Scham verbergen muss. Es liegt auf der Hand, dass ein Ticket, wie wir es vorschlagen, allen Beteiligten zum Vorteil gereicht: Die KVB verdient am Kauf des Tickets durch die Stadt und an der vermehrten Nutzung von Bahnen und Bussen. Die Arge kann sich die Erstattung von Fahrtkosten für Vorstellungsgespräche sparen. Die Stadt wird finanziell geschont durch die Beteiligung der Maßnahmeträger. Auch die Vorteile der Maßnahmeträger liegen auf der Hand.

Noch ein Wort zur vorgeschlagenen Mischfinanzierung, die manchem zu kompliziert erscheint: Auch Quersubventionierungen sind Formen der Mischfinanzierung. So werden zum Beispiel die Jobtickets der Stadt Köln auch über die Gebühren für Parkplätze finanziert. Viele andere Beispiele ließen sich aufzählen. Außerdem: In Zeiten schmaler Kassen benötigen wir schöpferische Lösungen für die Finanzierung uns wichtiger Anliegen. Und was ist uns wichtiger, als gerade diejenigen zu unterstützen, die sozial be-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

nachteiligt sind, weil sie bisher erfolglos nach einer Arbeitsstelle gesucht haben und dafür auch noch mit der Einführung von Arbeitslosengeld II bestraft werden?

Letztlich leistet das von uns vorgeschlagene Jobticket einen bescheidenen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und damit zum sozialen Frieden, den wir in Köln bitter nötig haben.

(Beifall bei PDS und Claus Ludwig  
[GGG])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kellner. - Gestatten Sie eine Bemerkung der Verwaltung, bevor ich Herrn Ludwig aufrufe? - Frau Bredehorst als zuständige Dezernentin möchte dazu etwas sagen.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich sollte seitens der Verwaltung Ihnen mitteilen, dass es bundesgesetzlich weder vorgesehen noch erlaubt ist, dass die Arbeitsgemeinschaft ein solches Mobilitätsticket finanziert, wenn Maßnahmen für Integrationsjobs angeboten werden. Dies ist bundesgesetzlich ausgeschlossen. Dementsprechend darf die Arge, die die Maßnahmeträger finanziert, diese auch nicht in dieser Weise vertraglich festlegen.

So ist die bundesgesetzliche Regelung. Ob dies richtig ist oder nicht, darüber mag man streiten; aber wir müssen uns daran halten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das war ein kleiner Exkurs in Rechtskunde. Danke schön, Frau Bredehorst. Jetzt Herr Ludwig, bitte.

**Claus Ludwig (GGG):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie alle, die Sie hier im Raum sitzen, können, wenn Sie ein Jobticket haben, den öffentlichen Nahverkehr im gesamten VRS-Gebiet umsonst nutzen. Studierende können das für rund 15 Euro im Monat nutzen; Mitarbeiter der Stadt für knapp 30 Euro im Monat. Normale Monatskarteninhaber, die sich dies leisten können, müssen 50 Euro im Monat bezahlen. Über den Daumen gepeilt fährt man so, je nach Häufigkeit der Nutzung, Bahn und Bus für zwischen 20 Cent und 1,50 Euro pro Fahrt.

Aber diejenigen, die am wenigsten Geld haben, bezahlen pro Fahrt am meisten. Denn die Bezie-

herinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II sind gezwungen, Einzeltickets zu kaufen, und bezahlen dafür 2,10 Euro pro Fahrt innerhalb von Köln; vom VRS-Gebiet möchte ich gar nicht reden. Kommt Ihnen das nicht ein bisschen ungerecht vor, dass diejenigen, die am wenigsten Geld haben, dies am uneffektivsten für den öffentlichen Nahverkehr einsetzen müssen?

(Beifall bei der PDS)

Seit der Einführung des Mobilitätstickets im Dezember 2003 haben in unterschiedlichen Kombinationen SPD, Grüne und CDU verkündet, sie hielten das für wichtig und man müsse dies erhalten. Die CDU/SPD-Koalition hat trotzdem mit Beschluss von Dezember 2004 das Mobilitätsticket zu einer Randerscheinung gemacht, indem man die ALG-II-Bezieher davon ausgeschlossen hat.

Ich möchte Sie nur kurz an Ihre Worte aus vergangenen Zeiten erinnern und dafür, wenn es erlaubt ist, stellvertretend Herrn Helling zitieren. Auf der Ratssitzung am 18. Dezember 2003 verlasen Sie einen Leserbrief aus der „Kölnischen Rundschau“, in dem eine Frau mit 352 Euro Rente klagte, dass sie kaum die Heizung bezahlen könne und einen fast leeren Kühlschrank habe. Damals schlossen Sie messerscharf: „In dieser bitteren Armut bleibt sicher kaum Geld für normale KVB-Fahrkarten.“ Das haben Sie richtig erkannt. Doch was ist mit den ALG-II-Empfängern heute? Denn bei 100 Prozent Auszahlung des Regelsatzes haben die 7 Euro weniger im Monat als diese Dame mit der kleinen Rente; zudem müssen sie ohne Kleidergeld auskommen. Wie sollen sie da Geld für normale KVB-Fahrkarten haben?

Sie sehen, meine Damen und Herren: Wenn diese Leute häufig mit der Bahn fahren müssen, werden sie - das wird eine Gefahr sein - schwarzfahren müssen. Das ist doch keine Entwicklung, die gewünscht sein kann.

Aber genau von diesen Leuten, den Empfängerinnen und Empfängern von ALG II, wird jetzt verstärkte Mobilität gefordert. Sie sollen sich bewerben, sie müssen zu verschiedenen Ämtern. Die Wege werden angesichts der Umorganisationen in der Stadt nicht gerade kürzer. Durch die Verlagerungen sind viele Dienststellen nicht zu Fuß zu erreichen. Auch diese Leute wollen ein kulturelles und soziales Leben während ihrer Erwerbslosigkeit wahren, wollen das Band zu einem normalen Leben nicht abreißen lassen.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Ein Jobsucherticket, wie wir es vorschlagen, wäre für die Stadt natürlich nicht kostenlos zu haben. Doch das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen ist sehr eindeutig: Für viele ALG-II-Empfänger wäre dieses Ticket eine große Erleichterung in ihrem Leben. Die Resonanz, die wir für diesen Vorschlag bei Informationsständen vor der Agentur für Arbeit bekommen haben, und die Resonanz bei Erwerbsloseninitiativen waren sehr eindeutig. Auch bei Verdi und beim DGB sind diese Vorschläge positiv aufgenommen worden. Gleichzeitig würde die KVB davon profitieren; der öffentliche Nahverkehr würde insgesamt gestärkt. Über die Heranziehung der Maßnahmeträger könnten die Kosten weiter verteilt werden.

Wir haben - auch das sei bemerkt - nicht einen Antrag vorgelegt, in dem steht: Ab morgen soll das Jobsucherticket gelten. Wir haben beantragt, in Verhandlungen einzusteigen, um die Möglichkeiten auszuloten, und Vorschläge vorzulegen. Einige haben im Vorfeld gesagt - das kam auch aus den Reihen der Grünen -, das Modell sei zu kompliziert. Mag ja sein! Wir machen daraus keinen Fetisch. Wenn es einfachere Regelungen mit weniger Aufwand gibt, umso besser; wir sind für Anregungen jederzeit dankbar. Aber die Frage ist heute nicht, ob das von uns beispielhaft beschriebene Modell eines Jobsuchertickets in allen Details der Weisheit letzter Schluss ist. Die Frage ist, ob der Rat will, dass die Mobilität von 90 000 Menschen in dieser Stadt - 9 Prozent der Bevölkerung - mit geringem Einkommen entscheidend verbessert wird oder ob, wie ich es aufgrund der Stellungnahmen, die man vorab hören konnte, vermute, das Ganze schlicht vom Tisch gefegt wird.

Ich komme zum Schluss: Auf den Wahlplakaten zur Landtagswahl wollen sich alle modern, zukunftsgerichtet und sozial darstellen. Die CDU hat genug von der Arbeitslosigkeit, die Grünen warnen, dass die anderen viel schlimmer sind, und die SPD hat sogar entdeckt, dass wir im Kapitalismus leben und die Leute dabei nicht unentwegt „Hurra!“ schreien. Doch statt allgemeiner Sprüche ist hier konkretes Handeln gefragt. Deshalb frage ich Sie: Sind Sie bereit, der Verwaltung diesen Prüf- und Verhandlungsauftrag zu geben und zu checken, welche Kosten auf wen zukommen und welche Vorteile daraus für die Nutzerinnen resultieren? Oder wird das einfach nur beerdigt? Das ist meine Frage an Sie, die Sie jetzt in der Diskussion beantworten können.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ludwig. - Herr Ensmann für die CDU-Fraktion.

**Bernhard Ensmann (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Wenn wir beschließen, so geht es erst einmal nur um die Punkte 1 und 2.

Zunächst muss ich Ihnen als Antragsteller sagen: Als Ratsmitglied ist es nicht damit getan, sich an den Computer zu setzen und alles so herunterzuschreiben, wie es Ihnen einfällt. Schließlich haben Sie die Möglichkeit, die geballte Kraft der Fachverwaltung zu nutzen, um zu klären, ob das aus fachlicher Sicht so in Ordnung ist. Wenn Sie das gemacht hätten, hätten Sie gar nicht schreiben dürfen, dass dieses Thema im Zusammenhang mit der Agentur für Arbeit steht. Denn wie die Frau Beigeordnete eben schon gesagt hat, ist das juristisch überhaupt nicht tragbar. Es fängt also schon bei der Vorbereitung des Ratsantrages an: Ihr Antrag läuft hier ins Leere.

Was den Punkt 2 angeht, so scheinen Sie sich genauso wenig informiert zu haben. Sie versuchen, die Maßnahmeträger zur Kostenübernahme zu bewegen. Wenn Sie sich sachkundig gemacht hätten, wüssten Sie, dass diese Maßnahmeträger einen Pauschalbetrag bekommen, für den sie Leistungen der Qualifizierung und der Beschäftigung erbringen müssen. Für Fahrtkosten gibt es nicht einen Cent. Das heißt, wenn wir die Maßnahmeträger in die Lage versetzen würden, dass sie Fahrtkosten bezuschussen, müsste natürlich die entsprechende Pauschale angehoben werden.

Ich glaube, ich habe deutlich gemacht, dass in beiden Punkten keine Zustimmung erfolgen kann. Auf die Begründung des Antrages will ich gar nicht weiter eingehen; das sind ohnehin nur Randbemerkungen.

Sie hätten bei der Verwaltung zum Beispiel erfahren können, welcher Personenkreis der Hilfe benötigt: §§ 53 ff. SGB III in Verbindung mit § 6 SGB II bzw. § 45 SGB III beschreibt die Finanzierungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Vorstellung bei einem neuen Arbeitgeber. Diese müssen Sie zunächst einmal ausschöpfen.

Des Weiteren deckt die Mehraufwandsentschädigung bei den Integrationsjobbern den Aufwand an Mobilität ab. Es ist ein entsprechender Betrag vorgesehen, der sich herausrechnen lässt, um die Mobilität sicherzustellen. SGB II bietet inso-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

fern keine Ermächtigungsgrundlage. Somit können wir Ihren Antrag nur ablehnen.

Zum Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen: Ich bin jetzt 15 Jahre hier im Rat. Bis jetzt war es nicht nötig, ein Vergrößerungsglas mitzubringen, um einen Antrag lesen zu können. Hier aber hat man einfach einen alten Ratsantrag per Computer gescannt und in den neuen Antrag hineingearbeitet. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, aber dieser Antrag ist überhaupt nicht lesbar. So viel Zeit hätten Sie sich schon nehmen müssen: Der Antrag muss ja nicht verständlich sein, aber eine lesbare Vorlage können wir schon erwarten.

(Beifall bei der CDU)

Über Ihre Darstellung im letzten Absatz, wie dies finanziert werden soll, kann ich nur lachen. Sie stellen das Verhältnis der KVB-Nutzer - die KVB wirbt ja immer damit, mehr als 2 Millionen Fahrgäste zu haben - zu Hilfebedürftigen dar, um daraus zu schlussfolgern, dass die KVB in Probleme kommt, wenn diese nicht den vollen Fahrpreis zahlen. Sie haben sich nur an den PDS-Antrag gehängt; das war nicht so qualifiziert, wie wir das eigentlich von Ihnen gewohnt sind. Beide Anträge lehnen wir natürlich ab.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ensmann. - Herr Kluth bitte für die SPD.

(Walter Kluth [SPD]: Da ich die gleichen Argumente habe wie die Frau Beigeordnete und Herr Ensmann, verzichte ich auf meinen Wortbeitrag! - Beifall bei SPD und CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, sehr gut! - Jetzt zum Änderungsantrag der Grünen Herr Frank.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! In einigem stimmen wir mit den Antragstellern überein. Auch wir sind der Meinung, dass es notwendig ist, für den Kreis der Bezieher von Arbeitslosengeld II Möglichkeiten zu schaffen, die KVB zu ermäßigten Preisen zu nutzen. Das ergibt sich schon daraus, dass der Satz, den

sie beziehen, mit 345 Euro sicher nicht dazu angetan ist, diese Gelder aus eigenen Mitteln aufzubringen. Die Kritik ist bekannt. Wir werden dies aber nicht hier im Rat lösen können, da dies Sache des Bundesgesetzgebers ist. Insofern besteht eine gewisse Übereinstimmung - leider nicht mit SPD und CDU.

Wenn man aber schon einen Vorschlag für eine Lösung macht, dann sollte es zumindest grundsätzlich machbar sein. Das Jobsucherticket, das Sie vorschlagen, ist weder rechtlich noch praktisch umsetzbar. Aus rechtlicher Sicht hat Frau Beigeordnete Bredehorst das aufgegriffen; ich will das nicht wiederholen. Dieses Ticket widerspricht den gesetzlichen Möglichkeiten, die das SGB II bietet, und scheidet damit schon aus.

Unehrlich an dem Vorschlag finde ich auch Folgendes: Warum schlagen Sie, in Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, vor, die Beschäftigungsträger belasten zu wollen? Diese müssten das ja nicht aus ihren Zuwendungen bezahlen, sondern aus eigenen, erwirtschafteten Mitteln. Sie werden keinen relevanten Beschäftigungsträger finden, der das auf Dauer bezahlen kann. Somit wälzen Sie Kosten, die eigentlich vom öffentlichen Sektor aufgebracht werden müssten, auf die Beschäftigungsträger ab. Das ist ein Vorschlag, der in sich widersprüchlich ist.

Sie sagen, man könne doch über alles diskutieren und es müsse ja nicht morgen eingeführt werden. Wenn Sie es ehrlich meinen, dann müssen Sie etwas vorschlagen, was man morgen einführen kann. Ein solcher Vorschlag ist nach wie vor der Mobilitätspass, der jederzeit reaktivierbar ist. Dafür ist lediglich eine politische Mehrheit notwendig. Diese aber fehlt im Rat. Am 16. Dezember haben CDU und SPD ein Ticket auf Basis des Mobilitätspasses, der ja gut funktioniert hat, beerdigt und sich somit in diesem Punkt vom sozialen Köln verabschiedet. Anstatt sich jetzt tolle neue Dinge zu überlegen, sollte man sich besser konzentriert dafür einsetzen, dass diese Regelung wieder in Gänze in Kraft tritt. Das ist unser Ziel und dafür setzen wir uns ein.

Das Schöne an dem Mobilitätspass ist, dass dieses Modell tatsächlich refinanzierbar ist, wenn man nicht einen eingeeengten Blick auf die Dinge hat. Denn wir wissen doch, Herr Ensmann, dass unser Haushalt mit den Budgets der städtischen Gesellschaften korrespondiert. Die KVB erwirtschaftet ein Defizit, welches innerhalb des Stadtwerkekonzerns über den kommunalen Querverbund ausgeglichen wird. Die Stadtwerke wiederum leisten eine erkleckliche Ausschüttung





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

an den städtischen Haushalt, nämlich 30 Millionen Euro. Wenn also der KVB Nutzer in großem Maße verloren gehen - weil sie unter Umständen schwarzfahren oder die KVB aus anderen Gründen nicht mehr nutzen -, dann ist das keine Bagatelle. Immerhin reden wir in Köln von einem Nutzerkreis, der weit mehr als 100 000 Menschen umfasst. Insofern sollte man das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die KVB wird sich sicher dafür interessieren, ob sie diese Kunden dauerhaft an sich binden kann oder ob sie sie verliert. Dieser Vorschlag hat sich bewährt: Die KVB hat Mehreinnahmen.

Durch zu erwartende Mindereinnahmen würde das Budget der Stadtwerke nicht belastet; denn letztlich würde sich ein Verlust auch dann ergeben, wenn sie Fahrgäste verliert, und dieser müsste dann ebenfalls ausgeglichen werden. Dies geht zulasten der Stadt, weil man um jede Ausschüttung kämpfen muss. Das heißt, die Möglichkeiten der Refinanzierung sollte man sich zunutze machen, weil sich das günstig auf den städtischen Haushalt auswirkt.

Die entscheidende Frage ist aber: Möchte man in Köln die Möglichkeiten der Langzeitarbeitslosen begünstigen, indem man ihre Mobilität gewährleistet? Schließlich müssen sie sich in der Stadt bewegen: um sich fortzubilden, um Integrationsmaßnahmen antreten zu können und um Arbeit zu finden. Diese entscheidende Frage blenden Sie mit kleinlichen Argumenten aus. Was ich Ihnen besonders übel nehme, ist die Tatsache, dass sich die SPD vor dieser Diskussion einfach drückt. Sie war es doch, die sich noch vor der Sommerpause des Jahres 2004 gegenüber der damaligen schwarz-grünen Koalition massiv dafür eingesetzt hat, dass dieses Modell Bestand hat. Daran kann man sehen, wie schnell sich die Zeiten ändern und wie opportunistisch Politik sein kann.

Deshalb: Halten wir dieses Modell aufrecht! Natürlich ist der Antrag lesbar. Wenn man Brillenträger ist, muss man seine Brille halt nutzen; das mache ich ja auch. Wir sind dafür - das beantragen wir auch -, dass der Mobilitätspass für dieses Jahr unmittelbar wieder eingeführt wird. Die Auseinandersetzung über seine Fortsetzung muss Bestandteil der Haushaltsberatungen werden. Dort besteht die Möglichkeit, über die Dauer der Gewährung zu reden. Dieses Modell funktioniert. Alles andere schafft - das muss man der PDS sagen - Illusionen. Damit erweckt man bei den Leuten Hoffnungen, die nicht zu erfüllen sind. Das können wir nicht gebrauchen; daher nehme ich Ihnen das übel. Was CDU und SPD

hier bieten, ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gestatten Sie eine Nachfrage von Herrn Kluth, der ja auf seinen Redebeitrag verzichtet hat? - Bitte.

**Walter Kluth (SPD):** Unsere Informationen bezüglich der KVB haben ergeben, dass eine solche Einführung nicht ohne weiteres möglich ist. Daher frage ich Sie: Haben Sie im Aufsichtsrat der KVB einmal recherchiert, ob das so kostendeckend finanziert werden kann, wie Sie das gerade - zum zweiten Mal - behauptet haben?

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Ja, das ist recherchiert worden. Wir hatten dieses Modell doch schon realisiert. Dieses Modell hat 2004 funktioniert. Damals haben wir von der Sozialverwaltung und von der KVB entsprechende Daten abgefragt. Darauf beruht unser Vorschlag. Ich kann Ihnen das nicht alles im Detail darlegen - wir sind hier im Rat -, aber in den Gremien kann man das sicherlich diskutieren. Wir halten eine Fortsetzung dieses Modells für denkbar. Denn die grundlegenden Parameter haben sich doch nicht verändert.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay, dann spricht ihr noch einmal im Aufsichtsrat darüber. - Wir machen weiter in der Rednerliste. Herr Mendorf für die FDP-Fraktion.

**Marco Mendorf (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch für mich war der Änderungsantrag schlecht lesbar - und das, obwohl ich meine Brille auf hatte. Inhaltlich aber ist er ganz ungenießbar. Mir kommt diese Debatte vor wie seinerzeit die Diskussion über die Hundesteuer.

Letztlich geht es immer um ein Thema. Darauf will ich auch hier zu sprechen kommen. Wir als FDP fahren eine klare Linie. Deswegen lehnen wir diese Anträge alle ab.

Klar ist doch: Der Bundesgesetzgeber legt fest, wie in Deutschland mit Arbeitslosengeld I und II verfahren wird, und bestimmt die Regelsätze. Der Regelsatz ist nicht hoch - das geben wir alle zu; das entspricht der Situation, der wir uns zu



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

stellen haben -, aber er schließt sozioökonomische Leistungen ein. Schließlich ist dort genau beschrieben: 20 Euro sind für die Mobilität vorgesehen. Wenn man als Student ein entsprechendes Ticket hat, fährt man relativ günstig. Aber wenn man als normaler Bürger ein Ticket löst, zahlt man einen höheren Preis. Als Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld erhält man eine Leistung vom Staat, mit der man eben diese Kosten decken kann. Damit wird doch gerade ermöglicht, Mobilität zu genießen.

Natürlich würden auch wir uns freuen, wenn man mehr Geld zur Verfügung hätte, um den Menschen eine größere Mobilität oder zum Beispiel einen verbilligten Eintritt in den Zoo zu verschaffen. Wir als FDP haben immer deutlich gemacht, dass wir den Köln-Pass für nicht adäquat halten. Eine solche staatliche Subvention halten wir letztlich nicht für angemessen. Wenn alle schreien, wir müssen den Gürtel enger schnallen, dann können wir in Köln nicht Geld verteilen, das wir gar nicht haben.

Auch den Punkt 2 des Antrages kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Sie wollen den Beschäftigungsträgern, die Integrationsjobs schaffen, neue Vorschriften machen, was sie mitfinanzieren sollen. Meine Damen und Herren, dadurch wird alles noch mehr bürokratisiert. Wenn es danach geht, könnte man weitere Regelungen schaffen, um dem Beschäftigungsträger noch mehr aufzubürden. Ich denke, man sollte das alles nicht zu bürokratisch machen. Ich finde es auch nicht toll, dass der Regelsatz für Sozialhilfeempfänger so niedrig ist. Er ist aber nun einmal so festgelegt worden. Unsere Aufgabe ist es nicht, Geld zu verschenken, das wir nicht haben. Deswegen lehnen wir alle hier vorgelegten Anträge ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Mendorf. - Für die PDS hatte sich Herr Detjen gemeldet.

**Jörg Detjen (PDS):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der CDU, wir haben einen Prüfauftrag gestellt. Sie müssen dafür geradestehen, dass 20 000 Personen in Köln, die bislang Sozialhilfe bezogen haben und nun unter das SGB II fallen, das Mobilitätsticket nicht mehr bekommen. Diesen Leuten haben Sie

schlicht und ergreifend das Mobilitätsticket genommen. Das ist doch der Vorgang. Sie stellen sicher hier hin und meinen, dass wir alles begründen müssen. Wir haben einen Prüfauftrag gestellt und Sie waren es, die den Leuten das Geld genommen haben.

(Bernhard Ensmann [CDU]: Unqualifiziert!)

An Frau Bredehorst und an die Grünen gerichtet sage ich: Wenn wir keine Illusionen mehr haben, können wir gleich nach Hause gehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Man muss Visionen haben, nicht Illusionen! Das ist der Unterschied!)

Wenn Politiker keine Illusionen mehr haben, wird es langweilig und öde. Wenn Ihr, liebe Grüne, nicht gesehen hättet, dass man Kernkraftwerke stilllegen muss, dann hätte das doch alles nicht stattgefunden. Das muss man ganz realistisch sehen. Wie kann man denn so einfältig sein?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ihr macht den Leuten etwas vor!)

Wie sind wir denn im Rat zum Schülerticket gekommen? Wie oft habt ihr das Schülerticket auf die Tagesordnung gesetzt! Wir haben das bestimmt drei- oder viermal diskutiert. Wir haben jetzt einen Anstoß gegeben. Insofern kann ich nur sagen: Es müssen Ideen da sein und neue Gedanken entwickelt werden. Die Maßnahmeträger - das KALZ, Zug um Zug e. V. - haben gesagt, mit den Ein-Euro-Jobs werde ein Beitrag dazu geleistet, dass sich die Betroffenen ein solches Ticket kaufen können.

Im Übrigen noch eines, Herr Ensmann, weil Sie meinten, man könne den Antrag nicht lesen: Ich muss Herrn Frank Recht geben; man kann das lesen. Sie sollten den Antrag aber auch tatsächlich lesen. Dort steht nämlich drin: „Der bestehende Mobilitätspass wird einstweilen, bis zum 31.03.2005, weiter bestehen.“ Der 31.03.2005 ist bekanntlich schon lange vorbei. Insofern ist der Antrag ganz nett gemeint, aber formal gesehen längst „verflossen“.

Noch ein Schlussargument an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Wir hatten am Wochenende einen Kommunalkongress in Köln, an dem viele PDS-Mitglieder aus den neuen Bundesländern teilgenommen haben. Viele von denen hatten uns schon vor Jahren gefragt, was es mit dem Köln-Pass auf sich hat. Noch heute gibt es in verschiedenen Ländern, in Thüringen, in Sachsen, den entsprechenden Pass. Auch in



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Bonn und anderen Orten gibt es noch solche Vergünstigungen. Warum sollen wir in Köln nicht versuchen, einen Weg zu finden, um so etwas wieder aufzulegen?

Im Übrigen nehme ich den Hinweis des Oberbürgermeisters auf, der gesagt hat, der KVB-Aufsichtsrat solle sich mit dem Thema befassen. Das werden wir anstoßen; wir werden das dort zur Sprache bringen, wenn wir in dem Gremium hier keine Mehrheit finden. Vielleicht, meine Damen und Herren von CDU und SPD, fällt Ihnen ja auch noch etwas Schlaues ein - außer den Kopf in den Sand zu stecken.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Detjen. - Ich sehe im Moment keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den PDS-Antrag ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die PDS selbst, das Kölner Bürger-Bündnis und Herr Ludwig. Gegenstimmen? - Gegen CDU, SPD, FDP, Grüne, PK und meine Stimme. Enthaltungen? - Bei Herrn Breninek. Mit dieser Mehrheit ist der PDS-Antrag abgelehnt.

Jetzt rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung auf. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Antragsteller selbst, aber auch die PDS, PK, KBB und Herr Ludwig. Gegenstimmen? - Gegen CDU, SPD, FDP, Republikaner und meine Stimme. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es keine. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu

### **2.4 Antrag des Kölner Bürger-Bündnisses vom 24. März 2005 betreffend „Kulturzentrum am Neumarkt/Rautenstrauch-Joest-Museum“ Ds-Nr. 0413/005**

Mir liegt vom Kölner Bürger-Bündnis die Wortmeldung von Frau Cromme vor. Danach haben sich in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen Herr Dr. Lemper, Herr Dr. Bögner, Herr Sörries und Herr Repken gemeldet. - Frau Cromme, bitte.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das kulturpolitische Interregnum ist vorbei. Darüber können wir alle sehr froh sein. Wir sollten über diese Freude allerdings nicht vergessen, auch jemandem zu danken, der durch seine Entscheidungen diese Entscheidung für den neuen Kulturdezernenten überhaupt erst möglich gemacht hat. Ich spreche von Herrn Dr. Bögner, der in einer honorigen Art und Weise erklärt hat, dass er für diesen Posten nicht mehr zur Verfügung steht - unabhängig von seiner Qualifikation, die hier im Hause sicherlich unumstritten ist.

Die Angelegenheit ist auch deshalb so besonders hervorzuheben, weil in der Öffentlichkeit jede andere Entscheidung, insbesondere auch die Entscheidung für Herrn Dr. Bögner, nicht verstanden worden wäre. Dies wäre für die Öffentlichkeit ein Zeichen gewesen, wieder Kölner Klüngel zu vermuten. Aus diesem Grunde ist die Haltung von Herrn Dr. Bögner besonders zu würdigen. - An dieser Stelle können Sie ruhig applaudieren. Wahrscheinlich ist das die letzte Gelegenheit, bei meiner Rede zu klatschen, wenn ich einmal jemandem danke, der nach meiner Einschätzung etwas für die Stadt getan hat.

(Beifall bei Teilen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Martin Borschel [SPD]: Das war das letzte Mal! Aber dafür umso schöner!)

- Ich vermute, dass es das letzte Mal ist. Ich wollte es aber gerne schon einmal erleben. - Ich habe für meinen Antrag im Vorfeld relativ viel Zustimmung bekommen. Ich schaue hier niemanden an und nenne auch keine Namen - keine Sorge! Allerdings habe ich in meinen Vorgesprächen auch den warnenden Hinweis bekommen, ich solle die Sache ruhen lassen; die Diskussion sei abgeschlossen, und man solle dieses Fass nicht mehr wieder aufmachen.

Das heißt im Klartext aber doch, dass an einem baulichen und inhaltlichen Konzept festgehalten wird, obwohl seit Beginn der Überlegungen mehr als 15 Jahre vergangen sind. Wenn das Ganze dann endlich gebaut ist, sind es wahrscheinlich 20 oder 25 Jahre. Es gibt aber doch genügend öffentliche Hinweise - und zwar nicht nur von Frau Völger, die es ja wissen muss, sondern auch von anderen-, die Anlass geben, die beschlossenen Pläne nochmals zu überdenken. Stattdessen wird hier allerdings weitergemacht wie bisher - gemäß alter Kölner Tradition nach dem Motto: Augen zu und durch.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Es gibt aber viele Gründe, diesen Museumskomplex zu beerdigen. Der Bauplan stammt aus dem vorigen Jahrhundert. Er wird architektonischen Ansprüchen dieses Jahrhunderts und architektonischen Ansprüchen an die exponierte Lage, in der er sich befinden wird, nicht mehr gerecht. Der Entwurf - wenn er denn gebaut wird - wird uns im Übrigen vermutlich die nächsten 100 Jahre erhalten bleiben. Das ist keine Papstwahl. Es ist keine Übergangsregelung möglich wie beim Papst. Vielmehr steht dieser Bau dann da, und zwar an sehr exponierter Stelle, und wird uns begleiten.

Das Konzept ist überholt. Die Problematik eines Kulturzentrums ist eine Überlegung aus den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Es hat sich herausgestellt, dass das vorgesehene Konzept nicht durchzusetzen ist. Die vorgesehenen Nutzer haben sich verflüchtigt. Der Kunstverein will schon gar nicht dort hinein.

(Zuruf)

- Eben. Der Kunstverein ist gut versorgt. Deshalb will er auch gar nicht dahin. Und die VHS wird ihren Betrieb reduzieren müssen, weil das Geld für diese Veranstaltungen nicht mehr da ist.

Geblichen von dem großspurigen Konzept sind eine Tiefgarage und das Völkerkundemuseum. Die Tiefgarage soll nach dem Willen der Befürworter das nicht vorhandene Geld für den Betrieb und die Folgekosten dieses Kulturzentrums einbringen. Wie das gemacht werden soll, weiß ich nicht. Eine solche Tiefgarage braucht niemand - schon gar nicht an dieser Stelle.

Das Rautenstrauch-Joest-Museum soll aus seiner Randlage herausgeführt werden. Das ist in der Tat ehrenwert und auch sinnvoll, um die Besucherzahlen zu erhöhen. Das Rautenstrauch-Joest-Museum führt sicherlich ein Nischendasein, weil es auch Dinge anbietet, die nicht für jeden, der normalerweise ins Museum geht, gleichermaßen interessant sind.

An dieser Stelle sei mir eine etwas polemische Bemerkung gestattet, nämlich die Frage: Was will das Museum eigentlich ausstellen? Ich habe dem Interview mit Herrn Prof. Schneider entnommen, dass unter anderem Weltklasseformat habende Rindenbaststoffe aus Fidschi in Rede stehen. Meine Damen und Herren, das wird sicherlich nicht dazu beitragen, die Besucherzahlen dieses Museums zu erhöhen.

Mir geht es aber darum, dass das, was Frau Völger bereits öffentlich gesagt hat, noch einmal

ins Bewusstsein gerät und möglicherweise auch noch einmal diskutiert wird. Das Haus, in dem sich das Rautenstrauch-Joest-Museum derzeit befindet, ist ein wunderschönes Haus. Wer es kennt, weiß, wie exponiert es ist und wie angenehm die Exponate dort dargestellt werden können. Es ist möglich, die Ansprüche, die an ein solches Museum zu stellen sind und gestellt werden, durch einen entsprechenden Umbau am bisherigen Ort zu erfüllen.

Meine Redezeit ist um. Ich bitte um Zustimmung.  
- Danke.

(Beifall bei Kölner Bürger-Bündnis)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Cromme. - Herr Dr. Lemper für die CDU-Fraktion, bitte.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir nicht so sicher, ob das Kölner Bürger-Bündnis für die Kölner Bürger gesprochen hat. Denn dies war ja ein Plädoyer, das Loch offen zu halten - sozusagen die Aufforderung, das Loch am Neumarkt zu stabilisieren, zu konservieren und zu pflegen und dieses Loch zu bewundern.

(Josef Müller [CDU]: Der Neumarkt wird bebaut! Das ist wichtig!)

Dabei handelt es sich um eine Art von nostalgischer Flucht in die kulturelle Verantwortungslosigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht Ihr Ernst sein, hier im Rat einen Antrag zu stellen, dass dieses wirklich gut durchdachte Rautenstrauch-Joest-Museum am Neumarkt nunmehr sozusagen innerlich gestrichen werden soll! Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein. Ich nehme an, dass Ihr Antrag ein wenig die Strategie verfolgt, dass das Kölner Bürger-Bündnis aus der Anonymität der kollektiven Unaufmerksamkeit etwas herausragen und besser ins Gespräch kommen soll. Das Ganze ist sozusagen ein Programm des ständigen Nihilismus zu all dem, was hier sinnvoll entschieden worden ist, und nicht ganz ernst gemeint. Deswegen könnten wir eigentlich auch zur Tagesordnung übergehen.

Ich will aber doch ein paar Punkte dazu sagen. Es nützt nichts, darauf hinzuweisen, dass das alte Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Muse-





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ums ein schönes Gebäude ist. Dem schließe ich mich im Übrigen an. Dieses alte Gebäude ist in der Tat ein schönes Gebäude. Diese Art von Bewunderung bringt aber nichts. Sie wissen auf der anderen Seite, dass dieses Gebäude einen unglaublichen Renovierungsbedarf hat - die entsprechenden Kosten gehen wahrscheinlich über die Kosten eines Neubaus dieses Museums am Neumarkt hinaus - und nun wirklich nicht mehr für das Rautenstrauch-Joest-Museum geeignet ist.

Wenn Sie dem Völkerkundemuseum wirklich etwas Gutes tun wollen - und davon haben Sie gerade ja gesprochen -, dann müssen Sie auch die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und diesem inhaltlich und konzeptionell wunderbar ausgerichteten Museum ein angemessenes, anständiges und in Köln wirklich auch fehlendes Gebäude verleihen.

Deswegen bleibt es dabei: Der Neumarkt wird bebaut. Es ist lange diskutiert worden. Ich habe mir das zusammentragen lassen und darf die Entwicklung einmal zusammenfassen: 1995 gab es einen Ratsbeschluss. Damals gab es Ihre Organisation noch nicht. Jetzt bleibt es dabei: Nach zehn Jahren Diskussion über das Loch wollen wir dieses Loch füllen.

Der Direktor des Rautenstrauch-Joest-Museums hat sich in den Verlautbarungen der letzten Tage, wie ich finde, auch im Hinblick auf die Erwartungen hier noch einmal sehr positiv geäußert. Er sagt: Das, was wir da machen wollen, ist einmalig; so etwas gibt es in keinem anderen Völkerkundemuseum in Europa.

Das ist doch ein Wort. Wir sind auf einem guten Weg. Die Verbesserung der Lage von der Randlage am Ubierring zur zentralen Lage am Neumarkt wird eine überaus positive Wirkung haben. Das ist eine Erfahrung aus allen Städten. Viele Städte bewundern uns für diese Lage.

Meine Damen und Herren, deswegen bleibt es dabei: Das Loch wird nun endgültig gefüllt. Ich bin der Verwaltung sehr dankbar, dass es jetzt auch mit der notwendigen Schnelligkeit vorangeht. Zugegebenermaßen ist das Nutzungskonzept des alten Gebäudes noch zu klären. Manche geplante technische Entwicklung muss in der Tat auch noch verbessert werden. Wir haben aber ja beschlossen, dafür einen Sonderausschuss einzurichten, der sich mit der Frage der künftigen Entwicklung dieses Museums beschäftigt.

Frau Cromme, ich bin mir noch nicht ganz sicher - unabhängig davon, ob ich die Befugnis dazu habe -, ob ich Sie zur Mitarbeit in diesem Ausschuss einladen soll. Das setzt voraus, dass Sie die geistige Barriere Ihrer Vorabfestlegung, in Köln solle sich im kulturpolitischen Bereich nichts bewegen, überwinden und wirklich konstruktiv mitwirken.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Lemper. - Für die SPD-Fraktion Herr Dr. Bögner, bitte.

**Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Meine Damen und Herren! Lieber Herr Oberbürgermeister! Frau Cromme, wir haben in den letzten Tagen wieder in der Presse gelesen, wie sehr der Ruf dieser Stadt gerade im kulturellen Bereich gelitten hat. Ein Schlagwort, das man in der ganzen Republik immer mit Köln verbunden hat, war dieses Loch. Es ist natürlich ärgerlich, dass man zehn Jahre gebraucht hat, um dieses Loch zu füllen. Innerhalb dieser zehn Jahre sind bisher aber auch 6 Millionen Planungskosten angefallen.

Meine Damen und Herren, deswegen halte ich diesen Antrag für absolut daneben. Wir haben vor zehn Jahren einen Beschluss gefasst. Wir haben schon 6 Millionen ausgegeben. Wir haben jetzt die Zusage des Landes, uns bei den gedeckelten Baukosten zu helfen. Es geht um ein einmaliges Museum; Herr Dr. Lemper hat es gesagt. Es geht um die Erweiterung des Museums Schnütgen. Es geht um einen zentralen Platz in dieser Stadt und um einen weiteren kulturellen Ort.

Insofern werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD und Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Bögner. - Für die Grünen Herr Sörries, bitte.

**Peter Sörries (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Cromme und Frau May, Sie haben ja sozusagen eine politische Wiedergeburt hinter sich. Das berechtigt Sie aber nicht, einen so populistischen



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Antrag in den Rat einzubringen. Denken Sie einmal daran, was Sie in Ihrem ersten Leben als Mitglied der SPD bzw. der Grünen getan haben!

Frau Cromme, ich kann mich genau erinnern, dass Sie bis zu Ihrem Ausscheiden aus der SPD mit der SPD zusammen für diesen Bau gestimmt haben. Es gab keinen einzigen Gegenantrag von Ihnen, geschweige denn einen Wortbeitrag hier im Rat.

Frau May, das Gleiche gilt für Sie. Als das Wallraf-Richartz-Museum gebaut worden ist, haben Sie als Junktim mit den Grünen dafür gestimmt bzw. dafür gesorgt, dass das Rautenstrauch-Joest-Museum einen Neubau bekommt, und zwar am Neumarkt. Sonst hätten wir damals nämlich nicht dem WRM-Beschluss zugestimmt.

Frau May, jetzt haben wir diese zwei Dinge einmal erledigt. Ich denke, Sie sollten da offen und ehrlich sein - auch, was Ihre Pressemitteilung und die Äußerung von Frau Völger betrifft. Komischerweise kam diese Äußerung am gleichen Tag in die Presse. Ich erinnere daran, dass Frau Völger sich damals, als sie das neue Konzept gesehen und auch die anderen Berechnungen gehört hat, vehement für den Neubau eingesetzt hat - wie Herr Schneider es auch in der Presse verkündet hat.

Ich möchte jetzt nicht auf das eingehen, was Herr Bögner und Herr Lemper gesagt haben. Sie haben beide Recht, was diese Institution betrifft. Wenn ein Museum es verdient hat, einen Neubau zu bekommen, dann das Rautenstrauch-Joest-Museum. Das haben wir immer gefordert. Nur in Bezug auf die Tiefgarage gebe ich Ihnen Recht. Sie stößt bei uns auch nicht gerade auf sehr große Gegenliebe.

Zu zwei Punkten Ihres Antrags möchte ich aber doch Stellung nehmen. Sie sagen, mit 27 Millionen Euro könne man dieses Haus sanieren. Es hat Berechnungen gegeben. Das wissen Sie ganz genau, Frau Cromme und Frau May. Die erste Berechnung kam zu dem Ergebnis, dass ein Neubau mit einem Anbau auf dem Schulgelände hinter dem alten Gebäude sowie der Sanierung der Depots und des Hauses ungefähr die Kosten eines Neubaus hätte.

Das Problem, das es damals gab und auch heute noch gibt, war aber folgendes: Die Kosten einer Sanierung dieses Gebäudes würden nicht durch Fördermittel gedeckt. Dafür hätten Sie höchstens ein paar Mittel für den Denkmalschutz bekommen; das wäre alles. Also wäre dieses Projekt gänzlich gestorben. Damit hätten Sie das

Rautenstrauch-Joest-Museum zum Untergang verurteilt. Es hätte irgendwann einmal aus Sicherheitsgründen geschlossen werden müssen.

Jetzt zu Ihrem nächsten Punkt. Sie sagen, wir mögen, bitte schön, nur die zweite Version nehmen, die Sie mit weniger als 27 Millionen Euro beziffern. In Ihrem Sätzchen, das Sie dort aufgeführt haben, vergessen Sie aber eines: Dies beinhaltet eine Aufstockung des Gebäudes und die Sanierung, aber keine Depots. Es setzt voraus, dass für 10 bis 15 Millionen Euro Depots außerhalb angesiedelt werden, die, auch klimatechnisch, betrieben werden müssen - genauso wie am Neumarkt. Diese Baukosten sind am Neumarkt sowieso da und würden auch dort anfallen.

Seien Sie mit einem solchen Antrag also ehrlich! Das ist ein populistischer Antrag. Sie haben gedacht, Sie könnten hier den Rat vorführen. Eine eigene Initiative dahin gehend, dass Sie selbst irgendetwas in diese Richtung unternehmen oder im Vorfeld unternommen hätten, bevor überhaupt Mittel fließen, habe ich von Ihnen beiden nicht gesehen, als Sie bei den Grünen und bei der SPD waren. Seien Sie also so ehrlich und verzichten auf solche populistischen Dinge, die wirklich nichts bringen - außer Schaden für die Stadt Köln, wenn man eine solche Diskussion jetzt wieder anflammt.

Danke.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Reppen für die FDP, bitte.

**Dietmar Reppen (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach dem bisher Gesagten kann ich es kurz machen. Wir als FDP-Fraktion werden den Antrag ablehnen.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:  
Sehr gut!)

Wir sind heute mit der ersten Handlung, die wir hier getan haben, nämlich mit der Wahl des neuen Kulturdezernenten, in ein neues Kapitel Kölner Kulturpolitik gestartet. Das ist ein Aufbruchsignal. Da passt es nicht in die Landschaft, wenn hier so ein Antrag gestellt wird. Vielmehr muss die Wahl des neuen Kulturdezernenten auch als Signal verstanden werden, dass wir in eine neue Ära der Kölner Kulturpolitik starten. Insofern ist dieses Signal als Aufbruchsignal zu werten.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Frau Kollegin Cromme, die Debatte, die hier angefangen wird, kommt etwas zu spät. Das ist bei meinen Vorrednern bereits angeklungen. Vor drei Jahren hätte man sicherlich gut inhaltlich über einen solchen Antrag diskutieren können. Nun, wo die Bauarbeiten schon begonnen haben - die Arbeiten an der Tiefgarage sind ja schon im Gange -, ist es etwas absurd, jetzt die Forderung aufzustellen, dass dieser Baubeschluss wieder zurückgenommen wird. Ich glaube, darüber braucht man nicht länger zu diskutieren.

Ein wichtiger Punkt - das ist auch das, was wir aus den Vorgesprächen mit unserem neuen Kulturdezernenten herausziehen konnten - ist das Thema „Verlässlichkeit“. Es geht um Verlässlichkeit der Kölner Kulturpolitik. Diese gibt es nur, wenn wir das Kulturzentrum am Neumarkt an dieser exponierten Stelle in unserer Stadt jetzt auch so durchziehen, wie es beschlossen worden ist.

Ich verhehle dabei nicht, dass wir als FDP uns das auch ein bisschen anders hätten vorstellen können. In diesem Zusammenhang spreche ich nicht von der Tiefgarage - das wissen Sie -, sondern davon, dass wir hier in einer gesonderten Debatte über das Thema „Kammermusiksaal“ gesprochen haben. Wir hätten uns gewünscht, dass so etwas auch dort verwirklicht wird. Mit diesem Wunsch sind wir leider unterlegen; wir haben nicht die Mehrheit bekommen. Das ist zu bedauern. Trotzdem stellt das nicht dieses ganze Projekt infrage.

Wir sind froh, sagen zu können: Das Loch ist weg. - Insofern können wir den Antrag nur ablehnen. Die Dinge sind im Fluss. Wir hoffen, dass wir 2008 mit einem neuen Kulturzentrum am Neumarkt durchstarten.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Repgen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau May, bitte.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Lemper! Sie stehen gerade wenige Schritte rechts vom Rednerpult. Ich finde es ja sehr schön, dass Sie wenigstens räumlich in meine Nähe kommen. Wenn das auch noch auf geistigem Gebiet passierte, wäre ich wunderbar glücklich. Aber vielleicht kommt das ja noch.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das wäre schlimm für Herrn Lemper!)

- Man weiß nie, was kommt. Die Zeiten ändern sich, und das ist gut so. Manch einer bleibt aber stehen und entwickelt sich nicht weiter. Das ist bedauerlich.

Sehr geehrter Herr Lemper, Folgendes ist genauso wichtig: Haben Sie denn auch ein Konzept für das alte Rautenstrauch-Joest-Museum? Was geschieht damit? Bleibt es leer stehen? Kostet es Geld? Wird es genutzt? Wird es umgenutzt? Wird es verkauft? - Auch das sind drängende Fragen, die hier zu beantworten sind.

Darüber hinaus gilt: Wir bauen neu, obwohl die Stadt kein Geld hat. Es stellt sich nämlich die Frage, die ich gerade schon erwähnte --

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]  
entfernt sich vom Rednerpult)

- Laufen Sie doch nicht weg! Ich möchte mich noch etwas mit Ihnen auseinander setzen. - Wir haben also nicht geklärt, was wir mit dem alten Gebäude machen, und bauen schon neu - und das bei diesem engen finanziellen Rahmen.

Zum Schluss möchte ich auf Folgendes hinweisen - ich hätte gerne auch gehört, dass man sich damit auseinander setzt -: Die ehemalige Direktorin des Rautenstrauch-Joest-Museums, die lange dort gearbeitet hat, hat ja just den Vorschlag bestätigt, dass man das Rautenstrauch-Joest-Museum umbauen und gegebenenfalls auch erweitern kann.

Was ich bei diesem Thema vermisse, ist eine ehrliche Auseinandersetzung. Sie bestehen auf einem Beschluss, der zehn Jahre zurückliegt. In zehn Jahren kann viel passieren. Sie sind aber nicht in der Lage, sich neuen Fragestellungen zu stellen. Herr Lemper, das finde ich sehr bedauerlich. Auf die Grünen brauche ich nicht einzugehen; sie haben essenziell nichts beizutragen. Von Herrn Lemper erwarte ich an diesem Punkt aber einiges.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt hat er sich räumlich aber schon wieder von Ihnen entfernt. Das ist ja ein Problem, Frau May. - Wenn ich es richtig sehe, gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Wir können abstimmen.

Meine Damen und Herren, wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind das Kölner Bürger-Bündnis selbst und Herr Brennek. Gegenstimmen? - CDU, SPD, Grüne,



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

FDP, PDS und PK sowie meine Stimme. Enthaltungen? - Bei Herrn Ludwig. Dann ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ein weiterer Antrag vom Kölner Bürger-Bündnis liegt vor, und zwar

### 2.5 Antrag des Kölner Bürger-Bündnisses vom 24. März 2005 betreffend „Zukunft der Oper“ Ds-Nr. 0414/005

Frau Cromme, Sie sprechen auch zu diesem Antrag als Erste. Danach sind wieder Herr Dr. Lemper, Herr Dr. Bögner, ein Redner der Grünen und Herr Repgen für die FDP an der Reihe. - Bitte schön, Frau Cromme.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch dieser Antrag wird dazu angetan sein, die Strategen des „Weiter so wie bisher“ und des „Augen zu und durch“ hier auf die Barrikaden zu treiben. Davon gehe ich aus. Das werde ich ja gleich hören, nehme ich an. Ich hoffe sogar ein bisschen darauf.

Der Herr Oberbürgermeister, den ich ansonsten ja sehr verehere

(Zurufe von der CDU: Oh!)

- ja; Sie dürfen aber sitzen bleiben -, hat gemeint, durch seinen Sanierungsbeschluss, den er offensichtlich in einsamer Stunde alleine gefasst hat - -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein. Der ganze Stadtvorstand hat zusammengesessen.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Der ganze Stadtvorstand hat zusammengesessen.

(Martin Börschel [SPD]: Da kann man auch einsam sein!)

Im Stadtvorstand sind wir ja nicht dabei. Deshalb wissen wir das nicht. Es kam in der Zeitung so herüber, als hätten Sie das alleine im stillen Kämmerchen gemacht - und damit offensichtlich die Hoffnung verbunden, die Luft aus der Diskussion herauszunehmen.

Das ist allerdings nicht der Fall. Tatsache ist nämlich, dass es uns bei unserem Antrag - und damit komme ich wirklich zum Ernst der Dinge - nicht um die äußere Hülle des kulturellen Lebens

geht, nämlich um den Kern, um den Inhalt und um das, was sich in dem Gebäude abspielt. Es geht uns nicht in erster Linie darum, ob das Gebäude saniert, abgerissen, ausgebaut, verkauft oder sonst etwas wird. Uns geht es mit diesem Antrag darum, dass zunächst von der Verwaltung ein Konzept entwickelt wird, wie die Zukunft der Bühnen, der Spielstätten, gestaltet wird, um erst dann zu entscheiden, welche Baumaßnahmen nötig sind.

Bei der öffentlich geführten Diskussion über den Riphahn-Bau haben wir ja erlebt, dass zunächst ausschließlich über die ästhetischen Qualitäten des Gebäudes und nicht über die inhaltliche Ausrichtung der Bühnen, der Spielstätten, geredet wurde.

Die vornehme Zurückhaltung resultiert mit Sicherheit daraus, dass natürlich kein Mensch weiß, wie die Dinge in Zukunft finanziert werden sollen. Mit dem schlichten Satz „Köln braucht eine Oper“ ist es nämlich nicht getan. Die finanziellen Probleme werden damit nur unzureichend bezeichnet. Dies hat der Kulturausschussvorsitzende -- Wo ist Herr Dr. Lemper denn? Ist er etwa Kaffee trinken? Hört er das wieder nicht?

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist räumlich bei Ihnen!)

Der Kulturausschussvorsitzende, Herr Dr. Lemper, hat dankenswerterweise erkannt, was nötig ist, und eine Diskussionsrunde zur Zukunft der Oper zusammengerufen. Dabei ist - wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Dr. Lemper; Sie können mich gerne korrigieren - in etwa das herausgekommen, was wir heute hier beantragen: nämlich, dass sich der neue Kulturdezernent damit befasst, erst zu denken und dann zu bauen, zu sanieren oder abzureißen. Das hat er im Übrigen auch selber gefordert, wenn ich seine Ausführungen in einem Interview richtig verstanden habe.

Meine Damen und Herren, es sollte vielleicht auch keine Denkverbote geben. Natürlich - das sage ich ganz bewusst - muss man darüber nachdenken, ob Köln, Düsseldorf und Bonn im Abstand von 70 km je eine Oper brauchen, die auch noch in etwa das gleiche Repertoire bedient: ein bisschen Verdi, ein bisschen Mozart, etwas Donizetti, ein Ring-Zyklus, dazwischen ein bisschen Buntes und ein wenig Modernes.

(Martin Börschel [SPD]: Wir haben auch drei Stadträte! Das ist auch das gleiche Repertoire!)





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Dafür gibt jede dieser drei Städte, die ich genannt habe, im Jahr etwa 30 Millionen aus.

Es ist mir natürlich bekannt, dass man die anderen Städte nicht zwingen kann, in irgendeiner Weise zu kooperieren. Aber wenn es denn nicht anders geht und eine sinnvolle Kooperation an Eitelkeiten der einzelnen Städte scheitert, dann muss Köln eben vorangehen und alleine die Grundlagen legen, um die Zukunft der Spielstätten zu gewährleisten. Es geht mir nicht darum, Spielstätten zu schließen. Es geht darum, klar zu machen, dass der Kulturetat irgendwann nicht mehr ausreicht, um die größten Brocken, nämlich die städtischen Bühnen, zu bedienen. Darunter leidet die gesamte übrige Kulturszene.

Eine Strukturreform ist deshalb dringend notwendig. Sie muss möglicherweise auch mit lieb gewordenen Traditionen brechen und auch Tabus ansprechen. Wir müssen finanzielle Spielräume schaffen. Solche Spielräume haben wir nicht. So etwas können wir überhaupt nur durch Umschichtung des Kulturetats in die Wege leiten. Nach Lage der Dinge müssen wir an den dicksten Posten heran. Das sind die Bühnen, und das ist das Schauspiel. Wir müssen die Struktur der Bühnen verschlanken. Ein Mittel - ich habe es schon genannt - ist die Kooperation mit anderen Städten.

Der Kölner Kulturrat hat vor einigen Jahren in einer privaten Initiative eine Studie zur Zukunft der Kulturstadt Köln erstellt. Das Ergebnis lautet im Kern: Stärken stärken. Das bedeutet, Bereiche zu fördern, die in Köln schon hervorragend vertreten sind und mit denen Köln regional, national und auch international eine Rolle spielt und sich profiliert hat.

Ich komme zum Ende. In den Zeiten des finanziellen Desasters - anders kann man das nach den Ausführungen des Herrn Stadtkämmerers über ein Milliardenloch im Haushalt nicht mehr nennen - ist es nicht mehr möglich, mit der Gießkanne über die kulturellen Einrichtungen zu gehen und jedem etwas zu geben. Konzentration auf das Wesentliche und auf gute Dinge ist das Gebot der Stunde.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie dringend, darüber nachzudenken, ob unserem Antrag nicht stattgegeben werden kann.

Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Cromme. - Herr Dr. Lemper für die CDU-Fraktion, bitte.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU] schüttelt den Kopf)

- Herr Dr. Lemper zieht zurück. Herr Dr. Bögner?

(Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]: Danke!)

- Er zieht auch zurück. Gibt es eine Wortmeldung bei den Grünen?

(Zuruf von Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Die FDP hat einen Änderungsantrag gestellt. Dazu spricht Herr Repgen.

**Dietmar Repgen (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist richtig; die FDP hat hierzu einen Änderungsantrag gestellt. Ich sollte das präzisieren: Es ist ein Ersetzungsantrag. Insofern gilt es, hier auch ein paar Worte dazu zu sagen.

Wenn man sich den Antrag des Kölner Bürgerbündnisses anguckt und auf das Datum schaut, stellt man fest, dass er vom 24. März dieses Jahres stammt. Das war kurz vor Ostern. Seitdem ist eine Menge passiert. In diesem Antrag ist nicht erwähnt, dass - und das ist ein sehr wichtiger Beitrag gewesen - Herr Streitberger Ende Februar 2005 ein Gutachten vorgelegt hat, das sich intensiv mit der Frage „Zukunft der städtischen Bühnen“ auseinandersetzt.

Wir haben uns dazu in der FDP-Fraktion zusammen mit Herrn Streitberger Anfang März dieses Jahres besprochen. So haben wir uns zunächst innerhalb der FDP und später auch nach außen mit einer sehr beachteten Diskussion im Kunsthaus Lempertz am 11. April 2005 dazu eine Meinung gebildet, weil wir das Gefühl hatten, dass diese Diskussion in der Stadt noch nicht richtig in Gang gekommen war.

In der Zeit zwischen Februar und April dieses Jahres hat es ein unglaublich reges Interesse der Kölnerinnen und Kölner an dieser Frage gegeben. Man muss sich vor Augen halten, dass dieses Thema in den Leserbriefspalten der Kölner Medien eine Zeitlang an Nummer eins der Themen stand, die die Kölnerinnen und Kölner hier in Köln bewegen.

Insofern - dies vielleicht als Ausblick in Bezug auf das, was der Oberbürgermeister vergangene



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Woche für unsere Mai-Sitzung angekündigt hat - werden wir am 24. Mai nicht nur meinen Geburtstag feiern,

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU: Oh! - Josef Müller [CDU]: Gibst du einen aus, Dietmar?)

sondern auch eine wichtige Entscheidung zu treffen haben. Wahrscheinlich ist es die wichtigste Entscheidung, die der Rat in dieser Wahlperiode zu treffen hat.

Deswegen ist uns der Prozess, wie diese Entscheidung zustande kommt, auch sehr wichtig und liegt uns am Herzen. Aus diesem Grund haben wir versucht, zu dieser Diskussion einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Es gab Stimmen, die gesagt haben: Man könnte ja auch einmal darüber nachdenken und - so will ich das einmal bezeichnen - träumen, wie es mit einem Neubau an dieser und jener Stelle wäre. In dem Streitberger-Gutachten sind dafür auch gewisse Orte genannt, die gar nicht infrage kommen, und zwei Orte, die allenfalls infrage kommen könnten, wenn man intensiver über diese Fragen diskutieren wollte. Auch das hätten wir uns vorstellen können. Dann wäre dies Gegenstand einer breiteren Diskussion nicht nur im Rat, sondern auch in interessierten Kreisen der Öffentlichkeit gewesen.

Nun gab es letzte Woche diese Entscheidung des Oberbürgermeisters. Ich will es einmal so bezeichnen. So ist es in den Medien tatsächlich herübergekommen. Man kann es fachtechnisch auch „Herstellen einer einheitlichen Verwaltungsmeinung“ nennen. Darauf wird der Oberbürgermeister wahrscheinlich Wert legen.

Für uns wurde die Diskussion damit in gewisser Weise aber zu früh abgebrochen. Wir teilen nicht die Meinung, dass alle Argumente für und gegen bereits ausgetauscht waren. Insofern hätten wir uns gewünscht, dass es auch noch eine nähere Abstimmung mit den Fraktionen und mit der Politik gegeben hätte.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben uns deshalb Folgendes gedacht: Der Antrag vom Kölner Bürger-Bündnis ist zunächst einmal als Grundlage zu nehmen. Aufgrund der fortgeschrittenen Diskussion können wir uns jetzt aber zumindest eine Struktur geben, wie wir zu dieser Entscheidung kommen. Deswegen haben wir das Ganze in unseren fünf Punkten zusammengefasst.

Wir denken, dass das Interesse des Kölnerinnen und Kölner es absolut rechtfertigt, dieses Thema noch einmal einer breiten öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen. Anschließend wird es unter Berücksichtigung der Anregungen, die dann mit Sicherheit kommen werden, in den Gremien behandelt. Letztendlich kann der Rat am 5. Juli 2005 eine entsprechende Entscheidung treffen. Dann ist das Für und Wider tatsächlich abgewogen worden, sodass wir dann auch eine fundierte Entscheidung treffen können.

Zur Zukunft der Oper ist einiges gesagt worden. Wir müssen auch in den Fokus rücken, dass es ebenfalls um die Zukunft des Schauspiels geht. Das ist in dem Gutachten von Herrn Streitberger nicht so deutlich herausgearbeitet worden. Auch dies ist ein Punkt, bei dem wir uns gewünscht hätten, darüber noch einmal offener sprechen zu können.

Auch durch die liegenschaftliche Entscheidung, was das dortige Restaurant betrifft, sind wir einen Schritt weiter gekommen. Wir können sagen, dass wir jetzt in Bezug auf die stadtgestalterische Entwicklung an dieser Stelle einen wichtigen Punkt haben, an dem wir ansetzen können. Auch dies wird sicherlich mit in diese Vorlage eingearbeitet werden. Wir als FDP sind schon gespannt, was alles darin steht, und freuen uns auf die im Anschluss zu führende Diskussion. Wir würden uns freuen, wenn Sie unserem entsprechenden Antrag hier zustimmen würden.

Noch zwei Punkte zu dem Antrag des Kölner Bürger-Bündnisses: Wir haben nicht die Strukturdiskussion aufgegriffen, die Frau Cromme hier erläutert hat. Den so genannten Drei-Sparten-Betrieb stellen wir nicht infrage. Das ist für uns kein Thema.

Zum Stichwort „Rheinschiene“ stelle ich fest: Eine Stadt wie Köln mit diesem kulturpolitischen Anspruch muss in dieser Frage vorangehen. Als größte Stadt in NRW braucht Köln mit Sicherheit eine Oper. Da ist es nicht an uns, auf die Städte in der Rheinschiene zuzugehen. Vielmehr muss die Abstimmung dann auch von anderer Seite interessiert geführt werden.

Im Übrigen sind wir für eine breite kulturpolitische Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. NRW ist nun einmal das bevölkerungsreichste Land - und natürlich auch ein Gegenpol zum Beispiel zu Berlin.

Insofern würden wir uns freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Reppen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Bögner, bitte.

**Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Ich wundere mich darüber, dass die FDP einerseits weiterhin einen offenen Dialog möchte und andererseits einen Antrag vorlegt, der ein recht enges zeitliches Korsett vorsieht.

Ferner sprechen Sie davon, dass Herr Streitberger schon eine Vorlage auf den Tisch gelegt habe.

(Christraut Kirchmeyer [FDP]: Das hat er nicht gesagt!)

Ich kenne eine offizielle schlussgezeichnete Vorlage des Stadtvorstandes nicht.

Insofern schlage ich vor, dass wir bei dem Verfahren bleiben, das der Herr Oberbürgermeister vorgestellt hat. In der nächsten Ratssitzung bekommen wir eine Beschlussvorlage. Dann fängt die Diskussion an bzw. kommen wir vor der Sommerpause zu Beschlüssen. Wir brauchen uns dann aber nicht schon jetzt in ein solches Korsett zu begeben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Bögner. - Noch einmal Herr Reppen, bitte.

**Dietmar Reppen (FDP):** Darauf möchte ich ganz kurz entgegnen. Herr Dr. Bögner, ich habe nicht davon gesprochen, dass Herr Streitberger eine Beschlussvorlage erstellt hat. Vielmehr handelt es sich um ein Gutachten; nichts anderes war das.

Zum anderen müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir es mit einer maroden Oper zu tun haben. Wenn Sie sich das Haus angucken und erfahren, dass dort statistisch 0,8 Wasserrohrbrüche pro Tag passieren, sehen Sie, dass wir wirklich nicht mehr viel Zeit haben. Insofern ist es auch wichtig, dass wir uns in dieses zeitliche Korsett begeben.

Meines Erachtens ist es deshalb angebracht, noch vor der Sommerpause eine Entscheidung

zu treffen. Alle Beteiligten sind der Auffassung, dass es sich um eine schwierige Entscheidung handelt, die wir zu treffen haben. Wir müssen diese Entscheidung aber zügig treffen. Insofern ist das, was der Oberbürgermeister hier angestoßen hat, der erste Schritt dazu. Vor der Sommerpause sollte die Entscheidung dann auch tatsächlich fallen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, ich darf in Erinnerung rufen, dass es in der Tat darum ging, eine einheitliche Verwaltungsmeinung herzustellen und diese dann auch zu verkünden. In diesem Punkt gibt es übrigens überhaupt keine Divergenzen mit dem neuen Kulturdezernenten. Das will ich an der Stelle deutlich sagen.

In der Tat ist es auch so, wie Herr Dr. Bögner sagt: Bei Vorlage der entsprechenden Verwaltungsvorlage ist jetzt auch die Politik aufgerufen, in Zusammenarbeit mit allen, die daran beteiligt sind - nämlich die Stadtentwicklung, die Kulturpartei, aber auch die Intendanz, die das Ganze inhaltlich füllen muss -, konzeptionell daranzugehen. Ich denke, es besteht noch sehr viel Spielraum, um hier zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Unser Plädoyer vonseiten der Stadtverwaltung war allerdings, etwas zum Standort und zur Möglichkeit der Sanierung zu sagen. Ansonsten sind noch viele Dinge offen.

Ich bitte, jetzt gemeinsam an einem Strang zu ziehen und - sicherlich recht zügig - zu einer Lösung zu kommen.

Es handelt sich allerdings um eine Entscheidung für ein oder zwei kommende Generationen. Insofern sollten wir hier nicht auf 14 Tage schauen, sondern vernünftig und seriös an das Thema herangehen. Ich bitte da um Ihrer aller Mitarbeit.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Jetzt darf ich zur Abstimmung über den Antrag des Kölner Bürger-Bündnisses kommen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist das Kölner Bürger-Bündnis selbst. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist der Rest des Rates dagegen.

Nun rufe ich den Änderungsantrag der FDP auf - dem ich in einigen Punkten eigentlich zustimmen müsste, weil sie meine Meinung bestätigen. Sie



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

verstehen aber, dass ich mich enthalte. Ich sage das auch nicht gerne zweimal.

(Dietmar Reppen [FDP]: Das haben Sie aber schon anders gemacht!)

Gibt es Stimmen für den FDP-Antrag? - Das sind FDP, PK und Kölner Bürger-Bündnis. Gibt es Enthaltungen? - Das bin zunächst einmal ich.

(Beifall bei der FDP)

Meine inhaltliche Begründung dazu habe ich Ihnen genannt. Außerdem enthalten sich Herr Ludwig und Herr Breninek. Gegenstimmen? - Der Rest des Rates stimmt dagegen, sodass auch dieser Änderungsantrag abgelehnt ist.

Wir wollen also so, wie ich eben vorgeschlagen habe, an das Thema herangehen und zu einer optimalen Lösung kommen. Dabei rechne ich mit allen, die auch jetzt ihre Ideen eingebracht haben und einbringen wollen. Es ist sicherlich noch vieles zu bewegen.

Ich rufe auf

### **2.6 Antrag der FDP-Fraktion vom 31. März 2005 betreffend „Initiativen für das Stadtbild 2010 ff. Schandfleckenbeseitigung und Verschönerungsmaßnahmen“ Ds-Nr. 0441/005**

Dazu gibt es einen Änderungsantrag der CDU und der SPD.

Zunächst einmal spricht Herr Sterck für den Antragsteller. Außerdem haben sich Herr Klipper, Frau Dr. Bürgermeister, Frau Moritz für die Grünen und Frau Wilden für PK gemeldet. - Bitte schön, Herr Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Lassen Sie mich, bevor ich inhaltlich zu dem Antrag komme, etwas sagen, was mehr die Geschäftsordnung betrifft. Sie merken, dass meine Stimme gelitten hat - nicht, weil ich hier so häufig „FC, FC“ gerufen habe, sondern, weil es wie Hechtsuppe aus der Klimaanlage zieht - oder gezogen hat; es ist besser geworden. Sie wissen, dass ich das schon einmal zu Protokoll gegeben habe. Ich will jetzt nicht sagen, dass ich Sie wegen Körperverletzung anzeige, wenn ich morgen mit einer Grippe da liege.

(Heiterkeit)

Ihre Gebäudewirtschaft hat gegen alle Warnungen, die es in dem entsprechenden Arbeitskreis gab, veranlasst und durchgesetzt, dass den Ratsmitgliedern kalte Luft vor die Füße geblasen wird. Wir haben schon gehört, dass das nicht funktionieren kann. Ich bin Herrn Streitberger dankbar, der sich darum gekümmert hat, und auch der Gebäudewirtschaft, die versucht hat, das hier zu regeln. Es geht aber um die Damen und Herren der Gebäudewirtschaft, die dies zu verantworten haben. Das muss geklärt werden. Im Winter geht es ja; dann kommt hier unten warme Luft heraus. Im Sommer ist die Luft aber entsprechend kalt. Ich habe vorhin eine Decke vor unseren Tisch gelegt. Das ist die Nothilfemaßnahme.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ästhetisch unbefriedigend!)

Das darf der Denkmalschutz aber nicht sehen. Allerdings ist Herr Krings jetzt in Pension.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist aber - wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf - eine ziemlich alte Decke.

**Ralph Sterck** (FDP): Ja, Herr Oberbürgermeister. - Um zu unserem Antrag zu kommen: Der Kaiser ist nackt; das hat Herr Kollege Lemper in seiner Medienkampagne zum Stadtbild medienwirksam festgestellt. Seither füllen Leserbriefe, in denen die Kölnerinnen und Kölner sich äußern, die Zeitungen. Alle kommen zu dem Ergebnis: Ja, der Kaiser ist nackt.

Der notwendige schnelle Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, der in Bezug auf repräsentative Staatsbauten fehlende Regierungssitz und am Ende natürlich auch die leeren Kassen der öffentlichen und der privaten Hand haben dem Stadtbild Köln nicht gut getan. Das zeigt sich jetzt im Unmut der Bürgerinnen und Bürger.

Gerade in den letzten Jahren gibt es zahlreiche Initiativen, die etwas zur Verschönerung des Stadtbildes beitragen wollen. Wir haben den Gestaltungsbeirat aufgewertet - auch als Politik aufgewertet. Er hat heute wesentlich mehr Einfluss und wird auch wesentlich ernster genommen, als das in den Anfangsjahren der Fall war.

(Karl Klipper [CDU]: Und er hat ein bisschen Geld!)

- Und er hat ein bisschen Geld, um sich auch externen Sachverständigen heranzuziehen.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Das ist eine Initiative. Ich erinnere aber auch an die Montagsgespräche des BDA im Kölner DOMFORUM. Dort gibt es plötzlich eine Institution, wo Fragen des Städtebaus und der Architektur diskutiert werden.

Ich denke ferner an die jährliche Ausstellung „plan“; dieses Jahr findet die „plan 05“ statt. Wir haben jetzt die Dokumentationen für 2004 bekommen, aus denen hervorgeht, was dort den Kölner Bürgerinnen und Bürgern und allen Architekturinteressierten geboten wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Prominenten-Initiative von Frau Kollegin Moritz lobend erwähnen. Frau Moritz hat für gewisse Maßnahmen in der Altstadt Prominente gesammelt und Punkte vorgeschlagen, die sich teilweise noch in der Prüfung bei der Verwaltung befinden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind gerade einstimmig von der Bezirksvertretung beschlossen worden!)

- Einstimmig beschlossen; wunderbar. Dann wird die FDP ja mit dabei gewesen sein. Unsere beiden Altbürgermeister Brügelmann und Wolf haben das auch entsprechend unterstützt.

Man sieht also: Es gibt auf verschiedenen Ebenen entsprechende Initiativen bzw. Bausteine, die sich für ein besseres Stadtbild, für die Beseitigung von Schandflecken und für gewisse Verschönerungsmaßnahmen stark machen.

(Dr. Lothar Theodor Lemper: Es passiert nur leider nichts!)

- Sehen Sie, Herr Lemper; Sie sagen, es passiert nur leider nichts. Deswegen haben wir als FDP uns hingestellt und gefragt: Was können wir diesen Bausteinen hinzufügen? - Ihnen liegt heute eine Liste von 55 Schandfleckenbeseitigungs- oder Verschönerungsmaßnahmen vor, die wir über Wochen und Monate zusammengestellt haben. Bei diesen Punkten sind wir der Meinung, dass sich dort etwas tun müsste. Darunter befinden sich viele bekannte Dinge, die wir alle als Kenner der Stadt kennen.

Es gibt Punkte, die schneller zu lösen sind. Dabei denke ich zum Beispiel an das Grundstück Ehrenstraße/Alte Wallgasse. Frau Kollegin Moritz und ich haben vor Jahren eine Initiative im Stadtentwicklungsausschuss gestartet, um diese Baulücke, dieses Trümmergrundstück, ordentlich zu bebauen. In der letzten Sitzung des Gestal-

tungsbeirates haben wir die ersten Vorschläge bekommen. Das muss aber schneller gehen. Möglicherweise sieht es allerdings mit dem nach hinten zur Palmstraße hin liegenden Grundstück etwas schlecht aus.

Dann gibt es langfristige Maßnahmen wie zum Beispiel die Ost-West-U-Bahn - dazu kommen wir beim nächsten Tagesordnungspunkt noch -, mit der wir viele städtebauliche Fragen in der Innenstadt im Bereich Heumarkt/Neumarkt/Rudolfplatz/Aachener Straße lösen werden.

Ferner gibt es Punkte, die die Stadt selber anfassen muss - beispielsweise die Rückseite des Opernhauses an der Krebsgasse.

(Dr. Lothar Theodor Lemper: Ja!)

Das passt zum letzten Thema. Es ist eine städtische Aufgabe, diesen Punkt zu lösen.

Es gibt aber auch Dinge, die zum Beispiel die städtischen Gesellschaften tun können. Wir haben beispielsweise vor etwa zwei Jahren im Stadtentwicklungsausschuss das Leuchtenkonzept verabschiedet. Dabei geht es darum, die hässlichen Hängeleuchten auszutauschen, die noch überall in der Stadt vorhanden sind. Diese Aufgabe führt die RheinEnergie für die Stadt durch.

Es gibt andere Dinge, die private Investoren betreffen. Ich denke zum Beispiel an das Aral-Parkhaus an der Augustinerstraße. Über den Reißverschluss, der dort hin sollte, waren wir alle geschockt. Jetzt gibt es Ansätze, das Ganze anders zu lösen. - Das ist der erste Punkt unseres Antrages.

Im zweiten Punkt geht es um das Beschwerdemanagement. Wie können sich Bezirke, Bürger und Vereine entsprechend einbringen? - Wir schlagen einen Stadtgestalter vor, der die Maßnahmen koordiniert. Wir haben viele Beauftragte bei der Stadt, die solche Dinge machen. Ich denke an die Ampelfee oder den Fahrradbeauftragten. Dort werden Fragen in der Verwaltung gebündelt.

Herr Oberbürgermeister, lassen Sie mich am Schluss noch zu dem Änderungsantrag von CDU und SPD kommen. CDU und SPD sind anscheinend mit dem Stadtbildgestalter nicht zufrieden; sie wollen ihn nicht einrichten. Das finde ich schade. Im Zweifel kann ich aber damit leben. Dazu kommen wir vielleicht später noch.

Ansonsten finde ich die Anregungen, die hier von CDU und SPD gegeben werden, sehr schön. Da



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

es sich ja nicht um einen Ersetzungs-, sondern einen Ergänzungsantrag handelt, können wir das auch entsprechend mittragen.

Gewundert hat mich, dass die Kollegen von CDU und SPD - vielleicht können sie das ja noch erklären - den vierten Spiegelstrich im Antrag der FDP gestrichen haben wollen. Darin geht es um die Einführung des Berichtswesens für den Stadtentwicklungsausschuss, den Gestaltungsbeirat, die Leitbildgruppe Stadtgestaltung und die zuständigen Bezirksvertretungen. Wir haben in diesem Spiegelstrich gesagt, die Verwaltung solle einmal jährlich berichten, was in diesem Bereich gemacht worden ist. Vielleicht können wir diesen Spiegelstrich noch retten - oder Sie erklären, warum Sie dagegen sind.

Von daher glaube ich Folgendes: Wenn wir heute unseren Antrag mit den Änderungen von CDU und SPD beschließen, haben wir einen konkreten Plan, wie wir das Stadtbild verschönern können. Es bleibt nicht bei dem nebulösen Gefühl aller Kölnerinnen und Kölner, die heute denken: Es müsste sich einmal etwas tun; es tut sich aber nichts.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Dr. Lothar  
Theodor Lemper [CDU])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Für die CDU Herr Klipper, bitte.

**Karl Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Sterck, es gibt ja zwei verschiedene Aspekte Ihres Antrags: das, was Sie schriftlich formuliert haben, und das, was Sie gesagt haben. Mit dem, was Sie gesagt haben, stimme ich vollkommen überein. Es muss in der Tat etwas getan werden. Es muss begonnen werden, und zwar schnell.

In Ihrem schriftlichen Antrag geht es um Maßnahmen ab dem Jahr 2010. Dort steht: 2010 ff. Das ist viel zu lang. Wir stimmen doch alle darin überein - das hat Herr Lemper auch zum Ausdruck gebracht -, dass es der Bevölkerung zwar manchmal um keine konkreten Maßnahmen geht, dass es aber ein Grummeln in der Bevölkerung dahin gehend gibt, dass etwas in dieser Stadt auf den öffentlichen Plätzen nicht stimmt.

Deswegen haben wir gesagt: Wir müssen einmal zusammenführen - das ist unser erster Punkt -,

welche Maßnahmen der Stadtverbesserung wir auf den Weg gebracht haben. Ich denke beispielsweise an das Konzept „Auf die Plätze“, an das Leuchtenkonzept und an Werbemaßnahmen. Wir haben ja schon eine ganze Menge gemacht. Wir haben Stadtgestaltung. Das Ganze müsste nur einmal zusammengefasst, in ein Konzept gewickelt und dann koordiniert nach vorne gebracht werden.

Deswegen sagen wir unter Punkt 1: Wir wollen dieses alles einmal zusammenpacken, um unter anderem zu sehen, was wir jetzt sehr kurzfristig umsetzen können.

In diesem Zusammenhang empfinde ich Folgendes als wichtig: Wir sollten aufhören, von dem zu reden, was gerade opportun ist, und vielmehr nach einem ganz bestimmten Ranking vorgehen, wenn wir uns darüber unterhalten, was wir mit dem wenigen zur Verfügung stehenden Geld vorrangig zu bedienen anfangen.

Dies ist der allererste Punkt, um das in der Bevölkerung und der Öffentlichkeit herrschende Gefühl wegzubekommen, dass hier in der Stadt nichts passiert und alles immer noch ein bisschen mehr verslumpet. Ich nenne das einmal so; denn das ist der Eindruck, der ziemlich stark herausgekommen ist.

Nun zu unserem zweiten Punkt: Hier handelt es sich um ein übergeordnetes Thema. Das Ganze hat nicht nur etwas mit Stadtgestaltung, Plätzen etc. zu tun, sondern auch mit der Frage, wo wir Verkehr zulassen und wo wir ihn zurücknehmen können. Die Frage der Verkehrsleitung spielt in der Tat ebenfalls eine Rolle. Es ist also ein übergeordnetes Thema - eigentlich ein klassisches Stadtentwicklungsprogramm, bei dem aber auch Altstadt und Verkehr eine Rolle spielen. - Das ist unser zweiter Punkt.

Unser dritter Punkt ist ziemlich deckungsgleich. Wir wollen alle Institutionen, die es in der Stadt gibt - GEW, Landschaftsverband, Öffentliche und Private - überall dort einbeziehen, wo sie etwas in ihrem Vorfeld tun können. Ich darf daran erinnern, dass wir beispielsweise Vorgärten haben, die von Unternehmen gepflegt werden. Das kann man schön in die stadtnahen Anlagen integrieren. - Das ist unser dritter Punkt.

Mit Ihrem Punkt 3, in dem Sie einen Stadtgestalter fordern, stimme ich nicht überein. Wir haben so viele Leute, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. Jeden Monat einmal gehen wir in den Gestaltungsbeirat hinein, und zwar mit sehr vielen Punkten. Nach meiner Meinung ist so &



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

was nur eine Verstärkung der Verwaltung, ohne dass viel dabei herunkommt. Wir haben jetzt die Dezernate bei Herrn Streitberger, der für Bauen und Stadtgestaltung zuständig ist, ganz eng zusammengepackt. In diesem Zusammenhang müsste es doch möglich sein, dass die Ämter zusammenarbeiten und mit einer einheitlichen Stimme sprechen. Deswegen möchten wir aus Kostengründen dieses Geld lieber in den öffentlichen Raum investieren, als es für die Verwaltung auszugeben.

Ihren vierten Punkt haben wir abgelehnt und nicht aufgenommen. Der Oberbürgermeister gibt uns jedes halbe Jahr einen Bericht über die Maßnahmen und die Aufträge. Das ist der so genannte Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters. Wenn wir hier einen Auftrag erteilen, so ist er verpflichtet, uns jedes halbe Jahr darüber Bericht zu erstatten. Eine solche Berichtspflicht noch einmal extra festzulegen halte ich für überflüssig. Deswegen habe ich gesagt: Das brauchen wir nicht extra; das können wir mit dem anderen zusammen machen.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt zu dem Antrag sagen. Wenn wir anfangen, es so wie darin vorgesehen zu machen, dann werden wir sehr schnell Verbesserungen bekommen.

Zu Ihren Ausführungen zu dem, was wir verbessert haben, stelle ich fest: Wir haben im Gegensatz zu den 90er-Jahren, als vieles von oben entschieden wurde, in dieser Stadt Gestaltungswettbewerbe durchgeführt. Wir haben Architekturwettbewerbe veranstaltet. Wir haben darum gerungen und es dann auch gemacht. Wenn man heutzutage das Ergebnis sieht, kann man meines Erachtens stolz sein. Ich nehme einmal das Beispiel des Rheinauhafens. Zuerst haben wir einen Wettbewerb darüber durchgeführt. Dann haben wir für fast jedes Objekt noch einmal eine Mehrfachbeauftragung gehabt. Wir haben hervorragende Qualität bekommen. Wenn wir mit dem ganzen Bereich auf diesem Weg weitergehen, dann werden wir sehr schnell eine Veränderung in dieser Stadt sehen.

Deswegen sagen wir von dieser Seite her: Wir stimmen dem zu - mit den Einschränkungen und den Ergänzungen, die wir eben genannt haben. Ansonsten sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. - Für die SPD Frau Dr. Bürgermeisterin, bitte.

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kaum jemand kann sich den leidenschaftlichen Plädoyers aus der Bevölkerung und der breiten öffentlichen Diskussion über das Kölner Stadtbild entziehen. Deshalb ist es nur richtig und angemessen, dass sich der Rat der Stadt heute mit den Themen „Stadtgestaltung“ und „Verschönerung des Stadtbildes“ insgesamt beschäftigt.

Es ist aber auch verlockend, auf ein Thema, das in der Öffentlichkeit und der Presse einen so breiten Widerhall findet, aufzuspringen und schnell noch zu versuchen, ein paar Punkte zu sammeln!

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist ja wohl ein Witz!)

In der Sache bringt uns das leider nicht viel weiter. Ich meine: Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt schuldig, dieses Thema systematisch und vor allem ergebnisorientiert zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt wurden in den Pressebeiträgen und auf diversen Veranstaltungen immer wieder Schlaglichter auf die Defizite der Kölner Stadtgestaltung geworfen. Die Bestandsaufnahme und die Mängellisten müssen, weil der Blick fast immer ausschließlich auf die Innenstadt gerichtet ist, unvollständig bleiben.

Meine Damen und Herren, die Initiative mit 21 Punkten für eine attraktive Altstadt, die Sie auch genannt haben, ist nach Ihrer Einschätzung nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“, aus meiner Sicht aber ein guter Anfang und zu einem guten Teil umsetzungsorientiert. In Anbetracht der Haushaltslage der Stadt werden wir uns in naher Zukunft wohl erst einmal mit solchen Tropfen zufrieden geben müssen.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das ist doch nicht immer nur eine Frage des Geldes!)

Ihre Liste mit den 55 zu beseitigenden Schandflecken und Verschönerungsmaßnahmen kann jeder hier im Saal sicher mit etwas Nachdenken spielend weiterführen: zum Beispiel auf 99 Punkte, wenn wir einmal elf Schandflecke pro Stadt-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

bezirk ansetzen. Und wenn wir das Ganze auf die Stadtteile herunterbrechen würden, kämen wir bei 85 Stadtteilen und elf Maßnahmen pro Stadtteil auf 935 Maßnahmen.

Schließlich gibt es auch außerhalb der Innenstadt solche Schandflecken und stadtgestalterischen Mängel. Ich würde mir wünschen, dass sich bei der Stadtgestaltungsdebatte der Blickwinkel künftig etwas ausweitet. Das ist einer Großstadt wie Köln sicher angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Liste dagegen zeigt ein buntes Potpourri von Vorschlägen, wie Sie gerade ja auch selbst dargestellt haben. Sie haben es natürlich nicht als Potpourri bezeichnet.

Es gibt gefasste Beschlüsse des Rates oder der Fachausschüsse. Es gibt Ergebnisse aus städtebaulichen Wettbewerben. Es gibt Gestaltungskonzepte und ein paar andere Vorschläge. Von daher zeigt Ihre Liste aus meiner Sicht sehr deutlich, dass Ihr Antrag nicht umsetzungsorientiert ist.

Aus diesem Grunde haben wir uns für diesen Änderungsantrag entschieden, um eine Handlungsmaxime für die Stadtgestaltung zu entwickeln.

Wir sind der Auffassung, dass die Maßnahmen zur Stadtgestaltung vor allen Dingen vorstrukturiert, priorisiert und vor allem eben auch finanziert werden müssen.

Wir sind der Auffassung, dass die Maßnahmen, die im Geschäft der laufenden Verwaltung erledigt werden können - zum Beispiel die Beseitigung von Blumenkübeln, Streugutkisten und Straßenschildern -, in regelmäßigen zeitlichen Abständen in allen Stadtbezirken durchgeführt werden sollten.

Wir sind der Auffassung - das hat Herr Klipper schon erwähnt; das steht natürlich auch in unserem Antrag -, dass Maßnahmen, die kostenträchtig sind, je nach ihrer städtebaulichen Bedeutung in eine Prioritätenliste aufgenommen werden und systematisch abgearbeitet werden sollten. Wenn wir das Thema „Stadtgestaltung“ ernst nehmen, dann müssen wir dafür auch Mittel in den Haushalt stellen, meine Damen und Herren.

Wir sind der Auffassung, dass bei neuen Investitionen im öffentlichen Raum - seien es private oder öffentliche - schon frühzeitig qualitätssichernde Elemente einzubauen sind. Innerhalb

der Stadtverwaltung ist aus unserer Sicht eine Instanz einzurichten, die bei Eingriffen in den öffentlichen Raum die Gestaltung bewertet und steuert. Diese Instanz kann aus unserer Sicht zum Beispiel das Stadtplanungsamt gemeinsam mit dem Gestaltungsbeirat sein.

Wir wollen nicht einen Stadtgestalter oder -schlimmer noch- einen Stadtbaumeister; denn die Komplexität der Aufgabe - das ist in den Beiträgen ja auch deutlich geworden - erfordert eher ein Team als eine Person. Überdies passt die Vorstellung eines alleinigen Wächters über das Kölner Stadtbild nicht in die demokratischen Strukturen unserer Stadt.

(Beifall bei Martin Börschel [SPD] und Jochen Ott [SPD] - Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Was wir überdies brauchen - und zwar auch in Ergänzung zur Arbeit der Verwaltung -, sind kreative Vorschläge, wie wir dieses Interesse und die Bereitschaft zum Engagement für den öffentlichen Raum nutzen können. Das Engagement der Kölnerinnen und Kölner kann und sollte sich natürlich im sorgsamem Umgang mit öffentlichen Einrichtungen ausdrücken. Es könnte Patenschaften oder das Verhindern von mutwilligen Zerstörungen betreffen und bis hin zum Sponsoring reichen, das wir ja bereits aus anderen Bereichen kennen.

Die Klagen und die berechtigte Entrüstung über Missstände in der Kölner Stadtgestaltung haben auch eine positive Seite. Sie sind Zeichen von Anteilnahme und Identifikation der Kölnerinnen und Kölner mit dem öffentlichen Raum in dieser Stadt. Dies sollten wir nutzen, um die Probleme konstruktiv anzugehen und nachhaltige Konzepte zu entwickeln.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Frau Moritz für die Grünen, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Nach meiner Zählung ist das jetzt der vierte Beitrag zum Thema „Schandflecken“. Es sind so viele Anträge. Ich beziehe mich jetzt auf den Arbeitstitel.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Nachdem die IG Altstadt vor dem Wahlkampf - ich erinnere daran - ein Konzeptpapier für die Altstadt erarbeitet hat; nachdem City-Marketing nicht mehr nur den Bebauungsplan in Bezug auf Fortgang und Konsensfindung als Moderator begleitet, sondern auch mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Geschäftsleuten zusammen an einem Maßnahmenkonzept für die Altstadt arbeitet; nachdem Herr Lemper - wie ich neidisch zugeben muss - sehr publikums- und pressewirksam das Erscheinungsbild dieser Stadt kritisiert hat; nachdem - Herr Sterck hat darauf hingewiesen - viele Prominente meinem Aufruf für eine attraktive Stadt gefolgt sind - darunter so bekannte Namen wie John van Nes Ziegler, Jan Brügelmann, Hanns Schaefer, Barbara Schock-Werner, Peter Canisius -; nachdem die Bezirksvertretung Innenstadt - und darin sitzen auch kleinere Gruppierungen - einstimmig beschlossen hat, diese Maßnahmen umzusetzen; nachdem wir bei der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses auf Antrag der Koalition - sie hat also auch schon ihren Beitrag geleistet - die Pläne der Verwaltung gehört haben, wie die durch Baustellen verschandelte Plätze in Zukunft wiederhergestellt werden sollen; nachdem der BDA eine bis auf den letzten Platz besetzte Veranstaltung im DOMFORUM durchgeführt hat und mit dem Vortrag von Herrn Hoorn eindrücklich dokumentiert hat, dass es auch Städte gibt, die an die Umsetzung gehen, die also nicht nur Konzepte entwickeln; nachdem wir ein Konzept „Auf die Plätze“ haben; nachdem ein Symposium durchgeführt worden ist - -

Ich könnte diese Aufzählung fortsetzen, fortsetzen, fortsetzen. Herr Sterck, wir brauchen also keine neuen Beschlüsse. Wir haben ein Vollzugsdefizit. Wir haben einen Beschlussstau.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

Wir haben nicht nur einen Sanierungsstau an Schulen. Wir haben einen Beschlussstau. Das Schöne für die Verwaltung ist eigentlich Folgendes: Auf einen größeren Konsens in der Stadt - bei Bürgerinnen und Bürgern, Geschäftsleuten, Wirtschaft und IHK - als bei diesem Thema können Sie nirgends zurückgreifen. Und warum passiert nichts?

Herr Sterck, ich freue mich ja, dass die FDP jetzt auch noch einen Beitrag leistet und dass noch einmal ein Koalitionsantrag dazu vorliegt. Das nützt aber doch nichts. Vor allen Dingen nützt Ihre Liste deshalb nichts, weil darin Dinge stehen, bei denen die Verwaltung mit Recht sagen kann: Den Musical Dome und das Kommerz-Hotel

können wir zurzeit nicht machen. Wir müssen erst die Einrichtung der U-Bahn-Baustelle abwarten. Ich denke auch an die Neuorganisation der U-Bahn am Barbarossaplatz. Ich wage mir überhaupt nicht auszumalen, in welchen Zeitabständen wir das erst angehen können.

Wir haben aber auch Beschlüsse über Maßnahmen, die gar nichts kosten, sondern einfach eine Sache des Kopfes sind. Diese Maßnahmen hätte man längst angehen können. Die Verwaltung hätte sie sogar ohne Beschlüsse durchführen können. Es ist mir absolut unverständlich, warum da noch nichts passiert ist.

Ich möchte folgenden Vorschlag machen. Ich habe übrigens auch schon jede Menge Stadtrundgänge gemacht - nicht nur mit Herrn Streiberger. Der arme Herr Streiberger muss hier den Kopf alleine hinhalten. Ich bin auch schon mit Herrn Soénius durch die Stadt gewandert. Ich bin mit Herrn Kilp durch die Stadt gewandert. Schließlich sind es ja ordnungspolitische Angelegenheiten.

(Karsten Möring [CDU]: Und was hat Ihnen am besten gefallen?)

- Herr Möring, mir gefällt das alles so lange nicht, wie sich nichts ändert. Kommen Sie einmal in mein Büro! Dann gucken wir einmal aus dem Fenster. Da sehen Sie im öffentlichen Raum eine Streugutkiste stehen. Dort ist ein Haufen - mit Streugut, nehme ich an. Ich weiß gar nicht, wie viele Quadratmeter Straße man wann damit streuen will. Ich weiß überhaupt nicht, wozu diese Kiste da ist. Wir haben so viel Krempel in der Stadt stehen! Wenn wir den einmal wegräumen würden, wäre schon einiges getan.

Deswegen schlage ich vor - ich bin ja froh, dass wir uns alle einig sind, dass dieses Thema einmal angepackt werden muss -: Lassen Sie uns diese ganzen Anträge nehmen. Lassen Sie uns das besprechen - vor allen Dingen, wie wir es umsetzen wollen. Lassen Sie uns einen Maßnahmenplan erstellen, der auch den Zeitaspekt berücksichtigt - und eine Priorisierung. Da haben Sie völlig Recht, Herr Klipper; wir brauchen eine Priorisierung: Womit fangen wir an? Was machen wir kurzfristig? Was machen wir mittelfristig? Was machen wir langfristig?

Das machen wir im Fachausschuss. Deshalb lautet mein Vorschlag, hier keine Kampf Abstimmung durchzuführen. Das kommt einem ja wie ein Markierungsversuch vor, bei dem es darum geht, wessen Antrag durchkommt. Das ist nicht zielführend. Lassen Sie uns die Anträge als Ma-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

terial in die nächste StEA-Sitzung bringen. Dort steht noch die Beantwortung der Anfrage vom letzten Mal aus. Es steht auch noch die Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt aus, der dann ja in den StEA verwiesen werden muss. Ich bin überzeugt: Wenn wir uns alle so einig sind, dann sind wir auch auf einem guten Weg.

Danke.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt hat Frau Wilden das Wort.

**Regina Wilden** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe zu diesem Thema nur eine Bemerkung am Rande. Sie ist es mir aber wert, dass ich hier vorne vor Sie hintrete. Es ist eine Frage an die FDP. Glauben Sie eigentlich alles, was in der Zeitung steht? Glauben Sie alles, was Teile der Herren - vielleicht auch Damen - da hinten in der Presse schreiben?

Diese Frage stelle ich aus folgendem Grund: Sie sprechen hier von der Einladung an die anderen demokratischen Fraktionen. Dazu Folgendes: Wir wissen ja, dass meine liebste Tageszeitung es gut mit der PDS meint. Da versteigert man sich schon mal so weit, von einer „PDS-Fraktion“ zu schreiben. Deswegen wollte ich FDP informieren, dass die PDS keine Fraktion ist. Daher brauchen Sie nicht extra von den „anderen demokratischen Fraktionen“ zu sprechen; denn es gibt nur demokratische Fraktionen.

(Jochen Ott [SPD]: Eben nicht!)

Nach der Schau, die Frau Moritz hier eben mit Schaum vorm Mund abgezogen hat, frage ich mich allerdings: Haben Sie nicht vielleicht die Grünen gemeint?

Mir ist meine erste Begegnung mit Frau Moritz eingefallen. Das wollte ich vorhin noch sagen. Der Herr Oberbürgermeister hat mich meine persönliche Erklärung aber nicht abgeben lassen. Ich habe Frau Moritz im Jahr 2000 auf dem Marktplatz in Chorweiler kennen gelernt. Sie kannte mich nicht. Sie wusste nicht, wer ich bin. Sie hätte mich beinahe angesprungen. Sie ist ein paar Schritte zurückgewichen, um sich vor sich selbst zu schützen. Glücklicherweise stand ein

Türke an ihrem Wahlstand. Er lächelte, und ich dachte: Der steht dir im Notfall bei.

Warum aber war Frau Moritz so erbost? - Sie hat zuvor gesehen, wie ich Herrn Rouhs ein freundliches „Guten Tag!“ sagte. Danach kam ich zu Frau Moritz und habe gesagt: Es ist nett, dass ich Sie hier einmal sehen. Ich erkenne Sie von Wahlplakaten, die überall in der Stadt hängen. - Das ist die Sache.

(Jochen Ott [SPD]: Sind wir hier in der Märchenstunde?)

- Sie hören doch gerne Märchen. Sie hören meine Beiträge doch so gerne,

(Josef Müller [CDU]: Nein! - Weitere Zurufe)

weil Sie etwas zu lachen haben möchten. - Im Übrigen: Keine Unruhe; ich bin sofort zu Ende.

Ich wollte mit Frau Moritz ein freundliches Gespräch anfangen, während sie entgegnete: Gehen Sie weg! Gehen Sie weg! Ich will mit Ihnen nichts zu tun haben!

(Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Bravo, Barbara! - Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

So etwas vergesse ich nicht. Meine Damen und Herren, das ist der Umgang von Frau Moritz. Das ist ein rechtsextremes Verhalten:

(Zurufe)

die bewusste Ausgrenzung von Leuten, die eine Meinung vertreten, die einem nicht genehm ist.

(Zuruf: Zum Thema!)

Frau Moritz hat sich sogar die Blöße gegeben, das expressis verbis auszusprechen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Wilden, ich darf Sie bitten, zum Thema „Verschönerungsmaßnahmen der Stadt“ zu sprechen.

**Regina Wilden** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, Sie haben Ihren Einwurf genau an der richtigen Stelle gebracht. Ich sprach nämlich nur von einer Bemerkung am Rande. Diese habe ich jetzt gemacht. Damit bin ich im Moment zu Ende. Später mehr!

Vielen Dank.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es noch Wortmeldungen? Die Verwaltung hat sich nämlich auch gemeldet. - Jetzt ist aber erst einmal Herr Sterck mit einer Nachfrage oder Nachbemerking an der Reihe.

**Ralph Sterck (FDP):** Ich habe eine Nachbemerking zu dem, was Frau Kollegin Moritz ausgeführt hat. Nachdem ich jetzt Frau Wilden gehört habe, muss ich allerdings auch sagen: Da bekommt das Wort „Schandflecke“ für diese Stadt noch eine ganz neue Bedeutung.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wollte auf das antworten, was Karl Klipper gesagt hat, der über die Zahl 2010 gestolpert ist. 2010 ist ja eine Zielzahl. Das heißt also nicht, dass wir erst dann anfangen wollen. Vielmehr haben wir uns Gedanken gemacht, mit welchen Maßnahmen Köln im Jahre 2010 entsprechend besser aussehen kann. Deswegen kommt diese Zahl in unserem Antrag vor. Ich habe eben gesagt: Es gibt Dinge, die wir bis 2010 schon schaffen können. Es gibt Dinge, die wir vielleicht erst 2010 anfangen. Von daher ist 2010 - so ähnlich wie beim Leitbild 2020 - eine Zahl, um die sich diese Initiativen drehen.

Karl Klipper hat von den vielen Leuten gesprochen, die sich in dieser Stadt um dieses Thema kümmern. Gerade das war der Ansatzpunkt, warum wir gesagt haben: Man muss das Ganze bündeln. Es muss wieder einen Verantwortlichen geben - und nicht mehrere.

Das ist auch das Ziel bei dem, was wir zum Beispiel in Bezug auf die Frage des Straßenraums vorschlagen. Derzeit muss man fragen: Wem gehört diese Dreiecke, die nicht saubergemacht wird, denn jetzt? Ist sie vom Grünflächenamt? Ist sie vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik? Gehört die Straße dem Landschaftsverband? Oder handelt es sich um ein Stück, das von der Deutschen Bahn gepflegt wird?

Auch da haben wir gesagt: Wir brauchen einen Ansprechpartner, den wir am Schlafittchen kriegen können. Das steht hinter der Idee des Stadtgestalters. Dieser Vorschlag findet hier keine Mehrheit. Ich kann damit leben. Vielleicht kommen wir noch einmal darauf zurück.

Frau Kollegin Moritz, Sie haben ja viel aufgezählt: nachdem, nachdem, nachdem. Dann haben Sie gesagt, dass Sie Ihre eigene Initiative mit 21 Punkten für die Altstadt noch mit hereinnehmen würden; dann sei aber Schluss; alles, was jetzt komme, müsse anders gemacht werden.

Ich schlage Ihnen etwas anderes vor, Frau Moritz. Ich übernehme den Änderungsantrag von CDU und SPD, den diese beiden Fraktionen hier gestellt haben. Ich habe gesagt, dass wir auf den Stadtgestalter vielleicht ein anderes Mal zurückkommen. Außerdem hat mich das von Herrn Klipper genannte Argument überzeugt, wenn der Sachstandsbericht der Oberbürgermeisters jedes halbe Jahr richtig gemacht werde, könne dies ein Instrument sein, mit dem man auch diese Maßnahmen kontrollieren könne.

Von daher übernehmen wir den Antrag von CDU und SPD. Dann können wir im Grunde die Umsetzung dieser vielen Dinge entsprechend angehen. Heute brauchen wir dann nur noch eine Abstimmung über den übernommenen Änderungsantrag von CDU und SPD.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Herr Schöppe hat sich noch gemeldet.

**Bernd Schöppe (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Werte Kollegen! Herr Sterck, wir stimmen Ihrem Antrag zu - der Sache wegen. Im Gegensatz zu Frau Moritz, die ja meint, sich als Demokratin zu bezeichnen, wissen wir, was Demokratie heißt. Demokratie heißt in einem solchen Fall, dass man einem Antrag zustimmt, weil man für die Sache ist - unabhängig davon, von wem dieser Antrag kommt. Wir würden dem Antrag auch zustimmen, wenn er von Herrn Detjen oder von Frau Moritz käme. Es geht um die Sache. Es geht um das Wohl dieser Stadt. Alles andere muss außen vor stehen. Das muss ein Demokrat in dieser Stadt aushalten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke. - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

**Josef Müller (CDU):** Herr Oberbürgermeister, zur Abstimmung möchte ich den Antrag stellen, jetzt über den Antrag der Koalitionsfraktionen in der vorliegenden Form abzustimmen, wobei die



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ersten beiden Spiegelstriche des Beschlussentwurfes der FDP übernommen werden.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Ja. Es wird aber über den weitestgehenden Antrag abgestimmt, nämlich den Antrag der Koalitionsfraktionen.

(Ralph Sterck [FDP]: Es gibt doch nur noch einen Antrag!)

- Okay. Ich wollte das nur klarstellen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist inzwischen ein Antrag geworden. Ich sehe es inzwischen als einen Antrag an, weil alle dasselbe wollen, nämlich eine saubere Stadt. Es ist ja ganz klar, dass das einen Antrag geben wird. Das Ganze muss jetzt nur vernünftig gemacht werden.

(Herbert Gey [CDU]: Eben war aber von „Übernahme“ die Rede! Das etwas anderes!)

Wir haben aber einen anderen Antrag, der „Verweis“ hieß. Wenn er bestehen bleibt, muss ich zuerst darüber abstimmen lassen.

(Zuruf von Bündnis 90/Die Grünen)

- Sie halten ihn also aufrecht. Dann rede ich gleich zuerst über diesen Verweisungsantrag abstimmen lassen.

(Karl Klipper [CDU]: Ich möchte noch etwas dazu sagen!)

- Machen wir jetzt die Runde wieder auf?

(Karl Klipper [CDU]: Nein! Nur ganz kurz!)

- Bitte.

**Karl Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wichtig, dass wir heute ein Zeichen setzen, indem wir über diese Punkte beschließen. Im Einzelnen werden wir in den einzelnen Ausschüssen - sei es Verkehrsausschuss, sei es StEA - über Verwaltungsvorlagen noch dezidiert mit allen Einzelmaßnahmen konfrontiert werden.

Ich bin der Meinung, dass wir heute ein ganz klares Zeichen setzen sollten. Wir sollten über den Antrag, in dem es darum geht, was wir gemacht haben und wie es insgesamt aussieht, abstim-

men. Die Einzelmaßnahmen werden dann über die nächsten Jahre in den einzelnen Fachausschüssen gemacht.

Herr Oberbürgermeister, ich mache schon heute darauf aufmerksam, dass wir für diese Maßnahmen dann, wenn darüber ein solcher Konsens besteht, im Rahmen der Haushaltsplanung auch Mittel zur Verfügung stellen müssen. Das sage ich auch dazu.

(Beifall bei CDU, FDP und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Klipper, das ist schön; das höre ich gerne.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Antrag ist nicht schädlich!)

- Er ist nicht schädlich. Trotzdem will ich noch die bereits angekündigte Verwaltungmeinung hören, bevor wir zur Abstimmung schreiten. - Herr Streitberger, bitte schön.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt sind wir schon bei Geschäftsordnungsfragen. Erlauben Sie mir bitte, trotzdem noch etwas zur Sache zu sagen. Bis auf eine Wortmeldung, die ich heute Abend hier gehört habe, war alles richtig, was gesagt worden ist - allerdings vielleicht nicht im ganzen Umfang; denn ich fühle mich persönlich auch ein bisschen davon betroffen, dass gesagt wird, es würde nichts passieren.

Meine Damen und Herren, in der Stadt passiert jeden Tag etwas. Ich kann Ihnen mehrere Beispiele nennen. Zum Beispiel haben wir in 14 Tagen den Baubeginn für den Zülpicher Platz. Seit dem ersten Tag, den ich in Köln bin, ist das mein Thema. Dieses Projekt, das sieben Jahre gegangen hat, obwohl Städtebauförderungsmittel des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung standen, weil Beschlüsse nicht funktionierten, habe ich mit mühseliger Kleinarbeit und sehr viel Engagement - persönlichem Engagement, aber natürlich auch Engagement meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - so weit gebracht, dass wir an dieser Stelle, wo wir uns präsentieren, als wären wir nicht in Westeuropa, dieses Projekt weiterbringen.

Wir haben im vergangenen Jahr rund 200 000 Euro in die Verbesserung des Erscheinungsbildes in der Altstadt gesteckt. Das sind





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

natürlich kleine Maßnahmen im Verhältnis zu der Aufgabe, die wir vor uns haben. Es passiert aber kontinuierlich etwas. Daran, dass Sie es nicht erkennen, merken Sie, wie groß die Aufgabe ist und wie gering unsere Möglichkeiten sind.

Meine Damen und Herren, ich sage auch etwas, was heute Abend dankenswerterweise schon sehr deutlich gesagt worden ist: Das alles kriegt man nicht zum Nulltarif. Man wird sich auch finanziell engagieren müssen. Im vergangenen Jahr hatten wir zum Beispiel eine Unterdeckung des Solls der Personalkosten im Grünflächenamt von 5 Millionen Euro. Das heißt, dass wir für die wenige und einfache Arbeit, die wir gemacht haben, 5 Millionen Euro zu wenig hatten. Wenn Sie jetzt diesen Etat aufstocken, werden Sie dort keine Leistungsverbesserung bekommen, weil eine solche Aufstockung nur das Defizit dieser 5 Millionen Euro reduziert. Leider ist das so. Ich denke, es ist eine gute Gelegenheit, hier einmal darauf hinzuweisen.

Trotzdem ist natürlich die Tendenz richtig. Ich setze mich auch mit meiner ganzen Kraft dafür ein, dass wir hier weiterkommen. Ich bitte aber auch um Verständnis dafür, dass das Ganze natürlich auch bezahlt werden muss. Wir brauchen eigentlich keine weiteren Gremien. Wir brauchen keine weiteren Besprechungsunden. Wir brauchen keine weiteren Häuptlinge. Vielmehr brauchen wir Indianer, die es machen. Setzen Sie mich in den Stand, es zu tun! Sie werden das gewünschte Ergebnis bekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist angekommen, denke ich. - Können wir jetzt abstimmen? - Gut. Dann noch einmal die Frage: Bleibt der Antrag auf Verweis in den StEA bestehen? - Das ist der Fall.

Dann stimmen wir darüber ab. Wer für den Antrag auf Verweis in den StEA ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Grüne und PDS.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist sowieso im StEA!)

Gegenstimmen? - CDU, SPD, FDP, PK, Kölner Bürger-Bündnis und Herr Breninek. Man kann eigentlich gar nicht dagegen sein, weil er sowieso dorthin kommt. Es ist einfach unsinnig. Wir hätten das gar nicht zur Abstimmung stellen müssen.

Jetzt nehmen wir den Antrag, wie er eben vorgestellt worden ist. In Absprache mit Herrn Bürgermeister Müller und Herrn Sterck ist ein Antrag daraus geworden. Diesen stelle ich jetzt zur Abstimmung, damit wir auch deutlich machen, dass der Rat es insgesamt so umsetzen will - unter Hinweis auf die entsprechende Bemerkung des Dezernenten, auch um Verständnis und letztendlich auch um Geld als Rückendeckung zu werben; das muss die Politik dann entscheiden.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sieht nach einer großen Mehrheit aus. Ich frage einmal umgekehrt; das ist leichter auszuzählen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen gibt es nicht. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nur bei der PDS und Herrn Ludwig. Damit ist es einstimmig so beschlossen. Danke schön.

Ich rufe auf

### 2.7 Antrag der FDP-Fraktion vom 31. März 2005 betreffend „Planung Ost-West-U-Bahn“ Ds-Nr. 0442/005

#### Änderungsantrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 27. April 2005 Ds-Nr. 0617/005

Für die Antragsteller spricht Herr Sterck. Bitte schön.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der U-Bahn-Bau in Köln muss fortgesetzt werden. Seit den 60er-Jahren wächst das Netz der Kölner U-Bahnen kontinuierlich. Derzeit läuft mit der Nord-Süd-Stadtbahn das größte Teilstück in der Geschichte des U-Bahn-Baus in Köln, das insbesondere verkehrlich in Bezug auf die Erschließung der Innenstadt und der südlichen Stadtteile sehr wichtig ist.

Die Ost-West-U-Bahn hätte neben diesen verkehrlichen Gewinnen städtebaulichen Wert für Köln. Gerade an den entscheidenden Plätzen Heumarkt, Neumarkt, Rudolfplatz und Aachener Straße würde nämlich die trennende Trasse der Straßenbahn beseitigt. Den Heumarkt könnte man ungestört wieder ebenerdig queren. Am Neumarkt könnte man den Verkehr auf der Südseite bündeln und den Fußgängern die Mitte und den Norden komplett überlassen. Die Aachener Straße könnte zu einem Kulturboulevard weiterentwickelt werden.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Wir erwarten uns von einer solchen Maßnahme positive Impulse - ähnlich, wie sie sich durch den Bau der U-Bahn an den Ringen ergeben haben. Natürlich weisen Skeptiker darauf hin, dass wir zurzeit kein Geld haben. Meine Damen und Herren, wir brauchen in dieser Frage aber eine Vorratsplanung. Es gibt gerade im ÖPNV immer wieder große Projekte, die mit Bundesmitteln die Chance haben, realisiert zu werden - Mittel, die die Stadt oder das Land gar nicht aufbringen könnten. Köln hat schon häufiger davon profitiert, dass es zur richtigen Zeit eine fertige Planung aus der Schublade ziehen konnte, wenn denn irgendwo einmal ein entsprechender Topf voll war. Wir brauchen eine Vorratsplanung; denn wer weiß, ob nicht vielleicht die nächste Bundesregierung - egal, welcher Couleur sie sein wird - aus den Maut-Milliarden auch entsprechende Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr freigibt und plötzlich nach Maßnahmen gefragt wird, in die diese Mittel investiert werden können.

Heute sollten wir beginnen, um diese Maßnahme ohne Timelag an die Nord-Süd-Stadtbahn anbinden zu können.

CDU und SPD geben - um ihrer eigenen Formulierung aus ihrem Koalitionsvertrag, die wir hier als Antragstext verwandt haben, nicht zustimmen zu müssen - in ihrem Änderungsantrag einen Prüfauftrag und wollen erst einmal untersucht haben, wann denn der richtige Zeitpunkt ist, um mit dieser Planung zu beginnen.

Meine Damen und Herren, damit verschieben Sie das Problem. Möglicherweise haben wir den Antrag dann in einem halben Jahr oder in einem Jahr, wenn dann der richtige Zeitpunkt ist. Ich will zu Ihren Gunsten hoffen, dass die KVB nicht zu dem Ergebnis kommt, Sie hätten den Beschluss besser schon im April 2005 oder vielleicht sogar im Juni 2004 gefasst. Das war nämlich das letzte Mal, dass wir im alten Rat auf Antrag der FDP über dieses Thema beraten haben.

Von daher ziehen wir, wenn das der Wille der Mehrheit ist, heute möglicherweise noch einmal diese Schleife und beauftragen die KVB mit dieser Prüfung. Wichtig ist, dass es bei diesem wichtigen Projekt für die Kölner Innenstadt weitergeht. Von daher hoffe ich, dass wir auch mit dieser Schleife irgendwann einmal das Go für die Planung beschließen, damit wir die Ost-West-U-Bahn möglichst nah an die Maßnahme der Nord-Süd-Stadtbahn anschließen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Für die CDU spricht Herr Möring.

(Zuruf: Kurz!)

**Karsten Möring (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Von wegen kurz! Wie sagte der Pastor auf der Kanzel auf die Bemerkung, er sollte nicht so lange predigen? - Heute hat Sie der Herr in meine Hand gegeben. - Ich mache es aber nicht ganz so lang.

Lieber Herr Sterck, zunächst einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie sich sozusagen durch die Hintertür als dritter Koalitionspartner mit eingeklinkt haben; denn ich kann Ihnen versichern --

(Ralph Sterck [FDP]: In dieser Frage können Sie uns gerne als Partner haben!)

- Wenn Sie unser Koalitionsprogramm angucken, werden Sie wahrscheinlich noch eine Reihe von anderen Punkten finden, wo Sie dasselbe machen können.

(Ralph Sterck [FDP]: Meinen Sie zum Beispiel den sozialen Wohnungsbau?)

- Nein, ich denke jetzt primär an mein Tätigkeitsfeld im Bereich Verkehr. Dort wird sich sicherlich noch das eine oder andere finden.

Wir haben aber natürlich eine Koalitionsvereinbarung getroffen, die auf einen längeren Zeitraum zielt. Wenn Sie mit diesem Antrag jetzt unseren Zeitplan bestimmen möchten, muss ich allerdings sagen, dass wir doch Wert darauf legen, unserem Zeitplan zu folgen.

Das Ganze hat vor allen Dingen aber auch einen sachlichen Grund.

(Manfred Wolf [FDP]: Eigensinn!)

- Es geht nicht nur um Eigensinn. Es geht auch um einen ganz einfachen sachlichen Grund. Diesen Grund will ich gerne erläutern und damit begründen, warum wir diesen Änderungsantrag vorgelegt haben.

Jeder von uns, der mit Planung zu tun hat, ob im StEA oder im Verkehrsausschuss oder sonst wo, kennt das Verfahren. Es wird geplant. Anschließend gibt es eine Planfeststellung. Wenn dann Geld da ist, wird gebaut. Das Ganze hat einen bestimmten Zeithorizont und eine begrenzte Gültigkeitsdauer.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Genau darum geht es in diesem Zusammenhang. Wenn wir einen Planfeststellungsbeschluss haben, dann gilt dieser zunächst einmal fünf Jahre, die Verlängerungsoption eingerechnet. Wir wissen genau, wie die öffentliche Finanzlage ist. Wir wissen auch, dass das Land vor ungefähr zwei Jahren die Mittel für die ÖPNV-Förderung - nicht nur dafür, dort aber ganz besonders - massivst zurückgefahren hat. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Nord-Süd-U-Bahn haben wir ja schon mehr als einmal darauf hingewiesen, dass dieses Projekt auf längere Sicht das letzte Großprojekt sein kann.

Nun ist die Ost-West-U-Bahn ohne Frage ein Großprojekt. Bei diesem Projekt wollen wir nicht in einen Planungsprozess und einen Planfeststellungsverfahrenprozess gehen, der uns einen Planfeststellungsbeschluss liefert, der dann, wenn das Geld da ist, keine Gültigkeit mehr hat. Das ist der Sinn unseres Änderungsantrags. Wir möchten daher von der Verwaltung eine konkrete Abschätzung haben, wie lang die Vorlaufzeiten sind, wie lange der Planfeststellungsbeschluss voraussichtlich braucht, in welche Zeiträume wir dann kommen und wie die Chance ist. Ich stimme Ihnen zu: Man braucht fertige Pläne für den Fall, dass ein Wunder geschieht. Hin und wieder geschehen auch Wunder - ob bei der Maut oder sonst wo, sei dahingestellt. Das ist eingerechnet.

Ich würde ungern ins Blinde hinein mit erheblichen Mitteln in eine solche Planung gehen, wenn ich das Risiko nicht abschätzen kann, ob ich dann, wenn das Geld da ist, eine brauchbare Grundlage habe. Nichts anderes bezweckt unser Änderungsantrag.

In der Sache sind wir einer Meinung, denke ich. Angesichts der Zeit will ich mir und Ihnen daher die zehn Minuten ersparen, die ich mir vorgenommen hatte, um hier die Vorteile der Ost-West-U-Bahn darzulegen. Ich bitte Sie, diese Ausführungen gedanklich zu Protokoll zu nehmen.

Ansonsten bitte ich Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Wir sprechen uns in sechs Monaten oder einem Jahr wieder. Dann wissen wir, woran wir sind. Wir werden dieses Thema nicht auf die lange Bank schieben. Wir wollen nur den richtigen Zeitpunkt.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Möring. In aller Bescheidenheit: Zehn Minuten waren ein bisschen zu hoch gegriffen. Wir haben uns ja auf eine Redezeit von längstens fünf Minuten geeinigt. - Von der SPD hat sich niemand zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet. Dann rufe ich Frau Tull für die Grünen auf.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt ist Schluss mit dem Konsensgesülze! - Nimmt diesen Antrag, der von der FDP-Fraktion gestellt wurde, eigentlich irgendjemand im Rat ernst?

(Karsten Möring [CDU]: Ja!)

Offensichtlich; denn sonst hätte es keinen so genannten Änderungsantrag von CDU und SPD gegeben. Ich sage bewusst „so genannt“, weil dieser Änderungsantrag unter dem Aspekt der Ernsthaftigkeit dem FDP-Antrag noch die Krone ins Gesicht schlägt. Es gibt nämlich nur einen geeigneten Zeitpunkt, an dem mit den Planungen für die Ost-West-U-Bahn begonnen werden kann: Dann, wenn sich zwei Parallelen - man kann auch „zwei Schienen“ sagen - in der Unendlichkeit kreuzen. Also, kurz gesagt, nie!

Abgesehen von der Finanzierung, die niemand aufbringen kann, auch in Zukunft nicht, stellt sich doch die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines solchen Projektes. Natürlich wäre es wunderbar, wenn Köln eine Stadt mit großzügigen Boulevards wäre - wie Paris, wie Madrid, wie Berlin. Aber was ist denn mit den vorhandenen Straßen, die von der ach so großen Belastung durch die oberirdischen Straßenbahnen befreit wurden? Was ist denn mit dem Ring? Was ist denn mit der Venloer Straße? Was ist denn mit der Frankfurter Straße? Das sind doch keine Boulevards geworden, sondern 08/15-Straßen, von Menschen rein aus der Autofahrerperspektive heraus geplant, beschlossen und umgesetzt.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Frankfurter Straße ist doch gar nicht umgestaltet worden!)

Das sind doch keine großzügigen Flaniermeilen, sondern Straßen ohne Aufenthaltsqualität, ohne weltstädtisches Flair - einfach Mist. Das Problem in Köln sind nämlich nicht die oberirdischen Bahnen; das Problem ist der Geist der autogerechten Stadt, der hier immer noch herumspukt und dessen Gralshüter nicht zuletzt die FDP-Fraktion ist.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Demonstrativer Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Ein Beleg dafür ist übrigens die kleinliche Debatte um den Modellversuch Ringe, wo sich die Auto-Fraktionen wieder gegenseitig überboten haben.

Was soll das also? - Ich sage es Ihnen: Es geht in diesen Anträgen um etwas anderes als um eine tatsächliche Sorge um das Stadtbild, um eine Verbesserung der ÖPNV-Struktur oder um ein kühnes und visionäres Großprojekt. Ein Blick in den Kalender genügt: Es geht um Wahlkampf.

Die FDP macht es sich an dieser Stelle wieder einmal leicht. Sie wirft einen Blick in den schwarz-roten Koalitionsvertrag, und schon fällt der Blick auf offensichtlichen Blödsinn, der sich wunderbar für die eigenen politischen Zwecke ausschlichten lässt.

Traurig ist nur, dass die Koalition jetzt mit einem albernen Formelkompromiss versucht, zu retten, was eigentlich nicht zu retten ist. Das ist allerdings bezeichnend für diese Koalition.

Es ist bezeichnend für den Zustand der CDU, die sich offensichtlich nur noch auf Wolkenkuckucksheimprojekte wie diese Ost-West-U-Bahn einigen kann, sich im politischen Alltagsgeschäft aber wie die Kesselflicker kloppt. Mit visionären Zielen hat das nichts zu tun. Es ist einfach ein Ausdruck politischer Schwäche, wenn man keine klaren Vorgaben für die nächsten fünf Jahre machen kann, sondern unrealistische Projekte auf Papier festhält, weil man sich auf Konkretes nicht einigen kann.

(Beifall bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Dass die SPD-Fraktion dieses Spiel mitmacht, lässt sich aus ihrem Verhalten in den letzten Wochen leicht erklären. Es sind eben nicht die Inhalte, die interessieren. Nach dem Motto „Papier ist geduldig“ hat man dies zu Papier gebracht. Warum man sich überhaupt die Mühe gemacht hat, einen Vertrag zu Papier zu bringen, erklärt sich nur noch mit Kosmetik.

(Jochen Ott [SPD]: Arbeit schaffen!)

Dass die Schminke nun doch zu dick aufgetragen war, zeigt sich heute, wo nur mühsam verbrämt eine Ablehnung des vor wenigen Wochen beschlossenen Passus im Koalitionsvertrag verhindert wird.

Dieser Antrag ist aber auch für die FDP bezeichnend, die nach dem 18-Prozent-Desaster immer noch ihrer Form hinterherhinkt und offensichtlich weiterhin meint, mit Klamaufpunkten zu können. Doch auch die Partei der Geldhamster muss erklären können, woher die Milliarden für dieses Projekt denn kommen sollen. Dazu fehlt es in diesem Antrag aber.

(Zuruf: Der Feldhamster war nicht da!)

Für uns Grüne ist jedenfalls eines klar: Nur eine ernsthafte, solide und vor allem nachhaltige Politik bringt diese Stadt nach vorne. Dafür sind zahlreiche andere ÖPNV-Projekte deutlich wichtiger als die Ost-West-U-Bahn. Millionengräber und Löcher haben wir in dieser Stadt genug. Jetzt wird es langsam Zeit, Vernunft walten zu lassen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wie ich sehe, ist das nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den FDP-Antrag ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nur die FDP selbst. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Gegenstimmen? - Das ist der Rest des Rates. Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu dem Änderungsantrag von CDU und SPD. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die beiden Antragstellenden Fraktionen CDU und SPD, ferner PK und meine Stimme. Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, FDP, PDS, KBB und Herr Ludwig. Enthaltungen? - Bei Herrn Brennek. Damit ist dieser Antrag beschlossen.

Ich rufe auf

### **2.8 Antrag der Fraktion pro Köln vom 5. April 2005 betreffend „Erfassung von Daten im Zusammenhang mit der Gewährung von sozialen Leistungen“ Ds-Nr. 0464/005**

Wer spricht? - Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat unter Tagesordnungspunkt 3.1 etwas sehr Bemerkenswertes gemacht, nämlich in Beantwortung unserer diesbezüglichen Anfrage eingestanden, dass Frau





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Bredehorst in der letzten Sitzung des Rates hier eine Anfrage von pro Köln schlicht sachlich falsch beantwortet hat.

Wäre ihre Antwort sachlich richtig gewesen, dann hätte unser Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.8 auch einen guten Sinn und Zweck. Da die Antwort aber falsch war, erübrigt sich auch der Antrag unter 2.8. Deshalb ist er hiermit zurückgezogen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.9 möchte Judith Wolter für meine Fraktion etwas sagen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gut; der Antrag ist zurückgezogen. Dann ist das auch klar.

Ich rufe auf

### **2.9 Antrag der Fraktion pro Köln vom 12. April 2005 betreffend „Streichung der Ehrenbürgerschaft des Herrn Alfred Neven DuMont“ Ds-Nr. 0508/005**

Frau Wolter, Sie stehen schon hier vorne. Wenn Sie gestatten, möchte ich noch kurz etwas zu diesem Antrag sagen.

Der Rat der Stadt Köln hat in der letzten Wahlperiode in der Sitzung vom 3. Juli 2001 hier mit deutlicher und großer Mehrheit die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Prof. Alfred Neven DuMont und Konsul Dr. Hans Imhoff beschlossen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich denke, dass der jetzt gestellte Antrag sowohl dem Ansehen der Person des Herrn Alfred Neven DuMont als auch dem Ansehen unserer Stadt enormen Schaden zufügt.

Meine Damen und Herren, dieser heutige gegen die Ehrenbürgerwürde gerichtete Antrag muss nach der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung aufgenommen werden. Den Antragstellern wird auch die Gelegenheit zu einer Antragsbegründung zu geben sein.

Als Oberbürgermeister steht mir nach unserer Geschäftsordnung aber das Recht zu, zu Beginn der Beratung das Wort zu ergreifen. Bitte gestatten Sie, dass ich von diesem Recht heute auch Gebrauch mache, da ich diesen Antrag nicht unkommentiert lassen kann.

Dies ist nicht nur der Fall, weil die Verleihung seinerzeit von mir mit initiiert worden ist. Vielmehr sehe ich mich vor allen Dingen auch in der Pflicht, durch ein eindringliches Statement Schaden für unseren Rat, für unsere Stadt Köln und auch für einen Ehrenbürger dieser Stadt abzuwehren.

Meine Damen und Herren, Prof. Neven DuMont ist seinerzeit die Ehrenbürgerwürde in Anerkennung seines Lebenswerkes verliehen worden. Lassen Sie mich an dieser Stelle nur kurz aus der damaligen Laudatio des ehemaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher zitieren. Er hat gesagt:

Die Würdigung gilt einem großen Sohn der Stadt Köln, einem außergewöhnlichen und oft auch recht eigenwilligen Verleger, einem bedeutenden Mäzen, einem engagierten Demokraten und einem Mann, der sich um die innere Vereinigung unseres Landes in ganz besonderer Weise verdient gemacht hat.

Diese Wertschätzung durch den damaligen Laudator und ebenso die Begründung für unsere seinerzeitige Entscheidung haben für mich heute wie damals Bestand. Ich denke, dass das auch für die Mitglieder des Rates gilt.

Wie es scheint, ist es jedoch für gewisse Menschen schwer, solche Verdienste anzuerkennen, ja, überhaupt zu erkennen. Als Oberbürgermeister unserer Stadt und als Vorsitzender dieses Rates, der die Verleihung beschlossen hat, muss ich Ihnen sagen: Es ist meines Erachtens beschämend, dass wir heute einen solchen Antrag überhaupt auf der Tagesordnung haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Angesichts der vielen Probleme, die diese Stadt hat, haben wir sicherlich weit Besseres zu tun, als uns hier mit einem solchen Unsinn beschäftigen zu müssen.

Meine Damen und Herren, die Antragsteller betreiben reinen Populismus. Sie verkaufen den Menschen draußen propagandistische und völlig unrealistische Hoffnungen - wohl wissend, dass sie sich um reale Lösungen keine Gedanken machen müssen und auch nicht machen wollen. Sie versuchen, diejenigen, die in unserer Stadt Verantwortung übernehmen und sich mit den drängenden Problemen unserer Stadt auseinandersetzen, durch infame Unterstellungen zu beschädigen.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Der Vorwurf der unfairen Berichterstattung und des undemokratischen Verlegertums - ich zitiere aus dem Antrag - klingt aus dem Munde von pro Köln nur allzu lächerlich. Die Antragsteller müssen sich einfach noch daran gewöhnen, dass zu einer Demokratie auch eine politisch unabhängige Presse gehört,

(Lachen von Manfred Rouhs [pro Köln])

die sich nicht kontrollieren lässt. Dann muss man auch verkraften, dass man in einer Samstagausgabe an prominenter Stelle auf einer kompletten Seite durchleuchtet, kritisiert und auch überführt wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie von PK missbrauchen den Rat für einen persönlichen Rachefeldzug.

Meine Damen und Herren, mir liegt der Antrag vor, hier nach der Begründung durch den Antragsteller den Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt zur Abstimmung zu stellen.

An die Adresse der Antragsteller gerichtet möchte ich noch Folgendes hinzufügen: Ich kann Ihnen nicht vorschreiben, Ihre wirklich primitiven Angriffe aufzugeben. Ich kann Ihnen dennoch versichern: Alle demokratischen Kölnerinnen und Kölner sind klug genug, Ihre Manöver zu durchschauen, und souverän genug, Ihre Provokationen auch hier im Rat zu ertragen; das habe ich Ihnen schon mehrfach gesagt. Sie sind aber auch entschlossen genug, Ihren Ausfällen nicht wort- und tatenlos zuzusehen, sondern mit demokratischen Mitteln selbstbewusst zu begegnen.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich werde jetzt den Antragstellern Gelegenheit zur Antragsbegründung geben und danach über den Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt abstimmen lassen. - Bitte schön.

**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass Sie bei diesem Antrag einfach zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen wollen, wundert mich gar nicht; denn schließlich wird mit Alfred Neven DuMont einer aus Ihrer exklusiven Klüngelrunde angegriffen. Da stellt man sich natürlich schützend davor - schon aus purem Eigeninteresse.

Nichtsdestotrotz bleibt diese Ehrenbürgerschaft ein Ärgernis. Mit Alfred Neven DuMont ist seit dem Jahr 2001 ein Mann Ehrenbürger der Stadt Köln, der diese hohe Auszeichnung in keiner Weise verdient; denn der Medienmogul ist vor allem sich selbst und seinen Freunden aus Politik und Wirtschaft verpflichtet. Meine Fraktion hat ihren Antrag auf Streichung der Ehrenbürgerschaft ausführlich schriftlich begründet. All die zweifelhaften Methoden und Praktiken des werten Herrn Neven DuMont hier noch einmal aufzuzählen würde bei weitem den Rahmen sprengen. Über 40 Jahre undemokratisches Verlegertum können eben nicht in ein paar Minuten Redezeit abgehandelt werden.

Nur auf wenige besonders pikante Punkte möchte ich eingehen. Vor allem möchte ich hier auf die Verstrickungen dieses sauberen Ehrenbürgers in den kölschen Klüngel verweisen. Alfred Neven DuMont mischte als regionaler Monopolverleger und als langjähriger Präsident der Industrie- und Handelskammer bei allen wichtigen Großprojekten in dieser Stadt mit. Mit seinen ihm gefügigen Zeitungen unterstützte er zum Beispiel fleißig den Bau unserer berühmten Müllverbrennungsanlage. Seine Zeitungsredaktionen betonten unablässig die Notwendigkeit des Vorhabens, während sich die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mit großflächigen Anzeigen revanchierte. Die Bürgerinitiative gegen die Anlage störte da natürlich, weswegen Herr Neven DuMont ihr bei eventuellen Anzeigen völlig überhöhte Kosten in Rechnung stellen wollte. Schließlich sollten seine Freunde in Verwaltung und Politik in Ruhe ihre satten Schmiergelder einstreichen.

Alfred Neven DuMont ziert sich aber auch nicht, selbst bei der Stadt abzukassieren. Als einer der exklusiven Kommanditisten des insgesamt über 400 Millionen Euro schweren Oppenheim/Esch-Fonds macht er bis zum Jahr 2028 vertraglich garantiert eine ordentliche Rendite mit der Vermietung des neuen Rathauses an die Stadt. Dabei bezeichnete sogar Harry Blum den diesbezüglichen Mietvertrag als vermierterfreundlichsten Vertrag in ganz Köln. Ganz zufällig bekam deswegen wohl auch der dafür zuständige frühere Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier 1998 einen hoch dotierten Posten in der Geschäftsführung der Oppenheim/Esch-Holding.

Das waren nur zwei Beispiele dafür, wie sehr Alfred Neven DuMont Teil des kölschen Klüngels ist. So gesehen mag die Ehrenbürgerschaft aus Sicht der politischen Vertreter dieser Kumpansenwirtschaft gerechtfertigt sein. Schließlich hat Alfred Neven DuMont seine geballte Medien-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

macht jederzeit zum Schutz seiner Kölner Amigos eingesetzt. Das gilt auch bei der politischen Konkurrenzabwehr, wie nicht nur pro Köln feststellen musste. Allgemein verschweigt und manipuliert die DuMont-Presse immer dann, wenn die Interessen von König Alfred oder die seiner Freunde bedroht sind. Bei Gehorsamsverweigerung müssen dann schon einmal Chefredakteure gehen, oder es werden einzelne Redakteure rechtswidrig rausgeworfen. Diese Art des Verlegetums wurde schon 1996 von der IG Medien mit dem „Goldenen Maulkorb“ honoriert.

Bei der Entscheidung über die Ehrenbürgerschaft Alfred Neven DuMonts im Jahr 2001 stürten sich nur die Vertreter der Grünen und der PDS daran. Auch wenn wir sonst oft anderer Meinung sind, muss ich sagen: Damit lagen sie völlig richtig. Ich bin gespannt darauf, ob sie heute ihre Überzeugung einfach über Bord werfen, um nicht für unseren Antrag stimmen zu müssen. Bei Frau Moritz weiß ich das ja schon. Ich möchte ihr übrigens für ihre offenen Worte von vorhin danken. Das erleichtert uns die Argumentation gegenüber den Bürgern.

Wir waren damals noch nicht im Rat der Stadt Köln vertreten, weshalb wir heute ein Zeichen setzen wollen. Wir fordern jeden, der für mehr Pluralität und offene Debatten in dieser Stadt steht, auf, mit uns zu stimmen, damit deutlich wird, dass ein Herr Alfred Neven DuMont weder ein Vorbild für unsere Bürger noch ein Ehrenbürger dieser Stadt sein kann.

Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass Ihre Äußerungen bezüglich meiner exklusiven Klüngelrunde - wen immer Sie damit meinen - und die Bezeichnung von Schmiergeldern nicht irgendwelche rechtlichen Folgen haben werden. Das muss ich überprüfen lassen. Zumindest finde ich sie an dieser Stelle sehr deplatziert. Gibt es Wortmeldungen?

Dann lasse ich über den Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine große Mehrheit. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei PK. Enthaltungen? - Herr Ludwig enthält sich. Damit gehen wir weiter.

Ich rufe auf

### 2.10 Antrag von Ratsmitglied Herr Ludwig (GgS) vom 13. April 2005 betreffend „Entschuldigung des Oberbürgermeisters Schramma“ Ds-Nr. 0521/005

Herr Ludwig, Sie haben das Wort.

**Claus Ludwig** (Gemeinsam gegen Sozialraub): Herr Schramma, auf unseren offenen Brief bezüglich der im „Express“ zitierten Äußerungen, die Sie angeblich gemacht haben, was die Sauberkeit oder Nichtsauberkeit der Ringe angeht, haben Sie bisher noch nicht reagiert.

Daher nutze ich die Gelegenheit, hier einige Fragen zu stellen. Erst einmal: Wie kommen Sie dazu, so etwas zu erzählen? War es ein Ausrutscher? Eine unglückliche Formulierung? Wollten Sie den rechten Rand an die CDU binden? Oder ist das etwa tatsächlich Ihre Meinung?

Ich frage mich auch, warum Sie sich nicht dazu äußern. Ist es Ihnen peinlich? Ich denke an das, was die Schülerin im Sinne des Mottos des Girls Day vorhin hier erzählt hat: Wenn man etwas Falsches gesagt hat, dann sollte man das eingestehen.

Die ganze Sache mit der Äußerung, dass Nichtdeutsche in der Tendenz stärker für die Verschmutzung der Ringe verantwortlich sind, wäre lächerlich, wenn sie nicht einen so ernsten Hintergrund hätte. Das Erscheinungsbild von Köln ist manchmal ganz schön schmutzig. Das ist aber eindeutig hausgemacht. Hundehaltung ist nicht gerade eine türkische Spezialität. Das Zerdeppern von Flaschen auf der Straße, das Sie explizit ansprechen, ist - das kann man an Weiberfastnacht zum Beispiel in der Zülpicher Straße schön sehen - fester Bestandteil der mitteleuropäischen Leitkultur und weniger von Emigrantinnen und Emigranten gemacht.

(Zuruf von der CDU: Eine Unverschämtheit!)

Aber Spaß beiseite! Das Thema ist zu ernst. Ich möchte auch an Folgendes erinnern: Nur, weil Herr Rouhs, Frau Wilden usw. uns hier oftmals - freiwillig oder unfreiwillig - zum Lachen bringen, ist es überhaupt nicht witzig, dass wir ein paar Rassisten im Rat sitzen haben, die so etwas ausschlichten können und das auch schon getan haben.

(Beifall bei Teilen der SPD)



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Deswegen ist das ein ernstes Thema. Deshalb möchte ich mit Ihnen auch ernst darüber diskutieren. Wie zu erwarten war, hat die Äußerung des Oberbürgermeisters zu einem Lob vonseiten der mit Schafspelz getarnten Faschisten von pro Köln geführt. Sie mussten nicht einmal süffisant eigene Formulierungen hinzufügen, sondern konnten sich leider auf den Oberbürgermeister berufen.

Auch andere in der Bevölkerung werden die Botschaft, sei sie auch nur aus Versehen zustande gekommen, vernommen haben - Leute, die vielleicht noch Bedenken haben, Nazi-Gruppen zu wählen oder zu unterstützen, die aber schon mal ausländerfeindliche Vorurteile haben. Diese Leute können sich bestätigt fühlen. Sie denken: Wenn der Oberbürgermeister sagt, dass Ausländer schmutziger sind als wir Deutschen, dann kann das ja nicht falsch sein. - Das kommt an. Das ist das, was die Leute aus diesem Zitat verstehen können.

Die Äußerung des Oberbürgermeisters ist leider kein Einzelfall. Es gab gerade in den letzten Monaten sozusagen aus der Mitte der Gesellschaft Äußerungen, die in diese Richtung gehen. Im „Express“ hieß es am 8. März 2005: Die Polen kommen. In diesem Artikel wird suggeriert, dass hohe Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne auf die polnischen Handwerker zurückzuführen sind, und nicht auf die wirklichen Ursachen eingegangen, nämlich den Arbeitsplatzabbau in Betrieben, die auch von Deutschen geführt werden.

Der stellvertretende Polizeidirektor - dieser Punkt wurde vorhin hier ja als nicht dringlich bezeichnet - verbreitet Angstparolen und Ideen, die man schlicht nur noch als paranoid bezeichnen kann. Es sind Ideen, die eine Wirkung in diese Gesellschaft hinein haben und durch die sich Leute ermutigt fühlen können, zu sagen: Ich muss Angst vor Ausländern haben; ich muss Angst vor Leuten aus muslimischen Ländern haben.

Ein kurzer Hinweis an Herrn Kämmerer Soénus, der vorhin dargestellt hat, warum der Antrag nach seiner Meinung nicht zulässig war: Ich habe nicht beantragt, dass der Rat Herrn Klinger sofort suspendieren soll. Vielmehr habe ich beantragt, dass das Ganze an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden soll. Das ist eine politische Meinungsäußerung, die natürlich absolut zulässig ist.

Mit solchen Stammtischparolen aus dem Munde von Politikern oder Vertretern des Staates werden Ausländerfeindlichkeit, Misstrauen, Angst und Rassismus gesellschaftsfähig gemacht. Da-

mit wird demonstriert, dass solche Ideen aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Ist das beabsichtigt?

Einige von Ihnen - vielleicht sogar die meisten; vielleicht auch der Oberbürgermeister selbst - würden im stillen Kämmerlein wahrscheinlich zugestehen, dass die zitierten Äußerungen voll daneben sind. Sie hoffen vielleicht, dass es keinem auffällt, wenn man einfach nicht darüber redet, und fürchten, dass jede öffentliche Diskussion über diese Äußerung den Rechtsextremisten helfen würde.

Genau so läuft es aber nicht. Wenn latent ausländerfeindliche Ideen mit offizieller Segnung verbreitet werden, dann wird das wahrgenommen, dann fühlen sich Rassisten und Nationalisten bestätigt, und dann wird der Sündenbock ins Visier genommen. Der Schaden ist angebracht. Um ihn nicht noch größer zu machen, sind nach meiner Meinung eine klare Stellungnahme des Rates und auch Äußerungen von Oberbürgermeister Schramma bis hin zu einer öffentlichen Entschuldigung nötig.

Nur eine Anmerkung zu dem vorherigen Tagesordnungspunkt: Herr Schramma, Sie haben eben eine Rede über die Anträge von pro Köln gehalten. Ich weiß allerdings nicht, ob das der richtige Anlass dazu war; denn pro Köln bringt weit schlimmere Anträge in diesen Rat ein, die Ausländerfeindlichkeit und Rassismus - manchmal auch nur unterschwellig - schüren sollen.

Zu diesem Antrag in Bezug auf Herrn Neven DuMont stelle ich fest: Dass die Rolle von Alfred Neven DuMont in dieser Stadt zu kritisieren ist, ist ja nichts, was pro Köln erfunden hat. Darauf weisen viele Leute auf der politischen Linken und im gewerkschaftlichen Bereich schon lange hin. Daran hat sich pro Köln einfach nur angehängt, um das Ganze - wie Sie zu Recht gesagt haben - populistisch auszuschlachten.

Das ist nach meiner Meinung aber nicht der Anlass, um pro Köln hier einmal die Meinung zu sagen. Da gibt es ganz andere Anträge von pro Köln.

Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Ludwig, jetzt haben Sie zu drei verschiedenen Anträgen gesprochen. Ich will mich auf das konzentrieren, was diesen Antrag hier betrifft, obwohl Sie ja glaubten, an dieser Stelle auch noch





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

zu vielen anderen Punkten etwas sagen zu müssen.

Zunächst einmal kann ich das natürlich nicht unkommentiert lassen, Herr Ludwig, weil ich - ich will es einmal vorsichtig formulieren - den Eindruck gewinne, dass Sie mich ganz bewusst missverstehen oder missverstehen wollen, um hier ein Thema zu besetzen. Wenn Sie mich ein bisschen kennen und mich in den letzten Jahren bei meiner politischen Arbeit verfolgt haben, müssten Sie das eigentlich besser wissen.

Wer die Ausgabe des „Express“ vom 18. März 2005 gelesen hat, kennt die Überschrift des Interviews. Es ging um den Ring-Plan. Das Interview habe ich auf dem Weg von dem Vortrag, den ich vorher gehalten hatte, zum Auto gegeben. Alles, was ich dort gesagt habe, habe ich dem Thema entsprechend auf die uns allen bekannte, sehr komplizierte Situation an den Ringen bezogen. Sie wissen selbst: Die Medien berichten eigentlich jede Woche über neue Entwicklungen aus der so genannten Türsteherszene, aus dem Drogen- und aus dem Rotlichtmilieu im Umfeld der Ringe - mit viel Gewalt, mit viel Kriminalität, aber auch mit Schmutz und Unsauberkeit.

Polizei und Stadt Köln haben aufgrund der vielen Beschwerden eigens die Ordnungspartnerschaft Ringe ins Leben gerufen. Regelmäßig werden hier Verkehrs- und Personenkontrollen durchgeführt, Konzessionen und Lokalitäten überprüft. Vor diesem Hintergrund habe ich wiederholt meine Sorge zum Ausdruck gebracht, dass sich hier Gruppen etablieren, deren Vorgehen wir in diesem Ausmaß in Köln bisher noch nicht kennen - und die wir eigentlich auch nicht wollen.

In diesem Zusammenhang besteht tatsächlich die Gefahr, dass durch solche Tendenzen und Entwicklungen ein ganzes Viertel in eine Abwärtsspirale gezogen wird - auch in punkto Sauberkeit. Auch dagegen wollen wir ja einiges tun.

Der Vorwurf des Antragstellers, dass ich, wie er behauptet, Nichtdeutsche per se als unsauberer oder unordentlicher ansähe, ist aber wirklich geradezu lächerlich und an den Haaren herbeigezogen, Herr Ludwig. Dreckferkel gibt es in allen Nationalitäten. Ich lade Sie gerne ein, einmal mit mir zusammen, wie ich das Jahr für Jahr tue, die Aktion „Kölle putzmunter“ mitzumachen. Dann wissen Sie, wer den Dreck in dieser Stadt macht - nämlich alle.

Tatsächlich müssen wir Kölner, gleich welcher Nationalität, allerdings gemeinsam dafür Sorge

tragen, dass ein Herzstück unserer Stadt nicht abdriftet. Damit meine ich die Ringe. Das geschieht ja auch unter maßgeblicher Federführung dieses Rates. Es geschieht durch kleinere und größere Maßnahmen, durch Bürgerbefragungen und durch Expertenrunden.

Das unterscheidet die große Mehrheit des Rates vom Antragsteller. Wir machen uns sehr konstruktiv Gedanken um die Zukunft Kölns. Unsere Politik besteht eben nicht nur aus Schauanträgen und reiner - gerade an dieser Stelle, wie ich finde - substanzloser Polemik. Das bin ich inzwischen allerdings auch ein bisschen von Ihnen gewohnt, Herr Ludwig. Für eine fundierte Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger reicht es, wie mir scheint, nicht aus, immer wieder mal in Zeitungen zu blättern und irgendwelche Ratsanträge zu formulieren. Die Zusammenhänge solcher Interviews müssten Sie eigentlich auch kennen; dann würden Sie die Wortlaute nicht unbedingt immer so genau zitieren. Ich werde Ihnen gleich aber noch etwas zu der Aussage sagen.

Falls Sie mich nicht kennen und nicht beobachtet haben, darf ich Ihnen aber auch sagen, dass ich schon lange als Ratsmitglied, dann als Erster Bürgermeister und erst recht jetzt als Oberbürgermeister sehr regelmäßigen und intensiven Kontakt zu unseren Kölner Generalkonsulaten, zu unseren Gruppierungen und Vereinen der Griechen und Italiener, zu Organisationen wie DITIP und zu ausländischen Vereinen wie zum Beispiel der Bildungsstätte Muslimischer Frauen, dem Internationalen Flüchtlingszentrum in Nippes usw. pflege. Von daher gesehen glaube ich, dass ich das, was Sie mir hier unterstellen, weit von mir abwenden kann.

Sie haben eben die türkische Gruppe genannt. Als wir vorhin hier hereinkamen, habe ich mit vielen aus ganz verschiedenen Nationalitäten stammenden Kölner Bürgern und Bürgerinnen gesprochen. Ich darf Ihnen auch sagen, dass mich vor kurzem anlässlich der Demonstration, bei der es um das Thema „Islam ist nicht gleich Terror“ ging - Sie erinnern sich vielleicht -, der Generalkonsul vor einer Riesengruppe von türkischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen - liebevoll, darf ich fast sagen - als „Vater der Kölner Türken“ bezeichnet hat. Ich will das nur einmal in Erinnerung rufen. Ich empfand das als eine persönliche Auszeichnung für mich. Die Türken selbst haben das auch ehrlich so gemeint.

Deswegen kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich lasse mir von Ihnen überhaupt nicht irgendeine



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Ausländerfeindlichkeit oder irgendeine Form der Diskriminierung nachsagen und andichten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich werde mich auch nicht dafür zu entschuldigen haben und werde mich auch nicht entschuldigen. Denn ich bleibe dabei - und das halte ich für sehr, sehr wichtig -, dass es eine gemeinsame Aufgabe aller Kölner und Kölnerinnen ist, an unserem Stadtbild, an der Attraktivität unserer Straßen und Plätze, zu arbeiten. Das haben wir hier im Rat eben auf einer breiten Basis auch noch einmal betont.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch einen Satz betonen, den ich nicht oft genug wiederholen kann - dieser Satz geht auch an Sie, Herr Ludwig: Ich bin gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit dieses Rates stolz darauf, in einer Stadt zu leben, die seit ihrer Gründung - und das ist 2 000 Jahre her - aus einer Gemeinschaft vieler Nationalitäten heraus fortdauernd ihre Energie, ihre Lebensfreude und auch ihre Innovationskraft bezieht.

Das muss ich Ihnen an dieser Stelle einfach entgegenhalten. Ansonsten ist festzuhalten: Aus dem Interview ist nicht das herauszulesen, was Sie behaupten - nur dann, wenn man böse will, und das unterstelle ich Ihnen in diesem Fall ganz klar.

Es gibt weitere Wortmeldungen. Es liegt auch ein Antrag der CDU-Fraktion auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt vor. Herr Gey hat diesen Antrag eingereicht. Sie können ihn kurz noch einmal selbst formulieren, wenn Sie möchten, Herr Gey.

**Herbert Gey** (CDU): Meine Damen und Herren! Ich wiederhole den dem Oberbürgermeister vorliegenden Antrag zum Übergang auf den nächsten Tagesordnungspunkt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es kann noch eine Gegenrede des Antragstellers gehalten werden.

**Claus Ludwig** (Gemeinsam gegen Sozialraub): Ich bin dagegen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Sie sind dagegen; okay. - Dann lassen wir abstimmen.

Wer für den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - CDU, SPD, FDP, PDS, KBB und Herr Breninek. Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von den Grünen, von PK und von Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht, sodass wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen.

Herr Ludwig, ich bin aber gerne bereit, mit Ihnen noch einmal darüber zu reden, wenn wir einmal privat Zeit haben. Vielleicht begleiten Sie mich bei der einen oder anderen Gelegenheit. Dann werden Sie vielleicht eines Besseren belehrt werden.

Ich rufe auf

### **2.11 Antrag der PDS-Gruppe vom 14. April 2005 betreffend „Resolution zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ex lege bei Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit“ Ds-Nr. 0523/005**

Für die Antrag stellende Gruppe wird Frau Demirel sprechen. Bitte schön.

**Özlem Demirel** (PDS): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! 50 000 Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund besitzen laut der türkischen Regierung zusätzlich noch die türkische Staatsbürgerschaft. Diese Doppelstaatler haben nun juristisch gesehen mit der Annahme der türkischen Staatsbürgerschaft nach 2000 automatisch ihre deutsche verloren.

Als die Diskussion zu dieser Problematik vor ungefähr drei Monaten startete, versicherte der Bundesinnenminister eine wohlwollende und schnelle Wiedereinbürgerung. Man sprach davon, dass die Betroffenen, die wissen, dass sie die doppelte Staatsbürgerschaft haben, eine freiwillige Meldefrist von mindestens sechs Monaten haben sollen.

Doch schlagartig nahm die Diskussion eine neue Wende. Eine Datei mit allen eingebürgerten Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund ab 2000 wurde im Rahmen der bevorstehenden Landtagswahlen eingerichtet und die schriftliche Befragung gestartet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt vielerlei Gründe, warum diese Mitbürger im Nachhinein die türkische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Diese Gründe sind sehr komplex.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Die Rolle, die die türkischen Konsulate hierbei gespielt haben, muss auch betrachtet werden. Sehr viele der Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund wurden persönlich von den Konsulaten angesprochen bzw. angeschrieben, ob sie nicht wieder zusätzlich die türkische Staatsbürgerschaft annehmen wollten. Dies könne man nämlich problemlos machen, haben die Konsulate den ehemaligen türkischen Staatsbürgern gesagt. Die Konsulate haben die Bürger nicht richtig beraten. Sie haben sogar falsche Informationen weitergegeben.

Es ist ein Produkt der Politik beider Staaten, des deutschen und des türkischen Staates, dass diese Menschen überhaupt die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen. Während der türkische Staat den hier lebenden türkischen Migranten jahrzehntelang eingetrichtert hat, dass sie Türken seien und dies niemals vergessen sollten, hat der deutsche Staat sie jahrzehntelang als Ausländer betrachtet und dementsprechend schlecht behandelt.

Das Einwanderungsgesetz hat dieser Politik zwar in einigen Punkten von der Tendenz her ein Ende gesetzt und eine richtige Richtung verliehen; es reicht allerdings noch lange nicht. Die Art, wie man jetzt mit der Problematik der doppelten Staatsbürgerschaft umgeht, hemmt aber alle Bemühungen, eine positive Integrationspolitik zu führen, da sich viele türkischstämmige Mitbürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Nicht zu unterschätzen ist hierbei, dass rechte und rechtsextreme Kräfte dies zum Anlass nehmen, offen gegen diese Bevölkerungsgruppen zu hetzen.

Meine Damen und Herren, im Grunde müsste man die gesamte Problematik ganz anders angehen. Eine politische Lösung müsste gefunden werden. Dies jedoch liegt nicht in unserem Ermessensspielraum. Das wird vom Innenministerium entschieden. Dennoch sind wir als Kommune für die Ausführung verantwortlich und können hier entscheiden, wie wir damit umgehen. Wir dürfen ganz einfach nicht vergessen, dass wir für alle in Köln lebenden Menschen, für alle Kölnerinnen und Kölner, verantwortlich sind. Hierzu gehören auch die 6 952 angeschriebenen Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund.

Nach Information der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung gibt es auch weitere Deutsche im In- und Ausland, die seit dem 1. Januar 2000 während eines Auslandsaufenthalts einen zweiten Pass angenommen haben, ohne eine Beibehaltungsgenehmigung zu haben. Zudem hätten auch einige eingebürgerte Russlanddeut-

sche und Bürger von Ex-Jugoslawien seitdem Papiere ihrer Herkunftsländer beantragt, berichtete die Zeitung „Stuttgarter Nachrichten“ vor einigen Tagen. Daraus können wir schließen, dass das Problem weitaus größer ist, als wir denken.

Es ist ein langfristiges Problem, welches man nicht in so kurzer Zeit lösen kann. Sie müssen viel ruhiger an die Sache herangehen. Vor allem müssen wir diesen Menschen Beratungsmöglichkeiten bieten und alles dafür tun, dass sie schnell und problemlos wieder eingebürgert werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Menschen durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft gezeigt haben, dass sie gewillt sind, sich in diese Gesellschaft stärker einzubringen und zu partizipieren. Was passiert, wenn wir diese Deutschen, die durch unangenehme Umstände keine Deutschen mehr sind, jetzt im Stich lassen?

Wir alle hier sind uns dessen bewusst, dass Politik vor Ort gemacht wird. Sonst wären wir keine Kommunalpolitiker. Lassen Sie uns also alles dafür tun, diesen Menschen beizustehen. Lassen Sie uns unsere Möglichkeiten für eine wohlwollende integrative Politik ganz ausschöpfen, indem wir beispielsweise keine Zwangsbescheide verschicken. Lassen Sie uns nicht repressiv sein. Die Stadt Köln kann durch diese Resolution dem Land zeigen, wie integrativ sie ist.

(Beifall bei der PDS)

Herr Oberbürgermeister, wir haben noch einige Änderungen an dem Antrag vorgenommen, die ich gerne zu Protokoll geben würde. Die Grünen haben uns nämlich zugeflüstert, dass sie uns dann eventuell unterstützen würden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht euch! Die Doppelstaatler!)

Zum einen gibt es Änderungen auf der ersten Seite ganz unten. Dort steht „diesen Konflikt noch anheizen und“. Das „und“ wird gestrichen. An diese Stelle kommen ein Punkt und ein Absatz. Dahinter steht dann:

Die NRW-Landesregierung ließ jetzt eine Sonderdatei aller Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund von den Kommunen erstellen.

Danach geht es weiter im Text.

Auf Seite 2 soll beim ersten Spiegelstrich „Die schriftliche Befragung und eventuelle“ gestrichen werden. Stattdessen kommt ein vierter Unterpunkt zu „Der Rat der Stadt Köln“, nämlich:



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

- fordert die Verwaltung auf, von einer Vollstreckung von Zwangsmittelbescheiden abzusehen,

Das ist dann der Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Geben Sie mir das, was Sie jetzt vorgetragen haben, auch zu Protokoll? - Danke schön. - Der Stadtkämmerer wird noch etwas dazu sagen.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Demirel hat relativ lange Ausführungen gemacht - leider Gottes etwas irreführend oder, um es vielleicht etwas treffender zu formulieren, falsch informiert. Die Verwaltung handelt völlig anders, als hier suggeriert wird.

Uns liegen bereits seit 13. Januar und 9. Februar dieses Jahres zwei Erlasse vor - der eine vom Bundesinnenminister, der andere vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Beide Erlasse fordern von den Ausländerbehörden in jedem Einzelfall der hier in Rede stehenden Fallkonstellationen eine wohlwollende Prüfung hinsichtlich der Erteilung von Aufenthaltstiteln und der Wiedereinbürgerung der Betroffenen.

Interessenverbände, die sich anheischig machen - oder das noch tun wollen -, hier in Einzelfällen zu beraten, sind von uns mit allen erdenklichen Informationen ausgestattet worden. Insofern muss ich sagen: Tut mir Leid; der Antrag geht absolut ins Leere.

Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Stadtkämmerer. - Ich darf für die CDU Herrn Granitzka aufrufen. Danach spricht für die SPD Frau Dos Santos Hermann.

**Winrich Granitzka (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Frau Kollegin Demirel! Sehr geehrter Herr Detjen! Im Kern fordern Sie mit Ihrem Antrag die Landesparteien und die Landesregierung zum Rechtsbruch auf, wenn Sie verlangen, dass die Befragungen eingestellt

werden und die erfassten Daten der infrage kommenden Migranten zurückzunehmen sind.

(Özlem Demirel [PDS]: Das habe ich geändert!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat nach Recht und Gesetz zu agieren. Das tut sie auch. Mit der Abfrage auf der Rechtsgrundlage des § 19 Wahlgesetz und des § 14 Ordnungsbehördengesetz stellt sie sicher, dass Personen, die nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie per Gesetz nicht an Wahlen teilnehmen dürfen - auch nicht an der Landtagswahl am 22. Mai 2005. Diese Landtagswahl macht auch die Dringlichkeit aus, mit der die Landesregierung hier vorgegangen ist, meine Damen und Herren.

(Peter Sörries [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch gestrichen worden!)

- Nein, das ist völlig in Ordnung. - Der Gesetzgeber hat die vorsätzliche Teilnahme an einer Wahl ohne Wahlberechtigung in § 107a Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt und bedroht Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu fünf Jahren. Das mag Ihnen verdeutlichen, wie schwer dieses Vergehen ist.

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse der bisherigen Befragungen machen sehr deutlich, wie eklatant notwendig diese Abfrage der Landesregierung ist. In Köln sind nämlich nahezu 7 000 Fragebögen versandt worden. Bis gestern kamen 5 600 zurück. 1 600 Antworten fehlen noch. Dass bis gestern von diesen 5 600 Leuten nur 25 Personen erklärt haben, die türkische Staatsangehörigkeit wieder angenommen zu haben, zeigt die Dimension des Problems. Experten sagen nämlich klipp und klar: Mindestens 20 Prozent der Türken, wenn nicht deutlich mehr, haben die alte Staatsbürgerschaft wieder angenommen und damit ex lege die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

Klar ist - und das muss den ausländischen Freunden deutlich gemacht werden -, dass sie sich bei Verdacht einer unberechtigten Wahlteilnahme sozusagen selber dem Staatsanwalt ausliefern. Das ist nicht gewollt. Deswegen macht die Landesregierung zu Recht darauf aufmerksam.

Soweit es bei Ihrem Antrag und der beantragten Resolution darum geht, den Betroffenen Hilfe und Unterstützung zuzusagen, kann ich Ihnen mitteilen, dass dies bereits in hinreichendem





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Maße geschieht. Hier soll niemand diskriminiert werden. Auch wir sind der Meinung, dass diese Leute das nicht gewusst haben. Der Stadtkämmerer hat aber das Notwendige dazu gesagt. Die Erlasse des Bundesinnenministers und der Landesregierung sind eindeutig und klar.

Ich kann Ihnen versichern - davon habe ich mich überzeugt -: Die Verwaltung in Köln handelt so, dass hier niemand rausgeschmissen wird, der nicht wusste, dass er die alte Staatsangehörigkeit nicht wieder annehmen durfte. Vielmehr wird ihm nach den Regeln des Gesetzes geholfen, die deutsche Staatsangehörigkeit wiederzubekommen und bis dahin einen vernünftigen und richtigen ausländerrechtlichen Status in Deutschland zu haben.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Frau Dos Santos Hermann.

**Susana Dos Santos Hermann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der PDS, ich habe durchaus Verständnis für Ihr Anliegen. Ich habe aber kein Verständnis für Panikmache oder versuchte Panikmache.

(Beifall bei Martin Börschel [SPD] und Jochen Ott [SPD])

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass wir als SPD 1999 --

(Jörg Detjen [PDS]: Ihr Minister in Düsseldorf, der macht Panik!)

- Hier macht keiner Panik. Hier werden Brücken gebaut, lieber Jörg Detjen.

Meine Damen und Herren, 1999 hat die SPD für ein durchaus anderes Staatsbürgerschaftsrecht gestanden. Wir konnten uns durchaus vorstellen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft hingenommen werden kann. Sie wissen, aus welchen Gründen es damals nicht so weit gekommen ist. Es gab eine aus meiner Sicht sehr unschöne Kampagne im hessischen Landtagswahlkampf. Daher ist dann nur die zweitbeste Lösung verabschiedet worden, nämlich zwar die vereinfachte Einbürgerung, die eine deutliche Verbesserung bei der Einbürgerungspolitik darstellt, aber eben

keine Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft.

Wir haben jetzt hier in der Kommune mit einem Problem zu kämpfen, das wir so nicht haben wollten. Wir müssen aber damit umgehen. Herr Granitzka hat durchaus korrekt darauf hingewiesen, dass die Landesregierung und auch die Bundesregierung mit ihren Erlassen vom Januar und vom Februar dieses Jahres - inzwischen gibt es einen weiteren Erlass vom 14. März 2005 - den betroffenen Migrantinnen und Migranten Brücken bauen, damit sie ihren Aufenthalt in Deutschland wieder vernünftig klären können, damit sie unter Ausnutzung aller Möglichkeiten des neuen Aufenthaltsgesetzes - in diesem Zusammenhang ist § 38 die entscheidende Regelung - hier einen vernünftigen Aufenthaltsstatus bekommen und damit sie, wenn sie es möchten, auch die deutsche Staatsbürgerschaft wieder annehmen können.

Deswegen weise ich noch einmal darauf hin, dass Panikmache, wie es dieser Antrag hier tut, nicht angebracht ist. Das Verwaltungshandeln, wie Herr Soénius es dargestellt hat und wie es übrigens auch in einer ausführlichen Antwort auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im AVR geschildert wurde, zeigt, dass die Verwaltung Ihrem Anliegen sehr weit entgegenkommt.

Die Frage der Erhebung von Zwangsgeldern würde ich gerne noch einmal im AVR diskutieren; denn es gibt wohl Hinweise darauf, dass einige Kommunen ganz darauf verzichten. Ich weiß das aber nicht genau. Ich würde diese Frage gerne klären. Vielleicht kann man an dieser Stelle noch ein Stück weiter entgegenkommen.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, der mit diesem Thema im Allgemeinen zu tun hat, nämlich die Frage, wie wir mit der Integration von Migrantinnen und Migranten umgehen. Ich habe wohl deutlich gemacht, dass wir jederlei Diffamierung von Migrantinnen und Migranten zutiefst ablehnen und verurteilen und alles tun, damit es nicht dazu kommt.

Allerdings glaube ich nicht, dass es der Integration dient, wenn wir jetzt Panik verbreiten und den Menschen Angst machen, dass sie hier auf einmal völlig rechtlos seien und das Land verlassen müssten oder Ähnliches. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich zitiere den Innenminister:

Schon Anfang Februar sind die kommunalen Behörden aufgefordert worden, in solchen Fällen wohlwollend über eine Wiedereinbürgerung oder wenig-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

tens einen rechtmäßigen Aufenthalt zu entscheiden. Nach dem neuen Zuwanderungsrecht wird ehemaligen Deutschen ein Aufenthaltsrecht unter vereinfachten Voraussetzungen gewährt. Allerdings müssen sie innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Kenntnis vom Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit einen entsprechenden Antrag stellen.

Ich denke, das ist der richtige Weg. Jetzt auf Freiwilligkeit zu setzen oder gar zu suggerieren, man solle sich nicht melden und das Ganze irgendwie im Unklaren lassen, ist genau der falsche Rat. Damit werden mögliche betroffene Migrantinnen und Migranten in eine Falle gelockt. Dieser Rat suggeriert ihnen Sicherheit, die sie dann möglicherweise nicht haben.

Deswegen ist es besser, wenn sich alle möglicherweise Betroffenen melden. Die Stadtverwaltung hat klar gesagt, wohin der Weg geht. Es werden Brücken gebaut. Ein rechtmäßiger Aufenthalt bis hin zur Wiedereinbürgerung ist möglich. Niemand sollte darauf warten, dass er vielleicht entdeckt wird. Dann steht er nämlich auf einmal vor größten Schwierigkeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gestatten Sie eine Nachfrage von Frau Demirel?

(Özlem Demirel [PDS]: Ich habe keine Nachfrage! Ich wollte etwas dazu sagen!)

- Frau Demirel hat keine Nachfrage; gut. Dann danke ich Ihnen erst einmal, Frau Dos Santos Hermann. - Zunächst liegt aber eine Wortmeldung von Herrn Wolter von den Grünen vor, Frau Demirel. Es stehen noch eine Menge Redner auf der Liste.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unser Anliegen ist es hier an diesem Punkt, dass die Betroffenen möglichst schnell und unbürokratisch die deutsche Staatsbürgerschaft wiedererlangen können. Damit sollen die sozialen Folgen - viele haben Verträge abgeschlossen, haben geheiratet, haben Kinder - so gering wie möglich gehalten werden. Dazu zählt ein gesondertes Verfahren auf Grundlage der bestehenden

Gesetze - zum Beispiel, dass unter Verzicht bereits durchgeführter Prüfungen eine zügige Wiedereinbürgerung stattfinden kann. Insofern unterstützen wir das Anliegen der PDS-Gruppe.

Im Übrigen - das haben meine beiden Vorredner auch gesagt - gehen die Runderlasse des Innenministers in die richtige Richtung. Auch die Beantwortung unserer Fragen im AVR zu diesem Thema geht in die Richtung, dass gesagt wird: Wir wollen hier wohlwollend prüfen.

Ich finde es etwas einseitig, dass nur Personen mit türkischem Migrationshintergrund angesprochen wurden. Wenn man das Ganze durchdekliniert, müssten im Prinzip alle nach dem 1. Januar 2000 eingebürgerten Personen angesprochen werden, also zum Beispiel auch Russlanddeutsche aus den ehemaligen GUS-Staaten. Hier teilen wir die Kritik, dass sich die Befragung einseitig nur an Personen mit türkischem Migrationshintergrund richtet.

Es handelt sich schließlich um ein allgemeines Problem. Dieses Problem stellt sich ja auch für Deutsche im Ausland. Auch da gibt es entsprechende Hinweise. Hätte beispielsweise Lothar Matthäus die ihm angebotene ungarische Staatsbürgerschaft angenommen, müsste er bei einer Tätigkeit in Deutschland erst einmal seine Hochqualifikation nachweisen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das muss er auch so.

(Heiterkeit)

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Richtig. - Dem Antrag in der zunächst vorliegenden Fassung konnten wir aber nicht zustimmen, und zwar aus folgendem Grund: Wenn wir den Hinweisen auf Missbrauch des Wahlrechts nicht nachgehen, machen wir die anstehende Wahl anfechtbar.

Insofern hat die PDS auch reagiert und den entsprechenden Text gestrichen. Freie, gleiche und geheime Wahlen sind ein schwer erstrittenes Recht. Dafür gibt es Regeln. Diese Regeln müssen einfach eingehalten werden, um Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten. Ich gehe davon aus, dass es auch im Interesse der PDS liegt, Wahlen sauber durchzuführen. Alles andere ist nicht demokratisch.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal die türkischen Behörden kritisieren, die mit ihrem



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Gebären viele Leute ins Messer laufen ließen, weil sie versuchten, mit einer orientalischen Mentalität - nach dem Motto: das wird schon keiner merken; das kriegt keiner mit - die Landsleute vielleicht durch ein Aufnötigen der türkischen Staatsbürgerschaft wieder an die Türkei zu binden. Das hat für mich fast schon Züge einer kölschen Lösung.

Auf der anderen Seite zeigt dieses massenhafte Phänomen aber auch, wie lebensfremd dieses Gesetz ist, während kölsche Lösungen bekanntlich sehr lebensnah sind.

Viele Menschen mit Migrationshintergrund leben in zwei Welten. Deshalb sind wir auch weiterhin für die doppelte Staatsbürgerschaft.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und PDS)

Das gilt im Übrigen genauso für die im Ausland lebenden Deutschen. Darüber haben wir hier und heute aber nicht zu beschließen. Das Gesetz ist anders. Es ist klar definiert.

Wir sind der Meinung, dass wir von dieser Stelle aus dem betroffenen Personenkreis nur dringend raten können, sich im eigenen Interesse umgehend zu melden. Nach meiner Auffassung braucht es auch keine Zwangsgelder. So etwas schafft in der Tat kein Vertrauen zur Integration. Das kommende Verfahren ist klar definiert. Es ist ärgerlich genug. Es ist auch stringent genug.

Wir unterstützen den Tenor des Antrages in den Punkten hinsichtlich der Klärung der Staatsangehörigkeit. Deshalb können wir ihm zustimmen. Wir würden es begrüßen, wenn die Frage der Zwangsmittelbescheide noch einmal im AVR beraten würde, so wie das auch von Frau Kollegin Dos Santos Hermann vorgeschlagen wurde.

Danke.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Wolter. - Ich darf dann für die FDP Herrn Breite bitten.

**Ulrich Breite (FDP):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Oberbürgermeister! Ich fand die Reden von Frau Dos Santos Hermann und Herrn Wolter sehr gut und wohltuend. Einen Punkt dürfen wir allerdings nicht verges-

sen: Handwerklich ist dieses Gesetz saumäßig gemacht worden - und das war Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt können Sie nicht mit der Hessen-Wahl oder sonst etwas kommen. Hier sehen wir einfach handwerklich schwierige Punkte, mit denen wir uns jetzt beschäftigen müssen. Ich finde es ja sehr schön, dass jetzt versucht wird, die Reparaturen hier in Köln vorzunehmen. Solche Reparaturen müssen wir auch vornehmen; das ist völlig richtig. Man darf auch keine Panik machen, wie die SPD hier vollkommen zu Recht ausgeführt hat. Man darf aber auch nicht verschweigen, warum die Gründe da sind.

Frau Demirel, in Ihrer Rede hat mir etwas gefehlt, nämlich die Initiative des ehemaligen türkischen Premiers Mesut Yilmaz, der die berühmten rosa Karten eingeführt hat. Sie wissen davon; Sie nicken schon. Er hat darum geworben und gesagt: Ihr wisst, dass ihr die türkische Staatsbürgerschaft nicht annehmen dürft, wenn ihr die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen habt. Darum hat er mit den rosa Karten eine neue Regelung eingeführt, damit die Erbansprüche gewährleistet sind und insbesondere auch wieder Grundbesitz in der Türkei käuflich ist. Dafür brauchte man eigentlich den türkischen Pass, konnte aber auch diese Karten bekommen.

Weil es so viel Verunsicherung gibt, auch in Köln - das wissen Sie auch, Frau Demirel -, ist es ganz wichtig, Folgendes zu sagen: Diejenigen, die diese rosa Karten haben, sind hier wahlberechtigt. Diejenigen, die sich dieser Initiative angeschlossen haben und sich damit rechtstreu verhalten haben, sind hier wahlberechtigt. Diesen Menschen müssen wir auch sagen: Nehmt dieses Recht auch wahr.

Es gibt ja die Menschen, die nur die türkische Staatsbürgerschaft abgegeben und die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, und die Menschen, die die Initiative des türkischen Premiers der damaligen Regierung übernommen haben und, damit sie erben und Grundstücke kaufen können, diese rosa Karten angenommen haben. Diese beiden Gruppen sind auch wahlberechtigt. Die FDP drängt darauf, sie dazu aufzurufen, auch wählen zu gehen.

Wir haben in der Tat die angesprochene Problematik. Wir müssen aber auch von denen sprechen, die sich rechtstreu verhalten haben, und deutlich machen: Es ist erwünscht, dass diese



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Menschen in Köln bei der Landtagswahl wählen gehen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. - Ich bin im Moment rechtlich nicht genau informiert. Sie sagen, dass das mit der rosa Karte so in Ordnung sei. Die Verwaltung wird dieses Thema sicherlich berücksichtigen. Wir wollen aber nur dann eine Aussage machen, wenn sie rechtlich zutreffend ist, um nicht neue Unruhe zu schaffen.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Die LAGA sieht das anders! Die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte bezweifelt die Wirksamkeit der rosa Karte!)

- Deswegen warne ich ein bisschen davor, solche Dinge hier als gegeben darzustellen - nicht, dass wir nachher wieder neue Rechtskomplikationen und Rechtsfragen aufmachen. Das ist Ihre Meinung. Ich muss das Ganze aber erst einmal bei uns prüfen lassen, bevor wir es so herausgeben. Schließlich ist es für die Menschen wichtig, dass wir bei diesem Thema Sicherheit hereinbekommen. Wir wollen sie ja nicht verunsichern. Deswegen will ich ein Fragezeichen dahinter setzen.

Als Nächster steht Herr Rouhs auf der Rednerliste.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das neue Staatsbürgerschaftsrecht ist offensichtlich ein Fehlgriff. Wir Deutschen hätten besser daran getan, wenn wir beim alten Staatsbürgerschaftsrecht, dem Jus genis, geblieben wären.

Diejenigen, die dieses neue Recht eingeführt haben, müssen sich jetzt von uns sogar noch vorhalten lassen, dass auch Menschen fremder Nationalität zu den Leidtragenden dieser neuen Gesetzgebung gehören. Denn eines liegt doch auf der Hand: Wenn es relativ leicht und nur an ein paar überschaubare Formalitäten geknüpft ist, Deutscher zu werden, dann werden auch Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, die sich im Prinzip immer noch in ihrem Kulturkreis, also zum Beispiel in der Türkei, zu Hause fühlen.

Genau das ist bei einem gehörigen Teil derjenigen Menschen, die zuerst hier die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt und ohne weiteres auch bekommen haben und danach wieder die türkische Staatsbürgerschaft beantragen, doch offensichtlich der Fall. Warum machen sie das denn? Sie machen es doch nicht, weil sie sich selber subjektiv als Deutsche fühlen, sondern sie machen es, weil sie sich als Türken fühlen, die in eine Lage gesetzt worden sind, in der es für sie geboten und vorteilhaft erscheint, sich mal eben einen deutschen Pass zu besorgen. Das ist doch der wesentliche Grund.

Ich sage ganz ehrlich: Innerhalb gewisser Grenzen kann ich diese Menschen sogar verstehen. Wenn ich in einem fremden Land einer Arbeit nachgehen würde, würde ich dort natürlich auch gerne einen gesicherten Rechtsstatus haben, also die Staatsbürgerschaft. Dadurch würde ich aber doch nicht plötzlich, sagen wir einmal, zu einem Kanadier oder einem Amerikaner werden. Ich wäre immer noch Deutscher und würde natürlich auch zusehen, dass ich im Zweifelsfall die deutsche Staatsbürgerschaft zurückbekomme.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns im Großen dafür einsetzen, dass eine Wirtschaftspolitik realisiert wird, die es den Menschen gestattet, in ihrer Heimatregion Arbeit und Auskommen zu finden. Wir müssen nach einer ganz alten und einfachen Losung, die zeitweise auch in Gewerkschaftskreisen hochgehalten wurde, dafür sorgen, dass nicht die Menschen zu den Maschinen, sondern die Maschinen zu den Menschen gebracht werden.

Das haben alle etablierten politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht berücksichtigt, sondern veräußert. Es ist Ausdruck Ihres politischen Versagens, dass Sie diese Regel nicht beherzigt haben. Jetzt stehen Sie hier vor dem Scherbenhaufen Ihrer Politik.

Die Landtagswahl am 22. Mai dieses Jahres ist im Prinzip angreifbar. Sie ist im Prinzip gefährdet. Wahrscheinlich kommen Sie aber noch einmal mit einem blauen Auge davon; denn SPD und Grüne sind in den Umfragen so weit ins Hintertreffen geraten, dass sich ihr Scheitern nicht an ein paar tausend Wählerstimmen festmachen wird. Vielmehr werden sie am 22. Mai sehr gründlich durchrasseln. Dann wird in Düsseldorf ganz sicher nicht jemand in der Landesregierung sitzen, der ein Interesse daran hat, die Wahl anzufechten. Diese Konstellation wird dazu führen, dass es keine Wahlanfechtung gibt. Vielmehr wird sich das eine Lager sagen: Na ja;





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

da haben wir ein paar tausend Stimmen mehr bekommen. Die anderen werden sagen: Macht nichts; wir haben trotzdem gewonnen. Damit verläuft die Angelegenheit im Sande.

Sie sind aber vorgewarnt. Es kann ja auch einmal anders kommen. Es kann auch einmal wirklich an ein paar tausend Stimmen liegen. Dann haben Sie den Schlamassel. Dann werden Sie über kurz oder lang die erste Landtagswahl wiederholen müssen, weil Sie ein Staatsbürgerschaftsrecht in die Welt gesetzt haben, das hinten und vorne nicht passt, das weder Hand noch Fuß hat.

Dies ist Ausdruck von politischem Dilettantismus. Es muss möglich sein, diesen politischen Dilettantismus auch innerhalb des demokratischen politischen Spektrums öffentlich anzuprangern.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Als Nächster steht Herr Breninek auf meiner Rednerliste.

**Hans Martin Breninek** (Republikaner): Von meinem Vorgänger ist schon einiges gesagt worden. Nur noch zur Ergänzung: Egal, was Herr Schramma sagt; ihm kann man keinen Vorwurf machen, er sei ausländerfeindlich.

Die Leute, die hier sind und sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden haben, sollen sie annehmen, behalten und danach leben. Wenn einer hin und her springt, hat er es nicht anders verdient. Wenn die türkische Regierung dahinter steckt und die Leute auffordert, dann trägt sie die Schuld.

Mir haben Ausländer allerdings schon gesagt: Ich lebe in Deutschland. Ich fühle mich wohl. Mir steht alles zur Verfügung. Ich liebe meine Heimat Italien. Vielleicht will ich irgendwann einmal zurückgehen. Diese Chance habe ich dann. Warum sollte ich die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen?

Das Gleiche gilt auch für die Türken. Wenn sie ihr Leben und ihre Arbeit haben und ihnen auch sozialmäßig alles zusteht, dann sollen sie das in Anspruch nehmen. Wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben wollen, dann sollen sie sie haben, wenn es gesetzlich möglich ist. Sie sollen aber nicht hin und her springen und auf diese Weise Unfrieden machen.

Das war es.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Als Letzte steht Frau Demirel auf der Rednerliste.

**Özlem Demirel** (PDS): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr geschockt darüber, dass man mir vorwirft, ich machte Panik. Ich hatte eigentlich immer den Eindruck, dass ich ganz harmlos bin

(Heiterkeit)

und gar nicht zu so etwas neige. Aber man lernt immer dazu.

Meine Damen und Herren, hätten Sie mir genau zugehört, hätten Sie verstanden, worum es mir geht. Es geht mir nicht darum, hier eine allgemeine Diskussion über doppelte Staatsbürgerschaft zu führen. Es geht mir auch nicht darum, die Landesregierung zu kritisieren, dass sie diese nicht einführen konnte. Es geht mir auch keineswegs darum, hier Panik zu machen, dass man nur gegen die Türken vorgehen würde.

Herr Granitzka, Sie haben davon gesprochen, dass wir die Landesregierung auffordern würden, die schriftliche Befragung zurückzunehmen. Hätten Sie mir eben genau zugehört, wüssten Sie - das habe ich nämlich aufgeführt -, dass wir diesen Satz zurücknehmen. Dementsprechend sind wir auch nicht rechtswidrig vorgegangen.

Herr Stadtkämmerer, Sie haben gesagt, dieser Antrag gehe ins Leere. Nach der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen haben wir aber gesehen, dass der Antrag nicht ins Leere geht. Die Verwaltung hat auf diese Anfrage nämlich geantwortet, dass es Zwangsmittelbescheide in Höhe von 250 Euro geben wird. Und das ist repressiv, meine Damen und Herren. Das kann nicht angehen. Das kritisieren wir.

Mir geht es in der Tat nicht um die doppelte Staatsbürgerschaft. Das habe ich eben schon einmal gesagt. Ich möchte es noch einmal unterstreichen; denn offensichtlich ist das hier die ganze Zeit angekommen. Ich bin an dieser Stelle anderer Meinung als beispielsweise die PDS. Ich selbst bin gar nicht Befürworterin der doppelten Staatsbürgerschaft. Das möchte ich hier einmal in Klammern anmerken.

Meine Damen und Herren, das Ganze ist einfach nur ein sehr großes Problem, das wir uns zu Herzen nehmen müssen. Davon sind nicht nur



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

die Türken - die ehemaligen Türken bzw. Deutschen; ich bin ganz durcheinander und weiß nicht, wie ich sie jetzt bezeichnen soll - betroffen, die jetzt angeschrieben worden sind. Es gibt auch Menschen mit anderem Migrationshintergrund, die ebenfalls eine doppelte Staatsbürgerschaft haben.

De facto ist es einfach so, dass das Ganze juristisch nicht vollständig analysiert ist. Viele Fragen sind nicht gelöst. Eine Frage in der Anfrage der Grünen bezog sich beispielsweise darauf, dass diese Menschen auch schon bei den Kommunalwahlen gewählt haben. - Ja, meine Damen und Herren; ich gehe davon aus, dass wir alle bis auf die Rechten auch Stimmen von diesen Leuten bekommen haben, die jetzt ihre doppelte Staatsbürgerschaft verloren haben. - Das sind Fragen, die man noch lösen muss. Es hieß, da werde die Staatsanwaltschaft vorgehen.

Wir sollten uns an dieser Stelle einfach mehr Zeit nehmen, tief durchatmen und gucken, wie wir vorgehen. Etwas anderes erwarte ich gar nicht. Verstehen Sie mich dementsprechend nicht falsch. Nicht ich bin diejenige, die Panik macht. Für Panik sorgt vielmehr die übereilte Reaktion der Landesregierung, sofort diese Briefe loszuschicken, um noch bis zur Landtagswahl alles geklärt zu haben. Das ist Panikmache. Und das werden wir nicht hinkriegen.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Breninek hat sich noch einmal gemeldet.

**Hans Martin Breninek** (Republikaner): Frau Demirel macht keine Panik, aber sie macht Mobbing. Vorige Woche kam beim Jugendhilfeausschuss eine Dame herein und hat sich nett mit mir unterhalten. Es lief ganz flüssig, bis Frau Demirel sagte: Wissen Sie überhaupt, wer das ist? - So harmlos ist Frau Demirel gar nicht. Ich bin Republikaner. Ich bin aber auch Mensch. Mit mir kann man reden.

(Regina Wilden [pro Köln]: Denunzieren! Das ist kommunistische Manier! Sie machen --)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Wilden, können wir jetzt wieder ein bisschen Luft holen und Ruhe bewahren? Es ist schon spät am Abend. Das führt zu kleinen Aufregtheiten. Wir

haben aber noch eine lange Tagesordnung vor uns. Da brauchen wir noch jede Kraft.

Ich lasse jetzt über den Antrag der PDS abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die PDS, die Grünen und Herr Ludwig. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist der Rest einschließlich meiner Stimme dagegen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt rufe ich auf

**2.12 Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 14. April 2005 betreffend „Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud (WRM/FC) - Wirtschaftlich selbstständige Betriebsführung“**  
Ds-Nr. 0527/005

**Zusatzantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 28. April 2005**  
Ds-Nr. 0614/005

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 28. April 2005**  
Ds-Nr. 0632/005

Hierzu liegt ferner ein Änderungsantrag der FDP vor.

Zunächst erteile ich Herrn Dr. Lemper für die Antrag stellende Fraktion das Wort.

**Dr. Lothar Theodor Lemper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das, was wir heute hier zu beschließen haben, ist ein Stück Zäsur - ein Stück Zäsur für die innere Neuausrichtung unserer Museen.

Die städtischen Museen, deren Sammlungen das große bürgerschaftliche Engagement widerspiegeln, sind seit jeher Stolz der Kölnerinnen und Kölner und zugleich auch Publikumsmagnet. Immerhin 1,9 Millionen Besucherinnen und Besucher haben 2004 die Museen aufgesucht. Damit sind sie Zeuge eines, wie ich finde, ganz eindrucksvollen kulturellen Angebotes, das auch ein Stück Identifikation mit dieser Stadt, ein Stück Aushängeschild und ein ganz besonderes Zeugnis unseres großen kulturellen Engagements ist.

Dem Bemühen der Museen, diese Position beizubehalten und auszubauen, stehen jedoch zunehmend die sich verschlechternden Rahmenbedingungen entgegen - wobei ich jetzt gar nicht so sehr von den Finanzen und den personalwirtschaftlichen Beschränkungen spreche, sondern vor allen Dingen von einer administrativen Zent-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ralausrichtung, die nicht immer geeignet ist, die schwierige Arbeit der Museen hinreichend zu unterstützen. Während der Museumsalltag von der Notwendigkeit des schnellen und flexiblen Handelns geprägt ist, sind die Entscheidungswege über die Beteiligungsverpflichtung einer Vielzahl von zentralen Ämtern zu umständlich und zeitraubend.

Dabei erweist sich das verwaltungsmäßige Regelwerk einer Großstadtverwaltung als Hemmschuh bei der Fortentwicklung der Museen zu dynamischen, wirtschaftlich handelnden Kulturbetrieben. Das hat auch der neue Kulturdezernent in seiner Analyse zum Ausdruck gebracht. Er hat sich sicherlich auch vorgenommen, dies nicht ganz unwesentlich zu ändern.

Meine Damen und Herren, weil das so ist, müssen wir den Versuch unternehmen, die Museen in ein größeres Maß an Selbstverantwortung, Selbstgestaltung und Selbstregulation zu überführen. Das ist lange diskutiert worden, besonders anhand des Wallraf-Richartz-Museums. Nach dieser langen Diskussion ist die Zeit reif. Deswegen wollen wir heute eine Entscheidung treffen - die Entscheidung dafür, den Versuch zu unternehmen, für das Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud nunmehr eine gemeinnützige GmbH zu gründen.

Diese gGmbH ist der zentrale Gegenstand dieses Antrages. Es geht um die Festlegung, dass eine gGmbH gegründet werden soll und der Auftrag an die Verwaltung erteilt werden soll, die entsprechenden Dinge auch umzusetzen. Dies soll mehr Eigenverantwortung, mehr Selbstregulation und ein größeres Maß an Flexibilität - auch im Personaleinsatz - ermöglichen, betriebswirtschaftliches Handeln optimieren - Stichwort: keine Einengung auf kameralistische Strukturen -, Investitionsentscheidungen aus dem Museum selbst ermöglichen sowie neue Ausstellungsoffensiven und Sponsoring mobilisieren. Schlicht und einfach: Museum als kulturpolitisches Unternehmen am Markt. Das ist der eigentliche Sinn der Gründung einer gGmbH.

Meine Damen und Herren, ich will mich hier kurz fassen und beispielsweise auf die Regelungen in den Niederlanden verweisen. Dort gibt es immerhin 30 staatliche Museen. Dabei handelt es sich ausschließlich um betriebswirtschaftlich ausgerichtete Museen - meistens in Form von Stiftungen, aber auch in anderen Rechtsformen. Es gibt in den Niederlanden kein staatlich geführtes Museum mehr. Es ist auch interessant, dass der neue Direktor des Wallraf-Richartz-Museums, der in Amsterdam in leitender Position in

einem Museum tätig war, dort nur die Erfahrung eines eigenständigen betriebswirtschaftlichen Museums gemacht hat.

Der vorliegende Antrag ist also der Auftrag, für das Wallraf-Richartz-Museum diese neue Betriebsform zu etablieren. Das ist der Gegenstand unseres entsprechenden Auftrages an die Verwaltung.

Meine Damen und Herren, der zweite Gesichtspunkt bei der Einführung dieser gGmbH besteht darin, dass wir damit gleichzeitig auch die rechtlichen Voraussetzungen und die Möglichkeiten für ein größeres Maß an bürgerschaftlichem Engagement schaffen. Dieses größere Maß an bürgerschaftlichem Engagement kommt vor allen Dingen in der Gründung eines Stifterrates für das Wallraf-Richartz-Museum zum Ausdruck - übrigens auch in der Fondation Corboud, die zusammen mit unserer Stadt einen ganz wesentlichen Beitrag für die Gestaltung, die Ausgestaltung und die musealen Angebote des Wallraf-Richartz-Museums erbracht hat.

Die gGmbH ist eine gute Möglichkeit, den Stifterrat viel stärker in die Entscheidungsstrukturen und auch in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen; also Vermehren durch Teilen. - Das ist der zweite Aspekt: bürgerschaftliches Engagement.

Herr Oberbürgermeister, mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass wir heute eine Grundratsentscheidung dahin gehend treffen, drei Komponenten zusammenzubringen: erstens bürgerschaftliches Engagement, zweitens städtische Verantwortung, die nicht aufgelöst wird, und drittens gleichzeitig neue Rechtsformen, die ein größeres Maß an flexibler, betriebswirtschaftlich orientierter, unternehmenspolitischer Handlungsweise ermöglichen.

In diesem Dreiklang legen wir ein neues Konzept vor. Dieses Konzept ist im Sinne eines Pilotprogramms zu verstehen. Wir wollen, dass das Ganze fünf, sechs oder sieben Jahre ausgetestet wird. Anschließend besteht die Möglichkeit, diese oder andere Formen auf unsere anderen Museen zu übertragen.

Ich denke, das ist eine gute Voraussetzung für mehr Mobilität, für noch mehr Entwicklung und Entfaltung unserer Museumslandschaft und damit auch ein ganz wesentlicher kulturpolitischer Beitrag, dem wir heute den Startschuss verleihen.

Vielen Dank.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Lemper. - Bevor für die SPD-Fraktion Herr Dr. Bögner spricht, hat Frau Cromme eine Nachfrage.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Lemper. Vielleicht können Sie zur Klärung beitragen. Im letzten Absatz steht: „mittelfristig festgeschriebenen Betriebskostenzuschuss“. Was habe ich darunter zu verstehen? In welcher Höhe soll dieser Zuschuss gewährt werden? Liegt er niedriger als die jetzigen Kosten?

**Dr. Lothar Theodor Lemper** (CDU): Ich würde diese Frage gerne beantworten. Ich bin aber nicht der richtige Adressat. Das ist eine Frage an die Grünen, für die ich im Moment nicht zuständig bin.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Ich dachte, es sei Ihr Antrag, zu dem Sie gerade gesprochen haben.

(Zuruf von Dr. Lothar Theodor Lemper  
[CDU])

- Okay. Können die Grünen diese Frage denn beantworten?

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die  
Grünen])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt hat Herr Dr. Bögner das Wort.

**Dr. Hans-Georg Bögner** (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Wir haben viele Jahre diskutiert. Der frühere Kulturausschuss hat sich in anderen Städten Modelle angeschaut. Im Stifternsaal des Wallraf-Richartz-Museums hat es ein Experten-Hearing mit einer dicken Dokumentation gegeben. Ich glaube, es ist die Zeit gekommen, aus diesen ganzen Diskussionen und den ganzen Erkenntnissen, die wir dabei gewonnen haben, endlich zu Ergebnissen und zu Taten kommen.

Nach vielen Überlegungen ist es in Nordrhein-Westfalen die beste Lösung, sich für das GmbH-

Modell zu entscheiden. Ich sage gleich noch etwas zum FDP-Antrag, weil ich da ziemlich im Thema bin. Es ist aber das Beste, sich für ein GmbH-Modell zu entscheiden, um all das zu erreichen, was gerade schon gesagt wurde: eine größere Flexibilität, eine Eigenverantwortung in der wirtschaftlichen Führung, ein professionelles Management und - obwohl es eine städtische Einrichtung bleibt - ein enges Einbinden der Förderer dieser Museen und der Stifter, in diesem Falle eines Stifterrates.

Gerade mit dieser Zusammenarbeit haben wir eine sehr gute Erfahrung gemacht; denn wir haben auch schon in die Auswahlgruppe für den neuen Direktor des Wallraf-Richartz-Museums den Förderverein, Herrn Corboud und einen Vertreter des Stifterrates mit eingebunden. Ich kann Ihnen Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Es ist ein Mehr an Verantwortlichkeit für eine Kultureinrichtung, wenn man dies tut.

Es geht heute darum, den Startschuss dafür zu geben, dass alle rechtlichen Voraussetzungen geprüft werden und das Ganze entsprechend umgesetzt wird, damit man zu einem solchen Schritt kommen kann. Wir haben immer gesagt, dass dies ein Pilot ist. Das heißt: Man kann an diesem Modell Erfahrungen sammeln und diese Erfahrungen dann vielleicht in zukünftige andere Betriebs- und Rechtsformen anderer Kultureinrichtungen einbringen.

Wichtig ist uns - insofern sind wir der Meinung, dass all das, was die Grünen in ihrem Änderungsantrag hinter den Spiegelstrichen aufgeführt haben, in unserem Antrag schon eingearbeitet ist -, dass all diese gründlichen Vorarbeiten unter anderem auch mit den Menschen unternommen werden, die in den Museen arbeiten. Es geht darum, dass nichts gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemacht wird. Vielmehr sind sie von Anfang an mit in dieses Projekt zu integrieren; denn nur so kann dieses Projekt erfolgreich werden.

Wichtig ist ferner, dass die Vertragsinhalte und auch die Definition der Schnittstelle zu den anderen Museen und dem Kulturdezernat ganz klar geregelt sind. Schnellschüsse sind an dieser Stelle unerwünscht und können eher zu negativen Folgen führen. Es geht darum, ein Museum jetzt nicht aus dem Kranz der Kölner Museen herauszubrechen, sondern mit einem Piloten zu beginnen. Deshalb ist es auch wichtig, die Vernetzung und die Querschnittsaufgaben zu definieren.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Natürlich muss auch festgelegt werden, wie eine private GmbH ihr Rechnungswesen gestaltet und was eine solche Ausgründung kostet.

Ferner wird zu regeln sein, in welcher Art und Weise die privaten Förderer in die Gestaltung der Zukunft dieses Museums eingeflochten und eingebaut werden.

Ein Grundprinzip muss es sein, die Fesseln, die unsere Kultureinrichtungen hier in Köln durch Haushaltsrecht und durch die schmalen Kassen haben, zu lösen. Es geht darum, zu besseren und flexibleren Lösungen zu kommen und einen Mehrwert für die einzelnen Häuser und für die Stadt zu schaffen.

Gerade in diesem Museum haben wir eine Chance dazu; denn zum einen haben wir das Angebot eines starken bürgerschaftlichen Engagements, und zum anderen haben wir uns gerade für einen Direktor entschieden, der das Arbeiten in solchen flexiblen Einheiten gewöhnt ist. In den Niederlanden hat er diese Art zu arbeiten seit mehreren Jahren praktiziert. Insofern ist er der richtige Mann, um dieses Modell jetzt umzusetzen.

Einen Satz in Richtung der FDP: Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Uns freut allerdings, dass Sie davon ausgehen, dass Sie dieses Ansinnen an die gleiche Landesregierung richten müssen wie bisher.

Abgesehen davon ist zu diesem Antrag Folgendes zu sagen: Ich war einer der Gutachter in dem Verfahren zur Änderung des Stiftungsrechts. Sie unterliegen einem Fehlurteil. Sie können schon heute jede Art von Stiftung gründen - solange es eine private Stiftung ist. Dann müssen Sie aber Geld auf den Tisch des Hauses legen. Da die Stadt dazu nicht in der Lage ist, bietet sich das Stiftungsmodell nicht an. In Nordrhein-Westfalen ist es nur nicht möglich, eine öffentlich-rechtliche Stiftung ohne Kapitaleinlage zu gründen. Dazu sage ich: Aus Stiftungssicht ist das auch richtig so.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Bögner. - Frau Bürgermeisterin Spizig für die Grünen, bitte.

**Angela Spizig** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn wir der Ansicht gewesen wären, dass un-

sere politische Zielsetzung in dem Antrag der Großen Koalition enthalten wäre, hätten wir keinen Zusatzantrag formuliert. Uns kommt Ihr Antrag etwas sehr technisch vor. Wir möchten ihn ergänzen.

Drei Worte vorweg: Köln hat acht tolle städtische Museen, die ein hervorragendes Potenzial, aber auch immense Probleme haben - Probleme mit einer zu dünnen Finanzdecke, Probleme mit bürokratischen Hemmnissen, Probleme mit mangelnder Flexibilität und Selbstständigkeit. Wir wünschen uns, dass die Kölner Museen auch in Zukunft ihre Qualität und ihre Attraktivität erhalten oder sogar steigern können.

Deshalb sind wir Grünen offen für Modelle. Wir sind überhaupt nicht dogmatisch. Wir sind offen für Modelle, die hoffen lassen, dass man diesen Zielen näher kommt. Wir sind offen für Modelle, bei denen die Stadt gemeinsam mit Kölner Bürgern und Unternehmen, mit großzügigen Mäzenen, denen es um die freie Entfaltung der Kunst geht, Wege sucht und hoffentlich auch findet, um Kulturinstitutionen freier und erfolgreicher zu machen.

Es ist uns allerdings wichtig, Herr Dr. Bögner und Herr Dr. Lemper, schon im Vorfeld möglichst präzise zu klären, wo die Chancen und Risiken solcher neuen Modelle liegen. Nichts anderes verfolgt unser Zusatzantrag. Als Rat der Stadt Köln sind wir verpflichtet, uns mit rechtlichen und finanziellen Konsequenzen einer Ausgründung auseinander zu setzen. Dass bei einem städtischen Museum und einer Betreibergesellschaft, die hundertprozentige Tochter der Stadt sein soll, der Rat der Stadt Köln den bestimmenden Einfluss in den Aufsichtsgremien haben sollte, müsste doch zwingend sein. Wenn Sie nicht dieser Auffassung sind, dann wüsste ich gerne die Begründung dafür.

Außerdem möchte ich unseren Rechtsdezernenten fragen, inwieweit es einen Anspruch der Stadt gibt, bei einer hundertprozentigen Tochter auch mehrheitlich im Aufsichtsgremium vertreten zu sein. Kann man einen solchen Anspruch möglicherweise schon aus der Gemeindeordnung oder anderen juristischen Werken ableiten? Ich bitte Sie, das zu überprüfen. Vielleicht können Sie schon im Anschluss an meine Rede etwas dazu sagen.

Herr Börschel, Herr Dr. Bögner, Herr Dr. Lemper und Herr Gey, wenn Sie von der SPD und der CDU unseren Zusatzantrag mittragen und diese Ergänzung akzeptieren, dann stützen wir auch den Grundantrag. Wenn Sie unsere Ergänzung



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

nicht akzeptieren können, dann müssen wir uns wirklich fragen: Warum?

(Karl Klipper [CDU]: Dazwischen besteht doch gar kein Zusammenhang!)

Wir hoffen aber, dass Sie eine breite Mehrheit für dieses Pilotmodell haben möchten und deshalb unserem Zusatzantrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank, Frau Spizig. - Herr Repgen für die FDP.

**Dietmar Repgen (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Bögner, ich muss Sie leider ein zweites Mal korrigieren. Eben haben Sie möglicherweise nicht richtig zugehört, als es um das Gutachten von Herrn Streitberger ging. Diesmal haben Sie möglicherweise nicht richtig gelesen. Ich weiß nicht, wo Sie aus unserem Antrag herauslesen möchten, dass wir uns an die jetzige Landesregierung wenden. Nach dem 22. Mai 2005 wird es wahrscheinlich eine andere geben.

(Beifall bei der FDP - Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]: Abwarten!)

Mit unserem Antrag wollen wir etwas erreichen, von dem Sie auch gesprochen haben - im Grundsatz sind wir uns ja einig -, nämlich eine Öffnung herbeiführen, um eine Flexibilisierung für kulturelle Einrichtungen wie Museen zu schaffen. Unser Vorbild ist das auch im Rahmen des Symposions diskutierte Hamburgische Museumsstiftungsgesetz, das in Hamburg seit 1998 in Kraft ist. Man hat geprüft, ob dieses Gesetz auf Nordrhein-Westfalen übertragbar ist. Derzeit ist es das nicht, weil die rechtlichen Gegebenheiten dafür nicht gegeben sind.

Das kann sich aber ändern. Schon 2002 hat es im Landtag eine Initiative der CDU gegeben, die von der FDP-Landtagsfraktion unterstützt worden ist. Mit dieser Initiative hat man versucht, künftig auch die Möglichkeit von öffentlich-rechtlichen Stiftungen zu eröffnen. Wir halten dies für ein Instrument, um diese Öffnung auf eine noch breitere Basis zu stellen. Ein solches Projekt müssen der neue Landtag und eine neue Landesregierung sicherlich wieder anpacken.

Dass es dann auch einer Änderung der Gemeindeordnung bedarf, deren § 100 eine entspre-

chende Flexibilisierung bisher nicht erlaubt, ist dann auch noch zu regeln.

In dieser Weise ist unser Änderungsantrag zu verstehen. Wir wollen ihn nicht nur als Möglichkeit verstanden wissen, die Rechtsform der gGmbH einzuführen. Weil es auch Unterschiede in verschiedenen Museen gibt, wollen wir gleichzeitig die Möglichkeit einräumen, die Rechtsform einer Stiftung zu wählen. Nichts anderes will unser Änderungsantrag. Ich würde mich freuen, wenn Sie ihm zustimmten.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Repgen. - Herr Detjen.

**Jörg Detjen (PDS):** Meine Damen und Herren! Die Karten liegen unseres Erachtens offen auf dem Tisch. Herr Lemper ist ja auch noch einmal sehr deutlich geworden. Was bislang in geheimer Männerrunde im selbst ernannten Stifterrat des Wallraf-Richartz-Museums - Zitat - „abgestimmt und vertraulich“ untereinander abgekartet wurde, zeigt der uns heute vorliegende Prüfantrag bzw. Antrag der Mehrheitskoalition zur - Zitat - „Ausgründung der Betriebsführungsgesellschaft in Form einer gGmbH“.

Weil man in Köln mit dem Begriff „Privatisierung“ irgendwie schlecht gefahren ist, benutzt man nun den Begriff „Ausgründung“. Er umschreibt das, was jetzt real stattfinden soll, eigentlich gar nicht so schlecht. Die Kulturschätze des Wallraf-Richartz-Museums sollen ausgegründet werden, und der Stadt Köln bleibt eine Zuschussverpflichtung, die nicht von Pappe sein wird.

Der Stifterrat hat sich mit der Einrichtung des Stiftersaals im Wallraf-Richartz-Museum geschickt eingenistet. So fahren sie mit großen Limousinen am Museum vor und schmieden im Stiftersaal ihre Pläne. Diese Herren sollte man ausgründen und nicht die Stadt Köln!

(Beifall bei der PDS)

Die PDS Offene Liste wird die Begehrlichkeiten der Kölner Kapitalisten bekämpfen. Wir hoffen auf Bündnispartner: bei den Gewerkschaften, in der Kunstszene, in der Politik, in der Verwaltung und bei vielen Kölnerinnen und Kölnern.

Museen mit einer ausgegründeten Betriebsform verselbstständigen sich und entziehen sich dem kommunalen Einfluss und der Kontrolle ihrer o-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

perativen und strategischen Museumsarbeit durch den Rat und seine Fachausschüsse.

Die Geschäftsführung soll fortan zum Erfüllungsgelhilfen des Stifterrates verkommen. Das Gehalt der Geschäftsführer wird alle bisherigen Vergütungen der amtierenden Museumsdirektoren sprengen. Die Betriebsprüfung obliegt nicht mehr dem Rechnungsprüfungsamt. Der Antikorruptionsbeauftragte bleibt außer Haus.

Das Wallraf-Richartz-Museum wird einer einheitlichen Kulturpolitik entzogen und dient vorrangig ökonomischen Einzelinteressen.

Herr Dr. Bögner, wie waren Sie doch zu Recht stolz, dass zum ersten Mal in einem Kölner Koalitionsvertrag die Kultur Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge wurde - und dann jetzt diese Ausgründung!

Die wissenschaftliche Museumsarbeit wird jetzt Schritt für Schritt zugunsten der Kunst- und Kulturvermarktung zerschlagen, bis eines Tages das rheinische Kapital bestimmt, welche Bilder aufgehängt werden.

Herr Dr. Bögner, Sie haben davon gesprochen, dass nicht ein Museum herausgebrochen wird. Sie werden sehen, dass dieses Museum und Sie herausgebrochen werden - von Leuten, die ganz andere Potenziale und Möglichkeiten haben. Selbst wenn die Stadt Köln noch eine Mehrheit von 51 Prozent hat, kann man mit einer grundsoliden kapitalaktiven Minderheit eine ganze Menge bewirken.

Ich finde es ausgesprochen schade, dass die Kölner SPD dem konservativen Privatisierungswerben aufsitzt. Hat nicht Genosse Müntefering erst kürzlich den Marktradikalismus angeprangert?

(Jochen Ott [SPD]: Äpfel und Birnen!)

Die PDS Offene Liste unterstützt die Vorschläge der Gewerkschaft ver.di nach einer einheitlichen Betriebsform aller Kölner Museen mit selbstständigen Handlungsräumen - das ist überhaupt nicht der Streitpunkt -, zum Beispiel in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Das wäre und ist eine wirkliche Alternative zur Ausgründung von Kölner Bürgereigentum.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Bögner, Sie wollen sicherlich noch etwas dazu sagen.

**Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Ich möchte nur zwei Punkte klarstellen, weil sie rein sachlich falsch dargestellt wurden.

Erstens: die angebliche Ausgliederung der Bestände. Herr Detjen hat einfach den letzten Satz nicht gelesen. Er lautet:

Das Museum selbst bleibt mitsamt Gebäude und Beständen im Eigentum der Stadt Köln.

(Jörg Detjen [PDS]: Schauen wir mal!)

- Nein, das ist so. So etwas schließt die Gemeindeordnung aus. Sie können Eigentum der Stadt gar nicht weggeben.

Zweitens: der Begriff „Privatisierung“. Wir reden über eine hundertprozentige Tochter der Stadt Köln. Was ist daran Privatisierung? Wir reden über eine flexiblere Rechtsform, um diesem Museum zu mehr Eigenverantwortung und Blüte zu verhelfen. Das ist das Modell. Insofern hinken Ihre Vergleiche. Wenn dieses Museum mit diesem Modell zu einem Erfolgsmodell wird, nehme ich das Geld der von Ihnen so bezeichneten „Kapitalisten“ herzlich gerne.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Noch einmal Herr Dr. Lemper.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Ich will noch einige Sätze dazu sagen, weil das hier nicht so stehen bleiben kann. Der Vortrag von Herrn Detjen war noch nicht einmal polemisch; er war wirklich ohne Sachverstand.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Gründer der Museen und diejenigen, die sich in einem bürgerschaftlichen Engagement hier in dieser Stadt eingebracht haben, so gedacht hätten, wie Sie denken, bzw. wenn unsere Vorfahren so gedacht hätten, wie Sie sich hier äußern, dann hätten wir hier in Köln kein einziges Museum!

(Beifall bei der CDU)



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Diese Museen sind aufgrund eines bürgerschaftlichen Engagements entstanden, weil sich viele Leute, die kulturpolitische Verantwortung für diese Stadt gespürt haben, eingebracht haben. Dann stellen Sie sich hierhin und beschimpfen Persönlichkeiten, die bereit sind, etwas für diese Stadt zu tun - obwohl wir alle wissen, dass ohne dieses Engagement solche Kultureinrichtungen wie in Köln auf Dauer nicht mehr blühen können. Das ist nicht möglich, wenn es keine Bürger gibt, die sich daran beteiligen und dafür engagieren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen - nur deswegen; man kann das sehr unterschiedlich sehen - ist diese Ihre Rede eine von Ihnen eingestandene kulturpolitische Niederlage gewesen. Sie führt uns auch wirklich nicht weiter.

Meine Damen und Herren, es geht um zwei Dinge, um das hier noch einmal deutlich zu machen.

Erstens geht es darum, dass wir erkennen, dass Museen heute nicht mehr administrativer Bestandteil sein können, wie das früher der Fall war - sozusagen im Sinne eines Amtes. Museen können nicht mehr in eine Verwaltungshierarchie eingebracht werden, sondern müssen ein Stück Selbstständigkeit und möglichst freie Entscheidungsmöglichkeiten haben. Das ist der erste Gesichtspunkt.

Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen mit dem Wallraf-Richartz-Museum im Sinne einer gGmbH beginnen. Das Ganze ist ein Prüfauftrag an die Stadtverwaltung - und sonst gar nichts. Dieser Prüfauftrag beinhaltet, dass alle Fragen nach Risiken, Überlegungen und Perspektiven von dieser Stadt beantwortet werden - nicht von Ihnen, sondern von Leuten, die etwas davon verstehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das Zweite ist, dass mit diesem flexiblen Element gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen wird, auch den Stiferrat einzubeziehen.

Wir sollen uns hier wirklich jedes Wort überlegen, das wir öffentlich äußern. Vor allen Dingen sollten wir überlegen, ob es angemessen ist, dass Menschen, die sich hier engagieren, von Ihnen in dieser Art und Weise beschimpft werden - anstatt eingeladen zu werden, diese kulturellen Einrichtungen mit auszurichten, wie wir das alle wünschen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Noch einmal Herr Detjen.

**Jörg Detjen (PDS):** Ich habe niemanden beschimpft. Ich habe darauf hingewiesen, dass es in Köln Unternehmer und Kapitalgruppen gibt, die ihre Interessen haben, vor allem in der Kunst- und Kulturszene. - Das ist das Erste.

Zweitens. Ich habe auch gesagt, wie man es machen könnte. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaft ver.di und auch der Personalrat im Kunst- und Kulturbereich eine Anstalt des öffentlichen Rechts favorisieren. Das prüfen Sie aber überhaupt nicht.

Es ist in keiner Weise strittig, dass Kunst- und Museumseinrichtungen selbstständig agieren und wirtschaften müssen. Das ist überhaupt kein Streitpunkt. Aber in welcher Form? Soll das unter einem Dach geschehen? Oder soll jeder einzeln wirtschaften? - Sie haben ja deutlich darauf hingewiesen, dass es auch darum geht, dass jeder einzeln für sich wirtschaften kann.

Das waren meine Hinweise. Ich muss überhaupt nichts zurücknehmen. Ich habe auch niemanden beleidigt. Dann wäre der Oberbürgermeister schon dazwischengefahren.

Es ist doch überhaupt nicht der Streitpunkt, dass es in Köln solche Kapitalgruppen gibt. Das weiß doch jeder. Da brauchen wir doch nicht um den heißen Brei herum zu reden.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Frank.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Ich will jetzt nicht in die Kapitalismusdebatte zwischen SPD und PDS eingreifen. Mich interessiert eine wesentlich spezifischere Frage. Von den Hauptantragstellern, also CDU und SPD, wurde ja bezweifelt, dass in einer gGmbH der bestimmende Einfluss des hundertprozentigen Eigentümers im Aufsichtsgremium zwingend ist.

Deshalb meine Frage an den zuständigen Beigeordneten, den Herrn Stadtkämmerer: Kann in einer gGmbH der bestimmende Einfluss aufgegeben werden? Das heißt: Können fremde Dritte in dem dortigen Aufsichtsgremium die Mehrheit haben?





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Damit sind wir bei der Stellungnahme der Verwaltung. Herr Stadtkämmerer Soénius hat ohnehin noch etwas zur Frage von Frau Spizig zu sagen. Bei dieser Gelegenheit wird er Ihre Frage sicherlich ebenfalls beantworten, Herr Frank. - Bitte schön, Herr Stadtkämmerer.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Nachdem diese Frage jetzt zweimal gestellt worden ist, habe ich sie auch verstanden, Herr Frank. Danke schön.

Ich habe bei einer Debatte in diesem Rat selten so viele Irrtümer und Irreführungen erlebt wie bei diesem Punkt. Das erschüttert mich nachhaltig. Vielleicht ist es aber auch der fortgeschrittenen Zeit zuzuschreiben, dass die Aufmerksamkeit nachlässt.

Ihre Frage ist wie folgt zu beantworten - und zwar ganz einfach; ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung, wie man so schön sagt -: Wir haben hier eine 100-Prozent-Tochter der Stadt. Sie kennen das alles zu Genüge. Zuletzt haben wir Köln Tourismus als 100-Prozent-Tochter der Stadt ausgegründet. Die Kliniken sind auch eine 100-Prozent-Tochter, ebenfalls in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Auch die Kölner Sportstätten GmbH agiert als 100-Prozent-Tochter der Stadt.

Alle diese Töchter haben einen Aufsichtsrat, damit sich auch alle politischen Kräfte in der Kontrolle dieser GmbHs wieder finden. Es ist ja interessant, dass das möglich ist. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie das hier vergessen.

In der Gemeindeordnung steht irgendwo - ich habe die Nummer jetzt nicht im Kopf - der Satz, dass die Kommune entsprechend ihrer Beteiligung an den Beteiligungsgesellschaften auch ihren Einfluss in den Gremien sicherstellen soll. Interessanterweise steht dort gar nicht „muss“. Bei einer 100-Prozent-Tochter der Stadt wird ein Aufsichtsrat, so er seitens des Rates denn für notwendig gehalten wird, aber natürlich ausschließlich vom Rat der Stadt besetzt. - Das ist der erste Punkt.

(Zuruf von Jörg Detjen [PDS])

- Lassen Sie doch Ihre Agit-Prop-Geschichten sein, Herr Detjen. Lassen Sie mich einfach ausreden; dann wird es erhellender.

Zweitens können natürlich auch so genannte fremde Dritte - wer auch immer das in Ihren

Köpfen sein mag - dem Aufsichtsrat angehören, weil der Rat überhaupt nicht verpflichtet ist, städtische Mandatsträger in diesen Aufsichtsrat zu entsenden. Er kann auch jeden anderen Menschen dorthin entsenden. Entsenden tut aber der Rat dieser Stadt. - Damit dürfte Ihre Frage beantwortet sein, glaube ich.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Ich denke, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Darf ich noch etwas zur Klarstellung sagen? Hier gibt es nämlich eine Debatte zwischen den Fraktionen!)

- Wo gibt es Debatten? - Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir beschließen heute ja nicht die Art und Weise, wie der Stifterrat in das Wallraf-Richartz-Museum einbezogen wird. Vielmehr beschließen wir heute einen ersten Schritt, der völlig unabhängig ist und - egal, wie diese Verhandlungen ausgehen - eine sinnvolle Möglichkeit für ein Museum darstellt, wirtschaftlicher, effektiver und qualitätsvoller zu arbeiten.

Deswegen finde ich es sehr wichtig, dass das Ganze - zumal es hier auch als Pilot bezeichnet wurde - eine starke Unterstützung im Rat findet. Daher haben wir keinen Änderungsantrag gestellt, sondern einen Ergänzungsantrag. Natürlich gibt es - das hat die Debatte gezeigt - bestimmte Ängste. Ich kann aber überhaupt nicht erkennen, dass in unserem Ergänzungsantrag irgendetwas stünde, was weder von der Verwaltung akzeptiert werden kann, die den heute zu beschließenden Auftrag ja umsetzen muss, noch von der Intention her dem widerspricht, was hier von beiden Antragstellern vorgetragen wurde.

Ich appelliere noch einmal an die Fraktionen, die den eigentlichen Antrag gestellt haben, unsere Ergänzungen zu übernehmen; denn das würde uns die Zustimmung erleichtern.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. - Herr Klipper.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Karl Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da ich im letzten Jahr selber Mitglied des Stifterrates war, weiß ich genau, wie die Empfindlichkeiten in diesem Stifternrat sind.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da müsst ihr wissen, was euch wichtiger ist!)

Es ist die Intention, den Stifternrat, der 25 Mitglieder hat und das Wallraf-Richartz-Museum mit einem erheblichen Kapital unterstützen will, in die Betriebsführung des Museums einzubeziehen. Es wichtig, dass wir zunächst einmal nur die Rechtsform auf den Weg bekommen und in den anschließenden Verhandlungen die Sensibilität haben, den Weg zu finden, wie wir den Stifternrat in die Entscheidungen in dieser gGmbH mit einbeziehen können.

Deswegen möchte ich nicht vorher ein Präjudiz schaffen und so vermeiden, manche Punkte nachher wieder zurückzuziehen oder sie nicht mit dem Stifternrat abgestimmt zu haben. Die gGmbH ist nun einmal aus wirtschaftlichen Gründen umgesetzt worden. Gleichzeitig ging es darum, das Kapital dieser Bürger unserer Stadt mit zugunsten des Wallraf-Richartz-Museums einzubeziehen.

Daher ist es richtig, in zwei Schritten vorzugehen. Nächste Woche findet eine Sitzung des Stifterrates statt. Bei der nächsten Ratssitzung können dann manche dieser Punkte umgesetzt werden, nachdem sie mit dem Stifternrat abgestimmt worden sind und in der Satzung oder in Gremien verankert worden sind. Ich halte das für den richtigen Weg. Wir sollten nicht zwei Schritte vorgehen und anschließend im Stifternrat wieder zurückrudern müssen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Bevor der Stadtkämmerer noch einmal etwas sagt, gebe ich Frau Spizig das Wort zu einer Nachfrage.

**Angela Spizig** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine Frage an Herrn Klipper: Welcher Passus in unserem Zusatzantrag ist geeignet, Empfindlichkeiten oder Sensibilitäten zu verletzen?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, haben Sie ebenfalls eine Nachfrage?

**Jörg Detjen** (PDS): Herr Klipper, Sie entlarven sich doch selber, wenn Sie sagen: Wir müssen unsere Vorlage erst einmal mit dem Stifternrat abprechen. - Sie müssen diese Vorlage doch erst einmal hier im Hause mit uns abstimmen! Danach können Sie dann zum Stifternrat gehen.

Und wenn Sie eine so große Partei wie die Grünen, die gerade auch im Kunst- und Kulturbereich etabliert sind, nicht ins Boot kriegen, dann werden Sie doch Zoff hoch drei bekommen. Wie man so dumm sein kann, weiß ich nun auch nicht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt möchte ich die Verwaltung noch einmal zu Wort kommen lassen. Herr Stadtkämmerer, bitte.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Inzwischen ist die Zeit noch weiter fortgeschritten. Die Verwirrung ist wohl noch größer geworden. Gerne trage ich dazu bei, ein kleines Licht ins Dunkel zu werfen.

(Josef Müller [CDU]: Abstimmen!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es muss aber doch im Hellen abgestimmt werden.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Dann muss sich auch jeder zeigen. Das ist für manch einen vielleicht ein bisschen problematisch. Nun gut; wir lassen trotzdem das Licht an.

Meine Damen und Herren, die Verwirrung betrifft doch wohl den Stifternrat. Dazu ist Folgendes festzustellen: So, wie ich diesen Antrag gelesen und verstanden habe - und das gelingt mir trotz der fortgeschrittenen Zeit noch ganz gut -, geht es darin - ich wiederhole mich - um eine 100-Prozent-Tochter der Stadt. Alles andere, nämlich die Beteiligung irgendeines Dritten an dieser Betriebsgesellschaft, wäre aus Rechtsgründen einem bestimmten Verfahren unterworfen. Dieses Verfahren sieht so aus - das weiß jeder; das weiß auch der Stifternrat -, dass man Anteile an einer solchen Betriebsführungsgesellschaft aus-schreiben muss.

Sie alle haben in der Zeitung von der neueren Rechtsentwicklung im europäischen Rahmen und der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes - ich glaube, vom 11. Januar dieses



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Jahres - gelesen. Diese Entscheidung hat - jedenfalls in meinen Augen - viel Zweifelhaftes gebracht. Vor allen Dingen hat sie aber eine bestimmte Klarstellung gebracht. Dort heißt es nämlich explizit, dass solche Dienstleistungen bereits auf der Ebene der Gesellschaftsgründung ausschreibungspflichtig sind.

Reden Sie darum an dieser Stelle doch bitte nicht über den Stifterrat! Ich halte das für völlig überflüssig. Hier geht es darum, eine Betriebsgesellschaft auszugründen, wie wir sie zimal ausgegründet haben, um dem neuen Museumsdirektor - ich sage das einmal in aller Offenheit - auch eine Basis zu geben, dieses Museum nach vorne zu bringen, was diese Stadt dringend nötig hat.

(Beifall bei Dr. Lothar Theodor Lemper  
[CDU])

Bleiben Sie doch bitte beim Gegenstand dieses Antrags. Alles andere lässt sich hier an dieser Stelle nicht diskutieren. Es handelt sich nämlich um schwierige Verfahren und Fragen, die erst noch geklärt werden müssen.

Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Stadtkämmerer. - Jetzt können wir abstimmen. Zunächst einmal lasse ich über den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Erst über den Zusatzantrag!)

- Das können Sie schon mir überlassen. Wir machen es so. Jeder Antrag wird abgestimmt. Die Anträge sind ja nicht widersprechend. Daher kann jeder Antrag hier seine Stimmenmehrheit bekommen. Damit wird nichts verworfen.

Zunächst einmal kommen wir zum Antrag von CDU und SPD. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die antragstellenden Fraktionen CDU und SPD, die FDP, KBB

(Anita Cromme [Kölner Bürger-Bündnis]: Nur ich!)

- ich korrigiere: ein halbes Kölner Bürger-Bündnis - und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die andere Hälfte des Kölner Bürger-Bündnisses, die Grünen, PK, PDS und Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist dieser Antrag bei Nichtteilnahme von

Herrn Breninek, der zurzeit nicht im Saal ist, so beschlossen.

Dann stelle ich den Ergänzungsantrag der Grünen zur Abstimmung. Wer dafür ist - jetzt ist Herr Breninek wieder da -, den bitte ich um das Handzeichen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann doch nicht nachher einen Antrag ergänzen!)

- Natürlich kann man einen Antrag ergänzen. Warum denn nicht? Es handelt sich doch nicht um einen Ersetzungsantrag.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch klar gemacht, dass wir den Antrag nur unterstützen, wenn er ergänzt ist!)

- Wir sind gerade in der Abstimmung. Ich habe Ihnen das vorher doch erklärt. Dann können Sie sich jetzt doch auch melden.

Jetzt steht also der Antrag der Grünen zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Die Antragsteller, die PDS und das ganze Kölner Bürger-Bündnis. Gibt es Enthaltungen? - Herr Ludwig enthält sich. Wer ist dagegen? - Der Rest ist dagegen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zum Antrag der FDP. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Antrag stellende Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Der Rest des Rates. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit ist der Auftrag an die Verwaltung gemäß dem Antrag von CDU und SPD gegeben.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu

**2.13 Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 13. April 2005 betreffend „Vollständige Einführung des Holsystems für die Wertstoffe Papier/Pappe/Karton und Leichtstoffverpackungen (Blaue und Gelbe Tonne) in der Innenstadt“**  
**Ds-Nr. 0528/005**

**Zusatzantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. April 2004**  
**Ds-Nr. 0602/005**

Vorhin haben wir eine gemeinsame Beratung mit dem Tagesordnungspunkt



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

### 17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

#### 17.1 Stadtweite Einführung des Holsystems für die Wertstoffe Papier/Pappe/Karton und Leichtstoffverpackungen (Blaue und Gelbe Tonne) Ds-Nr. 0412/005

beschlossen.

Ich nenne jetzt die Reihenfolge der Wortmeldungen. Zunächst spricht Herr Dr. Paul für die CDU. Danach sprechen Herr Dr. Fladerer für die SPD, Herr Brust für die Grünen, Herr Sterck für die FDP und Frau May für das Kölner Bürger-Bündnis. Weitere Wortmeldungen sehe ich im Moment noch nicht. - Bitte schön, Herr Dr. Paul.

**Dr. Michael Paul (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt hier den Bogen von der hohen Kultur der Museen hin zum Abfall bzw. Müll in Köln schlagen. Das kriegen wir aber natürlich auch hin.

Drei Gegenstände haben wir im Augenblick zu behandeln: die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zur stadtweiten Einführung des Holsystems, den Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und SPD zur vorgezogenen Einführung in der Innenstadt und den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen dazu.

Was die Dringlichkeitsentscheidung angeht, so ist Folgendes festzustellen: Es ist sicherlich ein sehr wichtiger Schritt, dass wir stadtweit dazu kommen, die Containerstandorte, die ja unser Stadtbild verschandeln, zu entfernen. Damit kommen wir dann auch zu mehr Sauberkeit in der Stadt. Ich betone ausdrücklich, dass es sich um eine stadtweite Einführung des Holsystems handeln muss, nachdem wir den Pilotversuch im Kölner Süden erfolgreich zu Ende gebracht haben.

Allerdings - das sage ich auch ganz klar - ist uns der vorgelegte Zeitplan, wie er sich in der Begründung der Dringlichkeitsentscheidung findet, nicht ehrgeizig genug. Dort ist die Einführung des Holsystems erst im Jahre 2007 für die Innenstadt vorgesehen. Wie wir heute schon des Öfteren gehört haben, steht die Innenstadt im besonderen Mittelpunkt des Interesses.

Wir haben verschiedene Großveranstaltungen, angefangen beim Weltjugendtag über den Confederations Cup bis hin zur Weltmeisterschaft im

nächsten Jahr. Diese Großveranstaltungen bieten eine erstklassige Chance, Köln als herausragenden Standort des Sports, der Kultur und natürlich des Tourismus zu präsentieren. Tausende von Besuchern aus aller Welt werden in Köln sein. Die Presse wird aus und auch über Köln in alle Welt hinein berichten. Von daher haben wir ein hohes Interesse an einem guten Erscheinungsbild unserer Stadt und an der umweltfreundlichen Durchführung dieser Großveranstaltung. Und die Kölner City - das ist eine Binsenweisheit - ist natürlich eine Visitenkarte Kölns.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und SPD beinhaltet daher, dass wir für Sauberkeit und Umweltfreundlichkeit sorgen - die man im Grunde genommen nicht durch Einzelmaßnahmen erreichen kann. Dazu brauchen wir sicherlich ein ganzes Bündel verschiedener Maßnahmen, die in ein Gesamtkonzept eingepasst sind. Eine der zu prüfenden Maßnahmen ist die vorzeitige Abschaffung der hässlichen Containerstandorte in der Innenstadt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Prüfung wollen wir durchführen lassen, auch wenn uns bewusst ist, dass es wegen der Örtlichkeiten Probleme geben wird. Wir wissen, dass es in der Innenstadt über 13 000 Kellerstandorte gibt; dort sind die Mülltonnen im Keller untergebracht. Auch im bisherigen Pilotbezirk befindet sich ein Teil der Mülltonnen im Keller.

Nichtsdestotrotz haben wir es schon als wirklich schön erlebt, dass bereits die bloße Antragstellung zu Reaktionen führt. Wir haben gesehen, dass man sich sowohl aufseiten der Stadtverwaltung als auch bei den betroffenen Gesellschaften sehr intensiv mit dem Thema „Sauberkeit während der Großveranstaltungen“ auseinandersetzt. Das freut uns natürlich. Wir sind sicher, dass die Verabschiedung unseres Antrags einen weiteren Schritt in diese Richtung bringen wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Umweltfreundlichkeit der Großveranstaltungen kann man sicherlich durch verschiedene Arten von Maßnahmen erreichen. Deshalb sollte die Verwaltung insbesondere prüfen, inwiefern man beispielsweise die Vorschläge des Organisationskomitees der FIFA im Rahmen der Initiative Green Goal, bei der es darum geht, wie bei der Weltmeisterschaft Abfall und Verkehr vermieden sowie Energie und





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Wasser eingespart werden können, für die anstehenden Veranstaltungen umsetzen kann.

Aus diesem Grunde halten wir es auch für sinnvoll, unserem Antrag einen Satz voranzustellen, der wie folgt lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere für die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Köln ein Maßnahmenpaket zur Sauberkeit und Umweltfreundlichkeit zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei ist

- und dann geht es wie in dem Ihnen vorliegenden Antrag weiter -

zu prüfen, inwieweit die vollständige Einführung des Holsystems ...

Ich komme an dieser Stelle auch direkt zum Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen. Diesem Ergänzungsantrag können wir zustimmen. Allerdings halten wir es für richtig, die Aufzählung am Ende der von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Ergänzung des Beschlussvorschlages, die mit den Worten „z. B. durch“ beginnt, wegzulassen. Wir treten also dafür ein, dass unser Antrag nur wie folgt ergänzt wird:

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie auch nach Entfernung der bestehenden Sammelcontainer sichergestellt werden kann, dass weiterhin alle Haushalte Papier/Pappe/Karton und Leichtverpackungen entsorgen können.

Meine Damen und Herren, im Interesse eines besseren Erscheinungsbildes unserer Stadt und im Interesse von mehr Umweltfreundlichkeit bei der Durchführung dieser Großveranstaltungen darf ich Sie um Zustimmung zu unserem so geänderten und ergänzten Antrag bitten.

Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Paul. - Herr Dr. Fladerer für die SPD, bitte.

**Dr. Alexander Fladerer (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion möchte ich zunächst einmal meiner Freude über die geplante vollständige und stadtweite Einführung des Holsystems

Ausdruck verleihen. Der Systemwechsel vom Bring- zum Holsystem steht seit 1998 immer wieder auf der Agenda. Wenn es nach der SPD-Fraktion gegangen wäre, könnten wir schon viel weiter sein. Dann bräuchten wir heute nicht mehr die Vorziehung der Innenstadt zu diskutieren; dann hätten wir das schon.

Für einen von meiner Fraktion immer wieder geforderten vollständigen Systemwechsel vom Bringsystem zum Holsystem fehlte es bisher an einer politischen Mehrheit. Dieses bisherige Fehlen einer Mehrheit ist erstaunlich; denn der wesentliche Grund für den Wunsch nach einem Systemwechsel war und ist die Kritik an der mangelnden Sauberkeit rund um die Containerstandorte.

Seit ihrer Einführung sind die Standorte für Glas-, Papier- und Reststoffsammelbehälter im gesamten Stadtgebiet häufig in einem desolaten Zustand: Dreck und Abfall rund um die Container, abgerissene Plakate und Schmierereien auf den Behältern, Glasscherben überall. Die Sammelcontainer sind oft ein Schandfleck und vielerorts Ärgernis im Stadtbild. Trotz mehrfacher Versuche, etwas an dieser Situation zu ändern, sei es durch Mülldetektive oder durch Optimierung der Entleerungsrhythmen, durch Einhausung der Behälter oder vermehrte Reinigungsaktionen der AWB, gab es bisher nur graduelle Verbesserungen, aber keine wirkliche Bereinigung der Situation.

Meine Damen und Herren, mit der schrittweisen stadtweiten Einführung des Holsystems kommt die Verwaltung nun endlich einer langjährigen Forderung der SPD-Fraktion nach, um die eben geschilderte Situation nachhaltig zu verbessern. Die Einführung des Holsystems ist nicht nur aus stadtgestalterischer Sicht, sondern auch abfallpolitisch und ökologisch sinnvoll; denn die Systemumstellung führte in den Testgebieten auch zu einer verbesserten Sammelquote und zu einer größeren Sortenreinheit.

Bei der Einführung des Holsystems ohne einen Anschlusszwang, dem wir durchaus positiv gegenübergestanden hätten, ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit notwendig, um möglichst viele Hauseigentümer zu der von uns gewünschten Umstellung zu bewegen und die Sammelquote noch weiter zu steigern.

In den Jahren 2005/2006 kommen große Ereignisse auf die Stadt zu. Auch die SPD-Fraktion möchte, dass sich die Stadt sauber präsentiert. Wir wissen aber auch, dass gerade in der Innenstadt die Umstellung des Systems für alle Betei-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ligten ein schwieriges Unterfangen ist. Daher wäre es schön, wenn die Innenstadt vorgezogen werden könnte. Die Qualität bei der Umstellung - das heißt: das Gespräch mit allen Beteiligten wie Haus- und Grundbesitzerverein, Mieterverein, Bürgergemeinschaften und beteiligten Unternehmen - hat für uns aber Priorität vor den zeitlichen Fragen.

Der Ihnen vorliegende und nun ergänzte Antrag der Koalition wird diesem Anspruch gerecht und stellt zugleich sicher, dass die Stadt beim Thema „Sauberkeit“ optimal auf die Großereignisse vorbereitet wird. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Fladerer. - Herr Brust für die Grünen, bitte.

**Gerhard Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eben haben wir ja schon eine Diskussion um Schandflecke in der Stadt geführt. Umso erfreulicher ist es, dass die Verwaltung jetzt eine Vorlage vorlegen kann, mit der wir erreichen, dass tatsächlich Schandflecke verschwinden. Wir als Grüne haben seit 20 Jahren dafür gekämpft, das Holsystem hier in Köln einzuführen. Damit sind wir bisher immer gescheitert. Wir sind natürlich sehr erfreut, dass uns die beiden großen Fraktionen heute überraschen, indem sie auf diese Verwaltungsvorlage noch eins draufsetzen und jetzt sogar die Innenstadt vorziehen wollen.

Nur die Begründung, das solle aus Anlass der Fußballweltmeisterschaft passieren, wundert uns ein bisschen. Man macht sich doch nicht nur dann schön, wenn Besuch kommt! Die Kölner selber, diejenigen, die in Köln wohnen, wollen schon seit vielen Jahren eine saubere Innenstadt haben. Sie hätten dieses Problem schon früher mit uns lösen können, wenn Sie gewollt hätten. Bisher wurde aber immer gesagt: Ein Holsystem in der Innenstadt geht nicht; das ist viel zu schwierig.

Jetzt kommen Sie unter enormen Zeitdruck. Die AWB werden enorme Anstrengungen machen müssen, um dieses Ziel bis zur Fußballweltmeisterschaft zu erreichen. Ehrlicherweise muss man ja zugeben, dass die Situation in der Innenstadt aufgrund der beengten Verhältnisse schwierig ist. Deshalb wäre es besser gewesen, wir hätten früher damit angefangen.

(Walter Grau [CDU]: Wir haben doch gemeinsam einen Versuch gestartet!)

- Ja. Dieser Versuch hätte aber schon vor zehn oder 20 Jahren laufen können. Sie wissen, dass wir schon früher erhebliche Anstrengungen gemacht haben, um dieses Holsystem einzuführen, und immer wieder gescheitert sind.

Unsere Befürchtung ist, dass jetzt auf die Schnelle die Containerstandplätze abgeschafft werden, ohne dann alternative Möglichkeiten zu schaffen. Wir haben ja das Problem, dass in den Testgebieten in Rodenkirchen und in der Südstadt die Anschlussquote nur bei 60 Prozent liegt. Wenn wir die Containerstandplätze jetzt ganz auflösen, haben also 40 Prozent der Kölner Bürger keine Möglichkeit mehr, Papier und Plastikmüll getrennt abzugeben.

Deswegen haben wir den Ergänzungsantrag gestellt, die Verwaltung zu beauftragen, Vorschläge zur Lösung dieses Problems zu erarbeiten. Wir freuen uns, dass die Große Koalition diesen Änderungsantrag übernommen hat.

Danke schön.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Herr Sterck für die FDP-Fraktion, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben schon häufiger in verschiedenen Antragsvariationen über dieses Thema gesprochen. Die Position unserer Fraktion ist dabei immer die gleiche gewesen: Wegen der damit verbundenen Gebührenerhöhung können wir diesen Umstellungen - leider, sage ich dazu - nicht zustimmen. Die Gebühren für die Kölnerinnen und Kölner sind schon exorbitant hoch. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, diese Gebührenschraube noch etwas fester anzuziehen.

Ich sage deswegen „leider“, weil es sicherlich auch Möglichkeiten gegeben hätte, die Umstellung gebührenneutral zu realisieren. Ich denke daran, dass wir im Zusammenhang mit den Fragen der Privatisierung bzw. Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft über Privatisierungsmodelle und über die Ausschreibung einzelner Bereiche gesprochen haben. Auch hier warten wir noch auf eine Umsetzung.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Außerdem denkt man - auch diese Bemerkung muss sich die Verwaltung gefallen lassen - in anderen Städten schon einen Schritt weiter. Dort bringt man das Ganze nicht weiter auseinander, sondern kommt zu Konzepten, bei denen aller Müll wieder in einer Tonne gesammelt wird. Auf diese Art und Weise erreicht man letztendlich noch bessere Quoten als die vom Kollegen Paul eben angesprochenen.

Von daher schließen wir uns bei diesem Antrag der Kritik des Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins Hanns Schaefer an. Wir werden diesen Antrag hier ablehnen.

Auch den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen werden wir ablehnen. Herr Kollege Fladerer hat gerade dargestellt, welche Situation wir heute an den Containern vorfinden. Container werden ja in der Stadt bleiben müssen; denn zumindest für das Glas haben wir noch keine Alternative. Es kann aber nun wirklich nicht die richtige Antwort auf die hier noch offenen Fragen sein, Herr Kollege Brust, dann, wenn dieser Schritt gemacht werden muss, neue Containerstandorte zu fordern oder einen Anschlusszwang ins Gespräch zu bringen.

Das Ganze ist nicht durchdacht. Von daher werden wir sowohl den Antrag von CDU und SPD als auch den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Frau May für KBB, bitte.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Sterck! Sie haben mir etwas vorweggenommen, nämlich das mit den Gebühren im letzten Dezember. Sie waren diesmal schneller.

(Ralph Sterck [FDP]: Wir sind nicht schneller; wir sind nur größer, Frau Kollegin!)

- Wir werden uns daran messen und mit der Größe irgendwann einmal nachkommen.

Natürlich ist die Gebührenfrage hier ein Dreh- und Angelpunkt. Diese Frage ist immer noch ungeklärt. Leider konnte der Rat in seiner Mehrheit im Dezember 2004 nicht dem Gebührenantrag

des Kölner Bürger-Bündnisses folgen. Damals gab es Zuspruch von der FDP.

Andere Städte können solche Holsysteme fahren. Köln kann das mal wieder nicht. Wenn die Kölner gelbe Tonnen vor der Türe stehen haben, landet natürlich weniger im Mülleimer. Die Kölner produzieren dann also weniger Müll. Das müsste auch „weniger Gebühren“ heißen. Warum sollten sie sonst auch sortieren?

Ich möchte jetzt noch auf Herrn Dr. Paul zu sprechen kommen, der eben von einem Bogen sprach. Das ist aber ein sehr lang gezogener Bogen, der mich mehr an die Brücken in Istanbul oder in San Francisco erinnert; denn bereits vor zehn Jahren haben wir im Umweltausschuss dieses Rates das Holsystem beschlossen. Zehn Jahre hat es jetzt gedauert. Das ist ja schlimmer als in der ehemaligen DDR! Dort hatten sie Fünfjahrespläne. Wir haben hier Zehnjahrespläne. Ich muss sagen: Das lag nicht am Fehlen einer politischen Mehrheit.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** In der DDR hat die Regierung auch nicht so oft gewechselt.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Stimmt; dort hat die Regierung nicht so oft gewechselt. Ich muss das also ein bisschen einschränken. Hier ist ja immer noch alles offen - siehe 22. Mai.

(Josef Müller [CDU]: Jawohl, Frau May!)

- Wollen Sie auch noch etwas sagen, Herr Müller? Dann können Sie gerne nach vorne kommen. Nicht immer nur dazwischen quatschen! Von einem Geschäftsführer erwarte ich ein bisschen mehr.

(Josef Müller [CDU]: Aber nach Ihnen; nicht gleichzeitig!)

Die politische Mehrheit war damals nämlich da. Man wollte das Holsystem einfach nicht, weil man eine Müllverbrennungsanlage einer bestimmten Dimension bauen wollte - nichts anderes. Dabei kam einem das quer, was andere Städte wie München schon längst konnten.

Nun zu dem Antrag selbst: Natürlich begrüßen wir, dass jetzt etwas passiert. Anlass dafür sind aber doch der Weltjugendtag und die Fußballweltmeisterschaft. Sonst käme man gar nicht so schnell in die Pötte; sonst könnten wir noch län-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ger warten. Das ist das Beschämende an dem Ganzen.

Etwas irritiert war ich über den zweiten Satz des Antragstextes, der da lautet:

In die Planung der Einführung sind alle relevanten Organisationen wie z. B. der Mieterverein und der Haus- und Grundbesitzerverein frühzeitig mit einzubeziehen.

Soweit ich weiß, ist Herr Schaefer nicht so glücklich über das Holsystem.

Ich vermisse hier allerdings etwas. Da mache ich den Koalitionären auch einen Vorwurf; denn so etwas darf es eigentlich gar nicht geben.

(Zurufe von CDU und SPD: Oh! - Jochen Ott [SPD]: Das gibt es doch überhaupt nicht!)

- Herr Ott passt auch auf; sehr schön. - Ich muss Ihnen einen Vorwurf machen und fragen: Wo liegt denn die abfallpolitische Kompetenz in der Stadt? Sie liegt doch nicht unbedingt beim Haus- und Grundbesitzerverein. Sie liegt zum Beispiel bei Organisationen wie die Kimm und bei den Umweltverbänden. Die Koalitionäre kommen aber gar nicht darauf, diese Organisationen und Verbände überhaupt einzubinden. Ich finde, der Antrag müsste entsprechend erweitert werden.

(Martin Börschel [SPD]: Frau May, Sie sind im Rat; das reicht! Sie bringen sich ja ein!)

- Vielen Dank. Es wäre aber doch schön, wenn die Koalitionäre ihren Antrag um diese Organisationen und Verbände erweitern würden. Ich weiß natürlich, dass dort nur „z. B.“ steht. Diese Aufzählung ist aber mehr auf das Eigentum oder Nichteigentum bezogen.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Eigentum verpflichtet!)

Ich fände es sehr wichtig - vielleicht können die Koalitionäre einmal diese Haltung zeigen -, an dieser Stelle auch die Organisationen mit einzubeziehen, die sehr viel Wissen auf diesem Gebiet haben. Auf diesen Vorschlag hätte ich von Herrn Börschel oder demjenigen, der sonst dafür zuständig ist, auch gerne eine Antwort.

Wir werden dem Antrag zustimmen; denn besser ein kleiner Schritt für die Kölner, der ein großer Schritt für die Abfallpolitik sein kann, als gar kein Schritt.

(Beifall bei Kölner Bürger-Bündnis)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wie ich sehe, gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

(Petra May [Kölner Bürger-Bündnis]: Ich will aber eine Antwort!)

- Das könnt ihr nachher ausdiskutieren. - Wir kommen zur Abstimmung, meine Damen und Herren. Zuerst lasse ich über die Dringlichkeitsentscheidung abstimmen und anschließend über die beiden Anträge, die hierzu erweiterte Prüfaufträge enthalten.

Zunächst einmal kommen wir also zur Dringlichkeitsentscheidung. Gibt es hier Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu dem Antrag von CDU und SPD mit den hier vorgetragenen Variationen. Ich will sie jetzt nicht noch einmal wiederholen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die FDP. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist das mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Nun kommen wir zu dem Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen. Auch hier frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das ebenfalls mit deutlicher Mehrheit so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Jetzt rufe ich auf

**2.16 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis90/Die Grünen und FDP-Fraktion sowie des Oberbürgermeisters vom 21. April 2005 betreffend „Leitfaden für Ratsmitglieder, Bezirksvertreter, Sachkundige Einwohner und Bürger sowie Oberbürgermeister als Vorsitzender des Rates“  
Ds-Nr. 0616/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke Ihnen allen herzlich; denn dies ist ein ganz wichtiger Schritt für die Politik dieses Rates.

(Beifall bei der FDP)





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Ich denke, dass wir das dann auch entsprechend umsetzen. Vielen Dank.

Nun kommen wir zu

### 3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich rufe die Anfragen wieder einzeln auf, wie wir das gewohnt sind. Wenn Sie Nachfragen haben, melden Sie sich bitte.

Wir beginnen mit

#### 3.1 Anfrage der Fraktion pro Köln vom 5. April 2005 betreffend „Erhebung von Daten im Zusammenhang mit der Gewährung von sozialen Leistungen“ Ds-Nr. 0465/005

Eine Beantwortung liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Danke schön.

Dann rufe ich auf

#### 3.2 Anfrage der Fraktion pro Köln vom 7. April 2005 betreffend „Verkauf von Lebensmitteln in Moscheen“ Ds-Nr. 0486/005

Diese Anfrage ist beantwortet. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Danke schön.

Nun kommen wir zu

#### 3.3 Anfrage der PDS-Gruppe vom 18. April 2005 betreffend „Ausbildungsplätze in der städtischen Verwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben“ Ds-Nr. 0556/005

Gibt es dazu Nachfragen? - Frau Demirel.

**Özlem Demirel (PDS):** Erst einmal möchte ich einen herzlichen Dank an die Verwaltung für diese ausführliche Beantwortung richten.

Dann habe ich noch eine Bitte. In Anlage 1 ist die Zahl der Auszubildenden von 1999 bis 2003 aufgeführt. Wir hätten gerne auch die aktuelleren Zahlen von 2004 und, falls das möglich ist, 2005 - wiederum aufgeschlüsselt nach dem Anteil von Frauen, Behinderten und Migranten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Diese Frage kann ich Ihnen hier natürlich nicht beantworten. Wir nehmen sie auf. Die Antwort werden

wir Ihnen demnächst zukommen lassen. - Damit ist diese Frage so weit beantwortet.

Als Nächstes kommen wir zu

#### 3.4 Anfrage der PDS-Gruppe vom 19. April 2005 betreffend „Bürgermeister-Appell zur Abschaffung von Atomwaffen“ Ds-Nr. 0571/005

Die Antwort liegt schriftlich vor. Gibt es hierzu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf

#### 3.5 Anfrage des Kölner Bürger-Bündnisses vom 22. April 2005 betreffend „Schlüssigkeitgutachten zur Überprüfung der Müllgebühren und der Verbrennungskapazitäten der Müllverbrennungsanlage in Köln-Niehl“ Ds-Nr. 0609/005

Dazu meldet sich Frau Dr. Christiansen von der Verwaltung. Bitte schön.

**Beigeordnete Dr. Ursula Christiansen:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir können diese Frage heute noch nicht beantworten. Sie werden dazu aber für den nächsten Rat eine Beschlussvorlage bekommen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 3.

Nun kommen wir zu

## 5. Ortsrecht

### 5.1 Satzungen

#### 5.1.1 Aufhebung der Werbesatzung Breite Straße in Köln-Altstadt/Nord Ds-Nr. 0422/005

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich diese Aufhebung beschließen. Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

### 5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

#### 5.3.1 Neufassung der Benutzungsordnung für die Volkshochschule



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

### Ds-Nr. 0479/005

In der Schulausschusssitzung am 11. April dieses Jahres ist die Verwaltung gebeten worden, zu prüfen, ob Referendare eine ermäßigte Teilnahme ermöglicht werden kann. In diesem Fall sollte § 6 der Verwaltungsvorlage entsprechend ergänzt werden. Ich möchte hierzu Herrn Beigeordneten Dr. Schulte kurz das Wort geben. Ist eine solche Ergänzung möglich, Herr Dr. Schulte?

**Beigeordneter Dr. Franz-Josef Schulte:** Diese Frage lässt sich eindeutig mit Ja beantworten. Natürlich ist eine solche Ergänzung möglich. Dann müsste man, wie Sie schon angesprochen hatten, in § 6 unter Ziffer 2.2.2 hinter d) einen zusätzlichen Buchstaben einfügen. Hinter „einer Au-pair-Beschäftigung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nachgehen“ müsste dann stehen:

e) Referendare im Vorbereitungsdienst

Sie hatten uns aber nicht nur beauftragt, zu prüfen, wie man einen solchen Wunsch formal umsetzen könnte, sondern auch, noch einmal zu überlegen, ob man dies tun sollte. Und da glaube ich Folgendes: Wenn ich einmal vergleiche, was in den Buchstaben davor steht - Schüler und Schülerinnen, Studenten, Zivildienstleistende, Grundwehrdienstleistende, Au-pair-Beschäftigte und Ähnliches -, komme ich zu dem Schluss, dass die Referendare schon einen anderen - und zwar deutlich besseren - Finanzstatus haben, sodass sie nicht direkt zu diesem Personenkreis passen. Daher schlage ich vor, die Referendare an dieser Stelle nicht aufzunehmen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay. Dann stimmen wir über diese Vorlage ohne Aufnahme der Referendare ab. Gibt es Gegenstimmen? Keine. - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von PDS und Herrn Ludwig mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

### 5.3.2 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 Ladenschlussgesetz für die Genehmigung von Sonderöffnungszeiten für Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen anlässlich besonderer Veranstaltungen Ds-Nr. 0420/005

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP vor.

Bevor ich Herrn Detjen, der sich gemeldet hat, das Wort erteile, gebe ich Herrn Mendorf von der FDP Gelegenheit, etwas zum Änderungsantrag seiner Fraktion zu sagen. Bitte schön.

**Marco Mendorf (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Meinst du mich, Herr Kollege?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel muntert jetzt auf.

**Marco Mendorf (FDP):** Ja, hier kommt Stimmung in die Hütte - insbesondere deshalb, weil wir heute ja nicht zum ersten Mal -

(Martin Börschel [SPD]: Wenn du nicht reden würdest, könnten wir jetzt einkaufen! - Heiterkeit)

- Leider nicht; nur am Bahnhof und an der Tankstelle. - Es kann ja sein, dass ich den einen oder anderen hier mit diesem Thema ein bisschen nerve.

(Demonstrativer Beifall bei CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, diejenigen, die jetzt hier klatschen, sollen Folgendes wissen: Das mache ganz bewusst; denn diese Sache ist es uns wirklich wert, diskutiert zu werden.

(Jochen Ott [SPD]: Aber nicht um 20 Minuten vor elf!)

Als wir den Antrag gestellt haben, hat mir mein lieber Kollege Herbert Gey in der Ratssitzung den Eindruck vermittelt, dass wir hier zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Wir wollen etwas machen; wir wollen etwas bewegen. Bei ihm sind wir offene Ladentüren ingerannt. Wir haben ja - natürlich mit Ausnahmen - eine offene Debatte. Es wurde deutlich, dass die Kölner, die hier Verantwortung haben - die Ratspolitiker, der Oberbürgermeister -, mehr dafür tun möchten. Uns geht es darum, die gesetzlichen Möglichkeiten, die die Stadt hat, im breitesten Sinne auszunutzen und sie für diese Stadt zu nutzen.

Wir dürfen an vier Sonntagen öffnen. Dann sollten wir diese vier Sonntage auch nutzen, meinen wir. Die Konsensrunde hat sich auf drei Tage geeinigt. Das halten wir für zu wenig.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Nach dieser Debatte sind wir in den Wirtschaftsausschuss verwiesen wurden. Dort wurde von Herrn Gey letztendlich gesagt, die CDU ziehe sich aus der politischen Debatte zurück. Das fand ich relativ schwach von der CDU; denn jemand, der sich aus der politischen Debatte zurückzieht, sagt damit ja: Wir haben keine Meinung mehr; wir lassen das einfach so laufen.

Ich halte es für nicht angemessen, erst im Rat offen zu diskutieren, das Ganze dann in den Wirtschaftsausschuss zurückzuverweisen und das Anliegen der FDP dort einfach mit einem Wisch abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen sind wir noch einmal hierher zurückgekommen. Wir möchten Sie bitten, doch auch einmal über Ihre Rolle nachzudenken, die Sie hier in dieser Stadt haben. Die Wirtschaft, der Einzelhandel, die Bürger und unsere potenziellen Gäste wollen ein klares Zeichen haben. Sie brauchen einen klaren Kurs.

(Martin Börschel [SPD]: Peer Steinbrück! Klarer Kurs!)

Wie wollen wir uns hier in Köln eigentlich verhalten? Wollen wir uns regressiv verhalten? Wollen wir uns möglichst stille verhalten, was das Nutzen unserer Rechte angeht? Oder wollen wir offen sein für Öffnungszeiten? - Wir wollen offen sein für Öffnungszeiten und alles nutzen, was uns als Stadt zur Verfügung steht!

(Beifall bei der FDP)

Daher wollen wir die rechtlichen Grundlagen auch ausnutzen und auf vier Sonntage gehen. Das beantragen wir hier mit unserem Änderungsantrag. Damit sagen wir: Der Confederations Cup ist das fußballerische Vorspiel zur Weltmeisterschaft. So wird es verstanden; so wird es genutzt. Meine Damen und Herren, die Landesregierung sagt ja auch ganz gezielt: Die Weltmeisterschaft nutzen wir, um das Ladenschutzgesetz auszuhebeln.

Ich kann Sie beruhigen - der 22. Mai ist ja angesprochen worden -: Das werden wir genauso sehen, wenn wir in die Landesregierung kommen. - Das spielt aber auch gar keine Rolle.

(Beifall bei der FDP - Zuruf)

- Das ist ja wunderbar. Dann haben wir eine Mehrheit.

Wenn die Fußballweltmeisterschaft genutzt werden soll, um das Ladenschlussgesetz gänzlich auszusetzen, was vernünftig ist, dann sollten wir beim Confederations Cup schon einmal zeigen, dass wir das können. Wenn der Confederations Cup ein Vorspiel bzw. eine Generalprobe ist, dann gilt das auch in Bezug auf die Ladenschlusszeiten. Deswegen sollten wir auch den zweiten Sonntag öffnen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das Vorspiel ist immer das Schönste!)

- Ja, das Vorspiel ist wunderbar.

Meine Damen und Herren, vier Punkte wollen wir noch bei Ihnen bewirken. Entschuldigung; aber den Weltjugendtag haben wir uns kaputt machen lassen, und zum Teil sind Sie mit dafür verantwortlich. Schließlich wäre es ja Konsens gewesen, beim Weltjugendtag am Sonntag zu öffnen - hätten sich nicht einige von Ihnen von Gewerkschaften und Kirchen vor den Karren spannen lassen. Meine Damen und Herren, wenn wir hier über Wirtschaft reden, muss ich sagen: Die Gewerkschaften sind derzeit die Totengräber unserer Wirtschaft.

(Jochen Ott [SPD]: Böse Propaganda! - Weitere Zurufe von der SPD)

- So ist es, meine lieben Freunde. Die Gewerkschaften in Köln drohen Streik an, wenn es darum geht, beim Weltjugendtag bis 24 Uhr und am Sonntag zu öffnen. Das finde ich absolut schändlich.

(Beifall bei der FDP)

Politisch sind wir doch der Meinung: mehr Offenheit für Öffnungszeiten. Da ist es in der Tat schändlich, dass sich die Gewerkschaften so massiv dagegenstellen.

(Jochen Ott [SPD]: Die wollen mehr als Konsum!)

- Frag deine Leute und frag die Gäste: Wollt ihr offene Läden in Köln haben? - Wenn die ganzen Leute im Marienfeld sind, halten sich auch hier in Köln unglaublich viele Menschen auf. Wenn man ihnen sagt, dass wir eine saubere Stadt wollen, ist das ja wunderbar. Aber eine saubere Stadt mit geschlossenen Läden? Dann können wir uns letztendlich auch die saubere Stadt sparen, liebe Freunde.

(Widerspruch bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf)



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

- Richtig; dann haben die Leute auch nichts zum Wegschmeißen.

Meine Redezeit ist schon zu Ende. Herr Oberbürgermeister, lassen Sie es uns ganz locker angehen. Wir sind ja mit dem Oberbürgermeister einer Meinung. Wir sollten alles daran setzen, hier voranzukommen. Dafür sollte der Rat auch einmal ein Zeichen setzen. Der Rat muss politisch sagen, wohin es geht. Der Oberbürgermeister braucht für die Gespräche mit der Landesregierung und dem Regierungspräsidenten einen starken Rücken. Diesen starken Rücken sollten wir ihm geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Gey hat sich noch zu Wort gemeldet. Zuerst ist aber Herr Detjen an der Reihe.

**Jörg Detjen (PDS):** Ich halte keine Ladenschlussrede, sondern will lediglich Folgendes sagen: Herr Mendorf, Sie haben nur ein Problem. Ihr Vorspiel findet nämlich am Samstag statt und nicht am Sonntag. Ich verfolge die Ladenschlussdebatte schon seit Jahren. Es tut mir Leid, Herr Kämmerer; das ist mir bisher aber nicht aufgefallen. Gestern hat mich die Gewerkschaft ver.di angerufen und darauf hingewiesen - -

(Andreas Köhler [CDU]: Wer denn genau? Wer hat denn angerufen? Oder haben Sie angerufen?)

- Nicht die ganze Gewerkschaft, aber ein Funktionär. Herr Kollege Petri hat mich angerufen, um auch den Namen zu nennen, und mich darauf hingewiesen, dass beim Conferations Cup das Fußballspiel am Samstag stattfindet, die Öffnung aber für Sonntag beabsichtigt ist. Das verstößt im Prinzip gegen die Konsensregelung, weil darin geregelt ist - Zitat -:

Die Veranstaltung muss nach § 69 Gewerbeordnung auch an dem Tag festgesetzt sein, ...

Auf diesen Vorgang wollte ich noch einmal hinweisen. Deswegen ist der zweite Samstag - in Klammern: Sonntag -, den Sie beantragen, insofern völlig widersinnig.

Eine weitere Information: Bezüglich der Öffnungszeiten bis 24 Uhr wird in der nächsten Woche ein Termin beim Regierungspräsidenten stattfinden. Wir wollen einmal sehen, was dabei herauskommt. Deswegen brauchen wir hier keine Resolution zu verabschieden.

Rechtlich ist das Ganze aber schon eine problematische Sache, Herr Kämmerer.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt ist Herr Gey an der Reihe.

**Herbert Gey (CDU):** Wenn ich jetzt schon zusammen mit Herrn Detjen ans Mikrofon gegangen bin, dann haben wir auch drei Dinge gemeinsam, nämlich drei Punkte.

Herr Mendorf, wenn Sie häufig fragen: „Was wollt ihr?“, dann könnte es passieren, dass irgendjemand Ihnen zuruft: „Wir wollen Maoam!“ Das ist auch nicht zielführend. Man darf also nicht immer nur fragen: „Was wollt ihr?“, sondern muss gelegentlich auch einmal eine Entscheidung treffen.

Wir haben in der Konsensrunde eine Entscheidung getroffen. Konsens ist das Finden eines Kompromisses. In der Konsensrunde sind wir wirklich sehr übereinstimmend zu einem Ergebnis gekommen. Daran sollten wir uns auch halten.

Im Wirtschaftsausschuss haben wir diesen Antrag am 28. Februar 2005 behandelt und gesagt: Wir machen es nach dem Motto „bis 22 Uhr“. Eigentlich haben wir mehr angeboten. Die Interessengemeinschaften, der Einzelhandel und alle sonstigen Institutionen wollten gar nicht mehr.

Was die Fußball-WM anbelangt, haben wir ganz klar gesagt: Wir wollen den Weltjugendtag nutzen, um die dabei gemachten Erfahrungen dann für die Weltmeisterschaft anzuwenden.

Ich denke, das war ein gutes Ergebnis. Wir würden uns diesem Ergebnis weiterhin anschließen. Wir würden also so wie der Wirtschaftsausschuss zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Noch einmal Herr Mendorf, bitte.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Marco Mendorf (FDP):** Tut mir Leid, Herr Oberbürgermeister. Ich muss Herrn Gey doch noch eine Frage stellen.

(Jochen Ott [SPD]: Musst du morgen eigentlich nicht arbeiten?)

Herr Gey, erinnern Sie sich an die von Ihnen geleitete Ausschusssitzung, bei der ein Mitglied des Einzelhandelsverbandes Ihrer Äußerung, dass der Einzelhandel gar nicht mehr wolle, als bis 22 Uhr zu öffnen, widersprochen und gesagt hat: „Wir haben einen Antrag für Öffnungszeiten bis 24 Uhr gestellt“? Ich denke, dass Sie sich daran erinnern.

Sie merken also: Diejenigen, die hier in Köln ihre Läden öffnen wollen, wollen bis 24 Uhr öffnen. Das sollten wir auch unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nach meiner Kenntnis ist im Wirtschaftsausschuss nichts anderes beschlossen worden als das, was in der Vorlage steht. Das heißt, dass der Konsens noch einmal bestätigt worden ist. Insofern steht das jetzt auch zur Abstimmung, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwaltungsvorlage steht zur Abstimmung, sonst nichts!)

- Die Verwaltungsvorlage, ja. - Ich lasse jetzt erst über die Vorlage und dann über die Ergänzung der FDP abstimmen.

Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind sehr viele. Ich mache es besser umgekehrt; dann ist es einfacher aus-zuzählen. Gegenstimmen? - Gegen die PDS und Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist die Vorlage mit der überwie-genden Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zum Ergänzungsantrag der FDP. Da machen wir es anders herum. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und eine Hälfte des KBB. Enthaltungen? - Keine. Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zu Punkt

### 6. Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2005

#### Ds-Nr. 0513/005

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so zur Kenntnis ge-nommen.

Unter Punkt

#### 7. Überplanmäßige Ausgaben

muss eine Ausgabe genehmigt werden, nämlich

##### 7.1 Hpl.-UA. 5610, Reinigungskosten und Fahrzeughaltung, Haushaltsjahr 2004 Ds-Nr. 0404/005

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

#### 8. Außerplanmäßige Ausgaben

##### 8.1 Hpl.-UA. 7500, Bestattungswesen, DV-Friedhofsprogramm, Haushaltsjahr 2005 Ds-Nr. 0443/005

Will jemand etwas dazu sagen? - Herr Schöppe.

**Bernd Schöppe (pro Köln):** Natürlich sehe ich die Notwendigkeit, wenn dieses Programm sol-che Mängel hat. Es ist ja auch schon recht alt. Nun frage ich mich aber zwei Dinge. Erstens: Wenn dieser Missstand schon so lange ansteht, wieso haben wir ihn dann erst jetzt auf der Tä-gesordnung? Zweitens: Muss das Programm denn unbedingt 175.000 Euro kosten? Ich finde das äußerst teuer. Deswegen werden wir dage-gen stimmen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** In Ord-nung. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegenstim-men gibt es, wie gerade angekündigt, von PK. Herr Ludwig ist ebenfalls dagegen. Enthaltun-gen? - Keine. Dann ist das mit deutlicher Mehr-heit so beschlossen.

Wir kommen zu

#### 9. Allgemeine Vorlagen

##### 9.1 Kölner Sportstätten GmbH Betriebskostenzuschuss 2005 Ds-Nr. 0236/005



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Grünen und Herr Ludwig.

Ich rufe auf

### 9.3 Bestandssichernde Maßnahmen für das große Tropenhaus des Botanischen Gartens Ds-Nr. 0360/005

Wortmeldungen sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Also machen wir das so.

Wir kommen nun zu

### 9.4 Betriebsgesellschaft Gründer- und Innovationszentrum Köln (GIZ) mbH Betriebskostenzuschuss 2005 und Umfirmierung der Gesellschaft Ds-Nr. 0409/005

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf

### 9.6 Verteilung der Mittel zur Förderung der Interkulturellen Zentren 2005 Ds-Nr. 0438/005

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Wilden, bitte schön.

**Regina Wilden** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie werden gleich der finanziellen Förderung von diversen Gruppen und Vereinen zustimmen. Unter diesen interkulturellen Zentren und Vereinen sind ein paar, die man sich einmal etwas genauer anschauen sollte. Bei einem von ihnen habe ich das ein bisschen gründlicher gemacht.

Ich möchte daher jetzt etwas zum Kölner Appell gegen Rassismus e. V. sagen. Dieser Verein soll wie in den Vorjahren wieder gefördert werden.

Bis zum Frühjahr 2004 gehörte dem Vorstand des Vereins Kölner Appell gegen Rassismus der RAF-Terrorist Klaus Jünschke an. Jünschke wurde 1977 im Baader-Meinhof-Prozess wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt und durch Fürsprache der grünen Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer im Jahr 1988 begnadigt.

(Michael Kellner [PDS]: Er hat seine Strafe abgesessen! Er ist auch kein Terrorist mehr!)

- Ja, beruhigen Sie sich. Ich darf aber doch informieren - Ihre Erlaubnis vorausgesetzt.

Die Lebensgefährtin von Jünschke ist Christiane Ensslin, die Schwester der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin.

(Jochen Ott [SPD]: Sippenhaft? Oder was?)

- Zu Ihrem Zwischenruf sage ich gleich noch etwas. Christiane Ensslin ist Vorstandsmitglied im Kölner Appell gegen Rassismus e. V.

Jetzt wird es Realsatire. Jetzt komme ich auch zu Herrn Helling; das habe ich ihm vorhin ja schon angekündigt. Jünschke wurde vom Rat der Stadt Köln in der letzten Ratsperiode als Vertreter der Grünen in den Beirat der Justizvollzugsanstalt Ossendorf geschickt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist es denn wahr?)

- Ja, das ist wahr.

(Zurufe)

- Beruhigen Sie sich, meine Herren. Sonst muss ich einen Moment schweigen, bis Ruhe eingekehrt ist. Das geht nicht von meiner Zeit ab.

(Lachen bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es wäre aber hilfreich, wenn Sie jetzt auf den Antrag zu sprechen kämen. Dann kämen wir vielleicht auch schneller zu einem Ergebnis.

**Regina Wilden** (pro Köln): Ich spreche zum Antrag. Ich informiere Sie darüber, wofür Sie gleich Geld ausgeben.

Herr Helling versteht sich gut mit Herrn Jünschke. Sie haben manchmal gemeinsame politische Forderungen, zum Beispiel nach dezentraler Unterbringung. Das war eine Forderung der Grünen in der vorigen Ratsperiode für die Koalition. Das ist dann auch ein bisschen teuer geworden, unter anderem für das vorzeitig leer geräumte Schiff. Dadurch ist auch ein kleines Loch im Haushalt entstanden.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Juli 2001 hat Herr Blömer - der hier im Hause gut bekannt ist - erklärt, dass sich auch der linke Extremismus organisiere und die Gesellschaft bedrohe. Gewalt und politischer Extremismus dürften nicht nur im rechten Spektrum bekämpft werden. Besonders beunruhigend sei, dass die PDS in Westdeutschland strategische Bündnisse mit linksextremen und zum Teil gewaltbereiten Gruppen eingehe. Richard Blömer hat damals von Oberbürgermeister Schramma gefordert, mit der von der Stadt Köln bereitgestellten Summe zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gleichermaßen auch den Linksextremismus zu bekämpfen.

Aber wo sind wir gelandet? Der Rat der Stadt Köln stellt Geld zur Förderung von politischen Ideen von kriminellen Linksextremisten zur Verfügung!

(Zuruf von der SPD: Er hat seine Strafe abgesehen!)

- Er hat seine Strafe abgesehen. Ich darf Sie aber doch darüber informieren, mit wem Sie hier Bündnisse eingehen und wer hier Erklärungen verfasst, die dann von allen Altparteien, die sich demokratisch nennen, mit unterschrieben werden.

Ich muss Ihnen noch etwas sagen.

(Josef Müller [CDU]: Bitte nicht! - Weitere Zurufe)

- Ruhe bitte! Ich habe nicht bemerkt, dass Sie eben so auf die Uhr getickt haben, als die anderen hier in epischer Breite gesprochen haben.

Der Herr Oberbürgermeister hat vorhin gemeint, wir würden durch die Zeitungsartikel in meiner Lieblingszeitung - das darf ich noch einmal sagen - enttarnt. Vielleicht haben Sie sich auch anders ausgedrückt, Herr Oberbürgermeister.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Sie sind schon enttarnt worden.

**Regina Wilden** (pro Köln): Wir sind enttarnt worden? Bei uns gibt es nichts zu enttarnen! Ich weise diese Behauptung entschieden zurück. Wenn Sie meinen, es gäbe etwas zu enttarnen und irgendetwas in diesen Zeitungsartikeln würde der Wahrheit entsprechen, dann biete ich Ihnen Auskunft und eine Diskussion darüber an.

Ich muss ganz klar Folgendes sagen: Hier zeigen Leute mit schmutzigen Fingern auf uns saubere Leute. In unseren Reihen, im ganzen Verein pro Köln, findet sich keine einzige Person, die vorbestraft ist.

(Zuruf: Natürlich!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das bezieht sich jetzt aber wirklich nicht mehr auf das Thema.

**Regina Wilden** (pro Köln): Wenn Sie „natürlich“ sagen, dann bitte ich Sie, den Namen zu nennen

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Abschalten! Sie redet doch nicht zur Sache!)

und zu Ihrer Aussage auch einen Fakt zu bringen. Ich räume Ihnen gerne Platz und --

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein, Ihre Redezeit ist jetzt längstens überschritten. Sie reden auch nicht mehr zum Antrag. Wenn Sie jetzt weiterreden, muss ich Ihnen den Strom abstellen.

**Regina Wilden** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, Sie dürfen mir gerne den Strom absperren.

(Oberbürgermeister Fritz Schramma schaltet das Mikrophon am Rednerpult aus - Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wie Sie sehen, nehme ich Sie beim Wort.

**Regina Wilden** (pro Köln): Sagen Sie nicht, Sie hätten es nicht gewusst.

Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Dr. Lemper, möchten Sie das Wort zu diesem Punkt ergreifen?

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Nein!)



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Möchte sonst jemand etwas dazu sagen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir über Tagesordnungspunkt 9.6 ab. Gibt es Gegenstimmen? - PK stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe auf

### **9.7 Feststellung der Gültigkeit der Kommunalwahl am 26. September 2004 Wahl des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln Ds-Nr. 0020/005**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP und des Kölner Bürger-Bündnis einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

### **9.8 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaues (inkl. Ersatz der vorhandenen Fertigbaueinheiten) für die Gemeinschaftsgrundschule Kölner Straße 37 (GGS), 50859 Köln-Lövenich Ds-Nr. 0379/005**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Nein. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

### **9.9 Abfallwirtschaftskonzept 2005 Ds-Nr. 0386/005**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Frau May, bitte schön.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Dieses Abfallwirtschaftskonzept ist das erste Abfallwirtschaftskonzept, das ich gelesen habe. Es ist ganz interessant; denn es setzt sich aus drei Dingen zusammen: erstens dem, was man „späte Erkenntnis“ nennen kann, zweitens wiederum falschen Schlüssen und drittens fehlenden Umsetzungen. Ich habe das Ganze nach Seiten geordnet.

Zum Thema „späte Erkenntnis“: Auf Seite 2 finden sich Aussagen wie zum Beispiel: Sinnvolle und wirtschaftliche ökologische Lösungen gibt es nur mit Kooperationen. - Das habe ich schon vor zehn Jahren eingefordert. Inzwischen denkt man darüber nach.

Auf Seite 5 heißt es: Die Refinanzierung kommunaler Entsorgungsanlagen wird immer schwieriger. - Auch das ist eine späte Erkenntnis, zu der man kommt, nachdem man hier eine zu groß gebaute Anlage stehen hat.

Auf Seite 6 folgt die nächste späte Erkenntnis: Die in diesem Abfallwirtschaftskonzept getroffenen Prognosen stehen unter Vorbehalt. - Sehr richtig! Da kann man nur sagen: Sehr richtig.

Das Müllaufkommen ist von 1999 bis 2003 insgesamt gesunken. Leider ist die Recyclingquote auch gesunken. Durch das Holsystem wird sich das jetzt aber ändern. Außerdem fehlen Angaben zu den Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen. Das muss an diesem Punkt einmal gesagt werden. Rechnerisch sind 800 000 t möglich. Verbrannt worden sind immerhin 700 000 t. Das macht mich eigentlich stutzig; denn wir haben hier in Köln ständig rückläufige Müllmengen. Eine Prognose für das Jahr 2005 spricht von nur noch 373 000 t Hausmüll. Diese Prognose ist viel zu hoch angesetzt, weil sie noch nicht das Holsystem berücksichtigt.

Damit bin ich wieder beim Gebührensystem angelangt. Trotz sinkender Müllmengen gibt es nichts in diesem Abfallwirtschaftskonzept - und da bin ich bei der fehlenden Umsetzung -, was irgendwie noch finanzielle Anreize nach dem Landesabfallwirtschaftsgesetz aufnimmt. - Das ist der erste Punkt zur fehlenden Umsetzung.

Zweitens. In dem Konzept fehlen Ansätze. Es fehlen wegweisende Punkte. In Köln gibt es immer noch keine Recyclinghöfe. Die Abfallbüros sind geschlossen worden.

Drittens. Von pädagogischen Maßnahmen kann man einfach nicht sprechen, was die Abfallwirtschaft betrifft. Ein Tag „Kölle putzmunter“ reicht einfach nicht aus. Das ist sehr schön. Es müssten aber auch andere Maßnahmen durchgeführt werden.

Viertens. Die Kölner Abfallwirtschaft mit diesem Abfallwirtschaftskonzept ist immer noch mehr als anlageintensiv. An dieser Müllverbrennungsanlage werden wir lange zahlen.

Fünftens. Abfallpolitische Kompetenzen Dritter finden sich nicht wieder. Sie sind auch nicht integriert. Ich nenne hier nur das gemeinnützige Möbellager, das im Kölner Norden arbeitet und einen Teil des Sperrmülls aufarbeitet. Darüber findet sich überhaupt kein Wort.

Summa summarum fehlen hier - ich sage das noch einmal - Konsequenzen für das Gebühren-





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

system. Andere Städte sind da weiter. München habe ich schon erwähnt. Dort bekommt man das hin, obwohl München ein paar Einwohner mehr hat als Köln. In einer der letzten Ausgaben der „Süddeutschen Zeitung“ hat München deswegen ein großes Lob bekommen.

Davon ist Köln noch weit entfernt. Köln ist abfallpolitisch immer noch ein Schlusslicht. Köln wird abfallpolitisch auch ein Schlusslicht bleiben. Im Hintergrund steht auch, dass man das Holsystem jahrelang bewusst blockiert hat.

In diesem Abfallwirtschaftskonzept ist kein Fortschritt zu sehen. Hier sind noch nicht einmal kleine Schritte festzustellen. Dieses Abfallwirtschaftskonzept ist eigentlich ein Rückschritt gegenüber dem, was wir in den vergangenen Jahren hatten. Deswegen wird das Kölner Bürger-Bündnis gegen dieses Abfallwirtschaftskonzept stimmen.

Und seien Sie sicher, auch wenn Sie jetzt nicht zugehört haben, weil Sie es beim Thema „Müll und Müllverbrennungsanlage“ mal wieder nicht nötig haben: Die Presse landauf, landab, von Kiel bis München, sieht das anders. Sie hat Köln auch schon oft genug ein schlechtes Prädikat dafür gegeben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Das sind, wie schon angekündigt, das Kölner Bürger-Bündnis, die Grünen, die FDP und Herr Ludwig. Enthaltungen? - Bei PDS und PK. Der Rest ist dafür. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf

### **9.10 Errichtung einer Schule für Kranke am Städtischen Krankenhaus Holweide Ds-Nr. 0391/005**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von KBB einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

### **9.11 Stiftung Johann-Heinrich Claren Neuordnung durch 2. Nachtrag zur Stiftungsurkunde vom 26. November 1855 Ds-Nr. 0408/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.12 ist zurückgestellt.

Damit rufe ich auf

### **9.13 Verlegung der Opladener Straße in Köln-Deutz Ds-Nr. 0458/005**

Hier geht es um eine Abstimmung wie StEA. Das ist Anlage 5. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Grünen. Enthaltungen? - Beim Kölner Bürger-Bündnis. Mit dem Rest der Stimmen ist es so beschlossen.

Wir kommen zu

### **9.14 Umsetzung der Maßnahme Opladener Straße - Hpl.-UA. 6300 Gemeindestraßen, T Opladener Straße, Verlegung im Haushaltsjahr 2005 Ds-Nr. 0383/005**

Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Grünen. Enthaltungen? - Beim Kölner Bürger-Bündnis. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe auf

### **9.15 Abschluss eines gegenseitigen Leihvertrages über die Gemälde „Geburtstagsbild für Charlotte“ (Bestand WRM/FC) und „Das Paradies“ (Besitz und Eigentum von Ernest Herman), beide von Lovis Corinth Ds-Nr. 0484/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommt

### **9.16 Kliniken der Stadt Köln gGmbH Bestellung und Anstellung des kaufmännischen Geschäftsführers Ds-Nr. 0543/005**

Hierzu gibt es einen Änderungsantrag von CDU und SPD.

Außerdem liegt ein Verweisungsantrag der Grünen vor. Sie wollen diese Vorlage in den Finanzausschuss schicken.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Damen und Herren! Ich weiß, dass die Zeit sehr fortgeschritten ist. Es sind auch schon viele Reden gehalten worden. Sicherlich hätte man auf manche verzichten können. Hier sind wir aber bei einem Tagesordnungspunkt angekommen, nämlich der Bestellung und Anstellung des kaufmännischen Geschäftsführers der Kliniken, bei dem man sich doch noch einige Minuten konzentrieren sollte und mit dem man sich einmal genau auseinandersetzen sollte - insbesondere, nachdem nun der Änderungsantrag von CDU und SPD bekannt ist.

Die Kliniken der Stadt Köln befinden sich in einer dramatischen wirtschaftlichen Lage. Die Eckdaten sind Ihnen allen bekannt. Niemand kann später sagen, er habe das nicht gewusst. Sie wissen, dass eine der Kernaussagen ist, dass sich das Defizit der Kliniken bis 2009 auf 60 Millionen Euro aufkumuliert. Das ist eine dramatische Zahl - insbesondere, weil wir hundertprozentiger Anteilseigner dieser Klinik sind. In diesem Falle ist es nämlich wie folgt: Wenn die Verlustvorträge nicht mehr weiter nach vorne vorgetragen werden können, dann muss der Eigentümer dafür aufkommen. Ich muss Ihnen sicherlich nicht erklären, dass ein Verlustausgleich dieser Höhe unrealistisch ist.

Jetzt wird man natürlich fragen: Wo sind die Gegenmaßnahmen? - Das haben wir uns auch schon die ganze Zeit gefragt; denn diese Entwicklung ist ja nicht neu. Gegenmaßnahmen gibt es nicht. Von der Geschäftsführung sind auch keine solchen Maßnahmen vorgeschlagen worden. Im Gegenteil: Es wird immer und immer wieder auf Masterpläne vertröstet, auf entsprechende Möglichkeiten, die Kliniken wettbewerbsfähig zu machen. Ab und an wird davon gesprochen, Vermögen zu verzehren und Grundstücke zu verkaufen.

Sie wissen, dass ein strukturelles Defizit nicht durch Vermögensverzehr zu heilen ist. Kurz und gut: Die Situation ist so akut, dass es jetzt sogar so weit gekommen ist, dass sich Beschäftigte in größerem Maße dazu äußern und dass sich die Zeitungen damit befassen. Es ist insgesamt keine gute Situation für die Stadt, wenn eines ihrer wichtigsten kommunalen Unternehmen in eine solche Schieflage gerät, dass über dieses Unternehmen schlecht gesprochen wird.

Hier beschäftigen uns aber nun einmal Fakten und nicht Vermutungen. Insofern ist eine Situation eingetreten, in der wir uns fragen müssen: Was soll im Augenblick eine Vorlage der Ver-

waltung, bei der das Wichtigste ist, dafür Sorge zu tragen, dass der amtierende Geschäftsführer seinen Vertrag um fünf Jahre verlängert bekommt? Das muss man sich fragen. Zusätzlich muss man sich fragen, warum dies von zwei großen Fraktionen im Rat getragen wird.

In einer solchen Situation ist es doch völlig fehl am Platz, über die Verlängerung eines Geschäftsführervertrages um fünf Jahre zu reden und dafür vorbereitende Beschlüsse zu fassen. Es besteht auch keine Not; denn der derzeitige Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 2005, wie Sie auch der Vorlage entnehmen können.

Es steht in mehrfacher Hinsicht infrage, ob der amtierende Geschäftsführer überhaupt in der Lage ist, in dieser schwierigen Situation die Kliniken wettbewerbsfähig zu machen und sie den neuen gesetzlichen Vorgaben der Krankenhausfinanzierung entsprechend umzustrukturieren. Bis jetzt haben wir nur eine formale Voraussetzung, nämlich die Umwandlung in eine gGmbH, die wir bekanntlich unterstützt und auch vorangetrieben haben. Bisher haben wir aber keinen sinnvollen Hinweis, wie sich die Kliniken wirtschaftlich neu positionieren können.

In einer solchen Situation muss unseres Erachtens im Vordergrund stehen, dass man sich mit der wirtschaftlichen Situation der Klinik auseinandersetzt und ein Konzept erstellt. Wenn wir dieses Konzept haben, dann kann man über die anderen Dinge reden. Das bedeutet für uns Folgendes: Es ist heute völlig fehl am Platz, eine Beschlussfassung vorzunehmen, die den Gesellschaftervertreter beauftragt, den Anstellungsvertrag um fünf Jahre zu verlängern und die Konditionen zu verhandeln.

Die Situation ist folgende: Wenn es so weitergeht wie bisher, wird ein Punkt erreicht werden, an dem die Kliniken zum Spielball werden - zum Spielball für materielle Privatisierung. Dann tritt nämlich die Situation ein, dass die Stadt unter Umständen nichts mehr retten kann. In diesem Fall treten die Aufkäufer auf den Plan. Die Aufkäufer werden sagen: Wir werden euch diese Last abnehmen, wenn sie materiell privatisiert ist.

Das ist auch die Sorge vieler Beschäftigter der Klinik und die Sorge vieler, die sich damit befassen. Deshalb ist es so wichtig, dass der kommunale Einfluss erhalten bleibt. Ferner ist wichtig, dass wir eine wettbewerbsfähige Klinik haben, die ihren Versorgungsauftrag erfüllt.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Nun zu dem Beschlusstext: Der Beschlusstext beinhaltet, dass der Rat den Gesellschaftervertreter beauftragt, mit dem Geschäftsführer die Anstellungsmodalitäten zu beschließen, und den Aufsichtsratsvorsitzenden ermächtigt, einen Vertrag abzuschließen. Der Antrag ist so gehalten, dass der Rat dann, wenn er ihn heute beschließt, seine Kompetenz und die Möglichkeit des Eingreifens völlig aus der Hand gibt. Er delegiert es weg, und zwar an den Gesellschaftervertreter und den Aufsichtsratsvorsitzenden. Der Rat hat dann nicht das letzte Wort über diese Entscheidung. Wenn der Rat Glück hat, wird es allenfalls eine Mitteilung im Finanzausschuss geben.

Dies wird auch nicht durch den Änderungsantrag geheilt, der heute auf den Tisch flatterte und in dem es heißt, es müsse noch einmal über den Masterplan gesprochen werden. Ich weiß, dass die Kollegen der SPD damit sicherlich auch große Schwierigkeiten haben. Wenn man tatsächlich das Heft in der Hand behalten will, dann ist es am besten, diesen Antrag erst gar nicht zu beschließen. Das ist das Beste. Ansonsten nährt sich hier der Verdacht, dass diese Sache eher Spielball der personalpolitischen Interessen der Koalition wird. Offenbar ist hier gedealt worden. Dieser Verdacht drängt sich auf.

Die Kliniken können meines Erachtens aber nicht - und das kann die SPD auch nicht wollen - auf dem Altar von Personal- und Machtinteressen geopfert werden, zum Beispiel für einen Wirtschaftsdezernenten. Das kann nicht sein. Das kritisiere ich hier.

Ich fordere Sie deshalb auf, dass diese Vorlage zumindest in den Finanzausschuss zurückverwiesen wird oder - das wäre am besten - dass der Oberbürgermeister diese Vorlage zurückzieht und wir uns erst einmal um das kümmern, um das es wirklich geht, nämlich das wirtschaftliche Wohl der Kliniken.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich sage gleich noch etwas dazu. Erst einmal liegen aber noch Wortmeldungen vor. Zuerst hat sich Herr Ludwig gemeldet.

**Claus Ludwig** (Gemeinsam gegen Sozialraub): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute vorschlagen, Herrn Hecker zum Geschäftsführer zu bestellen, wird das die Beschäftigten der Städtischen Kliniken nicht gerade begeistern und motivieren. Es gibt sehr viel

Kritik an seinem Führungsstil. Einige Dinge wurden eben schon von Herrn Frank angesprochen.

Herr Gey hat gesagt, es sei doch gar nicht sicher, dass es bei den Verhandlungen um ein höheres Gehalt gehen werde. Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Gey! Alle Spatzen pfeifen von den Dächern, dass Herr Hecker natürlich um ein höheres Gehalt als Geschäftsführer der Kliniken pokert. Noch höher dotierte Spitzenfunktionäre können die Kliniken bei der Situation, der sie sich gegenübersehen, nun wirklich nicht gebrauchen.

(Zuruf von der CDU: Gute Leistung, gutes Geld! - Barbara Moritz [Bündnis 90/

Die Grünen]: Aber ist die Leistung gut?)

- Das werden wir sehen. - Herr Hecker ist natürlich nicht alleine für die steigenden --

(Unruhe)

- Können Sie Ihre Unterhaltungen auf später verschieben? - Herr Hecker ist natürlich nicht alleine für die steigenden Defizite im Klinikbereich verantwortlich. Das Ganze hängt mit dem veränderten Abrechnungssystem bei den Kliniken und mit der Einführung der DRGs zusammen, die dazu führen, dass im gesamten Gesundheitswesen ein großer Kostendruck entsteht, und die eine weitere Vermarktung und Profitorientierung des Gesundheitswesens bedingen.

Nach den Erfahrungen, die es bisher mit Herrn Hecker gibt, ist meines Erachtens aber sicher, dass Herr Hecker dazu beitragen wird, Kostensenkungen allenfalls auf Kosten der Beschäftigten durchzusetzen - und damit letztendlich auf Kosten der Qualität. In den letzten Jahren hat es in den Städtischen Kliniken einen schleichenden Personalabbau gegeben. Es hat recht massive Arbeitsverdichtung gegeben. In vielen Abteilungen der Städtischen Kliniken gibt es Kolleginnen und Kollegen, die keine Mittagspause nehmen können, und das beständig über mehrere Wochen. Es gibt eine Menge Überarbeitung. Es gibt Schwierigkeiten, überhaupt Urlaub nehmen zu können; er wird relativ lange hinausgeschoben.

Derzeit ist eine zirka 2,8-prozentige Lohnkostensenkung für dieses Jahr in der Diskussion. Wie Herr Hecker vorschlägt, sollen nämlich zirka 60 bis 80 Stellen eingespart werden. In der Zusammenfassung des Wirtschaftsplans, der dem Finanzausschuss vorgelegt wurde, ist auch schon angekündigt, dass es in den nächsten Jahren weitere Einschnitte im Bereich der Lohnkosten



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

geben muss - das heißt: bei der Personalstärke. Irgendwann mag das auch einmal den Versuch bedeuten, die Löhne insgesamt anzugehen.

Insofern wird diese heutige Bestellung von Herrn Hecker die Kliniken nicht weiterbringen. Diese Bestellung wird auch die Beschäftigten nicht weiterbringen. Nach meiner Meinung wird sie ein Rezept für weitere Arbeitsverdichtungen und weiteren Druck auf die Beschäftigten sein.

Letztendlich ist das Ganze natürlich - das hat Herr Frank bereits angesprochen - auch ein Weg in die Privatisierung. „Privatisierung“ muss nicht immer heißen, dass die gesamten Kliniken verkauft werden. Privatisierung ist ja ein schleichender Prozess, der auch jetzt schon läuft. Es wird diskutiert, Grundstücke zu verkaufen. Es wird diskutiert, Immobilien der Kliniken zu verkaufen.

(Josef Müller [CDU]: Wer verkauft die denn? Das muss doch der Aufsichtsrat beschließen! - Herbert Gey [CDU]: So viel Schwachsinn ist ja nicht zu fassen!)

- Das lassen Sie einmal meine Sorge sein. - Außerdem wird diskutiert, weiter auszugründen und zum Beispiel im Bereich der Küchen in Holweide und in der Amsterdamer Straße zu privatisieren.

So etwas ist kein Weg nach vorne für die Kliniken. Es wird weder den Beschäftigten noch den Nutzerinnen und Nutzern helfen. Deswegen warte ich auf jeden Fall dafür, Herrn Hecker heute hier nicht zu bestellen.

Danke sehr.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt liegt mir noch die Wortmeldung von Herrn Schöppe vor. Bitte.

**Bernd Schöppe** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Ludwig hat schon manches vorweggenommen. Mir ist aber doch noch einiges geblieben. Ich fange bei der Privatisierung an. Herr Frank, es ist schön, dass Sie erkannt haben, dass Sie in diesem Zusammenhang Fehler gemacht haben, als Sie in der Koalition mit der CDU waren. Ich habe mir das einmal angeguckt und gesehen, dass Sie zuerst, vor der Koalition, gegen Herrn Hecker gewettert haben. In der Koalition haben Sie dann dafür gestimmt. Jetzt wettern Sie wieder dagegen. Gut; jeder Mensch kann sich bessern.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann nicht jeder verstehen!)

- Nein, das kann nicht jeder verstehen; vollkommen richtig.

Des Weiteren ist bei Herrn Hecker natürlich auch seine Vergangenheit als ehemaliger Staatssekretär von Herrn Blüm zu sehen.

(Josef Müller [CDU]: Das ist wirklich schlimm, dass er Staatssekretär war!)

- Vollkommen schlimm. Jetzt muss man ihn natürlich versorgen. Man munkelt, dass das Ganze aus dem Klüngel heraus kommt und lediglich seiner Versorgung dient.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Seien Sie bitte mit Vermutungen vorsichtig. Nennen Sie Fakten. Dass jemand Staatssekretär war, ist ihm nicht in irgendeiner negativen Form anzurechnen. Herr Hecker ist hier als Geschäftsführer angestellt. Diese Arbeit haben Sie zu bewerten - und nichts anderes.

**Bernd Schöppe** (pro Köln): Gut; Geschäftsführer. Es sind genug Fakten aufgezählt worden. Die Defizite sind genannt worden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist noch kein einziges Defizit genannt worden. Es sind Vermutungen geäußert worden.

**Bernd Schöppe** (pro Köln): Eben war die Rede von „gute Arbeit, gutes Geld“. Selbst dann, wenn er keine Gehaltserhöhung bekommt, wird er zu hoch bezahlt. 250 000 Euro sind einfach zu viel. Das ist ja noch mehr, als Sie bekommen, Herr Schramma.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das bin ich gewohnt. Darum müssen Sie sich keine Sorgen machen.

**Bernd Schöppe** (pro Köln): Wenn ich jetzt die Streitereien mit seinem ehemaligen Arbeitgeber sehe, dann mache ich mir natürlich auch Sorgen, inwieweit wir - mit „wir“ meine ich die Stadt Köln - ebenfalls Streit mit ihm bekommen.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Nachdem wir heute mit Herrn Quander eine so gute Personalentscheidung getroffen haben, sollten wir meines Erachtens auch sehen, dass wir zum 1. Januar nächsten Jahres einen anderen Geschäftsführer finden.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt hat Herr Gey das Wort. Bitte schön.

**Herbert Gey (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt eine ganze Menge zu sagen. Hier wird in vielen Punkten ziemlich am Thema vorbei diskutiert.

(Beifall bei der CDU)

Eines kann es aber doch nicht sein, Herr Schöppe: Es kann doch nicht sein, dass ich eine Berufsgruppe von einer möglichen weiteren Beschäftigung in einem anderen Unternehmen ausgrenze, nur weil es sich bei dieser Berufsgruppe um Staatssekretäre handelt.

(Beifall bei der CDU)

Das grenzt schon an Dummheit.

Mich wundert, dass Herr Frank sich auf der intellektuellen Höhe von Herrn Ludwig befindet. Er redet nämlich von Dingen, die er eigentlich besser weiß.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich mache mir die Mühe, Bilanzen zu lesen! Diese Mühe mache ich mir!)

Ich sage Ihnen noch einmal das, was ich schon am Anfang dieser Ratssitzung gesagt habe: Wir reden hier nicht über einen Arbeitsvertrag für einen Geschäftsführer, sondern über eine Bestellung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wenn ich ihn bestelle, will ich ihn aber auch haben!)

- Ich bestelle hier im Rat nicht Herrn Hecker, sondern gebe dem Aufsichtsrat den Auftrag, mit einem Geschäftsführer einen Arbeitsvertrag zu schließen. Das ist ein ganz normaler Vorgang, wie er in der deutschen Wirtschaft tagtäglich geschieht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Dann suchen Sie sich aber den Besten!)

- Frau Moritz, seien Sie doch nicht so blind. Sie wissen doch, wie es geht. In dem Vertrag werden Eckdaten festgelegt. An diesen Eckdaten orientiert wird der Vertrag gemacht.

Das hat doch nicht gleichzeitig den Hintergrund, dass der Geschäftsführer mehr Geld bekommt, Herr Ludwig. Das ist doch nicht das Thema. Ich muss Ihnen einen kleinen Vorwurf machen: Sie haben sich mit Ihrer Diskussion ziemlich weit in den nicht öffentlichen Teil bewegt. Das halte ich eigentlich für eine Unverschämtheit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir reden hier nicht über die Bezüge eines möglichen Geschäftsführers, sondern nur über die Bestellung eines Geschäftsführers durch den Aufsichtsrat. Diese Bestellung ist daran geknüpft, dass es eine Vertragseinigung gibt, und daran, dass der Aufsichtsrat den Eckdaten eines Masterplans zur Zukunft der Kliniken zustimmen muss.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Frank. Sie machen Panik. Sie reden von 60 Millionen Euro Defizit. Da hat Herr Ludwig komischerweise einmal den Durchblick gehabt. Herr Ludwig hat sich nämlich an der Gesundheitsreform orientiert. Diese Zahl ist ja eine Prognose. Wenn die Gesundheitsreform zieht, dann kann es theoretisch sein, dass das Krankenhaus nicht darauf reagiert. Aber es macht ja einen Masterplan. Nur in dem Fall, dass es nicht reagiert, kann es sein, dass es prognostizierte 60 Millionen Euro Miese geben könnte. Das ist aber eine reine Prognose.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist aber schon seit 2½ Jahren bekannt!)

- Herr Frank, im letzten Jahr hat Herr Hecker - jetzt bleiben wir bei dem Namen; er ist ja schon gefallen - bei den Kliniken zirka 7 Millionen Euro eingespart. Es gibt Leute, die sagen, das sei Arbeitsverdichtung. Natürlich ist das Arbeitsverdichtung! Sie können nicht einsparen und gleichzeitig 20 000 Leute einstellen. Das muss man sich auch einmal klar machen. Wir reden hier über ein Wirtschaftsunternehmen, das in Zeiten der schwachen Kassen unseres Haushaltes dazu aufgefordert worden ist, vernünftig und ökonomisch zu arbeiten.

Dazu gibt es Gespräche in den Kliniken. Es gibt zum Beispiel auch starke Hinweise von leitenden Leuten der Kliniken, die sagen: Die Geschäftsführung befindet sich auf einem guten Weg; unterstützt uns bitte bei diesem Weg.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Alle drei Ärztlichen Direktoren sagen das!)

Den entsprechenden Brief haben Sie selbst. Er ist an alle Fraktionen gegangen.

Ich fasse noch einmal zusammen: Wir wollen einen Geschäftsführer bestellen lassen. Nur das wollen wir. In diesem Zusammenhang beauftragen wir den Aufsichtsrat, mit diesem Geschäftsführer, der dann bestellt werden soll, einen Arbeitsvertrag zu schließen, und zwar unter Berücksichtigung von Eckdaten, nämlich eines Masterplans und sonstiger Bestimmungen des Vertrages. Das verhandeln wir heute aber nicht.

Angesichts der weit fortgeschrittenen Zeit sollte das eigentlich reichen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Ihnen leider auch um 20 Minuten nach elf nicht ersparen, sich sowohl in die gesellschaftsrechtlichen Besonderheiten von Bestellung, Anstellung und Ähnlichem zu vertiefen als auch zum einen die Vorlage und zum anderen den Änderungsantrag von CDU und SPD noch einmal genau anzusehen. Denn Lesen gehört schon zum Vorspiel des Ganzen, um noch einmal die Diskussion von vornhin aufzunehmen. Erst danach kann man zu einer eigentlichen Beschlussfassung kommen.

Eines vorweggeschickt: Die SPD-Fraktion bekannte sich und bekennt sich nach wie vor zur Zukunftsfähigkeit der Städtischen Kliniken, und zwar in öffentlicher, kommunaler Hand. Das war immer Leitlinie und Maxime der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln. Das ist so, und das bleibt auch so.

(Beifall bei der SPD)

Dies wird - da nehme ich die Kollegen der CDU-Fraktion mit ins Boot - schon allein dadurch belegt, dass sich beide Fraktionen und beide Parteien im Koalitionsvertrag dazu bekannt haben, dass die Gesundheit zur öffentlichen und kommunalen Daseinsvorsorge gehört, woraus wir den zwingenden Schluss ziehen: Die Kliniken bleiben städtisch und damit öffentlich. Das ist der

festen politischen Willen von CDU und SPD. So steht es im Koalitionsvertrag.

Herr Kollege Frank, wenn Sie jetzt Krokodilstränen darüber vergießen, dass der Rat nach einem solchen Beschluss nicht mehr zuständig sei - Sie sagen, man habe nur noch heute und dann nie wieder die Chance, zu beschließen, dann will ich Ihnen ganz persönlich Folgendes sagen: Sie und Ihre Fraktion haben gegen den erbitterten Widerstand der Kolleginnen und Kollegen der SPD überhaupt erst die Grundlagen dafür geschaffen, dass eine solche Entscheidung in andere Gremien verlagert wird. Sie von Bündnis 90/Die Grünen waren es nämlich unter anderem, die die Kliniken der Stadt Köln in eine gGmbH ausgegründet haben. Das ist die zwingende Grundlage dafür, dass nicht mehr ein Werksausschuss zuständig ist, sondern die Dinge in Gremien ausgelagert werden, denen jetzt Krokodilstränen gewidmet werden.

(Beifall bei der SPD - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist nicht zu fassen, wie hier geklittert wird!)

Es ist das Normalste von der Welt, dass in einer ausgegründeten Gesellschaft, die - ich wiederhole das - gegen die Stimmen der SPD ausgegründet worden ist - und zwar unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen; ich kann mich noch gut erinnern, dass die Grünen im Rat mit Überzeugung mitgemacht haben -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon böswillig!

dann ein Aufsichtsrat zuständig ist. Denken Sie an die Koelnmesse, an die Stadtwerke und an andere Gesellschaften. Es ist das Normalste von der Welt, dass sich Gremien mit der Bestellung und der Anstellung von Geschäftsführern beschäftigen. Wir haben das nicht gewollt. Das wird keiner bestreiten können und wollen. Wir hätten die Städtischen Kliniken lieber in unmittelbarer städtischer Regie behalten. Der Rat der Stadt Köln hat aber nun einmal anders beschlossen. Das muss man heute akzeptieren, und damit muss man leben.

Herr Frank, Sie haben gesagt, im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen heiße es, es müsse noch einmal über den Masterplan gesprochen werden. Lesen Sie bitte einmal den Antrag! Im Antrag steht eindeutig, dass der Gesellschaftervertreter - das ist nach Lage der Dinge Herr Soénius - ermächtigt wird, Herrn Hecker zum Geschäftsführer zu bestellen, wenn zwei Voraussetzungen vorliegen.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Die erste Voraussetzung ist, dass sich die zuständigen Gremien - und zwar die nach einer Ausgründung selbstverständlich zuständigen Gremien, nämlich der Aufsichtsrat - über Einzelheiten des Anstellungsvertrages verständigen. Dazu hat die SPD-Fraktion ihre dezidierte Meinung. Es ist auch öffentlichkeitstauglich, wenn ich sage, dass exorbitante Vergütungssteigerungen - sollte irgendjemand im Verfahren so etwas fordern - weder in die Zeit passen noch der Situation der Kliniken angemessen sind. Das will ich für die SPD-Fraktion klipp und klar sagen.

(Beifall bei der SPD und Teilen der CDU)

Wir sind nicht der Auffassung, dass eine solche Forderung, wenn sie denn erhoben würde, angemessen wäre.

Im Änderungsantrag von CDU und SPD ist außerdem eine zweite Voraussetzung formuliert worden. Diese besagt, dass der Aufsichtsrat den Eckdaten eines Masterplans zustimmen muss. Das heißt: Nur und erst dann, wenn der Aufsichtsrat den Eckdaten eines Masterplans zustimmt, darf der Gesellschaftervertreter Herr Hecker zum Geschäftsführer bestellen. Das bedeutet, dass die komplette Grundlage der Zukunftsfähigkeit der Kliniken, die im Masterplan niedergelegt werden soll, dem Aufsichtsrat nicht nur vorgelegt werden muss. Das wäre eine reine Kenntnisnahme. Vielmehr muss dies in den wesentlichen Eckpunkten auch vom Aufsichtsrat beschlossen werden. Der Aufsichtsrat muss nämlich zustimmen. Wenn das kein Junktim ist, das die Personalie eines kaufmännischen Geschäftsführers klipp und klar an einen Masterplan und damit an eine inhaltliche Strategie zur Zukunft der Kliniken bindet, dann weiß ich auch nicht weiter.

Herr Frank, deswegen meine ich, dass Ihre Aussage, es sei das Günstigste, heute gar nicht erst zu beschließen, am Ende ein Widerspruch ist, wenn man Sie an Ihrer eigenen Argumentation misst. Sie sagen nämlich: Wir wollen endlich wissen, wohin es mit den Kliniken geht. Wir wollen endlich wissen, ob die Kliniken zukunftsfähig sind. Wir wollen endlich wissen, ob die Kliniken es noch abwenden können, einen kumulierten Fehlbetrag von bis zu 60 Millionen Euro ausweisen zu müssen. Wir wollen endlich wissen, ob man eine bessere Situation haben kann. - Dazu ist doch gerade ein Masterplan nötig.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Den brauchen wir hier aber nicht zu beschließen!)

- Den brauchen wir aber. Deswegen ist es doch das Normalste von der Welt, dass jemand, der in einem Betrieb angestellt werden will oder einen Geschäftsführungsvertrag verlängert bekommen will, seinem Arbeitgeber deutlich macht, wohin er diesen Betrieb führt. Dass man es dann von der Zielvorgabe, die derjenige vorlegen muss, abhängig macht, ob man seinen Vertrag verlängert oder nicht, ist doch üblich.

Ich komme zu einem letzten Punkt, der sowohl von Herrn Ludwig als auch von Ihnen, Herr Frank, angesprochen worden ist. Sie vergießen jetzt Krokodilstränen darüber, dass die Beschäftigten, die Arbeitnehmer, doch so unglücklich wären, wenn man hier zu dieser Beschlusslage käme. Ich sage Ihnen eines: Mit dem Beschluss dieses Änderungsantrages von CDU und SPD werden die Beschäftigten überhaupt erst in die Lage versetzt, unmittelbar von ihrem Votum abhängig zu machen, ob die Vertragslaufzeit des kaufmännischen Geschäftsführers verlängert wird oder nicht - und zwar wegen des Junktims.

Im Aufsichtsrat der Städtischen Kliniken, der, wenn ich mich recht erinnere, aus 13 Personen besteht, sitzen vier Arbeitnehmervertreter. Diese Arbeitnehmervertreter haben es mit der möglichen Zustimmung zum Masterplan unmittelbar selbst in der Hand, entweder zu sagen: „Jawohl, die Kliniken werden zukunftsfähig geführt; wir können zustimmen; der Masterplan ist richtig; damit kann auch ein Vertrag verlängert werden“, oder das eben nicht zu machen. Die Beschäftigten haben es mit in der Hand. Sie sind im Aufsichtsrat mit dabei. Dafür sind sie da. Dieser Änderungsantrag gibt den Beschäftigten die Möglichkeit, mit ins Boot zu kommen.

Herr Frank, deswegen müssen Sie nicht in die tiefe Mottenkiste der Demagogie greifen, wie Sie das an solchen Stellen immer so gerne machen. Sie schüren Ängste, obwohl Sie mit Ihrer damaligen Beschlussfassung zur Ausgründung der Städtischen Kliniken selbst mit die Hand dafür gereicht haben, dass wir überhaupt eine solche Debatte führen müssen.

Das, was Sie hier veranstalten, ist schon sehr, sehr unlauter. Das muss auch um halb zwölf noch gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel, gestatten Sie eine Nachfrage von Frau Moritz?



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Martin Börschel (SPD):** Ja.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das können Sie gerne auch am Platz machen. Bitte.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Die Stadt hat gerade einen Kulturdezernenten gesucht und dazu eine Findungskommission eingesetzt. Wir alle hoffen, dass sie die unter den Rahmenbedingungen bestmögliche Wahl getroffen hat. Das wünschen wir uns nicht nur für die Dezernate, sondern auch für die kommunalen Unternehmen.

Nun ein Wort zur Ausgründung der Kliniken aus einem Eigenbetrieb in eine gGmbH: Das Ganze war von CDU und FDP damals erst als GmbH bzw. auch als Vollprivatisierung gedacht. Die gGmbH war eine Abmilderung davon. Das wissen Sie auch.

Jetzt komme ich zu meiner Frage. Wenn man in einer so schwierigen Zeit einen Geschäftsführer sucht, der einen Masterplan entwickeln muss, um die Kliniken auf dem Markt entsprechend aufzustellen, damit sie diesen Herausforderungen Rechnung tragen können, dann sucht man sich die geeignetste Figur. Diesen Geschäftsführer haben wir jetzt vier Jahre gehabt. Er hat vier Jahre Zeit gehabt, einen Masterplan vorzulegen. Ich habe keinen solchen Plan gesehen.

Zweitens. Ich erwarte Führungsqualitäten; denn es wird Konflikte geben. Eventuell wird Personal abgebaut werden müssen. Ich weine keine Krokodilstränen. Der Betrieb muss sich aber aufstellen - mit den Beschäftigten. Das Ganze muss transparent sein. Daher muss diese Person auch Führungsqualitäten haben. Genau das wird von denen, die es eigentlich am besten beurteilen können, bestritten.

Wenn ich jetzt schon einmal frage, kann ich gleich noch eine dritte Frage stellen.

(Martin Börschel [SPD]: Bisher habe ich noch keine Frage gehört!)

- Ich habe Sie gefragt, ob Sie nicht der Meinung sind, dass dazu ein bisschen mehr gehört als das Junktim Masterplan.

Wenn ich nicht den Eindruck habe, dass dieser Herr die beste Person ist, die wir finden können, warum soll ich ihn dann überhaupt bestellen? Warum soll ich mit ihm in Verhandlungen treten? Ich habe jetzt doch gerade die Möglichkeit, eine

Entscheidung zu korrigieren. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie damals gegen seine Auswahl gestimmt. Ich kann Sie also gar nicht verstehen.

(Walter Grau [CDU]: Aber Sie wollten ihn!)

Es muss wohl so sein: Sie wollten ihn damals nicht. Diese vier Jahre haben Sie jetzt überzeugt.

Ich habe aber noch eine Frage an die Verwaltung. Es ist viel über Herrn Hecker geschrieben worden. Herr Hecker ist ja nicht vom Himmel gefallen. Er hat auch vorher im Gesundheitsbereich gearbeitet. Ich spreche nicht von seinem Status als Staatssekretär - es ist natürlich honorarig, wenn ein Staatssekretär einen anderen Job übernimmt -, sondern über die Umstände, unter denen er aus der Marseille-Klinik ausgestiegen ist. Es gibt die Behauptung, gegen Herrn Hecker werde wegen Betrug ermittelt. Ich würde gerne wissen, inwieweit das stimmt. Wenn es stimmen würde, würden wir nämlich ein ungeheures Risiko eingehen.

(Walter Grau [CDU]: Das ist aber schon ein sehr starker Eingriff in die Persönlichkeit!)

- Ich habe gefragt.

(Walter Grau [CDU]: So etwas ist unfair!)

- Das steht doch alles schon in der Zeitung.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich denke, dass die Interpretation dieser Aussagen und Gegen Aussagen, die in der Zeitung stehen, zu keinen konkreten Ergebnissen führt. Wir wissen aber, dass Herr Hecker hier bei Antritt seines Dienstes schon auf diese Dinge angesprochen wurde und sie uns gegenüber widerlegt hat. Er klagt wiederum selbst. Ich kann mich in dieses Streitige Verfahren auch nicht einmischen.

In den letzten Tagen sind - das möchte ich einmal ganz deutlich sagen - in wirklich verteufelter Manier ganz viele Mobbing-Vorwürfe von vielen Seiten gemacht worden. Ich habe keine Lust mehr, diese Klinik so in den Dreck ziehen zu lassen. Sie arbeitet mit all ihren 3000 Mitarbeitern besser,

(Beifall bei CDU, FDP und Teilen der SPD)





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

als es nach den Diskussionen hier den Anschein hat, meine Damen und Herren.

Die Ergebnisse, die Herr Hecker bei seiner bisher geleisteten Arbeit gezeitigt hat, sind besser, als Sie sie hier darstellen wollen. Eben sind einige Zahlen genannt worden. Sie wissen sehr genau: Die Defizite, die auf 7,5 Millionen und auf 15 Millionen für 2004 prognostiziert waren, liegen inzwischen bei 2,5 Millionen für dieses Jahr; für nächstes Jahr ist mit null zu rechnen. Das ist seine Planung. Daher können Sie nicht sagen, dass er schlecht gearbeitet habe.

Ich möchte darüber hinaus daran erinnern, dass er zusätzlich noch eine Menge geleistet hat. Er hat wesentlich mit dafür gesorgt, dass wir eine wissenschaftliche Begleitung der Arbeit in den Kliniken aufrechterhalten können. Die Anbindung an die Universität ist Ihnen bekannt. Die Gewinnung einer weiteren großen Klinik an den Kölner Gesundheitsstandort ist Ihnen ebenfalls bekannt.

Ich denke, dass Herr Hecker alle Vorwürfe, die hier im Raume stehen, die in Zeitungen kolportiert werden und die zum Teil auch in anonymen Briefen an mich herangetragen worden sind wiederlegen können. Und anonyme Briefe sind für mich keine Briefe, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe aber einen konkreten Brief, nämlich von den leitenden Ärzten. Diese bitten uns, endlich für Ruhe zu sorgen und die Arbeit des Geschäftsführers zu unterstützen. Das ist für mich die einzige konkrete Aussage.

Deswegen bitte ich Sie, auch hier in diesem Fall das zu tun, was wir bei jedem anderen Geschäftsführer ebenfalls tun, nämlich wenigstens ein Jahr vorher über die Verlängerung seines Vertrages zu sprechen. Mehr ist hier ja überhaupt nicht Thema. Jetzt sind wir schon fast ein halbes Jahr vor Ende des Vertrags. Sie müssen sich auch einmal ein bisschen in die Situation der Leute versetzen, die bei uns angestellt sind. Ich denke, er hat ein Anrecht, dass er jetzt ins Gespräch kommt. Mehr wird hier nicht gemacht. Hier wird das Gespräch aufgenommen.

Er hat durch den Aufsichtsrat; so weit bin ich informiert - natürlich schon den Auftrag bekommen, einen Masterplan vorzulegen. Das wird er tun. An diesen Eckpunkten wird er gemessen werden. Über Gehaltshöhe usw. reden wir hier sowieso nicht. Das ist Aufgabe des Aufsichtsrates.

Auch deswegen bitte ich Sie, dieser gemeinsamen Vorlage hier und heute zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Frank hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Josef Müller [CDU]: Herr Frank, Sie müssen einmal erwähnen, was Herr Fischer in dieser Welt so treibt!)

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Bürgermeister Müller, gegen Herrn Fischer wird nichts Strafrechtliches vorgebracht.

Ich möchte noch einmal zu ein paar Punkten Stellung nehmen, weil hier Verunklarungen vorgenommen werden, die ich so nicht im Raume stehen lassen will. Ich habe mich eben auf einige Daten bezogen. Diese Daten sind nachzulesen, weil wir einen Beteiligungsbericht und eine Berichterstattung haben.

Ich leiste mir den Luxus, mir schon mal die Fünfjahresbilanzpläne oder aber die GuVs anzuschauen. Diese sprechen eine andere Sprache. Als die Kliniken vom jetzigen Geschäftsführer übernommen wurden, hatten sie noch Rückstellungen. Diese Rückstellungen sind aufgezehrt worden.

(Karl Klipper [CDU]: Meinen Sie Rücklagen oder Rückstellungen?)

Das wissen Sie ganz genau. Sie brauchen nur die Unterlagen des Finanzausschusses zu lesen. Diese Unterlagen sind ja für die Ratsmitglieder zugänglich. Dort sind die Jahresdefizite haargenau aufgelistet.

Ich würde mir weniger Sorgen machen, wenn es einen Gegenmaßnahmenplan gäbe. Einen solchen Plan gibt es aber nicht. Darüber sind auch schon Beschlüsse gefasst worden. Herr Börschel, mit dem Beschluss, dass ein Masterplan aufgestellt werden soll, brauchen wir uns nicht zu befassen. Solche Beschlüsse gibt es bereits. Diese Aufforderungen sind inzwischen schon Jahre alt. In dieser Richtung brauchen wir nichts zu unternehmen. Es scheint Ihnen hier aber um etwas anderes zu gehen.

Auch Ihre Vorwürfe sind völlig haltlos. Erstens. Wir stehen nach wie vor dazu, dass es ein richtiger Schritt gewesen ist, die Kliniken in eine gemeinnützige GmbH umzuwandeln. Wissen Sie, warum? Weil nur das die richtige Antwort auf die Gesundheitsreform ist, die die Kliniken in den



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Wettbewerb stellt. Die Beschlüsse, die Kliniken mit der Gesundheitsreform in eine Wettbewerbssituation zu bringen, waren rot-grüne Beschlüsse. Soviel ich weiß, sind auch Sie Unterstützer der Bundesregierung. Reden Sie sich da also nicht heraus. Dann muss man auch dazu stehen. So sieht es aus.

Das Zweite und Entscheidende ist Folgendes: Wir brauchen keine Beschlüsse zu fassen; denn der Masterplan muss her, und dazu muss der Rat nichts sagen. Bei dem, was Sie hier veranstalten wollen, geht es aber um die Bestellung eines Geschäftsführers. Das ist ein entscheidender Unterschied. Sie wollen den Gesellschaftervertreter ermächtigen, diese Bestellung vorzunehmen. Den Gesellschaftervertreter! Die Bestellung soll also weder der Aufsichtsrat vornehmen, noch soll der Rat dann noch etwas dazu zu sagen haben.

Das ist der entscheidende Unterschied. Als die Grünen in einer Koalition mit der CDU waren, haben wir am 20. Juli 2004 genau das Gegenteil beschlossen. Damals haben wir einen Beschluss gefasst, wonach der Rat der Souverän ist und über die Bestellung entscheidet. Das hat er auch gemacht. Damals, am 20. Juli 2004, haben wir in diesem Hause den Vertrag nur befristet um ein Jahr verlängert - übrigens mit Ihren Stimmen. Sie waren ganz dankbar dafür.

Sie brauchen sich nur dieses Vorgehen zum Muster zu nehmen. Sie haben sich an dieser Stelle von Ihren Kollegen von der CDU über den Tisch ziehen lassen. Das ist es. Sie sehen: Man kann auch als Rat eine hundertprozentige gGmbH bestimmen oder dem Gesellschaftervertreter sagen, was er zu tun hat. Man muss sich nicht entmachten lassen. Das müssten Sie als Rechtsanwalt eigentlich wissen.

Kurz und gut: Es gibt einen Weg. Man braucht nur in das Protokoll der Sitzung vom 20. Juli 2004 zu schauen. Wenn man diesen Weg nicht gehen will, hat man andere Interessen. Ihr Interesse ist - das sage ich Ihnen ganz offen -, dass Sie die Personalie Hecker zur Dealmasse bei Ihren hochfliegenden Wirtschaftsdezernentenplänen gemacht haben - nach dem Motto: Gibst du mir das, dann kriege ich das. So etwas ist der Situation nicht angemessen, finde ich. Man kann nicht ein Unternehmen in einer so schwierigen Situation zum Spielball machen.

Deshalb lautet unser Antrag, dass diese Vorlage nicht beschlossen wird, sondern zurückverwiesen wird; denn wir brauchen jetzt keine Beschlüsse zu fassen. Wenn der Masterplan vor-

liegt, können wir darüber sprechen, ob dies der richtige Geschäftsführer ist oder ob es eine Neuausschreibung geben muss.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel hat eine Nachfrage.

**Martin Börschel (SPD):** Nichts anderes wollen wir ja, Herr Kollege Frank; deswegen der Änderungsantrag.

Ich habe aber zwei Fragen. Wollen Sie uns im Ernst weismachen - das ist meine erste Frage -, dass der Beschluss von Bündnis 90/Die Grünen, den Vertrag mit Herrn Hecker um ein Jahr zu verlängern, jetzt die richtige Argumentationsgrundlage ist, um so vorzugehen, wie Sie vorschlagen, nachdem Sie verlängert haben? Das will mir nicht in den Kopf. Das müssen Sie mir bitte noch einmal erklären.

Da ja so viel über angebliche Geschäftsführergehälter gesprochen worden ist, lautet meine zweite Frage: Herr Frank, stimmen Sie mir nicht zu, dass die Ausgründung in eine private Gesellschaftsform überhaupt erst die Voraussetzung dafür ist, dass jemand möglicherweise exorbitante Geschäftsführergehälter verlangen kann? Das wäre nämlich nicht möglich, wenn man bei einem Verwaltungsleiter einer unmittelbar städtischen Klinik geblieben wäre. Dieser wurde nämlich nach A 16 bezahlt, wenn ich mich recht erinnere. Das heißt: Erst die Ausgründung führt zu diesen potenziellen Fragen.

Daraus ziehe ich noch einmal folgenden Schluss: Sie verdrehen hier die Tatsachen. Sie wollen verkleistern, dass Sie selbst an den Umständen mitgewirkt haben, die Sie jetzt beklagen.

(Beifall bei der SPD und Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Herr Wolf hat sich noch gemeldet.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich kann auch antworten! Er hat mich ja gefragt!)

- Lassen Sie uns erst einmal Herrn Wolf hören.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Manfred Wolf** (FDP): Herr Frank, ich habe die Bilanzen nicht gelesen. Ich habe aber wirklich einmal folgende Frage an Sie: Kennen Sie den Unterschied zwischen Rückstellungen und Rücklagen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Man kann auch glücklich sein, wenn keine Rückstellungen mehr da sind - außer vielleicht bei Steuerrückstellungen, weil man dann weiß, dass man schwarze Zahlen geschrieben hat. Rückstellungen sind an sich ja Ansprüche an die Gesellschaft, die nur der Höhe nach nicht bestimmt sind. Wenn die Rücklagen weg wären - ich habe jetzt nicht in die Bilanzen geguckt -, dann wäre das zu monieren - aber nicht das, was Sie eben erzählt haben; das ist Unsinn.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Frank, möchten Sie jetzt noch auf die Fragen von Herrn Börschel antworten? - Bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Ratsbeschluss am 20. Juli 2004 ist in dieser Weise erfolgt, weil die Kliniken in eine gGmbH umgewandelt worden sind und der Geschäftsführer natürlich einen Anspruch darauf hatte, zu wissen, wie es weitergeht. Damals ist dieser Vertrag bis zum 31. Dezember 2005 befristet worden.

(Martin Börschel [SPD]: Wo ist denn der Unterschied zu heute?)

- Der Unterschied ist, dass der Rat dies vorgenommen hat. Sie haben dagegen vor, die Angelegenheit vom Rat weg zu delegieren und an den Gesellschaftervertreter zu geben. Das ist der feine Unterschied. Sie haben ja gesagt, der Rat dürfe das nicht, weil es in der gGmbH liege. Das ist die entscheidende Frage. Und diese Frage ist beantwortet. Schauen Sie sich das Protokoll der Ratssitzung vom 20. Juli 2004 an! Sie haben diesem Antrag damals auch zugestimmt. Dafür werden Sie ja Ihre Gründe gehabt haben. Da waren wir uns auch einig.

Die zweite Frage ist ziemlich einfach zu beantworten. Natürlich können Sie Rücklagen ergebniswirksam nutzen. Sie können auch Rückstellungen ergebniswirksam nutzen. Das ist möglich.

(Karl Klipper [CDU]: Sie können eine Rückstellung doch nicht einfach so auflösen, wie Sie wollen!)

- Diese Debatte führe ich nicht um viertel vor zwölf mit Ihnen. Grundsätzlich ist es so. Wenn man über Bilanzen und über die Lage der Kliniken diskutieren will, dann lassen Sie uns das doch im Finanzausschuss tun, anstatt diesen Ausschuss ausfallen zu lassen. Dort können wir das gerne machen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Daher können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Zunächst einmal ist von den Grünen Verweisung in den Finanzausschuss beantragt worden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, PK, PDS, KBB, Herrn Ludwig und Herrn Breninek. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von CDU, SPD und FDP sowie meine Stimme ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt stelle ich die Vorlage 9.16 einschließlich des Änderungsantrages von CDU und SPD zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - CDU, SPD, FDP und meine Stimme. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der Rest des Rates ist dagegen. Damit ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Jetzt rufe ich auf

### 9.17 Wertpapierleihgeschäft für Aktien der GAG Immobilien AG Ds-Nr. 0560/005

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zu

### 9.18 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) Verlustrückgleich des Geschäftsjahres 2004 Ds-Nr. 0561/005

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Damit ist es bei Enthaltung der Grünen und des KBB gegen die Stimmen der FDP mit Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.19 haben wir zurückgezogen.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Jetzt rufe ich zwei Tagesordnungspunkte auf, die aufeinander aufbauen, nämlich

### **9.20 Offene Ganztagschule im Primarbereich Weitere Einführung im Schuljahr 2005/2006 Ds-Nr. 0612/005**

und

### **9.21 Finanzierung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Ds-Nr. 0613/005**

Zu diesen beiden Tagesordnungspunkten liegt ein Änderungsantrag von CDU und SPD vor.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Als Erste erhält Frau Heuer das Wort. Bitte schön.

**Ulrike Heuer (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegen hier zwei Vorlagen der Verwaltung vor, die, ehrlich gesagt, zu Irritationen führen müssen. Sie müssen deshalb zu Irritationen führen, weil die Verwaltung genau das Gegenteil von dem vorschlägt, was die politische Mehrheit im Rat will, nämlich einen Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule mit städtischen Zuschüssen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU dies vereinbart. In zahlreichen Presseveröffentlichungen haben sie es immer wieder kundgetan. Ferner haben sie einen entsprechenden Antrag für die nächste Schulausschusssitzung eingebracht. Die Politik hat endlich das getan, was die Verwaltung immer fordert, nämlich Prioritäten gesetzt.

Wir wollen die in der Sitzung des Rates am 24. Juni 2004 beschlossene städtische Kofinanzierung für die OGS fortführen. Wir wollen eine Drei-Säulen-Finanzierung für die Offenen Ganztagsgrundschulen. Land, Kommune und Eltern sollen gemeinsam die Verantwortung für ein hochwertiges Förder- und Betreuungsangebot übernehmen.

Die heutige Beschlussvorlage erweckt den Eindruck, als wolle Ihre Verwaltung, Herr Oberbürgermeister, im Vorgriff den Veränderungsnachweis 3 scheinbar genehmigen lassen. Die Folge solcher nicht mit der Politik abgestimmter Vorlagen sind Verunsicherungen bei Eltern, Kindern, Schulen, Betreuern und Trägern.

Trotz anfänglich großer Kritik und trotz großer Widerstände hat sich die Offene Ganztagsgrundschule in Köln zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Eltern, Kinder, Schulen und Träger stehen inzwischen hinter der OGS. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicher auch die mit Beginn des Schuljahres 2004/2005 deutlich verbesserte Finanzausstattung in Form eines kommunalen Zuschusses von 410 Euro pro Kind.

Diese zusätzliche kommunale Finanzierung hat gleich zu mehreren positiven Effekten geführt. Die Träger der OGS haben signalisiert, dass die Finanzierung nun ausreicht, um qualifiziertes Personal beschäftigen zu können. Die Qualität der Angebote konnte deutlich gesteigert werden. Die Elternbeiträge konnten mit 37 Euro auf einem bezahlbaren Niveau gehalten werden. Gleichzeitig konnten eine Ermäßigung auf monatlich 20 Euro für bedürftige Familien gewährt und eine Geschwisterregelung für das dritte Kind eingeräumt werden.

Damit ist die OGS hinsichtlich ihres Qualitätsstandards wie auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mehr als eine Alternative zu den bisherigen Betreuungsangeboten. Das soll auch so bleiben. Deshalb halten wir an der städtischen Kofinanzierung fest. Dies ist die Garantie dafür, dass die Elternbeiträge nicht so steigen, wie es die Verwaltung in ihrer Vorlage 9.21 vorschlägt.

Gleichzeitig wollen wir die Elternbeiträge sozial gerecht gestalten. Wir wollen weg von einem Einheitsbeitrag und hin zu einer sozialen Staffelung. Für das kommende Schuljahr soll deshalb eine einkommensabhängige Beitragsgestaltung in Anlehnung an die im GTK vorgesehenen Kategorien eingeführt werden.

Gemeinsames erklärtes Ziel des Rates der Stadt Köln ist es, bis zum Schuljahr 2007/2008 für insgesamt 10 000 Kinder Plätze in Offenen Ganztagsgrundschulen einzurichten. Hier sind wir uns mit der Verwaltung auch einig. Dieses ehrgeizige Ziel erreichen wir aber nur dann, wenn die Kooperationspartner der Offenen Ganztagsgrundschule eine ausreichende und - das ist sehr wichtig - verlässliche Finanzausstattung erhalten, sodass sie in die Lage versetzt werden, ein vernünftiges Angebot entwickeln und aufrechterhalten zu können.

Dies geht nur mit vereinten Kräften. Die Stadt darf sich nicht auf Kosten der Eltern aus dieser Verantwortung ziehen.





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Wir beantragen deshalb erstens die Änderung der Beschlussvorlage 9.21 im Sinne unseres gemeinsamen Änderungsantrages.

Zweitens beantragen wir entsprechend dieses Antrages die Korrektur der zu Vorlage 9.20 gehörenden Anlage.

Dem Beschlussvorschlag in Vorlage 9.20 stimmen wir zu. Darin geht es ja darum, dass sich zum neuen Schuljahr erheblich mehr Offene Ganztagsgrundschulen auf den Weg machen wollen - was ein sehr erfreulicher Beweis dafür ist, dass dieses Modell immer mehr Anklang findet.

Ich bitte Sie, für den Änderungsantrag von SPD und CDU zu stimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Heuer. - Herr Breite hat eine Nachfrage.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Heuer, ich habe eine Frage an Sie. Sie haben eine sehr schöne geschliffene Rede gehalten. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, seit wann Sie die Vorlage 9.21 kennen und wann Sie Ihre Rede dazu geschrieben haben. Wann haben Sie diese Vorlage zur Kenntnis gehabt? Darauf hätte ich gerne eine Antwort von Ihnen.

**Ulrike Heuer (SPD):** Leider erst heute. Ehrlich gesagt, bedaure ich diese gesamte Verwirrung. Seit drei Wochen, nämlich seit dem „Markt der Möglichkeiten“, haben wir - auch im Rahmen der Vorbereitung des Schulausschusses - immer wieder gesagt: Wir müssen die Verlässlichkeit geben, die die Eltern einfordern. Das sagen wir seit drei Wochen. Kennen tue ich diese Vorlage leider erst seit heute Morgen, was ich sehr bedauere.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Herr Hollstein für die CDU-Fraktion, bitte.

**Jürgen Hollstein (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Breite, ich kann das gut nachvollziehen. Wir hatten immer-

hin fast neun Stunden Zeit, um eine solche Rede zu schreiben. So lange sitzen wir schon hier. Insofern ist das gar nicht so abwegig.

Meine Damen und Herren, wenn es nach meiner Fraktion gegangen wäre, säßen wir heute nicht über einer Dringlichkeitsentscheidung. Wir säßen heute Abend nicht nach neun Stunden kurz vor Mitternacht noch hier und müssten über die Auseinandersetzung über die Offene Ganztagschule und einen möglicherweise freiwilligen kommunalen Anteil sprechen. Wenn es nach meiner Fraktion gegangen wäre, hätten wir noch immer ein funktionierendes System der Betreuung mit einer tragenden Säule, nämlich Horten.

(Beifall bei der CDU - Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Vor 15 Jahren haben Sie die Familie hochgehalten! Jetzt erzählen Sie hier so einen Scheiß!)

Wir hätten 10 000 ungefährdete Ganztagsangeboten in Horten und Schulbetreuungsmaßnahmen. Gegen den Willen der CDU--

(Weiterer Zuruf von Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen])

- Darf ich weitermachen?

(Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Ungern!)

- Okay. - Gegen den Willen der CDU - und wohl auch gegen den Willen der FDP, Herr Breite; Sie haben sich ja eben schon eingebracht - ist uns die Offene Ganztagschule aufgenötigt worden, und zwar nicht nur die Diskussion darum, sondern auch das angekündigte und wesentlich in Kauf genommene Sterben der Horte. In Köln haben wir bislang erfolgreich gegen ein Hortsterben gearbeitet. In Köln ist kein Hort wegen der Offenen Ganztagschule geschlossen worden.

(Beifall bei der CDU)

Nolens volens müssen wir uns aber mit der Offenen Ganztagschule beschäftigen, wenn wir die Betreuungsstrukturen in Köln nicht gefährden wollen. Und das tun wir. Was heißt das konkret? Konkret heißt es, dass die finanzielle Situation der Offenen Ganztagschule auf verschiedenen Säulen beruht. Wir haben gerade schon von der Landesförderung gehört. Nach unserer Auffassung ist sie nicht ausreichend. Wer bestellt, sollte eigentlich auch die komplette Zeche bezahlen.

(Beifall bei der CDU)



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Eine weitere Säule sind Bundeszuschüsse zu Investitionen. Hier profitieren wir in Köln zugegebenermaßen mit zirka 40 Millionen. Das ist auch gut so. Damit profitieren wir für unsere Schulsituation. Das wollen wir auch gerne ausnutzen.

Zwei weitere Punkte sind Elternbeiträge sowie gegebenenfalls ein kommunaler Anteil. Wenn die Landesförderung ausreichend wäre, bräuchten wir uns über eine Erhöhung der Elternbeiträge und über einen kommunalen Anteil wahrscheinlich gar nicht erst zu unterhalten. Wir haben in den letzten Jahren aber Erfahrungen gemacht. Dabei haben wir festgestellt, dass der kommunale Anteil existenziell wichtig ist, um dieses Angebot aufrechtzuerhalten. - Das bezieht sich auf die Punkte 1 und 3 unseres Änderungsantrages und ist von diesem Rat am 24. Juni 2004 so beschlossen worden.

Bei den Elternbeiträgen haben wir eingesehen, dass eine Modifizierung dringend notwendig ist. Wir reden zum einen über eine Erhöhung. Derzeit sind wir bei knapp 38 Prozent der möglichen Elternbeiträge. Ich denke, dass es dort ein Potenzial gibt, eine Stellschraube, an der wir noch einmal drehen können.

Zum anderen müssen wir - auch das ist schon dargestellt worden - über eine einkommensabhängige Gestaltung reden. - Das ist Punkt 2 unseres Änderungsantrages.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt ein ganz wichtiger Punkt hinzu. Herr Breite, Sie haben vor vielen Stunden davon gesprochen, dass wir hier Fakten schaffen, die nicht mehr zu ändern sind. Wahrscheinlich haben Sie Punkt 4 unseres Antrages nicht gelesen. Dort wird nämlich genau das infrage gestellt.

Ich kann mir vorstellen, dass wir hier langfristig Parallelstrukturen aufbauen, die aus einer Offenen Ganztagschule - gegen die ich grundsätzlich gar nichts habe -, aus Horten und aus echten Ganztagschulen bestehen. Es geht um eine gewisse Konkurrenz, die das Geschäft belebt und den Eltern Wahlmöglichkeiten bietet. Um die unterschiedlichen Bedarfe erfüllen zu können, halte ich diese drei Möglichkeiten für sinnvoll.

Deswegen halte ich es auch für sinnvoll, den Änderungsantrag in der gestellten Form zu verabschieden. Ich glaube, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Hollstein. - Frau Schlitt, bitte.

**Gabriele Schlitt** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte Ihnen heute Abend um diese Uhrzeit eine ideologische Debatte über Offene Ganztagschule, Horte usw. ersparen.

Ich möchte für unsere Fraktion nur Folgendes sagen: Wir wollen keinen Rückschritt in der Finanzierung der Offenen Ganztagschule. Von daher unterstützen wir diesen Antrag. Das ist der richtige Weg. Sonst hätten wir heute selbst einen solchen Antrag gebracht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das war schön kurz und prägnant. So gefällt mir das; wunderbar. - Frau Gebauer, bitte.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Schulte, zu Ihren Ausführungen am Anfang der Ratssitzung möchte ich kurz etwas sagen. Die Vorlage 9.20 ist zwar am 6. April dieses Jahres den Mitgliedern des Unterausschusses vorgelegt worden; sie ist dort aber nicht besprochen worden. Die Mitglieder haben sie dort mit dem Hinweis zur Kenntnis bekommen, dass es sich um einen inoffiziellen Entwurf handele, der noch schlussgezeichnet werden müsse.

Es ist schon ein bisschen ärgerlich, dass es der Verwaltung in den letzten drei Wochen nicht gelungen ist, diese Vorlage schlusszuzeichnen, und wir sie erst heute spitz vor knapp auf den Tisch gelegt bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben diesen Unterausschuss auch eingerichtet, um dort solche Fragen der Finanzierung und Ausgestaltung der OGS zu behandeln. Das sage ich insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Darstellung der haushaltsmäßigen Konsequenzen, die in der jetzt vorliegenden Vorlage auftaucht, in dem Entwurf überhaupt nicht vorhanden war.

Für meine Fraktion betone ich, dass die FDP auch für die Ganztagschule ist - allerdings für die Ganztagschule als eine weitere Schulform neben den bereits existierenden Schulformen, sodass die Eltern die Möglichkeit haben, zu wählen, und für eine Ganztagschule, die sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag schulische Bildung auf höchstem Niveau bietet.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

Um diese Form von Ganztagschule geht es bei der Umsetzung des Beschlusses von Rot-Grün hier in Köln allerdings nicht. Da die Ente „Beschlussumsetzung der Verwaltung“ aber bereits aufs Wasser gesetzt worden ist, ohne vorher zu wissen, ob sie denn schwimmt, wollen wir als FDP wenigstens dazu beitragen, dass sie schwimmt und dass sie so gut wie möglich schwimmt. Deswegen werden wir die Vorlage 9.20 nicht ablehnen, sondern uns dort enthalten.

Zu Vorlage 9.21 muss ich Folgendes sagen: Das ist wirklich eine Unverschämtheit; denn dieser Antrag ist auch nicht den Mitgliedern des Unterausschusses Offene Ganztagsgrundschule vorgelegt worden, sondern heute tatsächlich zum allerersten Mal allen Fraktionsmitgliedern, Gruppierungen und Einzelmandatsträgern auf den Tisch gelegt worden. Dieses Vorgehen hat Herr Breite für die FDP schon hinreichend kritisiert.

Mit dem Willen der Verwaltung in Bezug auf die Bereitstellung von insgesamt 10 000 Plätzen in der Offenen Ganztagschule bis zum Schuljahresende 2007/2008 wird hier in Köln blinder Aktionismus betrieben. Zu diesem Aktionismus muss auch diese Vorlage gerechnet werden; denn diese Vorlage wurde jetzt mal eben aus dem Hut der Verwaltung gezaubert, ohne den Fraktionen im Vorfeld die Möglichkeit zu geben, mit den Betroffenen - nämlich Trägern, Eltern und Schulen - Rücksprache zu halten.

Die FDP ist grundsätzlich gegen die Erhöhung von Elternbeiträgen und wird deswegen und auch aus den vorgenannten Gründen der Vorlage 9.21 hier nicht zustimmen.

In Bezug auf den Änderungsantrag von CDU und SPD bitten wir als FDP-Fraktion aus den vorgenannten Gründen um separate Abstimmung der einzelnen Punkte.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Gebauer. - Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es mag sein, dass es theoretisch möglich ist, innerhalb von neun Stunden eine Einarbeitung in ein derartiges Papier vorzunehmen und dann hier im Rat einen geschliffenen Vortrag dazu zu halten. Möglich ist so etwas aber nur unter der Voraussetzung, dass man in diesem Zeitraum nichts anderes zu tun

hat. Das ist bei einer vierköpfigen Fraktion, die sich hier an der Ratssitzung beteiligt, natürlich nicht der Fall.

Die Fraktion pro Köln hat sich deshalb selbstverständlich keine Meinung über diese Vorlage bilden können. Folgerichtig wird sie sich bei der Abstimmung auch der Stimme enthalten.

So etwas kann aber an und für sich kein ordentliches Prozedere sein. Deshalb möchten wir dieses Verfahren hier ausdrücklich rügen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau May.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Zur SPD habe ich noch Folgendes zu bemerken: Die Offene Ganztagsgrundschule als eine Erfolgsgeschichte zu titulieren halte ich für schlichtweg unseriös und obendrein peinlich. Ich brauche nicht nur den „Spiegel“ zu nennen, der vor kurzem geschrieben hat: Der Milliarden-Bluff. - Es ist wirklich ein Milliarden-Bluff, der an diesem Punkt vollzogen wird.

Noch schlimmer ist, dass SPD und auch Grüne auf Bildung setzen und mit Bildung Werbung machen, aber gerade in diesem Bereich die Horte und die Nachmittagsbetreuung als Sparkonzepte entdeckt haben. Das ist eine ganz schlechte Art und Weise.

Dass diese Offene Ganztagsgrundschule nicht funktioniert, sehen wir schon allein daran, dass Sie heute wieder kurz davor sind, eine Frist zu verpassen. Sonst hätten wir das hier nicht auf dem Tisch. Das ist Peinlichkeit nach Peinlichkeit. Ich könnte so viele Pannen und Pleiten aufzählen; dann säßen wir morgen noch hier.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

- Herr Ott, das mache ich auch nicht; ich möchte Sie nicht strapazieren. - Wenn es um eine vernünftige Ganztagschule ginge, würde ich sagen: gut; guter Ansatz. Was hier geboten wird, geht aber nicht in die richtige Richtung und hat mit Bildung gar nichts zu tun.

Das Kölner Bürger-Bündnis hat im letzten Jahr zu dieser Thematik einen Antrag auf parallele Strukturen gestellt, der hier im Rat behandelt worden ist. Ich sehe, dass das gefruchtet hat. Immerhin hat die CDU - nicht die SPD, aber die CDU - das aufgenommen und spricht sehr richtig von Parallelstrukturen. Man kann nicht ein be-



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

stehendes System zerschlagen, obwohl man nichts adäquates Neues hat. Das können wir uns bei den Problemen, die wir heutzutage mit den Kindern und vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktsituation haben, überhaupt nicht leisten.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir werden es teilweise halten wie die FDP. Wir konnten uns nicht kundig machen. Das ist eine bodenlose Frechheit und Unverschämtheit, die uns hier geboten wird.

(Beifall bei Kölner Bürger-Bündnis und Teilen der FDP)

Ich kann gar nicht sagen, wie tief der Boden dafür sein muss. Aufgrund der Tatsache, dass wir uns nicht qualifiziert mit diesen Fragen auseinander setzen konnten, werden wir dagegen stimmen, und zwar gegen beide Vorlagen. Das ist das einzig Richtige, was wir hier an diesem Punkt machen können.

Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt lassen wir noch Herrn Dr. Schulte zu Wort kommen. Bitte.

**Beigeordneter Dr. Franz-Josef Schulte:** Meine Damen und Herren! Ich will nicht zur Sache, zur Ganztagschule an sich, sprechen, sondern nur einige Dinge zum Verfahren sagen. Ich habe hier das Protokoll der Unterausschusssitzung. Es ist von der Vorsitzenden und vom Schriftführer unterschrieben, trägt also alle erforderlichen Unterschriften.

Das Protokoll weist aus, dass wir einen Tagesordnungspunkt „Finanzierung der Offenen Ganztagschule“ hatten, bei dem wir dieses Thema besprochen haben - auch mit dem Hinweis darauf, dass es dazu noch keine Verwaltungsvorlage gibt. Das Protokoll weist im Übrigen aus, dass wir einen Punkt 4. mit dem Titel „Weitere Einführung der Offenen Ganztagschule an weiteren Schulen“ hatten. Das sind die beiden Vorlagen 9.20 und 9.21. Auch dazu habe ich Sie darauf hingewiesen - Frau Gebauer hat das ja auch zitiert -, dass es dazu noch keine fertige gestellte Vorlage gebe.

Wir haben uns im Unterausschuss über die Inhalte der Vorlagen, die da auf Sie zukämen, unterhalten - allerdings ohne die Vorlage in der Hand zu haben und ohne in alle Details zu gehen.

Wir haben uns auch über das Verfahren unterhalten, nämlich darüber, wann wir diese Vorlagen bringen sollten. Diesbezüglich sind wir im Einvernehmen dahin gehend auseinander gegangen, dass wir diese beiden Vorlagen - selbst dann, wenn sie erst auf den letzten Drücker kämen - möglichst in diese Ratssitzung hereinbringen sollten und sie nicht irgendwelchen sonstigen Beschlüssen oder weiteren Sitzungen vorbehalten sollten.

Genau dies haben wir getan. Wenn man sich für dieses Verfahren entscheidet, hat das natürlich zur Folge, dass man nicht die sonst üblichen Beratungszeiten hat und mit Vorlagen konfrontiert wird, die erst hier auf dem Tisch liegen. Ich selber hätte Ihnen die Vorlage übrigens gerne viel früher gebracht.

Ich wollte aber nur Folgendes sagen: Wir haben uns auch über das Verfahren unterhalten. Es war Ihr ausdrücklicher Wunsch, diese Vorlage möglichst zu dieser Sitzung - notfalls auch als Tischvorlage - einzubringen. Das haben wir gemacht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Inzwischen ist es ja eine Vorlage vom gestrigen Tage. Insofern können wir jetzt langsam darüber abstimmen. Gibt es noch Wortmeldungen? - Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Beigeordneter! Herr Oberbürgermeister! Ich möchte aber bitten, dass das keine Regel wird - nicht, dass wir nachher zum Beispiel im Finanzausschuss ohne Vorlagen über Dinge diskutieren und uns das Ganze irgendwie im Kopf vorstellen müssen. So kann das Verfahren für den Rat nicht sein, glaube ich.

Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Breite, das ist zugesagt, dass das sicherlich nicht die Regel sein kann. Da haben Sie völlig Recht.

Ich lasse jetzt, wie von der FDP beantragt, abschrittweise über den Änderungsantrag von CDU und SPD abstimmen.

Ich rufe Punkt 1 des Änderungsantrages auf. Gegenstimmen? - Gegen das KBB. Enthaltungen? - Von PK und Herrn Ludwig. Dann ist dieser Punkt mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Punkt 2 des Änderungsantrages auf. Gegenstimmen? - Gegen die FDP und das Köl-





## 7. Sitzung vom 28. April 2005

ner Bürger-Bündnis. Enthaltungen? - Bei PK und Herrn Ludwig. Dann ist auch dieser Punkt mit Mehrheit so beschlossen.

Punkt 3! Gegenstimmen? - Gegen FDP und KBB. Enthaltungen? - Bei PK, Herrn Ludwig und Herrn Breninek. Also ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Punkt 4! Gegenstimmen? - Gegen KBB. Enthaltung? - Bei PK, Herrn Ludwig und Herrn Breninek. Der Rest stimmt dafür. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt rufe ich die gesamte Vorlage 9.20 mit den Änderungen auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das Kölner Bürger-Bündnis und Herr Breninek sind dagegen. Enthaltungen? - Bei FDP, PK und Herrn Ludwig. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu Vorlage 9.21 mit den entsprechenden Änderungen gemäß des Änderungsantrages. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen FDP, PDS, KBB, Herrn Ludwig und Herrn Breninek. Enthaltungen? - Bei PK. Mit Mehrheit der übrigen Fraktionen ist es so beschlossen.

Ich rufe auf

### 10. Bauleitpläne - Änderungen des Flächennutzungsplanes

#### 10.1 130. Änderung des FNP: 2. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim

Arbeitstitel: „Umsetzung der Ergebnisse der Integrierten Raumanalyse (IRA) für den Raum Köln-Flittard/-Stammheim/-Dünnwald/-Höhenhaus“

**Beschluss über Anregungen sowie Feststellungsbeschluss**

**Ds-Nr. 1687/004**

Hier liegt ein Beschlussvorschlag des StEA vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Des Kölner Bürger-Bündnisses. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun auf

### 16. Wahlen

#### 16.1 Entsendung eines sachkundigen Bürgers in den Finanzausschuss

**Antrag der Fraktion pro Köln vom 1. April 2005**

**Ds-Nr. 0438/005**

Ich stimme nicht mit. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen PDS und Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

#### 16.2 Wahlen der Vertreter/innen des Rates der Stadt Köln für den Planungsbeirat Forensik in Köln Ds-Nr. 0476/005

Hier soll wie im Umweltausschuss beschlossen werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Im Wortlaut des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün heißt es, dass der Rat beschliesse, die folgenden Ratsmitglieder - dann werden vier Namen aufgelistet - zu Mitgliedern des Planungsbeirates Forensik zu berufen. Weiter heißt es:

Die Wahl erfolgt für die laufende Legislaturperiode, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Drei der Bewerber, nämlich Ingo Jurek, SPD, Horst Krämer, CDU, und Björn Dietzel, FDP, sind keine Mitglieder des Rates und können folgerichtig auch nur für weniger als eine logische Sekunde in dieses Gremium eintreten.

Wir sind deshalb hilfreich und schlagen als Kandidatin Frau Regina Wilden vor. Sie erfüllt die objektiven Kriterien.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Darf ich Ihnen auch einmal hilfreich entgegenkommen? Die Ergänzung, die Sie zitiert haben, bezieht sich selbstverständlich nur auf die genannten Ratsmitglieder. Das ist doch völlig klar. Insofern war das nichts Hilfreiches. Wenn Sie einen Gegenvorschlag machen, nehme ich ihn aber natürlich auf und lasse darüber abstimmen.

Wer für den Gegenvorschlag von Herrn Rouhs ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist PK.

Wer ist für die Vorschläge in Anlage 1. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen PK. Enthaltungen? - Keine. Das ist die deutliche Mehrheit so beschlossen. Die in Anlage 1 Aufgeführten sind gewählt.

Ich rufe auf



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

### 16.3 Wahl der Vertreter/innen des Rates der Stadt Köln für die Kommunale Gesundheitskonferenz Ds-Nr. 0477/005

Auch hier stimme ich nicht mit. - Hier soll über den Vorschlag des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün, den Sie in Anlage 1 finden, abgestimmt werden. Die Namen sind bekannt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Rouhs, dasselbe Spiel?

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Ja, dasselbe Spiel. Wir schlagen Bernd Schöppe und als Vertreterin Judith Wolter vor.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dafür? - PK.

Wer für die in der Vorlage Genannten? Der Rest des Rates. Damit ist Punkt 16.3 wie Anlage 1 beschlossen.

Wir kommen zu

### 16.4 Berufung von Vertretern von Religionsgemeinschaften als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung Ds-Nr. 0418/005

Hier stimme ich wieder nicht mit. - Sie kennen die Vorschläge. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

### 16.5 Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie Ds-Nr. 0502/005

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Nein. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

### 16.6 Benennung eines Mitgliedes in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Absatz 3 SGB III

### Antrag der CDU-Fraktion vom 21. April 2005 Ds-Nr. 0582/005

Auch hier stimme ich nicht mit. - Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Nicht. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

### 16.7 Besetzung Aufsichtsräte WSK, GWG und GAG Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 27. April 2005 Ds-Nr. 0608/005

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

### 16.8 Entsendung eines Mitgliedes für das Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 28. April 2005 Ds-Nr. 0624/005

Hier darf ich mitstimmen. Davon werde ich auch Gebrauch machen. - Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen, auch mit meiner Stimme.

Ich rufe auf

### 17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

### 17.2 Sportanlage Fühlinger See Erneuerung der Heizungs- und Warmwasseranlage bei gleichzeitiger Erneuerung der Leitungen und Austausch der Duschanlage Ds-Nr. 0433/005

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommt

### 17.3 P + R-Platz an der Bonnstraße in Köln-Weiden Ds-Nr. 0451/005

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Schöppe.



## 7. Sitzung vom 28. April 2005

**Bernd Schöppe** (pro Köln): Natürlich gibt es eine Wortmeldung zu diesem altbekannten Thema. Ich habe schon vorher Gespräche mit dem Amt geführt, bei denen es um dieses P + R-Schild ging. Ursprünglich war in der Vorlage eine falsche Nummerierung des Schildes enthalten. Das wurde dann korrigiert.

Laut der Straßenverkehrsordnung steht „P + R“ für „Parken und Reisen“. Da muss ich mich doch ernsthaft Folgendes fragen: Wieso müssen wir in unserer Beschlussvorlage und auch in den Verträgen und Vereinbarungen, die getroffen werden, „Park + Ride“ schreiben, obwohl in der Straßenverkehrsordnung - tut mir Leid; das ist ein deutsches Gesetz - klipp und klar „Parken und Reisen“ steht? Das macht keinen Sinn. Die Buchstaben „P + R“ auf dem Schild sind für jeden verständlich. Auch Ausländer - Touristen und dergleichen - verstehen diese Schilder. Mit den Buchstaben „P + R“ kann jeder etwas anfangen. Es gibt also keinen Grund, in der Beschlussvorlage „Park + Ride“ statt „Parken und Reisen“ zu schreiben.

(Jochen Ott [SPD]: Mitternachtsspitzen!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich sehe jetzt keinen direkten Gegenantrag. Vielmehr ist eine Frage gestellt worden. Diese Frage beantwortet sich von selbst. Daher können wir zur Abstimmung kommen.

Wer gegen die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist niemand. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es keine. Dann ist diese Vorlage einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

### **17.4 Eintrittspreise bei den Puppenspielen Festsetzung der Eintrittspreise für Kinder ab der Spielzeit 2005/2006 Ds-Nr. 0481/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen?

- Von PK. Enthaltungen? - Bei Herrn Ludwig. Dann ist das mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu

### **17.5 Mitteilung über Kostenerhöhung gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Hpl.-UA 6300, T Generalsanierung Holzbrücke Bürgerpark**

### **Ds-Nr. 0549/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist diese Generalsanierung einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf um viertel nach zwölf den öffentlichen Teil der Sitzung schließen. Auf der Besuchertribüne sitzt niemand mehr. Die beiden Herren von der Presse muss ich jetzt leider verabschieden. Vielen Dank, dass Sie so lange ausgeharrt haben!

(Schluss: 00.15 Uhr)